Donnerstag, 9. Mai 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 107 - 19.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 220,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Besuch aus Peking: Im Rahmen einer Europareise besucht Chinas Regierungschef Zhao Ziyang vom 8. bis 16. Juni die Bundesrepublik. Er folgt einer Einladung von Kanzler Kohl, der im Oktober in China war.

Finanzausgleich: Nordrhein-Westfalen sucht eine politische Lösung für eine Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Auf Vorschlag von Ministerpräsident Rau soll sich die Konferenz der Länderchefs am 14. Juni mit diesem Thema befassen. (S. 9)

Kritik: Als „nicht akzeptabel" haben die ARD-Intendanten auf ihrer Sitzung in Saarbrücken die in der umstrittenen WDR-Sendung „Mai-Revue" vorgenommene „Vermischung von journalistischer Reportage und Satire" angesehen. Nach Angaben des ARD-Vorsitzenden Räuker sei ein förmlicher Beschluß jedoch nicht gefaßt worden. Der Vorgang werde vom WDR noch geprüft.

Brandt: Der SPD-Vorsitzende wird bei einem Besuch in Moskau Ende Mai auch von Parteichef Gorbatschow empfangen.

Wohin mit dem Geld? Die Grünen, denen allein 1983 fast 20 Millionen Mark zuflossen, kaufen Sachwerte auf. In Kalkar erwarben sie für 150 000 Mark ein Grundstück, das direkt an den von ihnen bekämpften Kernreaktor angrenzt. (S. 8)

Sacharow: Als Testfall und Prüfstein für die Regierung Gorbatschow bezeichnete der in Köln lebende sowjetische Schriftsteller Lew Kopelew den Fall Sacharow. Am Verhalten gegenüber Sacharow könne man die Vertrauenswürdigkeit der verjüngten sowjetischen Regierung abmessen. Moskau dementierte inzwischen Berichte, wonach der nach Gorki verbannte Nobelpreisträger in den Westen reisen durfte.

Flucht: Ein Posaunist des Berliner Symphonie-Orchesters aus der „DDR" hat sich während eines Konzerts in Wales abgesetzt. In der Harz-Region gelang einem 24jährigen Kranführer die Flucht nach Niedersachsen.

Terrorismus: Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine Starkstromleitung in Luxemburg wurden fünf Personen verletzt. Ein großer Teil der Hauptstadt war stundenlang ohne Strom.

Neukaledonien: Nach einer Straßenschlacht in der Hauptstadt Noumea, bei der ein Melanesier erschossen und 65 Personen verletzt wurden, ist die nächtliche Ausgangssperre wieder in Kraft gesetzt worden.

Nahost: Moskau hat Syrien nach israelischen Berichten die Kontrolle über die im Land stationierten Flugabwehrraketen SAM-5 übertragen. 2000 Militärberater seien abgezogen worden.

ZITAT DES TAGES



„Fragen von zentraler Bedeutung wie die Menschenrechte können und dürfen nicht ausgeklammert werden, nur weil sie kritisch sind und zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungen führen können"

Joe Clark, kanadischer Außenminister, in seiner Eröffnungsrede beim KSZE-Folgetreffen in Ottawa FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Apotheken: Etwa 40 Prozent der 17 340 Apotheken in der Bundesrepublik schreiben nach Darstellung der Bundesvereinigung ABDA „rein betriebswirtschaftlich gerechnet rote Zahlen". Die Gründe: Verfall der Handelsspannen, steigende Kostenbelastungen und die steigende Zahl von Neugründungen. (S. 11)

Baugewerbe: Die Zahl der Auftragseingänge sackte im Januar und Februar um jeweils 45 Prozent gegenüber den Vorjahresmonaten. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich im Februar um weitere 40 000 auf 940 000.

Autoindustrie: Einen Rekordausstoß von 11,6 Millionen Einheiten verzeichneten die japanischen Firmen im Wirtschaftsjahr 1983/84 – 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Börse: Gewinnmitnahmen bremsten den Anstieg der Bankenkurse, ansonsten waren die Aktien kaum verändert. WELT-Aktienindex 179,9 (180,1). Am Rentenmarkt tendierten öffentliche Anleihen freundlich. BHF-Rentenindex 101,987 (101,839). Performance-Index 101,717 (101,541). Dollar-Mittelkurs 3,1878 (3,1960) Mark. Goldpreis je Feinunze 312,85 (313,50) Dollar.

KULTUR

Provisorium beendet: Das Berliner Kunstgewerbemuseum hat eine Heimstatt gefunden. Die reiche Sammlung von Zeugnissen des europäischen Kunsthandwerks, von der bislang nur ein kleiner Teil im Schloß Charlottenburg ausgestellt wurde, ist jetzt in einem Neubau am Tiergarten untergebracht. (S. 21)

Musical: Auf drastische Weise zeigt sich die künstlerische Auszehrung, unter der der Broadway leidet. Bei den traditionsreichen „Tony"-Auszeichnungen für Musicals und Schauspiele wurde dieses Jahr auf die Preis-Vergabe in den Musical-Kategorien Choreographie, männlicher und weiblicher Hauptdarsteller verzichtet.

SPORT

Sportförderung: Das Präsidium des DSB hat auf einer Sondersitzung einstimmig einen „Perspektivplan für den Spitzensport" verabschiedet. (S. 20)

Tischtennis: Der deutsche Verband überlegt, den Einsatz ausländischer Spitzenspieler in der Ersten Bundesliga von der Saison 1986/87 an zu verbieten. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Gurtmuffel: Heftigen Widerspruch bei Juristen und Verkehrsexperten löste die Entscheidung eines Amtsrichters in Albstadt aus, einen im Straßenverkehr nicht angegurteten Autofahrer freizusprechen. (S. 22)

Ariane: Die Leistungsfähigkeit der europäischen Trägerrakete hat sich erneut bestätigt. Zum achten Mal hintereinander gelang in Kourou ein erfolgreicher Start. Zwei Fernmeldesatelliten wurden im Weltraum ausgesetzt.

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Schauer. 13 bis 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weizsäcker am 8. Mai: Politiker sollen ein Beispiel geben

„Ein Tag der Befreiung, doch für uns Deutsche kein Tag zum Feiern"

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

In einem großangelegten Versuch, die Parteien der Bundesrepublik Deutschland in der Stunde der Erinnerung an den 8. Mai 1945 neu zusammenzuführen und miteinander zu versöhnen, rief Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der gestrigen Gedenkstunde im Deutschen Bundestag dazu auf, „sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit." Vor dem Hintergrund des zwischen den Unionsparteien und der SPD ausgebrochenen Streits um die geistigen Folgerungen aus dem 8. Mai erweiterte der Bundespräsidenten eine Mahnung an die Jugend, die in dem Satz gipfelte: „Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander", um den in dem offiziellen Redetext nicht ausgedruckten Satz: „Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dieses beherzigen und anderen ein Beispiel geben."

Von Weizsäckers Rede bildete das Kernstück der Bundestag-Gedenkstunde, an der neben den Abgeordneten und dem Bundesrat auch die Spitzen der Kirchen, der Verbände, der Verfassungsorgane, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnahmen. Der Plenarsaal war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf den Zuschauertribünen drängten sich vor allem junge Menschen, darunter ganze Schulklassen. Ein Großteil des Diplomatischen Korps folgte von der Ehrentribüne den Ansprachen von Bundestagspräsident Jenninger und des Bundespräsidenten. Als „Tag der Befreiung" wollte der Bundespräsident den 8. Mai 1945 verstanden wissen, „doch für uns Deutsche kein Tag zum Feiern". In großen Themenstücken behandelte von Weizsäcker die Ursachen der Tragödie, die Trauer um die Verluste, die Dialektik von Erinnerung und Versöhnung sowie die Perspektive der Zukunft, der Jugend. Eigens würdigte er die Frauen, die „den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, getragen" hätten. In seiner Analyse, passagenweise einem Geschichtsdozenten ähnelnd, wich von Weizsäcker historischen Deutlichkeiten nicht aus. „Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar", so referierte er im Rückblick auf das Jahr 1939, „daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete". Damit sei zwar die deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges „nicht verringert": aber Weizsäcker formulierte: „Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen."

SEITE 2:
Über Verantwortung
SEITE 4:
Die Weizsäcker-Rede

Doch stand im Mittelpunkt der Rede der Gedanke der Aussöhnung und der Verständigung. „Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege zu erleiden hatten, werden wir verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben", rief der Bundespräsident unter dem Beifall des gesamten Hauses. Auch den Begriff der Heimat und der Heimatliebe hob der Präsident in die Ebene der Versöhnlichkeit: „Wer könnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen?" Wie als Replik auf die vor einem Jahr von Moskau inspirierte Revanchismus-Kampagne kam der stark beklatschte Satz: „Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus."

Aber von Weizsäcker erinnerte auch daran, daß sich „auf vielen alten Friedhöfen im Osten heute schon

● **Fortsetzung Seite 5**

Reagan macht den Europäern Mut

In seiner Straßburger Rede erinnert der Präsident auch an Afghanistan und Nicaragua

DW. **Straßburg**

US-Präsident Reagan hat in seiner Rede vor dem Europaparlament in Straßburg der Sowjetunion praktische Schritte zur Verbesserung der Beziehungen vorgeschlagen und zugleich den Westen zu einer Besinnung auf die den Demokratien zugrundeliegenden Werte aufgefordert. In den 70er Jahren, erinnerte Reagan die Abgeordneten, hätten die USA große Anstrengungen unternommen, um ihre Programme für strategische Waffen einseitig zu begrenzen. Damals sei man überzeugt gewesen, daß die Sowjetunion sich ihrerseits an bestimmte Regeln halten würde – „Regeln wie den Verzicht jeder Seite, auf Kosten der anderen einen einseitigen Vorteil zu erreichen suchen". Jene Bemühungen hätten auch zu gewissen Verbesserungen geführt, das Viermächteabkommen für Berlin sei das beste Beispiel. „Aber die Hoffnungen auf eine umfassendere und dauerhaftere Mäßigung im Wettstreit zwischen Ost und West zerbrachen in Angola, Äthiopien, Afghanistan und Nicaragua."

Im einzelnen unterbreitete er folgende Vorschläge:

1. Zwischen den Generalstäben beider Staaten sollte eine direkte Verbindung in Form eines „heißen Drahts" eingerichtet werden.
2. Bei Militärmanövern sollten regelmäßig Beobachter ausgetauscht werden.
3. Zwischen den höchsten Militärdienststellen sollten regelmäßige Kontakte stattfinden.
4. Die amerikanische Regierung ist bereit, über die sowjetischen Vorschläge zur Nichtanwendung von Gewalt zu diskutieren, von denen Moskau seine Zustimmung zu vertrauensbildenden Maßnahmen abhängig macht.

Dem Wettrennen bei der Atomrüstung setzte Reagan seinen Vorschlag einer Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) entgegen. Angesichts der Entwicklung eines neuen mobilen Raketensystems mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen durch die Sowjets, das eindeutig als „Erstschlagwaffe" angelegt sei, plädierte er für die Erforschung der Möglichkeiten der Raketenabwehr im Weltraum.

Reagan erinnerte an die großen Leistungen Europas nach dem Krieg und ging dann auf Stichworte wie „Europessimismus" und „Europaralyse" ein. Den Zweiflern rief er zu: „Europa, geliebtes Europa, du bist größer als du glaubst. Du bist der jahrhundertealte Hort westlicher Ideen und westlicher Kultur, du bist der Ursprung der westlichen Ideale und der Quell des westlichen Glaubens. Europa, du hast Macht und Ruhm des Westens verkörpert und daraus entsprang dein moralischer Erfolg. In den Schrecknissen nach dem Zweiten Weltkrieg hast du den Totalitarismus zurückgewiesen, du hast den Verheißungen des neuen ‚Übermenschen' und des ‚neuen kommunistischen Menschen' widerstanden. Du hast bewiesen, daß du ein großer moralischer Erfolg warst – und bist."

Honecker erwägt ‚Arbeitsbesuch' in Bonn

Zwischenlandung nach Teilnahme an UNO-Versammlung bedürfte keiner langwierigen Vorbereitung

hrk./Co. **Berlin/Bonn**

SED-Chef Erich Honecker erwägt, Ende September nach einer möglichen Teilnahme an der UNO-Vollversammlung auf dem Rückflug von New York in Bonn zwischenzulanden, um hier einen kurzen „Arbeitsbesuch" zu absolvieren. Dies wurde aus diplomatischen Kreisen in West-Berlin und am Rande der Feierlichkeiten zum 8. Mai in Ost-Berlin bekannt.

Ein solcher Aufenthalt mit straffem Programm würde dem Besuch weitgehend die „dramatischen Umstände" der abgesagten Visite vom Sommer 1984 nehmen.

Allerdings ist im Bundeskanzleramt über derartige Pläne nichts bekannt. Auch der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin sind bisher keine Informationen darüber zugegangen. Deshalb konnten noch keinerlei Verabredungen getroffen werden. Bonner Regierungskreise haben nur gerüchteweise erfahren, daß sich Honecker angesichts der geplanten Reise des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow zur UNO ebenfalls mit dem Gedanken eines Fluges nach New York trage.

Da der „DDR"-Staatsratsvorsitzende sämtliche Ost-West-Schritte nur in enger zeitlicher Anlehnung an Aktivitäten Gorbatschows unternehmen kann, spräche – wie man in Ost-Berlin hören kann – nichts gegen eine solche Absicht. Bei dieser Gelegenheit wäre sogar eine kurze Begegnung zwischen Honecker und dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan denkbar.

Auf der Rückreise nach Ost-Berlin könnte Honecker dann zu einem „Arbeitsstopp" in Bonn landen. Dies würde nach Ansicht Ost-Berlins keiner langwierigen und der Sache bisher stets abträglichen Vorbereitung bedürfen. Neben Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und einer Begegnung mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker wäre ein Abstecher zum Karl-Marx-Haus in Trier denkbar. Weitere Unternehmungen, etwa eine Fahrt in Honeckers saarländische Heimat, könnten dann – folgt man diesen Überlegungen – bei einem späteren umfangreicheren Besuch nachgeholt werden.

Ein früherer Termin als September 1985 kommt für Honecker schon deshalb nicht in Betracht, weil Ost-Berlin eine Fülle wichtiger Besucher erwartet. In Kürze soll der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu seine mehrfach verschobene „DDR"-Visite nachholen. Anfang Juni steht eine Tagung des Internationalen Olympischen Komitees in Ost-Berlin an. Am 10. und 11. Juni wird sich Frankreichs Premierminister Laurent Fabius in Ost-Berlin aufhalten. Noch im Sommer könnte der vereinbarte Besuch des spanischen Königs Juan Carlos stattfinden.

Jaruzelski grenzt Willen zum Dialog ein

DW. **Warschau**

Der polnische Parteichef General Jaruzelski hat die Dialog-Bereitschaft Warschaus gegenüber Bonn scharf eingegrenzt. Auf einer Feier zum 40. Jahrestag der „Wiedergewinnung" der Oder-Neiße-Gebiete rühmte Jaruzelski in Breslau die „wirkliche Versöhnung", die Polen mit der „DDR" gelungen sei.

Man sehe in Polen auch, daß es westlich der Elbe „nicht nur Sprecher der Vergeltung sowie Revisionismus und Militarismus gibt". Man schätze die Haltung all derer, die „die Unantastbarkeit der bestehenden Realitäten anerkennen". Auf dieser, „und nur auf dieser Ebene" sei Warschau zu einem Dialog mit der Bundesrepublik Deutschland bereit. Der General leugnete die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen.

Seite 10: Gomulka

Albanien will Beziehungen zu Italien ausbauen

DW. **Rom**

Albanien wünscht eine „konstruktive und fruchtbare Entwicklung" seines Verhältnisses zu Italien. Diese Formulierung enthält ein Schreiben des albanischen Ministerpräsidenten Aldil Carcani an den italienischen Regierungschef Bettino Craxi. Wie gestern in Rom mitgeteilt wurde, werden in dem Brief auch „Gefühle von Sympathie und Freundschaft" gegenüber Italien ausgedrückt. Beobachter werten das Schreiben als erstes Anzeichen für eine Öffnungspolitik des Landes gegenüber Europa nach dem Tode Enver Hodschas. Sein Nachfolger, Ramiz Alia, hatte allerdings darauf beharrt, daß keine Verbesserungen der Beziehungen zu Washington oder Moskau zu erwarten sind. Ein Beileidstelegramm Moskaus zum Tode Hodschas war von Tirana sogar zurückgewiesen worden.

Bei Erwähnung Stalins gab es Beifall im Kreml

DW. **Moskau**

Bei der Festsitzung zum 40. Jahrestag des Sieges der UdSSR im Moskauer Kreml hat gestern der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow davor gewarnt, die „Gefährlichkeit des westdeutschen Revanchismus" zu unterschätzen. Er beschuldigte die Vereinigten Staaten, maßgeblich an der Wiederbelebung dieses angeblichen Revanchismus beteiligt zu sein und kritisierte auch den Besuch Präsident Reagans in Bitburg. Die Teilnehmer der Sitzung gedachten der 20 Millionen Toten, die die UdSSR im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte. Als Gorbatschow den Diktator Josef Stalin erwähnte, gab es im Saal anhaltenden Beifall. Der Parteichef erklärte, die Sowjets hätten dem deutschen Volk nach dem Sieg über den Faschismus beim Wiederaufbau geholfen.

DER KOMMENTAR

Vision

FRITZ WIRTH

Die Arbeit, die vor uns liegt, gleicht dem Bau einer großen Kathedrale. Die Arbeit ist langsam, kompliziert, mühsam. Sie wird von Generation zu Generation weitergereicht. Die Resultate mögen sich dem Auge nur allmählich öffnen, doch unsere Nachfahren werden den Glauben, die Hingabe und die Liebe erkennen, mit der sie geschaffen wurden. Meine Freunde, Europa ist eine Kathedrale."

Diese Sätze des amerikanischen Präsidenten in Straßburg kennzeichnen Thema, Vision und Stimmung einer bemerkenswerten Rede, einer Laudatio auf Europa, wie sie in diesem Jahrhundert noch von keinem anderen amerikanischen Präsidenten vernommen wurde – einem Präsidenten wohlgemerkt, dem Kritiker nachsagen, daß die Jahre an der Westküste seine Politik pazifisch angehaucht hätten.

Er strafte sie Lügen mit einem Bekenntnis von simpler, aber eindringlicher Klarheit: Die USA sind nicht nur der Sicherheit und Partnerschaft Europas verpflichtet, sondern auch der Beendigung der künstlichen Teilung dieses Kontinents mit redlichen Mitteln.

Und er sagt den Europa-Pessimisten ins Gesicht: „Europa, mein geliebtes Europa, du bist größer als du denkst." Diese Baumeister-Thematik, diese Betonung des Konstruktiven, zieht sich als Leitmotiv durch seine gesamte Rede, auch dort, wo er sich mit der Macht auseinandersetzt, die die Teilung Europas zu verantworten hat, mit der Sowjetunion. Reagan erläutert in sechs Thesen, die sein Sicherheitsberater McFarlane die Stützpfeiler der amerikanischen Ostpolitik nennt, den Goodwill, die Zielrichtung, aber auch die Grenzen der Belastbarkeit seines Verhältnisses zu Moskau.

Sie enthalten keine Drohungen und keine ultimativen Ansprüche. Sie sind vielmehr ein Bauplan für ein realistisches, friedenssicherndes Verhältnis zum Kreml.

Das Konzept ist nicht neu. Neu aber ist der Adressat, Michail Gorbatschow. Er kennt mit dieser Rede das Fundament, von dem aus Ronald Reagan den beabsichtigten Dialog mit ihm zu führen gedenkt: „Wir können und sollten unsere Freiheit und unseren Frieden nicht auf der Basis ständig wachsender Nukleararsenale aufbauen. Wir müssen nicht den endlosen Prozeß eines nuklearen Rüstungsrennens akzeptieren."

Es war sein bisher eindrucksvollstes öffentliches Credo zur nuklearfreien Weltraumverteidigung, zum SDI-Programm. Er kehrte damit logisch und konsequent zum Ausgangspunkt seiner Straßburger Rede zurück: Kathedralen sind Werke des Friedens.

„Die Steuerzahler nicht im nachhinein zur Kasse bitten"

Professor Klein beklagt Versäumnisse der Finanzverwaltung

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Die Finanzverwaltungen trügen Schuld an den Problemen, die sich im Zusammenhang mit Parteispenden ergeben haben; aus diesem Grund dürfe der Steuerzahler nicht nachträglich zur Kasse gebeten werden. Diese Auffassung bekräftigte der Präsident des Bundesfinanzhofs, Professor Franz Klein, gestern erneut auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß '85. Die Bürger hätten nach Treu und Glauben gehandelt.

Klein gründet seine Überzeugung auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1958. Damals war ein Paragraph geändert worden, der in seiner Neufassung gemeinnützigen Vereinigungen verwehrte, Spenden an politische Parteien weiterzugeben. Eine Verordnung aus dem Jahr 1956, die die Abzugsfähigkeit von Spenden für staatspolitische Zwecke regelte, wurde jedoch nicht an die veränderte Gesetzgebung angepaßt.

Und so folgten beispielsweise die Staatsbürgerliche Vereinigung, Köln, oder die Deutsche Wählergesellschaft, Frankfurt, nicht der neuen Rechtsprechung. Sie führten ihre Geschäfte fort wie bis dahin. An diesem Punkt setzt Kleins Begründung für seine Auffassung an: Tages- und Wochenpresse als auch die Wissenschaft hätten von diesem gesetzwidrigen Verhalten gewußt. „Die Rechenschaftsberichte der Staatsbürgerlichen Vereinigung enthielten stets die Zuweisungen an die Parteien; die Berichte wurden wiederum von Wirtschaftsprüfern geprüft und die Finanzämter nahmen die Spendenquittungen in Tausenden von Fällen als Belege für abzugsfähige Ausgaben unbeanstandet an", obwohl Bundesanzeiger von Staatsbürgerlichen Vereinigungen die Weiterleitung an die Parteien veröffentlichten, soweit die Spendengrenze des Parteiengesetzes überschritten war.

25 Jahre wurden diese Finanzgebaren nicht bemängelt. Einen Schlußstrich zog erst das Parteifinanzierungsgesetz von 1984. Klein zieht daraus den Schluß, daß der Steuerpflichtige bis zu dem Zeitpunkt davon ausgehen mußte, daß Parteispenden, die zunächst an begünstigte Körperschaften gezahlt wurden, nach wie vor steuerlich absetzbar seien.

Dieses Vertrauen des Bürgers ist im Steuerrecht geschützt. Jedoch nur, wenn das geltende Recht keine Verwirrungen weckt. Denn in Zweifelsfällen darf der Gesetzgeber die Rechtslage rückwirkend klären. Mit einem Rückschluß begründet der Präsident des Bundesfinanzhofs, daß diese notwendige Klarheit aus der Sicht des Bürgers im Fall Parteispenden jedoch bestand: Steuerbegünstigt wurden Vereinigungen, die einen staatspolitischen Zweck erfüllten. Die Parteien sind verfassungsrechtlich aufgefordert, mit ihrer Arbeit solchen Zielen zu dienen.

Seinen Vorwurf richtet Klein an den Gesetzgeber, die Gerichte und die Verwaltung, die es versäumt hätten, die Rechtsverordnung über die Spendenbegünstigung von 1956 an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1958 anzupassen.

Seite 2: Steuerschraubenwindungen

Appell an Gorbatschow: Regimegegner freilassen

KSZE-Runde über Menschenrechte begann mit Verzögerung

DW. **Ottawa**

Eine amerikanische Menschenrechtskommission hat anläßlich der seit gestern in Ottawa tagenden KSZE-Runde in einem offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow appelliert, alle politischen Häftlinge freizulassen und die Ausreisebestimmungen zu lokckern. Der Kommission sitzen der republikanische Senator d'Amato und der demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Hoyer, vor. Das Schreiben soll den Vertretern der 35 Länder vorgelegt werden, die vor zehn Jahren in Helsinki die Schlußakte über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet hatten.

Vor Beginn der Konferenz hatten sich auch 21 Ehefrauen von US-Parlamentariern für die politischen Gefangenen in der Sowjetunion eingesetzt. Sie waren mit der Ankündigung an die Öffentlichkeit getreten, sie hätten je einen inhaftierten Regimegegner „adoptiert", für dessen Freilassung sie sich einsetzen wollten.

Die Konferenz in der kanadischen Hauptstadt, die noch bis zum 17. Juni dauert, ist die erste ihrer Art außerhalb Europas und auch die erste, die sich ausschließlich mit Fragen der Menschenrechte befaßt. Zu Beginn der Konferenz hatte es die ersten Auseinandersetzungen zwischen östlichen und westlichen Staaten gegeben. Weil sich die Teilnehmer nicht auf eine Tagesordnung einigen konnten, wurde die erste Sitzung mit siebenstündiger Verspätung begonnen. Hauptstreitpunkt war die Frage, in welchem Umfang die Sitzungen der Öffentlichkeit zugängig sein sollten. Die NATO-Staaten wollten ganz offen über Verletzung von Menschenrechten sprechen. Der sowjetische Chefdelegierte Wsewolod Sofinsky regte dagegen an, die Gespräche nicht öffentlich zu führen. Er sagte: „Diskussionen über die Menschenrechte in anderen Ländern führen nur zu Konfrontationen."

Die letzte KSZE-Runde vor Ottawa hatte 1983 in Madrid stattgefunden und war durch den sowjetischen Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeuges überschattet worden, bei dem 269 Menschen ums Leben kamen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Über Verantwortung

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Eine Geschichtsstunde „unter uns" hielt der Bundespräsident am 8. Mai im Deutschen Bundestag, eine Stunde redlicher Darstellung der Fakten von 1933 an, und auch eine Stunde einiger mutiger Einsichten. So etwa das Wort, es gehe nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen; denn die Vergangenheit lasse sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Oder das Wort vom Erinnern, mit der Herleitung aus der jüdischen Religion: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung". Es war eine Geschichtsstunde Respekt gebietender menschlicher Hinwendung zu allen Völkern und allen Randgruppen, die Hitler in das Unheil gerissen hat.

Mutig auch das vom Abgeordneten Hupka applaudierte Wort, Gewaltverzicht heiße „den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen", obschon die Aussage, daß nicht ein Europa der Mauern sich versöhnen könne, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nehme, hier und nicht erst später hätte anschließen sollen. Nicht alle werden auch den Satz, „daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft" mit unseren östlichen Nachbarn „zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben", ohne weiteres unterschreiben; denn der ungetrübte Blick in die Gegenwart zeigt, daß die wirklich „zentrale Aufgabe" immer noch die Bewahrung unserer Freiheit sein muß. Das schmälert nicht unseren Friedenswillen in Richtung Osten.

So scharf das Auge zu Recht auf die Vergangenheit gelenkt wird, so sehr verblaßt die Sehschärfe des Blicks auf die Gegenwart. Im Grunde wird in der Rede alles, was gesagt werden muß, gesagt; aber die Aussagen zur Gegenwart gewinnen keine Kontur. Das betrifft unsere Partnerschaft im Westen, besonders mit Amerika, gleichermaßen wie die Diktatur im Osten.

Erkennbar hat von Weizsäcker in dieser Weise gesprochen, weil er dem Wort des Bundespräsidenten integrative Kraft verleihen wollte; dazu besteht auch jeder Grund. Doch wie kann man der Jugend „die Verantwortung für das, was in der Geschichte daraus (aus dem, „was damals geschah". Die Red.) wird", auf die Schultern legen, wenn man ihr den Blick in die Gegenwart verschleiert?

Steuerschraubenwindungen

Von Peter Gillies

Jede Debatte über Steuern – zumal zum Zwecke ihrer Senkung – ist willkommen. Besonders vor Wahlen schwellen diese Reden an. Weil der Bundesfinanzminister dies witterte, placierte er Anfang der Woche eine Mahnung: Man könne nicht überall kostspielige Projekte finanzieren und gleichzeitig die Zwanzig-Milliarden-Steuerreform komplett auf 1986 vorziehen. Vom Zwang der Konsolidierung sei man noch nicht erlöst.

Die noch immer steigenden Bundesschulden (mit der entsprechenden Zinslast) lassen es verwegen erscheinen, den Sparkurs für beendet zu erklären. Indes bedeutet es einen qualitativen Unterschied, ob der Staat auf Steuereinnahmen verzichtet oder ob er für irgendwelche Zwecke mehr ausgibt und subventioniert. Steuersenkung setzt dynamische Kräfte frei, regt zur Leistung an, stellt einen Beitrag zur Bekämpfung von Schwarzarbeit dar, eine Art Weckamin für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Dies rückt in den Vordergrund, wenn die Konjunktur Ermüdungserscheinungen zeigt. Das sei jetzt der Fall, glauben maßgebende FDP-Politiker (und auch einige aus dem Unionslager). Dabei stehen sie allerdings auf recht wackeligem statistischem Grund. Dieselben Politiker, die sich jetzt klüger geben, hatten dem Plan zugestimmt, die Steuerentlastung in zwei Stufen – 1986 und 1988 – vorzunehmen.

Nun wäre Klotzen statt Kleckern von jeher sinnvoller gewesen. Verzagtheit widerspräche auch der Wendephilosophie der bürgerlichen Koalition. Aber diejenigen, die just vor einem Wahltermin um so vieles klüger sind, sollten ihre eigenen Beschlüsse und den absehbaren Widerstand des Bundesrates bedenken. Im übrigen hat gestern auch der Bundesbankpräsident durch seinen Ruf nach Abbau hemmender Unternehmenssteuern verdeutlicht, daß die Debatte mit dem bloßem Vorziehen auf 1986 nicht ausgestanden wäre. Sie öffnete sich weiter und bezöge den Dauerärger „Subventionsabbau" ein.

Steuerpolitik ist weder ein „Blauer" in der Tasche, noch das Blaue vom Himmel. Die Bonner Helfer in Steuersachen sollten klaren Kurs steuern.

Nürnberger Geister

Von Peter Schmalz

Das „Nürnberger Friedensgespräch", auf dem Sozialdemokraten „politische Gespräche über die Umrisse einer neuen Friedenspolitik" führen wollten, (O-Ton Willy Brandt), sind gelaufen, aber ihr Geist wird nicht so schnell verfliegen. Das wäre auch gut so, wären sie beseelt gewesen von einem tief und ehrlich empfundenen Wunsch nach Frieden und gegenseitigem Verständnis.

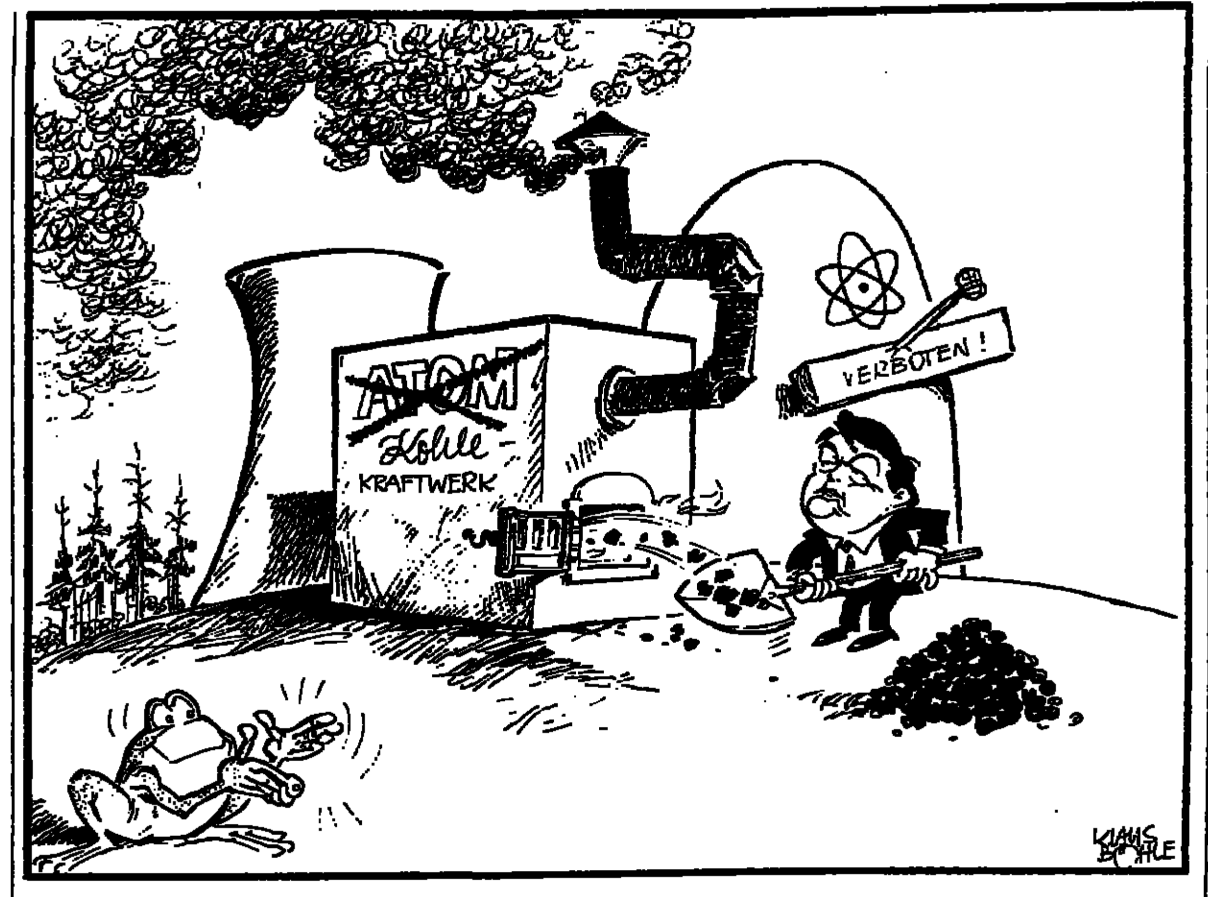
Die SPD hat aber in Nürnberg einen anderen Geist beschworen. Unter dem Vorwand eines Gedenkens des Kriegsendes erlebte man die fernsehgerechte Präsentation östlicher Polit-Propaganda gegen den Westen. Kein Sozialdemokrat widersprach, als der Vertreter von Wolgograd, dem einstigen Stalingrad, den Friedensgedanken Lenins rühmte, dem jetzt die UdSSR nacheifere. Keiner in der Nürnberger Meistersingerhalle hat nachgefragt, was es denn mit dem Frieden in Afghanistan auf sich habe.

Kein Sozialdemokrat meldete einen Zweifel an, als die Vertreterin aus dem tschechischen Lidice die „konsequente und langfristig orientierte Friedenspolitik der UdSSR" lobte und „unserem Befreier, der sowjetischen Armee", gedachte. Keiner wagte einen Hinweis auf die „Befreiung" Nummer zwei vom 20. August 1986.

Da gab es keine klare Stellungnahme für das Bündnis, dem die SPD ihre Freiheit verdankt. Da trat kein SPD-Mitglied als Zeuge auf, das in den „DDR"-Zuchthäusern gesessen ist, kein Zeuge aus Katyn oder aus dem GULag. Dresden und Coventry wurden in einen Topf geworfen, Königsberg – oder muß man sagen: „Kaliningrad"? – war nicht vertreten.

Dies sei ein Tag, an dem die Sozialdemokraten nicht schweigen dürfen, hatte Willy Brandt in die Einladung geschrieben. Aber es wurde der Tag, an dem sie so sehr schwiegen, daß es einem die Kehle schnürte. Sie schwiegen und klatschten. Egon Bahr suchte sich und der Versammlung noch Absolution zu erteilen, indem er meinte, „wir müssen nicht jeden Satz unterschreiben, den unsere Gäste gesagt haben".

Wir müssen jedes Wort sorgfältig prüfen, das die Nürnberger Meisterklatscher da feierten. Und jedes, das sie sich versagten.



Saubere Lösung — KLAUS BÖHLE

Treu und Glauben

Von Enno v. Loewenstern

Zunächst freut man sich angesichts der glasklaren und glasklar raisonnierten Darstellung des Finanzhof-Präsidenten Franz Klein zum Stichwort „Treu und Glauben" über den Mut des obersten Steuerbürgerschützers:

„Ein Spender, der im guten Glauben auf die im Zeitpunkt der Hingabe bestehende Steuerbefreiung eine Spende zuwendet, muß sich darauf verlassen können, daß die Steuerbefreiung nicht rückwirkend entfällt."

„Da der Gesetzgeber erst 1984 Durchlaufspenden für staatspolitische Zwecke für unzulässig erklärte und das Finanzgebaren fünfundzwanzig Jahre nicht beanstandet wurde, konnten die Steuerpflichtigen davon ausgehen, daß hier ein zulässiger Weg gegeben sei, Spenden an Parteien steuerlich abzusetzen."

„Es ist dem Bürger nicht zuzumuten, die mittlerweile siebzig Bände des Bundesverfassungsgerichts durchzulesen, ob darin eine Entscheidung enthalten ist, daß die Rechtsnorm nicht so, sondern anders zu verstehen ist."

Wie anders? Auch das klärt Klein auf: Es gab eine Karlsruher Entscheidung, die Zuwendungen an Parteien einschränkte. „Die Weitergabe von Spenden war aber gerade das, was die Staatsbürgerliche Vereinigung bis dahin getan hatte und auch weiterhin tat. ... Die Rechenschaftsberichte der Staatsbürgerlichen Vereinigung enthielten stets die Zuweisungen an die Parteien; die Berichte wurden wiederum von Wirtschaftsprüfern geprüft und die Finanzämter nahmen die Spendenquittungen in Tausenden von Fällen als Belege für abzugsfähige Ausgaben unbeanstandet an ..."

Und nun spricht er das Wort aus, auf das man gewartet hat: „Grauzone". Der zuständige Referent im Bundesfinanzministerium, Ministerialrat Dr. Troll, habe in einem Leserbrief bestätigt, daß man von ihr wußte. „Weder der Bund noch die Länder haben sich bemüht, die Zweite Verordnung über den Abzug von Spenden zur Förderung staatspolitischer Zwecke vom 23. Oktober 1956 aufzuheben, obwohl die Arbeitsweise der Vereinigung der Finanzverwaltung mindestens seit Ende der siebziger Jahre bekannt war, nachdem die Finanzverwaltung durch die Steuerfahndung St. Augustin die Tätigkeit geprüft hatte." Erst die Neuregelung 1984 habe Abhilfe geschaffen.

Mit der trockenen Note, daß sich „ein Verschulden der Verwaltung nicht nachträglich zum Nachteil des Steuerpflichtigen auswirken darf", schließt Professor Klein – und mehr muß ein Finanzrichter ja wohl auch nicht sagen. Dafür sagte es ein Politiker, der auch Mut hat. Staatssekretär Benno Erhard erinnerte daran, daß es bereits eine Fülle von Strafurteilen gegen Spender gibt. Sie ergingen, ehe ein Finanzgericht entschieden hat, ob auch nur objektiv eine Steuerschuld vorliegt, geschweige denn subjektiv ein Verschulden des Spenders. Und er sprach vom „Geruch" eines „politisch motivierten Handelns".

Was veranlaßt ihn dazu? Beginnen wir mit dem erstaunlichen Vorgang, „Grauzone" genannt, daß die Verwaltung sich viele Jahre über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinweggesetzt hat – offenbar, weil sie es für weltfremd hielt. Das Gericht fürchtete, wenn man Spenden in voller Höhe begünstige, würden unternehmernahe Parteien mehr kriegen als arbeitnehmernahe Parteien.

Diese Befürchtung wurde von der SPD viele Jahre lang hausiert; daß sie ein Unsinn ist, zeigt eben die grauschillernde Praxis der weiland Zweiten Verordnung: Alle haben kassiert und die Durchlaufspenden samt Belegen gesegnet. Auch die SPD. Also war jenes Urteil von 1958 zwar gut gemeint, aber als Schutz für die SPD überflüssig. Was die SPD dadurch dokumentierte, daß sie in Gestalt der Düsseldorfer Regierung den Steuerfahnder Förster von St. Augustin erst einmal nachdrücklich deckelte, als er, wie das Kind im Märchen, des Kaisers Durchlauferhitzer einfach deshalb beanstandete, weil nicht sein darf, was nicht sein darf.

Aber weil dieser Förster nicht zu bremsen war, ergab sich die Frage, was zu tun sei. In einem richtigen Rechtsstaat hätte man gesagt: Recht hat er, selbst wenn das Urteil von 1958 auf zweifelhaften Voraussetzungen beruht; von jetzt an wird nur noch im erlaubten Mini-Rahmen begünstigt. Man hätte allenfalls noch prüfen können, ob Nachzahlung verlangt werden soll.

Stattdessen schickte man die Staatsanwälte derselben Regierung los, die eben noch Förster unrecht zu geben suchte, um alle jene an den Pranger zu stellen, die mit ihr Förster unrecht gegeben hatten. Und es fanden sich Richter dafür. Fragen wir hier nicht nach ihnen. Fragen wir nicht einmal nach dem Rechtsverständnis der Düsseldorfer SPD-Regierung. Fragen wir nur nach ihrem Kamikaze-Unternehmen, durch Strafprozesse nicht nur die anderen Parteien, sondern auch die eigene Partei bloßzustellen.

Da aber finden wir, daß Union und FDP mit der ihnen eigentümlichen Arglosigkeit den Behörden ihre Spendenlisten ausgeliefert hatten, während Genosse Alfred Nau viele Namen für sich behielt und sie nicht einmal seinem Nachfolger anvertraute. Sodaß irgendwie, auch wenn die SPD da und dort ins Gerede kam, das Schmähwort vom „großen Geld" bei Union und FDP hängenblieb und Lafontaine den jetzigen Koalitionsparteien sogar den Begriff „Flick-Parteien" anhängen konnte, mit denen die SPD (!) sich nicht einlassen könne. Wie immer der Jurist Klein Treu und Glauben auslegen mag, in der Politik war Alfred Nau seiner Partei treu und die anderen Schatzmeister handelten in gutem Glauben. Und nur Benno Erhard kann sich noch über diese Geschichte so aufregen, daß er dies Handeln beim treffenden Namen nennt.



Wovon Steuerpflichtige ausgehen konnten: Klein FOTO: JUPP DARCHINGER

IM GESPRÄCH Richard Arrington

Neubeginn für Birmingham

Von Detlev Ahlers

Selten läßt sich ein geschichtlicher Wandel so deutlich an einer Person ausmachen wie die Rassen-Gleichberechtigung im Süden der Vereinigten Staaten an Richard Arrington, dem Bürgermeister von Birmingham, der größten Stadt in Alabama. Er ist schwarz. Ein Komitee der führenden weißen Geschäftsleute versuchte seine Wahl 1979 zu verhindern. Ein ähnliches Komitee unterstützte 1983 seine Wiederwahl.

Birmingham hat mit seinen 250 000 Einwohnern, zur Hälfte schwarz und weiß, zu Beginn der sechziger Jahre eine traurige Rolle gespielt in der Auseinandersetzung der Rassen – vor allem im Fernsehen. Hunde, die auf Schwarze gehetzt wurden, brutale Klu-Klux-Klan-Mitglieder, Weiße, die mit Waffen ihre Schulen gegen Rassenintegration verteidigten, ein Bombenattentat auf eine Sonntagsschule, bei dem vier schwarze Mädchen starben, die heißesten Demonstrationen Martin Luther Kings – Arrington (50) spricht darüber, als sei dies alles Geschichte.

Er hat bereits den „zweiten großen Wandel" seiner Stadt angepackt: den Übergang von der sterbenden Stahlindustrie, die ein Jahrhundert lang Birmingham beherrschte und eine hohe Arbeitslosigkeit (zwei Prozent über dem US-Durchschnitt) hinterließ, zu einem modernen technologischen Zentrum des Südens. Deswegen hat er jetzt die von Weißen beherrschte Geschäftswelt hinter sich: Es wurden in diesem Jahrhundert noch nie so viele Hochhäuser gebaut in Birmingham, noch nie so viele Unternehmen angesiedelt, übrigens auch noch nie so viele Bäume gepflanzt wie in der Amtszeit Arringtons.

Er wuchs auf dem Lande auf, wo sein Großvater Sklave war. Das Studium (Biologie und Zoologie) finanzierte er als Wäschereiarbeiter, er wurde Lehrer, dann Rektor eines College. 1971 wurde er der zweite farbige Stadtrat in der Geschichte Birminghams. Als solcher hatte er vor allem zu tun mit der Brutalität der Polizei gegenüber Farbigen – nirgendwo wurden in den siebziger Jahren mehr Farbige „auf der Flucht erschossen".

Wie das Attentat auf eine Sonntagsschule 1963 die Mehrheit der Weißen so erschreckte, daß ein Wandel möglich wurde, so brachte 1978 die grundlose Erschießung einer Farbigen Arrington die weißen Stimmen zu seinem knappen ersten Wahlsieg. Er verbot der Polizei, auf flüchtige Verdächtige zu schießen – Waffen darf die Polizei nur noch zur Gefahrenabwehr einsetzen.



Wie man eine Stahl-Stadt entwickelt: Arrington FOTO: DIE WELT

Es mag absurd sein, aber zu Arringtons größten Problemen gehören Prozesse wegen – Rassendiskriminierung. Aber andersrum. Mit Unterstützung der Bundesregierung für diese Politik stellt Birmingham im öffentlichen Dienst vor allem Farbige und Frauen ein, die dort bisher kaum vertreten sind. Öffentliche Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die einen bestimmten Prozentsatz farbiger Arbeitnehmer haben. Jetzt klagen einige männliche Weiße wegen Diskriminierung.

Arrington ist heute einer der wichtigsten farbigen Politiker der USA. Auf dem Wahlparteitag der Demokraten hielt er im vergangenen Jahr die Eröffnungsrede. Er habe keine Pläne, für den Senat in Washington zu kandidieren, sagt der Vater von sieben Kindern, dazu sei er zu sehr in Alabama verwurzelt. Würde er es versuchen, müßte man ihm große Chancen einräumen, der erste farbige Südstaaten-Senator dieses Jahrhunderts zu werden (es gab zwei kurz nach dem Bürgerkrieg). Er hat neben den Stimmen der Schwarzen eine stetig wachsende Unterstüzung der Weißen sicher, weil er in Birmingham ein Klima garantiert, das man braucht, um der Lieblingsbeschäftigung Amerikas und der übrigen Welt nachzugehen: Geld verdienen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Die Pariser Zeitung wertet Reagans Auftritt in Straßburg:

Reagan am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament. Ein symbolbeladenes Ereignis. Der Verbündete, ohne den es vor 40 Jahren keine Befreiung Europas gegeben hätte, der mächtige Beschützer, der das militärische Gleichgewicht gegenüber der UdSSR sicherstellt, der beherrschende Konkurrent, der dem Alten Kontinent sein Gesetz aufzwingen will, tritt nun in der Gestalt eines strahlenden und wie ein Filmstar beliebten Präsidenten einem Parlament mit begrenzten Vollmachten gegenüber. Eine entscheidende historische Konfrontation.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es zur linken Lehrergewerkschaft:

Harte Zeiten für die GEW in Baden-Württemberg. Die Lehrergewerkschaft hat innerhalb von nur vier Jahren 4400 ihrer Mitglieder ziehen lassen müssen, mithin gut zwölf Prozent ihres Bestandes verloren. Das ist erstaunlich viel. Kein Wunder, daß die GEW-Funktionäre erhebliche Probleme haben, der Ursache dieses Fiaskos auf die Spur zu kommen. Die Erklärungs-Versuche für den Mitglieder-Exodus fallen denn auch reichlich dürftig aus. Von den sinkenden Einstellungsquoten ist da die Rede, von finanziellen Gründen (bei durchaus wohlbestallten Beamten?) und von einer allgemeinen Verunsicherung, die die Politik des Kultusministers hervorrufe. Die GEW flüchtet sich auf Nebenschauplätze. Der wahre Grund für die Massenflucht aus der Lehrergewerkschaft dürfte vielmehr im Ton zu suchen sein, den die GEW seit geraumer Zeit anzuschlagen beliebt ... So gesehen spricht es für die Lehrer, wenn sie die laute Musik ihrer Gewerkschaft nicht stumm begleiten wollen. Für die GEW spräche es, wenn sie ihre Lehren zöge.

Westfälische Nachrichten

Die Münsteraner Zeitung vergleicht Brandts Warschauer Kniefall mit Kohls Rede in Bergen-Belsen:

Kaum jemand hätte es gewagt, Brandts Handeln öffentlich in Zweifel zu ziehen. Bundeskanzler Helmut Kohl kann heute dasselbe in Worten und Gesten bekräftigen, seine Kritiker zerreden es. Dabei ist seine Aussage von Bergen-Belsen ebenso unmißverständlich: Deutschland trägt für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich in nie verjährender Scham.

Und wenn sie mehr anbauen dürfen – lohnt es denn?

Zum Moskauer Beschluß, mehr Privatäcker zu erlauben / Von Carl Gustaf Ströhm

Der jüngste Beschluß des sowjetischen Politbüros, ab kommendem Jahr den Anteil des „privaten" Hof- und Gartenlandes der Bauern zu erhöhen und damit in der Sowjetunion eine etwas größere bäuerliche Privatinitiative zuzulassen, ist ein Eingeständnis der permanenten Krise des Kolchos-Systems. Dieses System, das den Bauernstand als Faktor in Rußland augerottet hat, trägt die Handschrift Josef Stalins.

Entgegen aller Vernunft wurde zu Beginn der dreißiger Jahre die Landwirtschaft „kollektiviert". Stalins Ziel war es, erstens eine „Reservearmee" an Arbeitskräften für die Industrie freizusetzen. Zum anderen hatte schon Lenin vor handwerklichem und bäuerlichem Kleineigentum gewarnt, weil es unablässig den „Kapitalismus gebiert". Anders gesagt: Privateigentum, und sei es nur ein kleiner Garten, schafft politisch unerwünschte Freiräume.

Um den Primat der Politik vor der Wirtschaft durchzuhalten, nahmen die sowjetischen Kommunisten nicht nur die Zerstörung der russischen Dörfer, Massenverschleppungen und eine Hungersnot mit Millionen von Todesopfern in Kauf. Sie zerstörten auch die agrarische Struktur und damit die geregelte Nahrungsmittelversorgung. Wenn es vierzig Jahre nach Kriegsende in der Sowjetunion immer noch Käuferschlangen vor den Geschäften gibt, wenn das Politbüro vor jeder „Mißernte" zittern muß, wenn amerikanischer Weizen das russische Volk ernähren muß, so sind dies Wirkungen einer buchstäblich über Leichen gegangenen Agrarpolitik.

Am Ende der von Lenin nach dem Scheitern des radikalen „Kriegskommunismus" verkündeten „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) um das Jahr 1928 gab es in der Sowjetunion 25 Millionen Bauernhöfe und, wie Stalin auf dem 17. Kongreß der KPdSU 1934 berichtete, 70,5 Millionen Stück Rindvieh – nach der Kollektivierung 1933 waren es nur noch 38,4 Millionen. Bei Schafen und Ziegen war der Rückgang noch drastischer: von 146,7 Millionen auf 50,2 Millionen. Die Zahl der Pferde – damals als Zugtiere unentbehrlich – verringerte sich von 33,5 auf 16,6 Millionen.

In diesem Zusammenhang muß man die jüngste Maßnahme des Politbüros sehen. Die Erweiterung des privaten Hoflandes, die Ermutigung intensiver Agrarproduktion auf privatem Boden mit privaten Mitteln ist offensichtlich eine Idee des neuen Parteichefs Gorbatschow, der in den vergangenen Jahren bereits die wenig dankbare Aufgabe hatte, innerhalb der obersten Führung für die Landwirtschaft zuständig zu sein.

Allerdings kommt das, was Gorbatschow jetzt anbietet, allenfalls einem Tropfen auf den heißen Stein gleich. Schon seit Chruschtschow hat man davon abgelassen, die private Produktion der Bauern zu schikanieren. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Bauern auf ihren höchstens 0,5 Hektar großen privaten Flächen vieles von dem produzierten, was die riesigen Kolchosen und Sowchosen (Staatsgüter) nicht zustande brachten – ein bis sogar zwei Drittel der Gesamtproduktion der verschiedensten Waren.

Das Problem ist aber nicht damit gelöst, das Hofland zu erweitern – so richtig dieser Schritt im Ansatz auch sein mag, so unfruchtbar es auch sein mag, in diesem Zusammenhang zu witzeln, daß der Kommunismus eben nur überleben kann, wenn ihn die Kapitalisten in die Hand nehmen. Zwar lautet eine beliebte Milchmädchenrechnung: Wenn die Bauern auf ihrem bisherigen Hofland ein Drittel der sowjetischen Fleischproduktion liefern konnten, dann braucht man nur das Hofland zu verdreifachen und sie liefern hundert Prozent. Aber in der Praxis erhebt sich die Frage, was der private Agrarproduzent mit seinen Rubeln anfangen kann, wenn er einmal viel verdient. Nicht nur gibt es in den Läden nichts zu kaufen, so daß der „Nebenher-Produzent" bisher schon nicht versucht war, über eine bestimmte Summe hinaus dazuzuverdienen. Er bewegt sich auch nach sowjetischen Gesetzen eben deshalb ständig am Rande der Illegalität und des Gefängnisses.

Denn erstens kann es sein, daß ein tüchtiger Landwirt privat so viel verdient, daß ihn der Arbeitslohn mit allen Prämien nicht interessieren muß und er dadurch in die Lage gerät wie jene zwei erfolgreichen Schweinezüchter in Grusinien, die jüngst als „Parasiten" vor Gericht gestellt wurden. Und zweitens kommt eben bald der Punkt, wo man nicht mehr legal oder quasilegal auf dem „Grauen Markt" verkauft, sondern schwarz Waren eintauscht, die man auch fürs tägliche Leben braucht, die aber auf keinem Bauernhof wachsen – Glühbirnen, Nägel, Autoersatzteile. Kurz, mehr Marktwirtschaft ist schon gut, doch es genügt nicht, sie auf den Lebensmittelmarkt zu beschränken. Wer aber diese Frage stellt, stellt das System in Frage.

Bambergs riskanter Blick zurück

Von PETER PHILIPPS

Schuld und Sühne – dies sind die Stichworte, die im Zusammenhang mit dem 8. Mai seit Monaten das Bild des Jahrestages in der Öffentlichkeit geprägt haben. Die Deutschen begaben sich verstärkt auf die Suche nach dem besseren Teil ihrer jüngsten Vergangenheit, nach Opfern und Widerstands-Kämpfern.

Bamberg, als „deutscheste aller Städte" besungen und von den Kriegsleiden weitgehend verschont, konnte da wenig bieten und meldete sich mit einem Kontrapunkt: Bamberg erinnert sich seit gestern der Mehrheit in den Jahren 1933 bis 1945, zeigt in der Staatsbibliothek Zeugnisse des Wirkens des „Bamberger Dichterkreis", jener 20 Autoren, die aus allen „Gauen Großdeutschlands" in die Metropole der deutschen Romantik gekommen waren.

Es ist nicht ohne Risiko, sich dieses Kapitels der deutschen Literaturgeschichte anzunehmen, im scharfen Kontrast zu allen übrigen Gedenkfeiern. Es erfordert neben Fingerspitzengefühl auch Mut, hier nicht durch krampfhaftes Schweigen die Wirklichkeit zu verfälschen, auch wenn der Jugend die Namen jener Bamberger Dichter heute nur noch wenig sagen. Denn Stefan Andres und Max Barthel, Bruno Brehm, Otto Gmelin und Ernst Ludwig Schellenberg, die sich seit 1936 regelmäßig zu Lesungen und Geselligkeit trafen, sind weitgehend in Vergessenheit geraten.

Dennoch, das Unterfangen der Bamberger, die riskante Gratwanderung, scheint gelungen zu sein. Anhand dieses konkreten Beispiels des Dichterkreises wird auch Aufklärung, Geschichtsunterricht betrieben, wird dem Betrachter heute ein Einblick gegeben in die Praxis des literarischen Lebens zur Zeit und unter den Bedingungen des Nationalsozialismus. Von der Gegenwart aus gesehen sind die Dokumente über das Selbstverständnis der von den Machthabern gestreichelten Autoren und über ihr damaliges Echo manchmal beklemmend. Doch sie korrigieren den Eindruck, als ob in den NS-Jahren das geschriebene deutsche Oeuvre nur aus „Völkischem Beobachter" und Exil-Literatur bestanden hätte.

Bismarck – Hüter des Reiches mit Blick in die Welt

In Bismarck fand das bürgerlich-republikanische Element seine Identität. So ist es nur natürlich, daß der „Eiserne Kanzler" in der Freien und Hansestadt Hamburg sein monumentalstes Denkmal erhielt.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Selbst historisch gebildete Hamburger haben immer wieder behauptet, ihr Bismarck-Denkmal sei von den Bürgern der Stadt nie geliebt worden. Dem ist nicht so: Sie haben es selber gewünscht und auch auf Heller und Pfennig aus eigener Tasche bezahlt. Und als im Jahr 1901 der damalige Bürgermeister Mönckeberg als Standort die „Fontenay" empfahl, donnerte eine Hamburger Zeitung: „Das Denkmal soll der Öffentlichkeit entzogen werden – nur die Schwäne der Außenalster sollen ihre Freude daran haben! Unser Reichskanzler gehört mitten hinein in den pochenden Pulsschlag der Weltstadt."

So steht denn der Eiserne Kanzler seit 1906 auf dem Elbhügel bei den Landungsbrücken und „übersieht" geflissentlich das Sündenbabel St. Pauli zu seinen Füßen. Er schaut, so wird noch immer unbeirrbar behauptet, nach England hinüber, obwohl dies denn doch wohl eher eine Legende aus Zeiten des Ersten Weltkriegs ist.

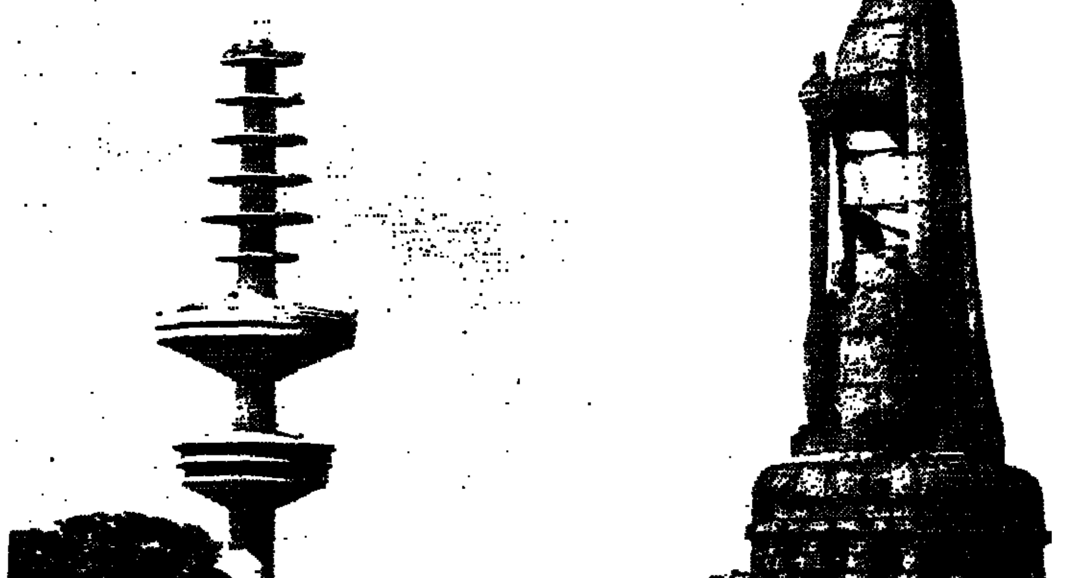
Daß ausgerechnet Hamburg, die Stadt, der Bismarck zugunsten des Reiches so manches hanseatische Sonderrecht nehmen mußte, das wohl bedeutendste Bismarck-Nationaldenkmal besitzt, ist ganz und gar kein Zufall. Zwar ist der Begründer des Zweiten Deutschen Reiches zwischen Bayern und Schleswig-Holstein (ja, sogar in Afrika) über 120mal zu Denkmalsehren gekommen. Zwar wurde das erste dieser Erinnerungszeichen in Berlin vor dem Reichstag errichtet – allerdings ein wenig kümmerlich und im tändelnden Barockstil. Aber seiner ganzen Symbolkraft nach gehörte der Kanzler, der dem deutschen Bürgertum die Rechts- und Wirtschaftseinheit gebracht hatte, an Deutschlands „Tor zur Welt", eben nach Hamburg.

Hatten die unzähligen Kaiser-Wilhelm-Denkmäler, die zur gleichen Zeit entstanden, eher eine politisch-dynastische Funktion mit der Vermittlung von Gefühlswerten über den Kaiser als Landesvater, so stand Bismarck für etwas anderes: In ihm fand das bürgerlich-republikanische Element seine Identität. Bismarck symbolisierte die nationale Einheit, die Förderung der Wirtschaft, die Wirkung Deutschlands nach außen, er war „der Hüter des Reiches".

Deswegen unterscheiden sich die Kaiser-Denkmäler der Jahrhundertwende auch deutlich von den Kanzler-Denkmälern. Wilhelm wurde als historische Figur und individueller dargestellt. Bismarck-Denkmäler sind meist weitaus emblematischer, tektonischer. Häufig erscheint er – so auch in Hamburg – als Rolandsfigur, steht er, ähnlich wie jener in Bremen, ein „Standbild so standhaft und fest". Roland ist seit dem Mittelalter Sinnbild für die Bewahrung eigener städtischer Gerichtsbarkeit, eigener Marktrechte.

Das spricht hanseatische Tradition an. Und in diesem eher pragmatischen Sinne war auch die Bismarck-Symbolik gemeint. Ihn, der nie ein Musterdemokrat war und sein wollte, meinte man nicht so sehr persönlich. Die innere Einigung Deutschlands öffnete ja auch Perspektiven nach außen. Weltmärkte zum Beispiel. Das war für Kaufleute wichtig. Hamburg war sich dessen bewußt.

Bismarck war gerade eine Woche tot, als sich am 7. August 1898 in der Hamburger Handelskammer ein Denkmalskomitee konstituierte. Ein Spendenaufruf erging. Und auf Anhieb flossen 453 063 Mark – Kaufleute sind sehr genau – in die Kasse. Alle Bildhauer Deutschlands wurden aufgefordert, Entwürfe einzusenden. 219 Vorschläge zählte man am Ende.



Standhaft und fest wie der Roland zu Bremen: das Bismarck-Denkmal in Hamburg

FOTO: CONTI-PRESS

Ausgerechnet zwei Nicht-Hanseaten, der sudetendeutsche Bildhauer Hugo Lederer und der Berliner Architekt Emil Schaudt, gewannen mit der hanseatischen Rolandssymbolik den ersten Preis von 10 000 Mark.

So sehr den Honoratioren diese Symbolik eingeleuchtet hatte, dem Volk gefiel sie offenbar weniger. Wochenlang wurden die Zeitungen mit empörten Zuschriften bombardiert. Man wollte den Kanzler lieber mit Pickelhaube und Kürassier-Uniform. Man kritisierte die „strenge, steife Erscheinung", die „kinderbangemachenden Augen". Die Forderung lautete: „Wir wollen unseren lieben treuen Bismarck haben." Und: „Gebt uns einen Bismarck, den wir kennen!" Woran man sieht, daß heutige Bürgermeister mit ihrer Forderung nach „erkennbaren Theaterstücken" in Hamburg Tradition haben.

Der Denkmalsausschuß setzte sich mit der „modernen" Lösung durch. Nachdem auch der folgende Streit um den Standort ausgestanden war, wurde am 24. April 1903 der Grundstein gelegt. Zu Bismarcks 90. Geburtstag am 1. April 1905 wollte man fertig sein. Aber die Lieferung der großen Granitblöcke aus dem Schwarzwald geriet ins Stocken. Und Bildhauer Lederer behauptete, er könne die Adler zu Füßen des Kanzlers nicht ohne Modell anfertigen, so daß ihm erst ein sibirischer Goldadler beschafft werden mußte. Und schließlich änderte er auch noch Bismarcks Gesicht. Der trotzige sollte einem nachdenklicheren Ausdruck weichen.

Am 2. Juni 1906 war es dann doch soweit: Das 34 Meter hohe, 3 350 000 Kilogramm schwere Denkmal konnte mit einem Volksfest eingeweiht werden. Kaiser Wilhelm II. kam nicht. Vom Hause Hohenzollern ließ keiner sich blicken. Der Streit zwischen Kaiser und Kanzler wirkte noch über dessen Tod hinaus nach. Auch bei einem Hamburg-Besuch widmete der Kaiser das Denkmal keines Blickes. Den Hanseaten wird's recht gewesen sein. Ihr Bismarck bedeutete ihnen etwas anderes.

Eine Posse als Nachspiel: Kaum war das Denkmal vollendet, gerieten seine geistigen Väter sich in die Haare. Architekt Schaudt wetterte: „Die Idee war von mir! Denn Herr Lederer wollte Bismarck ursprünglich sogar auf einen Thron setzen."

Geschichtchen am Rande der Geschichte dienen der Popularisierung derselben. Und so sei denn noch die Geschichte vom britischen Soldaten Jay Oakley erzählt. Laut „Bild"-Zeitung kletterte er im Jahr 1946 in den vom Krieg stark beschädigten, sonst unzugänglichen Sockel des Denkmals und entdeckte: Die Hamburger haben berühmte Bismarck-Zitate nicht außen, sondern im Inneren des Denkmals verewigt. Unter anderem dieses: „Wir sind nicht auf dieser Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun." Warum denn innen? Vielleicht eine späte „Ergänzung" der Jahre 1939/40, als der Sockel zum Luftschutzbunker umgebaut wurde? Mit Bismarck gegen die Bomben? Er hat sie jedenfalls überstanden.

Bisher erschienen:
Hermannsdenkmal (26. 4.),
Walhalla (30. 4.),
Friedrich der Große (2. 5.) und
Niederwalddenkmal (6. 5.)
wird fortgesetzt

Wechsel in der Chefredaktion der WELT

Der Verleger und Herausgeber der WELT, Axel Springer, hat Dr. Herbert Kremp (56) mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 als Nachfolger für den 1984 verstorbenen Matthias Walden zum Mitherausgeber der Tageszeitung DIE WELT berufen.

Dr. Kremp und Wilfried Hertz-Eichenrode sind seit 1981 gemeinsam Chefredakteure der WELT. Dr. Kremp gehört dem Hause seit 1969 als WELT-Chefredakteur an und hat zwischenzeitlich als Chefkorrespondent vier Jahre lang aus Peking berichtet.

Wilfried Hertz-Eichenrode (64) scheidet mit Erreichen der Altersgrenze auf eigenen Wunsch zum 1. Oktober 1985 als Chefredakteur der WELT aus. Er wird dem Blatt aber auch künftig als Autor freundschaftlich verbunden bleiben. Hertz-Eichenrode gehört der WELT seit 1965 und der Chefredaktion des Blattes seit 1977 an.

Der Verleger Axel Springer hat die Stellvertretenden Chefredakteure Peter Gillies (45) und Manfred Schell (40) mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 als neue gemeinsame Chefredakteure berufen. Der Stellvertretende Chefredakteur Dr. Günter Zehm (51) ist verantwortlich für den Kulturteil der WELT und für Themen der Zeit.

Peter Gillies trat 1966 in die Redaktion der WELT ein. Er arbeitete als Wirtschaftskorrespondent in Berlin und Bonn, war Leiter der Bonner Korrespondentenredaktion und ist seit 1981 stellvertretender Chefredakteur der WELT.

Manfred Schell kam 1975 als politischer Korrespondent in die WELT-Redaktion. 1981 übernahm er die Leitung der Bonner Korrespondenten-Redaktion und ist seit 1984 Stellvertretender Chefredakteur des Blattes.

Dr. Günter Zehm trat 1963 als Feuilleton-Redakteur bei der WELT ein. Er wurde 1975 Ressortleiter Kulturpolitik und 1977 Stellvertretender Chefredakteur.

Hamburg, den 8. Mai 1985

Die perfekte Illusion aus dem Rechner

Von GERD BRÜGGEMANN

Die Illusion ist nahezu perfekt. Der blaue Mercedes 380 SE verhält sich wie eine Auto im Straßenverkehr; es beschleunigt, läßt sich abbremsen, lenken und schleudert auf eisglatter Fahrbahn mit allen dazugehörenden Bewegungen. Auch die Fahrgeräusche, vom Aufheulen des Motors bei unsachgemäßem Anfahren, quietschenden Reifen bei schneller Kurvenfahrt und Crash-Lärm beim Auffahrunfall sind unverkennbar. Passieren kann allerdings nichts, denn das Luxusauto aus Stuttgart bewegt sich gar nicht vom Fleck. Es steht in einem Fahrsimulator, den die Daimler Benz AG für 25 Millionen Mark in ihrem Werk in Berlin errichtet hat.

Der Fahrer des Wagens, erlebt eine wirkliche Fahrt in Bild und Bewegung. Dabei befindet er sich in einer Simulator-Kapsel von 7,40 Meter Durchmesser, die auf sechs in allen Richtungen beweglichen Hydraulik-Armen steht. Die Kapsel hat Ähnlichkeit mit den Simulatoren, in denen Fluggesellschaften ihre Piloten schulen, ist aber erheblich aufwendiger und hat auch andere Aufgaben. Fahrer sollen an ihm jedenfalls nicht ausgebildet werden. Nach den Vorstellungen von Daimler Benz-Forschungsleiter Prof. Hubertus Christ soll der Simulator Forschungsingenieuren die Möglichkeit bieten, aus einer Fülle von Ideen und Lösungsansätzen die geeignetsten herauszufiltern. Der Versuchsingenieur kann neue Fahrzeugkonzepte, neue Aggregate oder Teilkomponenten testen, selbst wenn sie nur gedanklich existieren. Es genügt, ihre Funktion mathematisch zu definieren, und sie können probeweise erfahren werden.

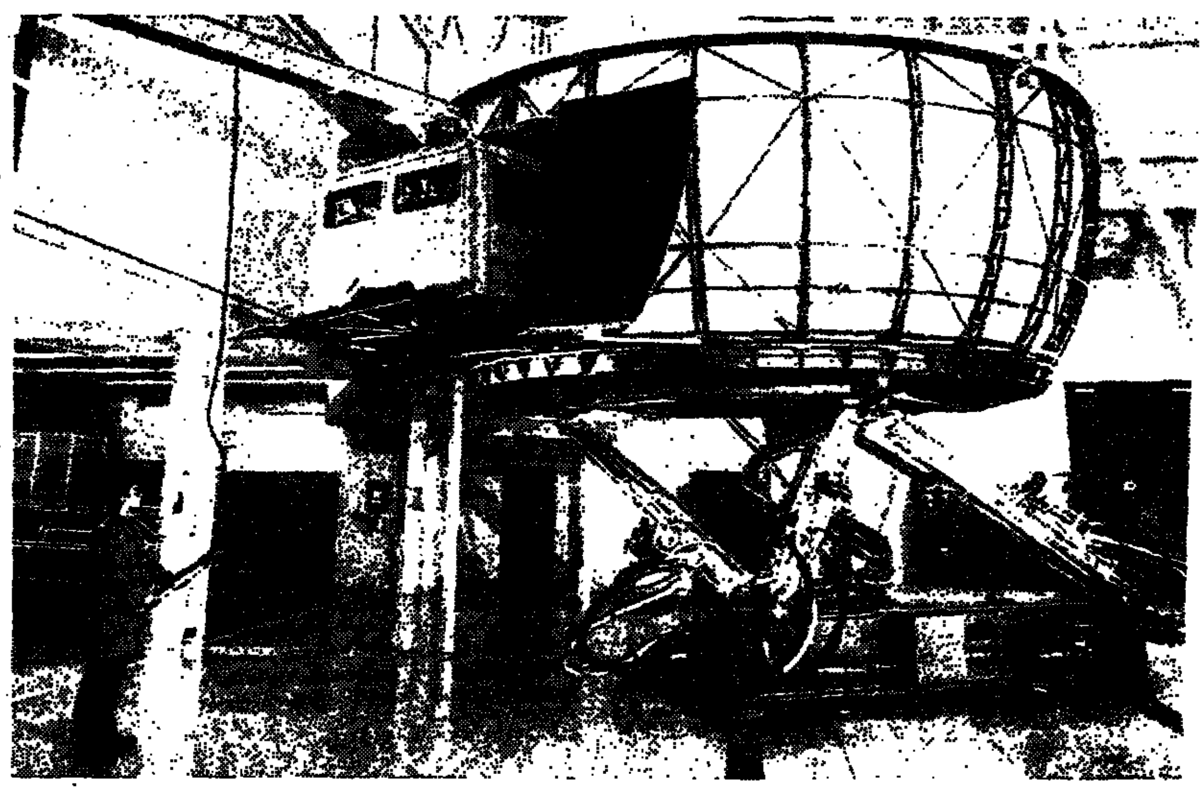
Herzstück des Simulators ist ein aufwendiges Rechensystem, in dem das jeweilige Fahrzeug in Form eines mathematischen Modells gespeichert ist. Parameter wie Straßenbeschaffenheit oder einzelne Fahrzeugeigenschaften lassen sich beliebig verändern. Der Rechner kann jeweils 2000 mathematische Gleichungen zur Darstellung der Fahrdynamik in zehn Millisekunden berechnen.

Aus gespeicherten Bausteinen einer künstlichen Landschaft von immerhin 512 mal 512 Kilometern erzeugt der Rechner 50 mal pro Sekunde für den Fahrer ein der Fahrsituation entsprechendes Bild, das über sechs Videoprojektoren in einem 180-Grad-Blickwinkel auf eine Wand vor dem Fahrzeug übertragen wird. Anders als bei Spielautomaten wird es nicht mit Filmen gespeist, die sich ständig wiederholen. Es überrascht nicht, daß sich mit dem System die verschiedendsten Fahrstrecken mit unterschiedlichen Licht- und Wettereffekten, von Sonne über Regen, Nebel bis zu Schnee und Gewitter ebenso darstellen lassen wie das Verhalten der Verkehrsteilnehmer.

Ein Spielzeug für Ingenieure soll das Gerät freilich nicht werden. Neben den technischen Forschungsaufgaben denken Christ und seine Mitarbeiter auch an Fahrer-orientierten Untersuchungen: „Eine verhaltensorientierte Verkehrssicherheitsforschung war bisher wegen fehlender Reproduzierbarkeit der Verkehrsverhältnisse und des Unfallrisikos auf öffentlichen Straßen nicht möglich." Der Simulator erlaube es nun, ganze Fahrten ins Labor zu verlegen. Unterschiedliche Verkehrs- und Unfallsituationen könnten nachgestellt werden. Die Reaktionen von Fahrern in kritischen Situationen werden beliebig reproduzierbar und können ohne Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer oder der Fahrer untersucht werden.

Christ: „Sie können erkennen, wie stark wir davon überzeugt sind, daß noch ein ganz erhebliches Verbesserungspotential für Fahrzeug und Verkehrstechnik vorhanden ist."

Morgen werden Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen Gelegenheit zu einer Probefahrt im Simulator haben. Daimler-Benz-Chef Professor Werner Breitschwerdt wird ihn dann offiziell in Betrieb nehmen, nachdem er seit dem 19. Oktober 1984 zur Probe läuft.



Der Fahrsimulator von Daimler-Benz in Berlin: Die Versuchswagen sind austauschbar

FOTO: DIE WELT

„Wir Deutschen müssen die Maßstäbe allein finden"

Die WELT veröffentlicht – leicht gekürzt – die Rede des Bundespräsidenten, die er gestern zum 8. Mai vor dem Deutschen Bundestag gehalten hat.

I. Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns

> Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können, ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden vor allem Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang.

Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewißheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten? Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn? Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft.

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren

> Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg . . .

II. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unzählbar vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten. Wir gedenken der erschossenen Geiseln. Wir denken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstands, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstands in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstands der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids, Leid um die Toten, Leid durch Verwundung und Verkrüppelung, Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung, Leid in Bombennächten, Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not, Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod, Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und gearbeitet hatte. Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.

Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen. Ihr Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergißt die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde. Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt. Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall. Als die überlebenden Männer heimkehrten, mußten Frauen wieder zurückstehen.

Viele Frauen blieben auf Grund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit. Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.

III. Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. Noch am Tag vor seinem Ende, am 30. April 1945, hatte er sein sogenanntes Testament mit den Worten abgeschlossen: „Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum." Es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.

Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Haß. Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde? Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah. Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewußt oder auch nur geahnt zu haben.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder icht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen Versöhnung. Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.

„Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist. Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, schafft Glauben an Erlösung, an Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben.



Richard von Weizsäcker: „Wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg." FOTO: POLY-PRESS

Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.

Für uns kommt es auf ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Inneren an.

IV. Der 8. Mai ist ein tiefer historischer Einschnitt, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geschichte. Der europäische Bürgerkrieg war an sein Ende gelangt, die alte europäische Welt zu Bruch gegangen. „Europa hatte sich ausgekämpft" (M. Stürmer). Die Begegnung amerikanischer und sowjetrussischer Soldaten an der Elbe wurde zu einem Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära.

Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln. Über hundert Jahre lang hatte Europa unter dem Zusammenprall nationalistischer Übersteigerungen gelitten. Am Ende des Ersten Weltkrieges war es zu Friedensverträgen gekommen. Aber ihnen hatte die Kraft gefehlt, Frieden zu stiften. Erneut waren nationalistische Leidenschaften aufgeflammt und hatten sich mit sozialen Notlagen verknüpft.

Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft. Er erzeugte und nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten. Und auch die europäischen Westmächte, nach Churchills Urteil „arglos, nicht schuldlos", trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den dreißiger Jahren ohne Einfluß auf Europa.

Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen.

Am 23. Mai 1939 erklärte er vor der deutschen Generalität: „Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden . . . Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung . . . Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen . . . Anzustreben bleibt, dem Gegner zu Beginn einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen. Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle."

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens.

Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete.

Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion.

Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.

Vom 8. Mai nahm zunächst die Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen ihren Ausgang. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt worden waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten. Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von Hitler begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelö-

> ‚Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.' Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist. Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung.

sten Krieges erinnern. Im Blick auf die Teilung unseres eigenen Landes und auf den Verlust großer Teile des deutschen Staatsgebietes denken auch wir daran. In seiner Predigt zum 8. Mai sagte Kardinal Meißner in Ost-Berlin: „Das trostlose Ergebnis der Sünde ist immer die Trennung."

V. Die Willkür der Zerstörung wirkte in der willkürlichen Verteilung der Lasten nach. Es gab Unschuldige, die verfolgt wurden, und Schuldige, die entkamen. Die einen hatten das Glück, zu Hause in vertrauter Umgebung ein neues Leben aufbauen zu können. Andere wurden aus der angestammten Heimat vertrieben. Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt . . .

Wir können des 8. Mai nicht gedenken, ohne uns bewußt zu machen, welche Überwindung die Bereitschaft zur Aussöhnung den ehemaligen Feinden abverlangte. Können wir uns wirklich in die Lage von Angehörigen der Opfer des Warschauer Gettos oder des Massakers von Lidice versetzen? Wie schwer mußte es aber auch einem Bürger in Rotterdam oder London fallen, den Wiederaufbau unseres Landes zu unterstützen, aus dem die Bomben stammten, die erst kurze Zeit zuvor auf seine Stadt gefallen waren. Dazu mußte allmählich eine Gewißheit wachsen, daß Deutsche nicht noch einmal versuchen würden, eine Niederlage mit Gewalt zu korrigieren.

Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und das offene Herz . . .

Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erkärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt. Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber. Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.

Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen. Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.

Der Neuanfang in Europa nach 1945 hat dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung Siege und Niederlagen gebracht. Für uns gilt es, die Chance des Schlußstrichs unter eine lange Periode europäischer Geschichte zu nutzen, in der jedem Staat Frieden nur denkbar und sicher schien als Ergbnis eigener Überlegenheit und in der Frieden eine Zeit der Vorbereitung des nächsten Krieges bedeutete.

Die Völker Europas lieben ihre Heimat. Den Deutschen geht es nicht anders. Wer könnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen? Nein, Friedensliebe zeigt sich gerade darin, daß man die Heimat nicht vergißt und eben deshalb entschlossen ist, alles zu tun, um immer in Frieden miteinander zu leben. Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.

VI. Stärker als früher hat der letzte Krieg die Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt. Die Versöhnungsarbeit von Kirchen fand eine tiefe Resonanz . . .

VII. In seiner Folge hat der Krieg alte Gegner einander näher gebracht. Schon 1946 rief der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner denkwürdigen Stuttgarter Rede zur Verständigung in Europa und dazu auf, dem deutschen Volk auf seinem Weg in eine freie und friedliebende Zukunft zu helfen. Unzählige amerikanische Bürger haben damals mit ihren privaten Mitteln uns Deutsche, die Besiegten, unterstützt, um die Wunden des Krieges zu heilen. Dank der Weitsicht der Franzosen Jean Monnet und Robert Schuman und ihrer Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer endete die alte Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen für immer . . .

Es gab keine „Stunde Null", aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt so gut wir konnten.

An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt. Vier Jahre nach Kriegsende, 1949, am heutigen 8. Mai, beschloß der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz. Über Parteigrenzen hinweg gaben seine Demokraten die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft im Artikel 1 unserer Verfassung: „Das deutsche Volk bekennt sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt." Auch an diese Bedeutung des 8. Mai gilt es heute zu erinnern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen. Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet. Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht, sichert die Lebensgrundlage der Menschen . . .

Wir haben wahrlich keinen Grund zur Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. Aber wir dürfen uns der Entwicklung dieser 40 Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart nutzen.

– Wenn wir uns daran erinnern, daß Geisteskranke im Dritten Reich getötet wurden, werden wir die Zuwendung zu psychisch kranken Bürgern als eigene Aufgabe verstehen.

– Wenn wir uns erinnern, wie rassisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.

– Wenn wir uns auf die Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.

– Wer über die Verhältnisse im Nahen Osten urteilt, der möge an das Schicksal denken, das Deutsche den jüdischen Mitmenschen bereiteten und das die Gründung des Staates Israel unter Bedingungen auslöste, die noch heute die Menschen in dieser Region belasten.

– Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben. Es gilt, daß beide Seiten sich erinnern und beide Seiten einander achten. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Gorbatschow hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim 40. Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren. Die Sowjetunion trete für Freundschaft zwischen den Völkern ein. Gerade wenn wir Fragen auch an sowjetische Beiträge zur Verständigung zwischen Ost und West und zur Achtung von Menschenrechten in allen Teilen Europas haben, wollen wir dieses Zeichen aus Moskau nicht überhören. Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.

VIII. Vierzig Jahre nach dem Ende des Krieges ist das deutsche Volk nach wie vor geteilt.

Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres: „Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen."

Vor kurzem wurde in Baltimore in den Vereinigten Staaten eine Ausstellung „Juden in Deutschland" eröffnet. Die Botschafter beider deutscher Staaten waren der Einladung gefolgt. Der gastgebende Präsident der Johns-Hopkins-Universität begrüßte sie zusammen. Er verwies darauf, daß alle Deutschen auf dem Boden derselben historischen Entwicklung stehen. Eine gemeinsame Vergangenheit verknüpft sie mit einem Band. Ein solches Band könne eine Freude oder ein Problem sein – es sei immer eine Quelle der Hoffnung.

Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben. Auch den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint. Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen. Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige. Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.

IX. Manche jungen Menschen haben sich und uns in den letzten Monaten gefragt, warum es vierzig Jahre nach Ende des Krieges zu so lebhaften

> Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und das offene Herz . . .

Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gekommen ist. Warum lebhafter als nach fünfundzwanzig oder dreißig Jahren? Worin liegt die innere Notwendigkeit dafür?

Es ist nicht leicht, solche Fragen zu beantworten. Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen. Vierzig Jahre spielen in der Zeitspanne von Menschenleben und Völkerschicksalen eine große Rolle.

Auch hier erlauben Sie mir noch einmal einen Blick auf das Alte Testament, das für jeden Menschen unabhängig von seinem Glauben tiefe Einsichten aufbewahrt. Dort spielen vierzig Jahre eine häufig wiederkehrende wesentliche Rolle. Vierzig Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt in der Geschichte mit dem Einzug ins verheißene Land begann. Vierzig Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration.

An anderer Stelle aber (Buch der Richter) wird aufgezeichnet, wie oft die Erinnerung an erfahrene Hilfe und Rettung nur vierzig Jahre dauerte. Wenn die Erinnerung abriß, war die Ruhe zu Ende. So bedeuten vierzig Jahre stets einen großen Einschnitt. Sie wirken sich aus im Bewußtsein der Menschen, sei es als Ende einer dunklen Zeit mit der Zuversicht auf eine neue und gute Zukunft, sei es als Gefahr des Vergessens und Warnung vor den Folgen. Über beides lohnt es sich nachzudenken. Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit. Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders

> Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres: ‚Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen.'

und besser geworden. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit. Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

Ehren wir die Freiheit.

Arbeiten wir für den Frieden.

Halten wir uns an das Recht.

Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.

Politiker sollen ein Beispiel geben

● Fortsetzung von Seite 1

mehr polnische als deutsche Gräber finden.“ Das begangene Unrecht, an welchen Menschengruppen auch immer, könne durch „keine Aufrechnung“ und durch „keine Konfrontation von Ansprüchen“ wiedergutgemacht werden. Daran knüpfte der Präsident die Schlußfolgerung: „Gewaltverzicht heute heißt dem Menschen dort, ... wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.“ An dieser Stelle brach der stürmischste Beifall für die Rede überhaupt aus, was von vielen Beobachtern später als eine Art befreiende Geste der Zuhörer auf die in den vergangenen Monaten erlebte sogenannte „Grenz-Debatte“ gewertet wurde.

Die Vergangenheit, führte der Präsident aus, sei nicht zu „bewältigen“. Man müsse sie vielmehr „annehmen“ und verstehen, „warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten“. Mit den Worten des Talmud erläuterte der Redner: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“ Dies sei eine wichtige Lehre vor allem für die jungen Deutschen. Sie seien „nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird“.

In seiner Ansprache zur Feierstunde im Plenarsaal hatte Bundestagspräsident Jenninger noch einmal die historishen Etappen des Hitlerschen Aufstiegs nachgezeichnet, wobei er auch darauf hinwies, daß die Erfolge des Diktators „nicht denkbar waren ohne die Nachgiebigkeit der Westmächte“. Wie nach ihm von Weizsäkker hob auch Jenninger immer wieder das Ausmaß an Leid und Vernichtung hervor, welches Hitler auch den Deutschen selber und dem deutschen Vaterland zugefügt hatte. „Wahrhaftigkeit ist das Fundament für eine bessere, eine glückliche Zukunft“, rief Jenninger dem Publikum zu. In einer ökomenischen Feier im Kölner Dom widmeten Kardinal Höffner und Landesbischof Lohse gestern abend dem Gedenken an den 8. Mai christliche Interpretationen der Besinnung, der Umkehr und der Versöhnung.

In Ost-Berlin demonstriert Moskau seinen harten Kurs

Sindermann schlägt aber zum 8. Mai versöhnliche Töne an

H.-R. KARUTZ, Berlin

Heftige Ausfälle gegen die Politik des Westens und Zweifel an der „Redlichkeit“ Bonns beherrschten die Feiern zum 8. Mai in Ost-Berlin. Bei einem „DDR“-Staatsakt erneuerte der sowjetische Kulturminister Pjotr Demitschew dabei die indirekte Kritik von Michail Gorbatschow an Honekkckers „Gemeinsamer Erklärung“ mit Bundeskanzler Kohl. Angesichts der forcierten „Sternenkrieg-Aufrüstung“ sei die Frage zu stellen: „Was sind da die Beteuerungen der Verantwortlichen wert, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehe?“

Der sowjetische Redner führte die seit Monaten zu beobachtende harte Haltung Moskaus gegenüber Bonn fort. Er warf dem Westen „verschleierte Kriegsvorbereitungen“ und die Verwandlung der „BRD in eine gefährliche Raketen-Startrampe“ vor. Demitschew, dessen niedriger Rang als Kandidat des Politbüros der KPdSU die SED-Gastgeber irritierte, bekräftigte ebenfalls die Kreml-Version, wonach die Konferenzen von Jalta und Potsdam die Verhältnisse in Europa für immer festgeschrieben hätten.

Etwas mildere Töne gegenüber Bonn schlug hingegen Volkskammer-Präsident Horst Sindermann in seiner Rede an: „Die von der Geschichte auferlegte politische und moralische Aufgabe der Friedenssicherung gebietet beiden Staaten auch die Gestaltung gutnachbarlicher Beziehungen.“ Daneben malte die Nummer drei in der Staatshierarchie jedoch ein düsteres Gemälde von den inneren Zuständen in der Bundesrepublik, wo es möglich sei, daß „Konzernherren eine Regierung kaufen“. Bei den US-Weltraumplänen werde der „Wahnsinn zur Methode“. Der Sternenkrieg solle „aus der Traumfabrik von Hollywood“ in die Realität einer „Vernichtungsschlacht gegen die Menschheit“ getragen werden. Sindermann bezeichnete es als „schamlose Lüge“, wenn Washington erkläre, der Sternenkrieg sei „das beste Mittel zur Friedenssicherung“.

Neben diesen propagandistischen Tönen gab es jedoch auch andere, die bisher in der „DDR“ rings um den Jahrestag der „Befreiung“ nicht aufgeklungen waren. Sindermann führte ausdrücklich auch die Opfer der Alliierten vor Augen und benutzte dabei die berühmte „Blut-und-Tränen“-Formel von Winston Churchill zu Beginn des Krieges.

Wörtlich sagte Sindermann: „Im amerikanischen Volk waren die Ideen eines Abraham Lincoln erwacht, der die Sklaverei niederkämpfte und das Banner der Demokratie in seinem Land aufgepflanzt hatte. Mit diesen Idealen im Herzen trafen sich die Soldaten der Vereinigten Staaten in Torgau mit den Soldaten des Sowjetlandes.“ Das Volk der britischen Inseln, „das die Ausradierung von Coventry und die Zerstörung durch die V 2 erleiden mußte, schwor sich, den Weg durch Blut und Tränen nicht zu scheuen, um den deutschen Militarismus zu zerschlagen“. Frankreich wiederum habe sich „mit dem Kampfgesang der Marseillaise“ erhoben.

An dem mehrstündigen Staatsakt, bei dem sich die 5000 Teilnehmer in der Pause am reichlichen kalten Buffet labten, nahmen auch Walter Ulbrichts Witwe Lotte und die Führung des „DDR“-Kirchenbundes teil. Dazu gehörten Bischof Johannes Hempel (Dresden) – er hielt gestern abend in der Ostberliner Marienkirche einen Gottesdienst – sowie Bischof Gottfried Forck (Ost-Berlin), Kirchenpräsident Eberhard Natho (Dessau) sowie der stellvertretende Kirchenbund-Vorsitzende Manfred Stolpe. Anders als seine Amtskollegen sang er die „Internationale“ zum Schluß des offiziellen Teils mit, vermerkten Beobachter.

Anscheinend zum erstenmal seit der Beerdigung seines Bruders Konrad, des erfolgreichen Filmregisseurs, zeigte sich auch „DDR“-Geheimdienstchef Markus („Mischa“) Wolf wieder in der Öffentlichkeit. Er trug den vollen Ordensschmuck seiner als junger Mann in der Roten Armee erdienten Auszeichnungen. Während eines Kulturprogramms zeigten mehrere Filmausschnitte Erich Honecker, mit Applaus bedacht, beim Trümmersteine-Klopfen und beim – als Foto bisher nicht publizierten – Bruderkuß mit Gorbatschow.

„Befreit zur Versöhnung“

Ökumenischer Gottesdienst in Berlin / Warnung vor neuem Antisemitismus

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Für die Gestaltung einer freiheitlichen Gesellschaft und einer friedlichen Welt setzten sich mehrere tausend West-Berliner bei einem Freiluft-Gottesdienst zum 8. Mai vor der Gedächtniskirche und einer anschließenden Kundgebung vor dem Jüdischen Gemeindehaus ein. Der ökumenische Gottesdienst stand unter dem Motto „Befreit zur Versöhnung“. Daran nahmen auch der französische und amerikanische Militärpfarrer sowie, vom Staatsakt in Ost-Berlin kommend, der russische Exarch für Mitteleuropa, Erzbischof Feodossij, teil. An der kirchlichen Veranstaltung beteiligten sich ferner der französische und amerikanische Stadtkommandant sowie der Gesandte Großbritanniens.

Sprecher trugen Klagegebete aus dem Alten Testament und Auszüge aus den biblischen Prophetenbüchern vor. Außerdem wurde ein Friedensgebet aus Coventry – der von deutschen Bombern zerstörten britischen Stadt – vorgetragen. Am Altar war ein Friedenskreuz aus der wiedererrichteten Kathedrale der Stadt aufgerichtet worden. Sprecher trugen Texte der ermordeten christlichen Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer und Pater Alfred Delp sowie ein Friedensgebet vor, das ein unbekannter russischer Jude im KZ Ravensbrück verfaßt hatte.

Hauptredner der anschließenden Zusammenkunft vor dem Jüdischen Gemeindehaus, die unter dem Motto „Wir erinnern uns – um unserer Zukunft willen“ stand, war der Vorsitzende der größten Gemeinschaft jüdischer Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, Heinz Galinski. Er äußerte ernste Zweifel an der Bewältigung der NS-Vergangenheit durch viele Deutsche und klagte über die „kaum vorhandene“ Beziehung junger Menschen zu den Ereignissen jener Zeit. Die lebenswichtige Aufgabe der politischen Bildung sei nicht „ernst“ genug genommen worden.

„Wir erheben unseren Protest, daß es nicht möglich war, das SS-Treffen in Nesselwang im Deutschen Bundestag mindestens zu verurteilen“, erklärte er. In „peinlicher Weise“ sei in Deutschland darüber diskutiert worden, wie man des 8. Mai gedenken solle. Der Bundestag habe es nicht vermocht, kritisierte Galinski erneut, eine Mehrheit für einen eigenen Strafgesetzbuch-Paragraphen zu finden, der „die Leugnung der nationalsozialistischen Verfolgung und Verharmlosung ahndet“. Er sah in der Vorgeschichte um Reagans Besuch in Bergen-Belsen und Bitburg „schweren politischen Schaden“. Alte Wunden seien abermals aufgerissen „und Gefühle verletzt worden“. Nicht wenige Angehörige der mittleren und älteren Jahrgänge hätten den Bruch mit der schändlichsten Epoche der deutschen Geschichte nicht vollständig vollzogen.

Bischof Martin Kruse sagte: „Wir wollen uns ehrlich und wahrhaftig erinnern lassen, alle Generationen miteinander.“ Zuvor hatte er in seiner Predigt vor der Gedächtniskirche ausgerufen: „Laßt nicht zu, daß verborgen und manchmal erschreckend direkt wieder neuer Antisemitismus aufkommt.“

DW. Stuttgart

Weil der 8. Mai 1945 „Befreiung und Katastrophe in einem“ gewesen sei, könne man seinen 40. Jahrestag nicht feiern. Es gehöre zur Tragik des deutschen Vaterlandes, daß es eine Befreiung vom Nationalsozialismus nur durch eine nationale Katastrophe habe geben können. Dies betonte Bischof D. Hans von Keler von der evangelischen Landeskirche in Württemberg bei einem ökumenischen Gedenkgottesdienst in der Stuttgarter Stiftskirche. Es sei unnütz, immer neu Schuldgeständnisse zu fordern, wenn man nicht die im Namen Jesu geltende Vergebung ernst nehme. Die Vergebung befreie zu der Redlichkeit, weder andere anzuklagen noch Selbstanklagen laufend zu wiederholen. Sie befreie auch dazu, anderen ihre entsetzliche Schuld an Deutschen zu vergeben.

Der 8. Mai und „sozialer Besitzstand“

„Historische Konferenz“ des DGB: Besondere Verdienste am Wiederaufbau beansprucht

gba, Aachen

In einer „historischen Konferenz“ zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) das Verdienst am Wiederaufbau nach Kriegsende für die Gewerkschaften beansprucht. In einer Rede des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit für die Schlußkundgebung in Aachen hieß es, im Frühjahr 1945 hätten sich „viele Unternehmer und Manager mehr aus Angst denn aus Scham“ aus ihren Funktionen gestohlen. Dagegen hätten Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschafter die Initiative zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Schaffung eines demokratischen Staatswesens ergriffen. „Sie versuchten, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, kurbelten die Produktion an, verhinderten Plünderungen und sorgten für Wohnraum“. Heute sähen sich diese Arbeitnehmer, die Träger des Wiederaufbaus, „massiven Angriffen auf ihren sozialen Besitzstand“ sowie auf ihre Schutzrechte und Freiheiten ausgesetzt. Offenkundig an die schon während der Aachener Konferenz von anderen Rednern attackierte Bundesregierung gewandt, setzte Breit hinzu: „Niemand möge sich einbilden, daß sie sich der Früchte ihrer Arbeit ohne Gegenwehr berauben lassen“.

Kritik übte der DGB-Chef an der Haltung der Bundesregierung gegenüber den Heimatvertriebenen. Es sei „skandalös“ wenn in Bonn Rücksicht auf „verstockte“ Funktionäre genommen werde. Als Beispiel nannte Breit die geplante Teilnahme Bundeskanzler Helmut Kohls am Schlesier-Treffen. Es schloß seine Rede für die Kundgebung mit einem Appell an die Siegermächte von 1945, ihre „Verantwortung für die Welt gerecht zu werden“, die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen und „Aufrüstung für einen Krieg der Sterne“ zu verhindern.

In der vom DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen ausgerichteten Konferenz hatte dessen Vorsitzender Michael Geuenich davon gesprochen, daß die Umverteilungspolitik der Bundesregierung „von unten nach oben“ den Sozialstaat gefährde.

Kreml zeichnet 114 deutsche Deserteure aus

WERNER KAHL, Bonn

114 Deutsche, die während des Zweiten Weltkriegs zu den Sowjets übergelaufen waren, in der Roten Armee kämpften oder im Hinterland der Front in deutscher Uniform in Partisanen-Einheiten eingesetzt wurden, sind jetzt demonstrativ vom Kreml ausgezeichnet worden. Nach Ansicht politischer Beobachter handelt es sich um führende Nationalsozialisten und Überlebende der Säuberungen Stalins unter deutschen Kommunisten, die bereit waren, mit der Waffe auch gegen Landsleute vorzugehen.

Jeder Name in der Liste, die das SED-Zentralorgan „Neues Deuschland“ veröffentlicht hat, spiegelt wider, wie sich die Sowjetmacht nach der Besetzung Mitteldeutschlands durchgesetzt hat. Denn die anläßlich des „40. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg“ dekorierten Deutschen erhielten 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Schlüsselfunktionen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die neuen Ordensträger aus dem „DDR“-Staaatssicherheitsdienst werden in der Liste ohne Hinweis auf ihre geheimdienstliche Tätigkeit nur mit Namen und dem Stichwort „Fronteinsatz“ genannt; eine Ausnahme bildet lediglich Markus Wolf, Chef des Ostberliner Spionageapparates, bei dem der militärische Rang „Generaloberst“ aufgeführt ist.

Außer ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und Alt-Nationalsozialisten wie Egbert von Frankenberg, Ex-Major Bernhard Bechler, heute Generalmajor der NVA, und Job von Witzleben, Neffe des nach dem Attentatsversuch gegen Hitler hingerichteten Feldmarschalls von Witzleben, wurde auch Generaloberst Heinz Keßler, Chef der Politischen Hauptverwaltung der „DDR“-Streitkräfte, ausgezeichnet. Keßler hatte nach der Desertion 1941 wieder deutsche Uniform angezogen und die früheren Kameraden in Wehrmachtsbunkern getäuscht, so daß diese „geknackt“ werden konnten. „DDR“-Innenminister Friedrich Dickel diente als „Aufklärer“ der Roten Armee. Mit einer Medaille wurde auch die Witwe Walter Ulbrichts ausgezeichnet. Die heute 82jährige wurde für ihre Verdienste um die Umerziehung deutscher Kriegsgefangener belohnt.

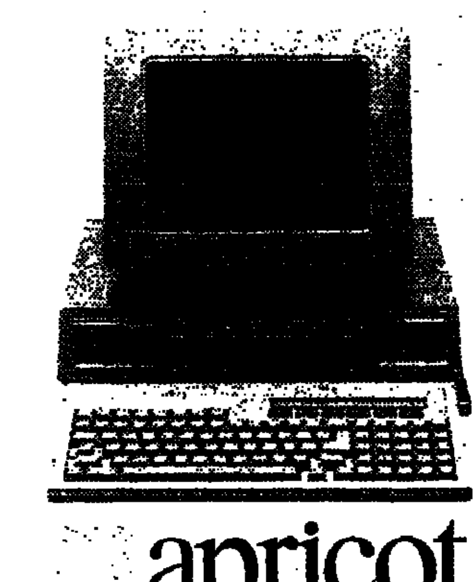
RSCG, BUTTER, RANG

Frische Computer braucht das Land.

Die Zeit ist reif, sagte sich Englands erfolgreichster Business Computer-Hersteller und dachte dabei an Deutschland.

Jetzt ist apricot da. Und das mit dem saftigsten Programm: Für Einsteiger ab DM 4.295,–*. Bis zum 20 Megabyte-Profi-System für nicht einmal DM 18.000,–*.

PS: Fast jede deutsche Software der MS-DOS Welt läuft auf apricot-Computern.
apricot Computer GmbH, Berliner Straße 2-6, 6056 Heusenstamm, Telefon (06104) 3313.



* Unverbindliche Preisempfehlung

Kleiner, schneller, besser



Auf engstem Raum ein Höchstmaß an Speichervolumen zu realisieren, ist das Ziel aller Computerhersteller. Weniger Platzbedarf sowie erhöhte Rechnerleistung und -geschwindigkeit sind das Ziel der Miniaturisierung.

Ein jetzt vorgestellter Speicherchip kann rund 36 000 Zeichen, Buchstaben oder Zahlen auf einer Fläche speichern, die halb so groß ist wie ein Fingernagel.

Noch Ende der 70er Jahre galt ein Speicherchip mit 8000 Zeichen als das non-plus-ultra. FOTO: IBM

Können Tanklaster sicherer werden?

TÜV-Modell soll Unfallrisiko vorhersagen und bessere Vorkehrungen ermöglichen

Zu Beginn des Jahres 1985 kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu einigen Verkehrsunfällen, die sich durch beteiligte Tankfahrzeuge zu regelrechten Katastrophen entwickelten. Sie warfen erneut die Frage auf, wie der Betrieb solcher Fahrzeuge sicherer gestaltet werden kann.

Daß es hier noch Möglichkeiten gibt, läßt eine Untersuchung erkennen, die der Technische Überwachungsverein (TÜV) Rheinland in Köln schon vor einiger Zeit im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie durchführte.

Anlaß des Auftrages war das verheerende Unglück von Los Alfaques in Spanien, bei dem im Sommer 1978 mehr als 120 Urlauber ihr Leben verloren, als neben einem Campingplatz ein mit 20 Tonnen Propylen beladener Tanklaster umkippte und explodierte. Ziel der Studie sollte die Ermittlung des Risikos beim Transport gefährlicher Stoffe und die Entwicklung eines zuverlässigen theoretischen Modells sein, das Vorhersagen zur Auswirkung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen erlaubt. Das ist im Falle des Tanktransports und besonders des Flüssiggastransports (Propan) offenbar gut gelungen.

Mit Hilfe des Kölner Modells könnte beispielsweise durchgerechnet werden, wie sinnvoll es wäre, den Durchmesser der Tanks zu verkleinern, sie aufzuteilen, ihre Wandungen zu verstärken oder sie aus Stahl mit anderen Festigkeitseigenschaften herzustellen.

Es ließe sich ermitteln, welche Wirkungen von einem Auffahrschild oder einer seitlichen Tankverstärkung durch starke Stahlleisten zu erwarten wären – erste Aussagen dazu wurden schon in der Studie gemacht. Man könnte auf ihrer Grundlage aber auch die Nutzen von Verkehrsmaßnahmen erörtern, so etwa die Einführung unterschiedlicher Geschwindigkeitsbegrenzungen. Unter anderem zeigte sich nämlich auch, daß bei Unfällen an Kreuzungen die sogenannte Aktionszeit, die dem Fahrer zum Erkennen der Gefahr und zum Handeln bleibt, für Unfallhäufigkeit und -schwere wesentliche Folgen hat.

Daß schon bald Modelle dieser Art eingesetzt werden, ist angesichts der Tatsache wünschenswert, daß auf deutschen Straßen jährlich etwa 100 Millionen Tonnen gefährlicher Güter bewegt werden, darunter überwiegend Heizöl und Benzin. Neurdings wird auch diskutiert, ob solche Güter nicht verstärkt von der Straße auf die Schiene verlagert werden sollten.

Es scheint jedoch vor allem notwendig, daß gefährliche Stoffe, die per Lastwagen transportiert werden, schärfer überwacht und deutlich gekennzeichnet werden. Es muß ausgeschlossen werden, daß im Fall eines Unglücks Polizei und Feuerwehr nicht wissen, welche Substanzen ein Wagen geladen hatte und ob es durch die Unfalleinwirkung zu Kettenreaktionen kommen kann. df

Trotz vielfältiger alternativer Methoden wird es voraussichtlich immer Versuche mit Tieren geben müssen. Aber Politiker und Wissenschaftler sind sich heute mit weiten Teilen der Bevölkerung darüber einig, daß die Anzahl der eingesetzten Tiere sinken muß und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erheblich reduziert werden kann. Welche Möglichkeiten es dazu gibt, war jetzt Thema eines Expertentreffens.

Alternative Tests ersetzen Tierversuche

Von ARNO NÖLDECHEN

Anläßlich eines Seminars über Tierversuche in Forschung und Entwicklung, das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) veranstaltet wurde, nannte der zuständige Referent Dr. Jürgen Roemer-Mähler erstmals genaue Zahlen: Von 1982 bis 1984 ging die Anzahl der Versuchstiere in denjenigen Forschungs- und Untersuchungsinstituten, die der Bundeshoheit unterstehen, von 485 000 auf 442 000 Tiere zurück. Dazu zählen allerdings weder Universitäten noch ländereigene Institutionen.

Dr. Dietrich Schuppan vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie in Frankfurt gibt den Bestand der Versuchstiere von sieben der großen deutschen Pharmafirmen mit etwas mehr als 1,6 Millionen Tieren an. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist der Bedarf hier um fast 30 Prozent zurückgegangen.

7 Millionen Versuchstiere

Mangels einer durchgängigen Statistik, die alle Bereiche in der Bundesrepublik erfaßt, schätzt Roemer-Mähler, daß wohl insgesamt jährlich bis zu sieben Millionen Versuchstiere benötigt werden. Der Anteil von Hunden, Katzen oder Kaninchen ist dabei gering und dürfte im Mittel in der Pharmaindustrie kaum zwei Prozent überschreiten. Forschungsinstitutionen des Bundes benutzen zu 98 Prozent Mäuse, Ratten oder Meerschweinchen. Den Haustieren geschieht also weniger, als in der Bevölkerung oft angenommen wird.

Zum anderen können Versuche und gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen mit Tieren nur unter „immer gleichen" (standardisierten) Bedingungen vorgenommen werden. Wer Versuchstiere braucht, züchtet sie selbst unter kontrollierbaren Lebensbedingungen, oder er greift auf staatliche Zuchtbetriebe zurück.

Selbst in der Industrie herrscht heute eine fast einhellige Ablehnung des Draize-Tests am Kaninchenauge. An seine Stelle treten inzwischen Verfahren mit bebrüteten Hühnereiern. Nach zahlreichen Untersuchungen, die auch das Bundesgesundheitsamt bestätigen kann, reicht diese Prüftechnik aus, um ohne Kaninchen ein gesichertes Ergebnis zu erhalten. Wie Professor Dr. Eberhard Weinhold jedoch vermerkte, wird es noch einige Zeit dauern, bis derartige Prüfungen (oder etwa mit Zellkulturen) ihren Niederschlag in den nationalen und internationalen Vorschriften finden werden.

Daher erhofft sich auch das BMFT, daß die Novelle zum Tierschutzgesetz das Ausmaß von Tierversuchen statistisch deutlicher machen wird und unnötige Tierversuche unterbindet. Im Rahmen des Förderprogramms zur Biotechnik wurden für mehr als 5,8 Millionen Mark sogenannte alternative Methoden unterstützt.

Die Palette neuer Prüfungsverfahren reicht von Bakterien- oder Kleinlebewesen-Kulturen, zum Beispiel von Kleinkrebsen, bis zur Kultivierung von Zellen aus Organen und Gewebe von Wirbeltieren oder sogar von menschlichen Zellen.

Ersatz für Versuchstiere

Aber es wird eine Zeitlang dauern, bis diese biotechnischen Verfahren von jedem Untersuchungsinstitut eingesetzt werden können. Da die Ergebnisse mit dieser „schmerzfreien" Materie aber mit den bisher verlangten Tierversuchen verglichen werden müssen, wird man in einer Übergangszeit wohl auf Tierversuche nicht verzichten können.

Dazu gehören unter anderm auch Toxizitätsprüfungen, wie die Bestimmung der LD-50-Dosis (Konzentration einer Substanz, die 50 Prozent der Testtiere tötet). Es ist auch nicht möglich, wegen eines Verbots von Tierversuchen so wichtige Überprüfungen, wie sie die Gesetzgebung zu Lebensmittel-Zusatzstoffen, zu Chemikalien, für Pflanzenschutzmittel und für Arzneimittel vorschreibt, nur noch unvollkommen durchzuführen. Hier geht die Sicherheit der Bevölkerung eindeutig vor.

Die Pharma-Industrie stellt sich selbst bei ihrer Suche nach neuen Medikamenten auf biotechnische oder biochemische Suchverfahren um. So berichtete beispielsweise Dr. Richard Niemann, daß für neuartige „in vitro"-Verfahren (im Reagenzglas) heute nur noch zehn Versuchstiere nötig sind, um eine Gruppe von 100 Wirkstoffen zu testen. Früher brauchte man dazu 2300 Tiere.

Diese drastische Verringerung war möglich, weil jetzt nur noch bestimmte Zellen aus lebensfrischen Organen oder Körpergeweben entnommen werden müssen. Die Tiere werden dabei betäubt und leiden keine Schmerzen. Die Zellentnahme ist nötig, weil Zellkulturen altern und nur über einige Teilungsperioden lebens- und reaktionsfähig gehalten werden können. An der Entwicklung langlebiger standardisierter Zellstämme wird gearbeitet.

In der Bundesrepublik und im Ausland wird sehr viel geforscht mit dem Ziel, Versuchstiere nur noch dort zu verwenden, wo es keine andere Möglichkeiten gibt. Ebenfalls werden die gesetzlichen Vorschriften diesen Untersuchungsverfahren angepaßt werden. Es wird jedoch noch einige Zeit dauern, bis dies die Regel sein wird.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Alterungsprozesse

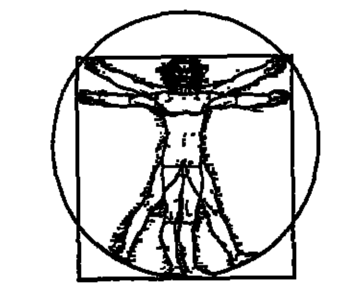
Bochum (dpa) – An Schimmelpilzen haben Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum erstmals die molekularen Grundlagen des Alterns nachweisen können. Professor Karl Esser entwickelte eine Modellvorstellung, die die Ansichten, daß Altern entweder genetisch vorprogrammiert oder nur Folge natürlicher Verschleißerscheinungen sei, vereinigt. Der Tod von Versuchspilzen ist zwar durch Erbfaktoren des Zellkerns festgelegt, sei aber auch auf Vorgänge in der Zell-Peripherie zurückzuführen.

Transplantation möglich

Hannover (DW.) – Noch in diesem Sommer können Knochenmarks-Transplantationen an der Medizinischen Hochschule in Hannover vorgenommen werden. Die Deutsche Krebshilfe hat ihre finanzielle Unterstützung zugesagt, zunächst einen Betrag von 412 000 DM für die Dauer eines Jahres.

Konkurrenz für Kohle

Frankfurt (FIZIT) – Aus Pflanzenabfällen gewinnt die französische Firma Gonod in Chemilly-sur-Sonne Heizmaterial. Die Heizkraft eines 1,5 kg schweren Blockes aus Sägemehl, Kopalharz und Stroh beträgt 10 000



Kalorien. Er brennt rund eineinhalb Stunden. Die 200 mm mal 100 mm großen Blöcke können in Kaminen und Herden verfeuert werden. Sie sind leicht und sauber und brennen, ohne Geruch und Rauch zu erzeugen.

Vertiefungsstudium

Hagen (idr) – Ein Studium zur Vertiefung ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse bietet die Fernuniversität Hagen für Juristen, Ingenieure und Mathematiker ab Oktober 1985 an. Voraussetzung ist ein Diplom oder Staatsexamen. Bewerbungsschluß ist der 15. Juli.

Die Grünen stehen finanziell blendend da

Grundstück für 150 000 Mark neben Kalkar-Reaktor erworben

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen haben offenbar Probleme, mit ihrem Reichtum fertig zu werden. Immerhin konnten sie nach ihrem offiziellen Rechenschaftsbericht allein 1983 Gesamteinnahmen von fast 20 Millionen Mark einstreichen. Dabei schlugen allein die aus Steuergeldern kommenden Wahlkampfkostenerstattungen mit weit über 13 Millionen Mark zu Buche.

Hinzu verzeichnete die gerade fünf Jahre alte, gut 30 000 Mitglieder zählende Partei als „Einnahmen aus Vermögen" immerhin 316 994,09 Mark. Die FDP kam gerade auf knapp 378 000 Mark, und selbst die Vermögenseinnahmen der großen Volksparteien (CDU rund fünf und SPD gut 2,75 Millionen Mark) wirken im Vergleich geradezu bescheiden. Angesichts dieser Summen treten die Grünen im Gegensatz zu den anderen unter ständigen Finanznöten leidenden Parteien inzwischen fast schon eine Flucht in die Sachwerte an.

Ihr jüngste Aktion: Sie kauften im nordrhein-westfälischen Kalkar von einem zahlungsunfähig gewordenen Bauern für 150 000 Mark ein Grundstück. Es grenzt an den von ihnen bekämpften Kernreaktor vom Typ „Schneller Brüter" an, so daß eine wie auch immer geartete Nutzung bei möglichen neuen Anti-Atomkraft-Demonstrationen nicht auszuschließen ist. Allerdings ist intern die Finanzierung noch nicht geklärt. Auf der letzten Sitzung des Bundesfinanzrates erklärten die NRW-Grünen, sie wollten nur ein Drittel des Kaufpreises zahlen. Den Rest sollen zu gleichen Teilen die Bundespartei und die anderen Landesverbände aufbringen. Darüber sollen aber noch die Verbände diskutieren. Ein Beschluß wird also erst nach den Düsseldorfer Landtagswahlen gefaßt, wenn die Höhe der Wahlkampfkostenerstattung für die NRW-Grünen feststeht.

Daß auch für die Grünen trotz aller immer wieder beschworenen Solidarität beim Geld die Freundschaft aufhört, hatte Bundesschatzmeister Hermann Schulz bei jüngsten Beratungen deutlich gmeacht. Er forderte nach WELT-Informationen bezeichnenderweise ein „Umdenken weg vom ‚Finanz-Egoismus' der einzelnen Gliederungen hin zu einem solidarischen Umgehen mit den vorhandenen Finanzmitteln". Damit sollten „für die gesamte Partei neue Möglichkeiten" eröffnet werden.

Auch mit Haus Wittgenstein bei Bonn, aus dem ein „grünes Tagungshaus" werden soll, gibt es Probleme. Die in einem riesigen Park liegende ehemalige Nervenklinik hatten die Grünen im Januar für rund 1,5 Millionen Mark im letzten Augenblick den Libyern weggeschnappt. Sie kann noch nicht genutzt werden, weil die behördlichen Genehmigungen noch nicht in allen Punkten erteilt sind und der Park sowie die 30-Zimmer-Villa zur Zeit vermessen werden.

Trotz der vollen Kassen macht den Grünen ihr saarländischer Verband erhebliches Kopfzerbrechen. Nach dem selbst für sie überraschenden Absturz auf 2,5 Prozent bei den Landtagswahlen an der Saar am 10. März, in dem etliche bereits ein Signal für den Ausgang der NRW-Wahlen am Sonntag sehen, gibt es dort ein nicht unerhebliches Finanzloch. Deshalb wollten die Saar-Grünen rund 50 000 Mark von der Bundespartei. Der Finanzrat bewilligte ihnen aber lediglich „unbefristet und zinslos" einen 20 000-Mark-Kredit. Offensichtlich bestehen wegen der Rückzahlung Bedenken. So soll über „eine weitergehende Unterstützung" erst entschieden werden, wenn die Saar-Grünen ihren Haushalt und ihre Finanzplanung bis 1987 vorgelegt haben.

Aber auch bei den Bundes-Grünen existiert noch kein schriftlicher Haushaltsansatz. Obwohl der Einsatz von Computern als „Arbeitsplatzvernichtern" immer wieder verteufelt wird, setzt auch die Bundesgeschäftsstelle inzwischen auf den technischen Fortschritt: Dort wird jetzt auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Erst dann kann Schatzmeister Schulz dem Finanzrat genügend gesichertes Zahlenmaterial vorlegen.

Verleger drohen mit Klage

dpa, Remscheid

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) will vor Gericht gehen, wenn Zeitungshäusern, die in ihrem Verbreitungsgebiet ein Monopol besitzen, der Zugang zum privaten Rundfunk versperrt werden sollte. Es sei unvorstellbar, sagte der Präsident des BDZV, Rolf Terheyden, am Rande der Jahresversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger in Remscheid, daß Interessenten ohne jegliche publizistische Qualifikation der Zugang zum privaten Rundfunk zugestanden werden soll, nicht aber den im demokratischen Pressewesen erprobten Zeitungen. Das Argument, daß es beim privaten Rundfunk keine „Doppelmonopole" geben dürfe, könne von den Verlegern, die mit ihrer Beteiligung am privaten Rundfunk auch um das Überleben der Zeitung kämpfen müßten, nicht hingenommen werden.

ARD kündigt Magazin an

AP, Saarbrücken

Mit einer Auflage von 250 000 will die ARD von Dezember 1985 an vierteljährlich ein eigenes Magazin herausgeben. Das erklärte Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf gestern zum Abschluß einer dreitägigen Arbeitssitzung der ARD in Saarbrükken.

In der neuen Publikation sollen neben einer mittelfristigen Vorschau auf Programmhöhepunkte auch allgemein-rundfunkpolitische Fragen behandelt werden. Die Redaktion soll in Stuttgart sein.

Unter den privaten Verlegern von Publikums- und Programmzeitschriften in der Bundesrepublik Deutschland dürfte die Ankündigung Schwarzkopfs erheblichen Widerspruch auslösen. Sie befürchten nach dem Einstieg einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt in diesen Markt eine Verschärfung der Konkurrenzsituation.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wie wird es 1995 sein?

„Unser Kulturleben wird doch zensiert"; WELT vom 4. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Veröffentlichung des außerordentlich guten Aufsatzes von Kaltenbrunner, der u. a. auf die Bitburger Situation übertragen, zeigt, wie eine sich selbst erhöhende Minderheit (vornehmlich der linksintellektuelle Neuengland-Journalismus und dessen deutsche Apologeten) mit subtiler Finesse und primitivst plumper Polemik den Präsidenten der USA und den Bundeskanzler bei der Bemühung, die guten Beziehungen beider Völker über die Gräber hinweg zu festigen und auszubauen, zu entzweien versuchte.

Fatalerweise verhallten die vereinzelt hörbaren Stimmen (Ex-Präsident Nixon, Dr. Kissinger, Dr. Dregger u. e. a.), die dem Getöse und der zunehmend atmosphärischen Vergiftung Einhalt gebieten wollten.

In ohnmächtiger, alleingelassener Hilflosigkeit fragt sich daher die schweigende Mehrheit unseres Volkes, wo waren die Organisationen und deren „potente" Sprecher (z. B. in SPD, DGB, FDP, CDU, Kirchen und Soldatenverbände u. v. a. m.), die diesem Treiben faktisch handelnd Paroli hätten bieten können, statt sich schweigend zu verschanzen.

Jenes opportunistisch feige, abwartende Schweigen erzeugt dumpf gärende Anpassung oder masochistisch zelebriertes, lustvolles Wühlen in scheinbar verheilten Wunden unserer deutschen Geschichte.

Wir schreiben den 40. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs Ende. Wie wird es am 50. Jahrestag zugehen?

Nach Kaltenbrunner bleibt zu fürchten, daß wir dann in überschäumender Freude ob der damaligen Befreiung, von uns selbst Truppen der Roten Armee zur Siegesparade nach Bonn einladen.

Mit freundlichen Grüßen
F. Riedel-Wagner,
München 21

Rundfunkproduktionen

„Das Kassenklingeln gibt den Ton an"; WELT vom 24. April

Es ist sehr begrüßenswert, daß Rolf Peters die Situation der rundfunkeigenen Klangkörper *auf dem Unterhaltungssektor* zum Gegenstand eines ausführlichen Artikels gemacht hat.

Für den Südwestfunk möchte ich in diesem Zusammenhang jedoch feststellen, daß bei diesem Sender neben dem Sinfonieorchester weiterhin das auch international erfolgreiche Rundfunkorchester unter der Leitung von Emmerich Smola besteht.

Dieser Klangkörper widmet sich der zeitgemäßen Unterhaltungsmusik in ihren vielfältigen Stilrichtungen und hat ebenso regelmäßige Programmzeiten wie die gleichfalls an den SWF vertraglich gebundene Peter Herbolzheimer-Südwestfunk-Formation. Die Rundfunkproduktionen dieses Orchesters werden sogar auf dem internationalen Schallplattenmarkt hoch bewertet.

Grundsätzlich teile ich die Ansicht von Werner Müller, daß rundfunkeigene Musikproduktionen mit Unterhaltungsmusik weiterhin dringend notwendig sind, da die Programmerwartungen vieler Hörerinnen und Hörer mit Schallplatten alleine nicht zu erfüllen sind. Jene Politiker, die oftmals recht vordergründig den öffentlich-rechtlichen Sendern die finanziellen Möglichkeiten beschneiden möchten, müssen sich darüber im klaren sein, daß sie gegen die Interessen vieler Menschen verstoßen, wenn sie die Anstalten daran hindern, ein Programm anzubieten, das die Gebührenzahler erwarten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Reimund Hess,
Leiter des Gesamtbereichs Unterhaltende Musik des Südwestfunks (SWF), Baden-Baden

Wespennest Freizeit

„In der Freizeit die Umwelt geschädigt"; WELT vom 30. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Artikel haben Sie wohl in ein Wespennest gestochen. Ja es ist tatsächlich so, daß viele Freizeithobbys, es gibt allerdings auch unzählige sympathische Hobbys, die sich durchaus umweltfreundlich ausüben lassen, die Umwelt erheblich belästigen und das Erholungsbedürfnis anderer Mitmenschen durch einige wenige Hobbybegeisterte empfindlich gestört wird.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

● Der oft rücksichtslose Mißbrauch von motorisierten Kraftfahrzeugen stellt eine erhebliche Belästigung der Allgemeinheit dar. Angefangen von lärmenden Mopeds in den Fußgängerzonen bis zu großen Motorsportveranstaltungen, auf denen aggressives und umweltfeindliches Fahren geradezu provoziert und prämiert wird.

● Gerade bei schönem Wetter und auch über Erholungsgebieten stellen die am Himmel lärmenden Hobby-Flieger eine besondere Belästigung dar. Das gleiche gilt für die besonders unangenehm lärmenden Modellflieger, die aus diesem Grund in der Nähe von Wohngebieten ihr lärmendes Hobby nicht ausüben dürfen, es aber auch in landschaftlich schönen Erholungsgebieten nicht tun sollten.

● Gottlob auf vielen, von Naherholungssuchenden besuchten Stauseen verboten, stellen die Motorboote dort, wo sie noch nicht verboten sind, insbesondere in Verbindung mit dem Wasserskibetrieb, eine erhebliche Beeinträchtigung des Erholungswertes dar.

● Der Mißbrauch von mechanischen Musikgeräten, auch in Erholungsgebieten, muß ebenfalls gegeißelt werden. Da ist aus Umweltgründen der Walk-Man zu loben.

● Ein besonderes Ärgernis stellen die in den letzten Jahren oft auch veranstalteten Open-air-Konzerte dar, bei denen mit technischen Apparaturen für offensichtlich physisch, aber auch wohl seelisch Schwerhörige ein unnötig großer Lärm verbreitet wird.

Im Interesse der Gesamtheit muß gegen solche Auswüchse vorgegangen werden.

G. Heydt,
Eschweiler

Wort des Tages

» Wo alle zustimmen, da mußt du prüfen, wo alle tadeln, da mußt du prüfen. «

Konfuzius, chin. Philosoph (551–479 v. Chr.)

Pallieter

„Belgien: Bummeln, wo Pallieter zu Hause war"; WELT vom 19. April

Mit großem Interesse las ich Ihren Beitrag über Pallieter. Mit allem Lob über Ihre Atmosphäre-Beschreibung. Es wundert mich doch ein wenig, daß Sie die Stadt Lier „im Herzen des Limburger Landes" situieren, weil Lier eigentlich in den Antwerpener Kempen liegt und ungefähr 12 Kilometer von Antwerpen und 85 Kilometer von Hasselt (Limburger Hauptstadt) zu suchen ist. Also kann man Lier einfacher finden von Antwerpen aus (oder von Mechelen) als von Limburg aus.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. De Meyer,
Wilrijk

Schulden

„Bonn hat Schulden teilweise erlassen"; WELT vom 29. April

Sehr geehrte Redaktion,

als Verfechter für eine Unterstützung der „Dritte Welt"-Länder und christlich denkender Mensch, berührt es mich besonders tief, hier anhand der Schuldenerlasse in Höhe von vier Milliarden Mark zu sehen, daß die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren nur selten Früchte getragen hat. Sollten sich die verantwortlichen Herren und Damen um Dr. Köhler im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht doch auch heute schon darum sorgen, daß das Wort „wirtschaftlich" eines Tages nicht mehr mit ihrem Ministerium in Zusammenhang gebracht werden kann?

Steuerzahler, Arbeitslose und Rentner werden solche „Erlasse" nicht immer ruhig hinnehmen können.

G. Bernitzky,
Garstedt

Dank!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Respekt und Hochachtung vor dem amerikanischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler, daß sie sich trotz der Ressentiments außerhalb und gehässiger Pressionen innerhalb der Grenzen unseres Landes nicht haben davon abbringen lassen, die Opfer der Gewalt zu ehren und sich zur Versöhnung über den Gräbern zu bekennen!

H. L. Becker,
Mönchengladbach 4

Schluderig

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei uns gehört es beinahe zur Tagesroutine, daß die Medien über neue Terroranschläge berichten. Dabei können wir lesen oder hören: „Bekennerschreiben oder -Anrufe liegen z. Zt. nicht vor." Die Öffentlichkeit hat sich an diese Art von Meldungen bereits so gewöhnt, daß nur wenige Menschen bemerken, wie journalistisch schluderig – oder was schlimmer wäre – wie raffiniert uns die Terrorverbrechen beigebracht werden. Wieso „Bekenner"? Das Wort hat in seinem Hintersinn einen besonderen, einen ehrenhaften Inhalt. Bekenner waren u. a. die ersten Christen, die selbst Verfolgte und Geschändete, für ihren Glauben ihr Leben ließen und zu Märtyrern wurden. Zum Bekennerbegriff gehört das Opfer, mindestens die Bereitschaft zum Opfer. Davon kann in unseren Fällen nicht die Rede sein, im Gegenteil! Die „Bekenner" achten sorgfältig darauf, daß sie im dunkeln bleiben, sie warten mit ihrem „Bekenntnis", bis sie glauben, selbst in Sicherheit zu sein. Von Mut oder gar Todesbereitschaft sind sie weit entfernt. Es besteht nicht der geringste Anlaß, den Tätern oder Mittätern in der Meldung für ihr schändliches Tun geradezu ein Stückchen Heiligenschein umzuhängen. Das geschieht mit ihrer Einordnung als Bekenner. In Wahrheit sind sie abscheuliche Verbrecher, die sich anmaßen, das Leben von Mitmenschen vernichten zu dürfen.

Daher die Bitte an die mit diesen Vorgängen befaßten Journalisten: korrekte Formulierung der Terrormeldungen ohne Verwendung des Wortes „Bekenner", keine Bagatellisierung der Tat, keine Andeutung von etwaigen edlen Motiven. Man sollte auch daran denken, daß die Meldungen zugleich Nachrichten an alle Mittäter und Sympathisanten sind. Je kürzer die Meldung, desto weniger können Staatsfeinde daraus entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. M. Lang,
Karlsruhe

SAT 1

„Unser Kulturleben wird doch zensiert"; WELT vom 4. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ein Film wie „Die rote Flut" wegen gewalttätiger kommunistischer Rowdys in deutschen Kinos nicht aufgeführt werden kann, obwohl er gerade für unsere Jugend vielleicht sehr wichtig wäre, dann sollte es doch möglich sein, daß das private Fernsehen SAT 1 ihn zu einem günstigen Preis erwirbt und sendet.

Ich nehme an, daß die amerikanischen Produzenten bereit wären, die Senderechte zu einem günstigen Preis abzugeben, da der freie deutsche Kino-Markt für sie zur Zeit ohnehin nicht erreichbar ist.

Hier ergäbe sich die Möglichkeit an einem Beispiel praktisch zu erproben, ob die Kabelfernseher von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen zeit-problematischen Film zu sehen, der ihnen in der Öffentlichkeit sonst nicht zugänglich ist.

Ob SAT 1 wohl den Mut hat, die Sendung dieses Films zu riskieren?

Mit freundlichen Grüßen
R. Schmidt,
Berlin 33

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Professor **Wolf Graf von Baudissin** wird am Freitag in Frankfurt am Main mit dem Heinz-Herbert-Karry-Preis 1985 geehrt. Der Preis wurde im Gedenken an den im Mai 1981 ermordeten hessischen Staatsminister von der Heinz-Herbert-Karry-Stiftung eingerichtet. Er wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich „mutig und engagiert für das Gedeihen um den Ausbau unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates einsetzen".

*

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz von El Salvador, Bischof **Marco Renee Revelo**, Santa Ana, wird den 4. Eichstätter „Chalom-Preis" erhalten, der aus Spenden finanziert und vom Arbeitskreis „Gerechtigkeit und Frieden" an der Universität Eichstätt verliehen wird. Revelo erhalte den Preis in Anerkennung seiner Verdienste um das Zustandekommen eines Dialogs zwischen der Regierung von Präsident **Napoleon Duarte** und den aufständischen Guerrillas in El Savador.

KIRCHE

Der Kölner Weihbischof **Klaus Dick** ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Mitglied der Päpstlichen Kommission für die Seelsorge am Menschen *unterwegs* ernannt worden. Die Kommission, die der Vatikanischen Kongregation für Bischöfe unterstellt ist, befaßt sich mit der Tourismus-Pastoral und mit der Seelsorge unter Auswanderern und Gastarbeitern, den Seeleuten und dem Flugpersonal sowie unter Nicht-Seßhaften.

*

Zum neuen Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg ist der Propst des nordelbischen Kirchenkreises Angeln, Dr. **Wilhelm Sievers**, gewählt worden. Der 54jährige Sievers tritt voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres die Nachfolge von Bischof **Hans-Heinrich Harms** an, der im Juli 71 Jahre alt wird und Ende 1985 in den Ruhestand treten will. Harms war seit 1967 Bischof der Oldenburger Kirche. Wilhelm Sievers wurde 1931 in Kiel als Sohn eines Pfarrers geboren. Nach dem Abitur studierte er in Kiel, Heidelberg, Göttingen und Bonn Theologie und Rechtswissenschaften und promovierte in Jura über ein staatsrechtliches Thema. Sievers war Pfarrer an einer Ausbildungsstätte für Diakone in Rickling in Schleswig-Holstein und später in einer Gemeinde in Kronshagen bei Kiel. 1971 wurde er Propst des Kirchenkreises Angeln mit Sitz in Kappeln. Er ist Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

WAHL

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. **Hildegard Hamm-Brücher** wurde neben ihrer Mitgliedschaft im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages in die Synode der EKD gewählt.

Hardthöhe: Zahlen nicht stichhaltig

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit offensichtlich überzeugenden Argumenten hat das Bundesverteidigungsministerium ein Gutachten zurückgewiesen, in dem der Bund der Steuerzahler nachzuweisen sucht, das Hardthöhenkonzept zur vorzeitigen Pensionierung von 1500 Offizieren der Bundeswehr sei viel zu teuer. Im Gegensatz zum Verteidigungsministerium, das für die Frühpensionierung dieser Offiziergruppe 652 Millionen Mark veranschlagt, behauptet der Gutachter, Professor Eberhard Meixner von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln, es entstünden dafür Kosten in Höhe von mindestens 1,2 Milliarden Mark.

Bei Verteidigungsminister Wörner löste die Arbeit Meixners Verstimmung aus, die ihn veranlaßte, die Fachleute seines Hauses sehr penibel die Berechnungen Meixners nachprüfen zu lassen. Beispielsweise behauptet der Verwaltungsfachmann, die durch den vorzeitigen Abgang von 1 500 Offizieren ausgelöste „Beförderungskette" verlange einen zusätzlichen Finanzaufwand von 420 Millionen Mark. In der Klarstellung aus Wörners Ministerium hieß es gestern dazu, Meixner mache einen „Gedankenfehler". Wenn zum Beispiel ein Oberstleutnant wenn auch vorzeitig pensioniert werde, werde für diesen nur ein anderer ein Gehalt erhalten und niemand sonst. Somit entfalle die von Meixner dafür angegebene Summe von 420 Millionen Mark ersatzlos. Ähnliches sagt die Stellungnahme des Verteidigungsministeriums zu der von Meixner errechneten Summe von 370 Millionen Mark, die er für sogenannte „Pensionsrückstellungen" für erforderlich hält. Es sei falsch zu meinen, für alle Offiziere der Bundeswehr würden bis 1999 dafür Beträge vorgesehen. Ein entsprechender Betrag sei nur für die Gruppe der 1 500 erforderlich, und sie verkürze sich auf die Jahre 1986 bis 1993, sei somit in dem von der Hardthöhe berechneten Rahmen.

Ebenso falsch nannte die Hardthöhe die Annahme Meixners, es seien 320 Millionen Mark dafür aufzubringen, daß von 1986 bis 1999 für jeden ersetzten Stabsoffizier ein volles Gehalt und zusätzlich ein Versorgungsempfänger zu bezahlen sei. Generell hieß es in der Entgegnung des Verteidigungsministeriums, der Bund der Steuerzahler sei einem Gutachten aufgesessen, das diesen Namen nicht verdiene. Die Berechnungen seien nicht stichhaltig und entsprächen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht.

Auch Albrecht spürt den Druck der Bauern

Von GEORG BAUER

Ein Bild der Ruhe und Geschlossenheit bieten zur Zeit die Christdemokraten Niedersachsens. Ihr jüngster Parteitag in Oldenburg, sofern diese Art der politischen Rück- und Vorschau Gradmesser für die Harmonie zwischen Basis und Führung ist, zeigte, daß die Delegierten nur in Maßen etwas zu mäkeln hatten. Wurde Kritik laut, so richtete sie sich vornehmlich gegen die Minister. Ministerpräsident Ernst Albrecht hingegen oder der Selbstbewußtsein und Stärke demonstrierende Parteivorsitzende Wilfried Hasselmann genossen die uneingeschränkte Zustimmung ihrer Parteifreunde.

Auch die leidige Angelegenheit um den CDU-Landtagspräsidenten Bruno Brandes, dem Verflechtung seiner Anwaltstätigkeit mit seinem



Länderbericht Niedersachsen

politischen Mandat vorgeworfen wird, scheint, eventuell schon morgen, ausgestanden. In Hannover rechnet man damit, daß Brandes noch in diesen Tagen seinen Rücktritt erklärt und damit dem Drängen seiner Partei nachgibt.

Hasselmann hatte hierzu erklärt, die CDU müsse sich, wolle sie nicht weitere Einbußen ihrer Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung hinnehmen, von Brandes trennen. Der Partei bliebe damit das peinliche Verfahren einer Abberufung erspart, das sie über eine Änderung der Geschäftsordnung in die Wege leiten will. Als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Landtagspräsidenten gilt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Edzard Blanke, Rechtsanwalt aus Celle.

Und die Landespolitik? In Übereinstimmung mit seiner Partei hat sich der Ministerpräsident, ebenso wie sein Kollege aus dem Norden, Barschel, des Umweltschutzes als eine der vordringlichsten Aufgaben niedersächsischer Landespolitik verschrieben. Wie ein in Oldenburg verabschiedetes Programm gleich auf den ersten Seiten ausführt, sollen sich Umweltschutz und Wirtschaft nicht ausschließen. Wörtlich heißt es in dem 50 Seiten starken Papier: „Für die Niedersachsen-CDU sind Umweltschutz und Marktwirtschaft, sichere Arbeitsplätze und Energieversorgung keine Gegensätze." Doch dürfe es dort, wo es zu „unzumutbaren und nicht wieder gut zu machenden Beeinträchtigungen gegen die Umelt" komme, keine Kompromisse zu Lasten der Umwelt geben.

Mit Unmut verfolgen die Christdemokraten Niedersachsens die Landwirtschaftspolitik der südlichen Bundesländer, insbesondere der Bayern. Wenn Hasselmann etwa barsch formuliert, daß man kein Verständnis dafür habe, daß die „Bayern uns ein eigenes Landesmilchprogramm verwehren wollen", so sind das nicht nur Töne der Härte, angeschlagen zur Stimmungmache bei den Parteifreunden oder verstanden als Demonstration der Entschlossenheit für die Bevölkerung. Es zeigt, unter wie starkem Druck die regierende CDU von seiten der Bauern geraten ist, die in Niedersachsen über eine mächtige Lobby verfüge. Und es unterstreicht, daß der Ärger mit den Bayern, hervorgerufen durch das Tauziehen um die Wiederaufbereitungsanlage für Brennelement, noch nicht verraucht ist.

Die ärgsten Kopfzerbrechen bereitet Albrecht, der im kommenden Jahr Landtagswahl zu bestehen hat, das Problem der Arbeitslosigkeit. Mag Niedersachsen nach den jüngsten Zahlen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch den viertletzten Platz erklommen haben – erstmals wechselte es die Position mit Hamburg – , so appelliert der Ministerpräsident doch an die Unternehmen, statt Überstunden zu fahren, Stellen zu besetzen. Albrecht, der nicht auf die Konjunktur als entlastender Faktor des Arbeitsmarktes setzt, propagiert eine Offensive der Teilzeitarbeit. Mit dem Arbeitszeitgesetz und dem Beschäftigungsförderungsgesetz sind seiner Meinung nach die Weichen für die Unternehmer gestellt, Arbeitslose und junge Menschen, die ihre Lehrzeit beendet haben, einzustellen.

Auch die Auseinandersetzungen um die Schulpolitik, die in Niedersachsen die Gemüter erhitzt hatte, ist noch nicht ausgestanden. Starke Kräfte in der CDU drängen darauf, die integrierte Orientierungsstufe abzuschaffen. Nur mit dem Hinweis, daß der Kultusminister wahrscheinlich noch in diesem Jahre ein entsprechendes Papier zur Diskussion stellen werde, gelang es auf dem Parteitag, eine intensive Debatte über dieses Thema zu verhindern.

Stürmen die Schiiten Ost-Beirut?

Angst unter der christlichen Zivilbevölkerung vor neuen Massakern / Syriens Pläne

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Milizen der libanesischen Schiiten und Drusen sowie weitere prosyrische Verbände bereiten sich auf einen Angriff auf die von Christen bewohnte östliche Hälfte der libanesischen Hauptstadt vor. Seit vier Tagen liegen die Viertel Ashrafieh, Ain Rummaneh und Sin el Fil unter heftigem Artilleriefeuer. Die Regierung Amin Gemayel ist handlungsunfähig, die libanesische Armee hält sich zurück. Unter der Bevölkerung Ost-Beiruts herrschen Angst und Panik.

Nach Angaben des christlichen Senders „Stimme Libanons" starben bisher wenigstens 40 Menschen im Granatenhagel. Mehrere zehntausend Christen, die aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im mittellibanesischen Bergland und im Süden Libanons von Drusen, Schiiten und Palästinensern vertrieben worden sind und in Ost-Beirut Zuflucht suchen, stehen der Kanonade weitgehend schutzlos gegenüber. Sie leben in Zelten und rasch errichteten Unterkünften. Die Schulen und Klöster sind mit Flüchtlingen überfüllt. Auch die angesehene Universität vom Heiligen Geist in Kaslik, die vom libanesischen Mönchsorden geleitet wird, hat den Lehrbetrieb eingestellt, um Flüchtlinge zu versorgen.

Die Angst ist groß, daß die schiitischen, drusischen und palästinensischen Milizen die Verteidigungslinien der christlichen Milizen durchbrechen, Ost-Beirut stürmen und ein Blutbad unter der Zivilbevölkerung anrichten. Die Vorstellung ist nicht von der Hand zu weisen. Bei der Vertreibung der Christen aus dem Schuf-Bergland wurden im Herbst 1983 mehrere hundert Greise, Frauen und Kinder erstochen, erschlagen, zerstückelt, mit Motorsägen zersägt oder lebend verbrannt. Die Erinnerung daran ist durch neue Massaker aufgelebt. In dem Ort Dschijeh an der Küste südlich von Sidon wurden nach dem Abzug der christlichen Milizen vor zwei Wochen 57 unbewaffnete Menschen, die nicht geflohen waren, mit Äxten und Messern ermordet.

Die syrische Besatzungsarmee in Libanon hat mehrere Stellungen auf Gebirgskämmen um Beirut den Einheiten prosyrischer Palästinenser und der PPS, einer nationalsozialistischen und für ein syrisches Großreich kämpfenden Partei, übergeben. Von den Gebirgshängen sollen diese Hilfstruppen zusammen mit Schiiten und Drusen die christlichen Stellungen aufrollen und die Siedlungsgebiete bombardieren. Es ist ungewiß, wie lange die libanesischen Streitkräfte dem Ansturm der zahlenmäßig und waffentechnisch überlegenen Angreifer an den Fronten in Beirut und in den Bergen standhalten können. Im Vatikan und in verschiedenen Hauptstädten des Westens sind Hilfegesuche eingegangen. Das Schicksal der letzten freien Christen im Orient sei in Gefahr.

In der Tat hat mit dem Ansturm der Schiiten, Drusen und Palästinenser eine neue Phase des mittlerweile zehn Jahre dauernden libanesischen Krieges begonnen. Die Mobilisierung der Schiiten hat das Kräfteverhältnis zuungunsten der Christen verändert. Der Führer der schiitischen Amal-Miliz, Nabih Berri, unterhält ebenso wie Drusenchef Dschumblatt über die sowjetische Botschaft in Beirut enge Verbindungen zu Moskau. Andere Führer der libanesischen Schiiten stehen in direktem Kontakt mit Teheran. Sie verfolgen das Ziel einer islamischen Republik nach iranischem Vorbild. Auch Berri will, mit sowjetischer und syrischer Hilfe, die bisherige Verfassung Libanons abschaffen und eine Staatsform errichten, die eine Herrschaft der Schiiten festschreibt.

Damaskus fördert die drusischen und schiitischen Interessen, durchsetzt die Milizverbände und neubesetzten Gebiete aber mit prosyrischen Palästinensern, um die Kontrolle nicht zu verlieren. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß Syrien Libanon zu einem Aufmarschgebiet gegen Israel und zu einer Zentrale des internationalen Terrorismus ausbauen will. Dafür spricht auch die Meldung, wonach die Sowjetunion der syrischen Armee die Kontrolle über die in Syrien stationierten Flugabwehrraketen vom Typ SAM-5 übergeben habe. Den syrischen Plänen steht nach dem Zusammenbruch der libanesischen Regierung und dem Abzug der Israelis nur noch der Widerstand der Christen im Weg.

„Parlament der Straße" gegen Marcos

Eine neue politische Kraft formiert sich / Streiks zielen auf den Sturz des Präsidenten

CHRISTEL PILZ, Manila

Auf den Philippinen hat eine Streikwelle begonnen, deren Hauptziel der Sturz von Präsident Marcos ist. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres haben 23 000 Arbeiter in 88 Streiks einen Ausfall von fünf Millionen Arbeitsstunden bewirkt.

Die Gewerkschaftsführer sind sich durchaus im klaren, daß ihre Streikkampagne das Regierungsprogramm zur Sanierung der tiefverschuldeten Wirtschaft gefährdet. Eben das wollen sie. Denn ihr Kampf ist politisch. Sie wollen Marcos nicht länger. Sie wollen einen Wechsel der Regierung und Wechsel im System. Als Präsident Marcos am 1. Mai zu einem „Streikmoratorium" aufrief, wurden bei Kundgebungen der Arbeiter noch mehr Streiks und politische Militanz prophezeit. Weder Appelle zur Vernunft noch die Drohung von Marcos, er werde niemandem erlauben, seine Regierung zu stürzen, wird sie davon abhalten.

Solche Drohungen haben ihre Kraft verloren. Auf wen könnte Marcos sich im Notfall stützen? Nur auf seine Militärs. Doch auch deren Loyalität ist brüchig geworden. Die Zeiten sind vorbei, da Marcos der allmächtige Herrscher war, dessen Befehle fast blinde Gefolgschaft hatten. Der Mord an dem populären Oppositionsführer Aquino im August 1983 hat das Volk zu politischen Kämpfern gemacht.

Aus der Welle des Mordprotestes sind Hunderte von Aktionsgruppen entstanden, angeführt von den früheren Senatoren Tanada und Diokno und einer Schar neuer Führer der jungen Generation.

Alle sind dabei, Schüler und Studenten, Priester und Nonnen, Rechtsanwälte, Geschäftsleute, Sekretärinnen, Arbeiter und Bauern, Hausfrauen, Lehrer, Journalisten, Gemäßigte und Radikale, Kommunisten wie Antikommunisten. Ihre politische Opposition beruht auf der Überlegung, daß für eine Demokratie die Umstrukturierung der feudalistisch geprägten Gesellschaft unerläßlich sei.

Das heißt Kampf. Um kämpfen zu können, haben sich Ende März die wichtigsten Gruppen dieses „Parlaments der Straße" zu nationaler Solidarität organisiert, die Arbeiterschaft mit eingeschlossen. Als Chefstrategen dieser neuen Allianz, die sich „Bayan" nennt, zeichneten Tanada und Diokno. Hinter ihnen aber stehen die Köpfe des radikalen Untergrunds.

Stört das die Gemäßigten? Sie müßten, so meinen sie, den „Pakt mit dem Teufel" wagen, wollten sie Marcos nach 20 Jahren autoritärer Herrschaft aus dem Amt verjagen. Sie setzen darauf, daß 85 Prozent der Filipinos Katholiken sind, die falls es notwendig werden sollte, eine Machtübernahme der Kommunisten verhindern würden.

Die Avantgardisten dieses politischen Kampfes sind die Arbeiterführer, die nach außen hin über eine verwirrende Vielzahl landesweit etablierter Gewerkschaften und Verbände agieren, intern aber über ein nationales Kommunikationsnetz verfügen, das ihnen die Koordination von Streiks über alle Inseln hinweg erlaubt. Mehrfach haben sie in den letzten anderthalb Jahren ihre Fähigkeiten zu Generalstreiks getestet. Demnächst dürften die Gewerkschaften zu landesweit koordinierten Streiks verschiedener Wirtschaftsbranchen aufrufen.

Streiks sind nur einer der Punkte des vor einigen Tagen von eintausend Bayan-Vertretern beschlossenen Kampfprogramms, das eine „neue Politik", eine „Politik aus dem Volk für das Volk" verspricht. Dazu will Bayan an den für 1986 angesetzten Kommunalwahlen teilnehmen sowie eine nationale Schatten-Administration und Schatten-Regierung nach dem Prinzip der „Koalition aller Kräfte" etablieren. Zudem bereitet sich Bayan darauf vor, das Volk zum Widerstand zu führen, sollte irgendeine Gruppe einen Putsch versuchen.

War es Schwäche oder Einsicht, daß Marcos die Entstehung von Bayan nicht verhindert hat? Oder war es, weil er die ihm dadurch drohende Gefahr nicht erkennt? Marcos, 67 Jahre alt, ist von Männern umgeben, die ihm die gegen ihn sprechenden Fakten vorenthalten.

Gewiß ist nur eines: Bayan ist zu einer entscheidenden Kraft im Schicksal der 55 Millionen Filipinos geworden, von denen 60 Prozent jünger als 21 Jahre sind. Sie sind die Massenbasis für Bayan.

Von der RAF geht weiter große Gefahr aus

W.K. Bonn

Die linksextremistische „Rote Armee Fraktion" hat sich nach Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden durch Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen nicht von der Planung neuer Terroranschläge abbringen lassen. Dies geht aus dem Jahresbericht 1984 des Bundesamtes für Verfassungsschutz hervor, den Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) heute vorstellen wird. Dadurch, daß die Terroristen den Initiativen für eine Amnestie oder vorzeitige Entlassung inhaftierter Anhänger nach Verbüßung der Hälfte oder von zwei Dritteln ihrer Strafe ablehnend gegenüber stünden, werde deutlich, daß der Terrorismus weiterhin eine schwerwiegende Gefahr darstelle.

Zwar war es im vergangenen Jahr zu einem Rückgang terroristischer Anschläge gekommen, doch wird dies nach der Zunahme der gewalttätigen Aktionen in diesem Frühjahr als Ausnahme angesehen. Mit 145 vollendeten oder versuchten Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie drei Raubüberfällen war die Zahl der Terrorakte durch deutsche Linksextremisten um fast ein Drittel geringer als 1983. Der dabei angerichtete Schaden beläuft sich nach Schätzungen auf mehr als 30 Millionen Mark.

Bei den Ermittlungen, die sich mit den beiden Mordanschlägen durch Libyer vom April in Bonn und Aachen beschäftigen, haben die Behörden Indizien für zusammenhängende, politisch motivierte Taten entdeckt. Die Mörder schossen jeweils mit Waffen des Typs Walther P 4, Kaliber 9 Millimeter, die identische Veränderungen aufweisen: verkürzter Lauf, Gewinde für Schalldämpfer und ausgefeilte Nummern. Die Polizei konnte die Nummer der in Aachen verwendeten Waffe jedoch wieder sichtbar machen. Daraus ergaben sich Erkenntnisse, die auf einen staatsterroristischen Akt Libyens schließen lassen. Denn 300 Modelle dieser Waffe wurden 1980 aus Sussex (England) illegal an libysche „Volksbüros", wie die Botschaften dieses Landes genannt werden, in Europa geliefert. Die inhaftierten Täter, Fatahi El Tarhoni (Bonn) und Khalifa (Aachen), waren jeweils vier Monate vor den Anschlägen in Frankfurt eingetroffen und hatten eine Aufenthaltserlaubnis der Bonner Ausländerbehörde erhalten.

Äthiopien: Flüchtlinge dürfen zurückkehren

rtr, Addis Abeba

Tausende der vor einer Woche vertriebenen äthiopischen Hungerflüchtlinge werden in den nächsten Tagen voraussichtlich in das Lager Ibnet zurückkehren. Dies erklärte der oberste Vertreter der Vereinten Nationen in Äthiopien, Kurt Jansson, nach einem Besuch des Lagers in der Provinz Gondar. Zu Beginn der Woche hatte Regierungschef Mengistu versichert, er habe die Schließung des Lagers nicht angeordnet und werde gegen die Behörden vorgehen, die für die Vertreibung der Flüchtlinge verantwortlich seien. Der UNO-Vertreter sagte, er sei von den Anstrengungen der Regierung, Lebensmittel und Ausrüstungen für die erwarteten 8000 bis 10 000 Flüchtlinge bereitzustellen, sehr beeindruckt.

Bangemann: Hessen behindert Nuklearindustrie

HH. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) wertet die Entscheidung seines hessischen Ministerkollegen Steger (SPD) zur Teilschließung einer Hanauer Atomfabrik als „weiteres Beispiel für die Rücksichtslosigkeit sozialdemokratischer Politiker, mit allen rechtlichen und politischen Mitteln die Nuklearindustrie in der Bundesrepublik zu behindern".

Steger hatte der Reaktor-Brennelement Union GmbH (RBU) die Montage von Brennelementen aus plutoniumhaltigen Brennstäben sowie solchen mit hoch angereichertem Uran wegen fehlender Rechtsgrundlage verboten. Ohne auf die Rechtsgrundlage einzugehen, kritisiert Bangemann die industriepolitischen Aspekte der hessischen Entscheidung: Die Drohung Stegers, die Betriebe ganz zu schließen, falls sie Hessen verlassen wollten, könne nur als eine „Mausefallen-Politik" angesehen werden. Sie stelle weit über den betroffenen Unternehmenskreis hinaus den Standort Hessen für neue Industrieansiedlungen in Frage.

Steger übe politischen Druck offensichtlich wegen der von seiner Landesregierung angestrebten Zusammenarbeit mit den Grünen aus. Unter Anspielung auf Nordrhein-Westfalen fügt Bangemann die Befürchtung hinzu, daß dies „nicht nur in Hessen" der Fall sei. Eine solche Politik nehme „nicht die geringste Rücksicht auf die Entwicklung von Zukunftstechnologien und ihren Export" und schade der Bundesrepublik insgesamt.

Düsseldorf dringt auf eine rasche Lösung

Posser kritisiert Praxis des Länderfinanzausgleichs

HEINZ HECK, Bonn

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sucht eine politische Lösung zur umfassenden Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Finanzminister Diether Posser ist zwar zuversichtlich, daß der von seinem Land ebenso wie von Bremen im Juni 1984 eingereichten Verfassungsklage in Karlsruhe Erfolg beschieden sein wird (Entscheidung voraussichtlich im Herbst). Doch ist ihm aus naheliegenden Gründen an einer raschen Lösung gelegen: Da die Landesregierung in Düsseldorf von der Neuregelung eine finanzielle Besserstellung in Höhe mehrerer hundert Millionen Mark jährlich erwartet, bedeutet jedes Jahr Verzögerung entsprechende finanzielle Verluste.

Posser kritisiert sowohl die derzeitige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs zwischen finanzstarken und -schwachen Bundesländern wie auch die Verteilung der sogenannten Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) in Höhe von 1,5 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen an finanzschwache Länder.

Stein des Anstoßes für Posser ist, daß der Verteilung die Steuerkraft und nicht – wie in der Verfassung eindeutig festgelegt – die Finanzkraft der Länder als ausschlaggebendes Kriterium zugrundegelegt wird. Der Unterschied zwischen Steuer- und Finanzkraft wurde vor allem mit den seit den siebziger Jahren immer reichlicher fließenden Einnahmen vor allem Niedersachsens aus der Förderabgabe auf die heimische Öl- und Gasgewinnung zu einem Politikum.

Bis 1982 blieben diese Einnahmen unberücksichtigt. Auf Vorstoß Baden-Württembergs, das Jahr für Jahr den Löwenanteil im Länderfinanzausgleich bestreitet, wurde im Haushaltsgesetz 1983 beschlossen, die Förderabgaben in den Jahren 1983 bis 1985 zu einem Drittel und ab 1986 zur Hälfte im Länderfinanzausgleich zu berücksichtigen. Düsseldorf und Bremen plädieren für volle Berücksichtigung der Förderabgabe, die 1984 immerhin zwei Milliarden Mark in die niedersächsischen Kassen spülte.

Bei voller Anrechnung hätte der Länderfinanzausgleich für Zahler wie Empfänger ganz anders ausgesehen. 1984 zum Beispiel hätten nach Berechnungen der Bundesregierung (DIE WELT vom 12. April) die drei finanzstarken Länder Baden-Württemberg (1456 Millionen), Hessen (575) und Hamburg (293) nicht 2,3, sondern „nur" etwa 2,1 Milliarden Mark einzahlen müssen. Andererseits hätte Niedersachsen nicht 832, sondern nur 248 Millionen Mark kassiert. Die übrigen fünf finanzschwachen Bundesländer hätten insgesamt 222 Millionen Mark mehr erhalten. Vor allem aber wäre Nordrhein-Westfalen, das bei der gegenwärtigen Regelung seit Jahren leer ausgeht (aber bis 1978 ununterbrochen und erneut im Jahre 1980 noch zahlungspflichtig war), in diesem Falle mit knapp 130 Millionen Mark begünstigt worden. Diese Konstellation läßt erkennen, daß alle Bundesländer außer Niedersachsen dem Vorstoß Bremens und Düsseldorfs positiv gegenüberstehen.

Düsseldorf zielt aber auch auf eine Neuregelung der BEZ ab 1986. Ministerpräsident Johannes Rau hat seinen Länderkollegen für die am 14. Juni geplante Ministerpräsidenten-Konferenz hierfür ein „Positionspapier" zugeleitet. Darin schlägt er vor, die Ergänzungszuweisungen auf 0,5 Prozent des Umsatzsteueraufkommens – das sind 1986 etwa 600 Millionen Mark – zu verringern und den verbleibenden Prozentpunkt, also etwa 1,2 Milliarden, nach dem üblichen Verteilungsschlüssel für den Länderanteil an der Umsatzsteuer auf die elf Länder zu verteilen.

Rau bezeichnet es als „verfassungsrechtlich unhaltbar ... daß das Volumen der Bundesergänzungszuweisungen bereits über 70 Prozent des zu ergänzenden Länderfinanzausgleichs ausmacht". Mit dem inzwischen erreichten Volumen entsprächen die BEZ „nicht mehr dem Verfassungsgebot", sie im Verhältnis zur Finanzmasse des Länderfinanzausgleichs „als Spitzenausgleich auszugestalten". Dem Düsseldorfer Vorschlag zufolge, der sich an modelltheoretische Überlegungen der Bunderegierung anlehnt, wären nur noch vier Bundesländer Nutznießer dieses verkürzten vertikalen Finanzausgleichs (BEZ): Bremen mit 153,6 Millionen Mark, Rheinland-Pfalz (37,3), Saarland (183,1) und Schleswig-Holstein (226,0).

Für den Bund wäre die Umschichtung haushaltsneutral. Ungeachtet dessen fordern alle – SPD- wie unionsregierte – Bundesländer vom Bund in der für 1986 anstehenden Neuverteilung der Umsatzsteuereinnahmen zwischen BUnd und Ländern einen Prozentpunkt mehr.

Die Polisario unterlag im Wüstenkrieg

ACHIM REMDE, Mahbes

Die Gegend ist unverkennbar dieselbe. Aber die Szenerie hat sich verändert. Fast auf den Tag sind es drei Jahre her, seit wir Mahbes in Landrovern der Polisario-Kämpfer aufsuchten. Jetzt sind es drei Hubschrauber der marokkanischen Armee, die 50 ausländische Journalisten in der Nähe der leichten Anhöhe absetzen.

Damals lagen hier Hunderte von Leichen in marokkanischen Uniformen, im trockenen Wüstenklima mumifiziert. Sie sind verschwunden und niemand weiß etwas über sie. Schweigt man aus Pietät vor dem Andenken der Toten, die die Polisario entgegen islamischem Brauch unbestattet gelassen und für Propagandazwecke mißbraucht hat? Will man die eigenen Verluste vertuschen oder waren die Leichname damals von der Polisario inszeniert, um der Weltöffentlichkeit Erfolge im Wüstenkrieg vorzutäuschen? In diesem Konflikt ist alles möglich.

Die Kuppeldächer des ehemals spanischen Forts wenige Kilometer weiter sind jetzt zerstört, die Mauern dem Verfall ausgesetzt. Damals waren sie fast noch intakt. Ein einsamer Kämpfer empfing uns hier, ein Hammel wurde geschlachtet.

So muß Mahbes bis Ende 1984 geblieben sein. Die Polisario kam und ging im Niemandsland der ehemals spanischen Kolonie. Die marokkanische Armee hatte nur einen Teil des Gebietes besetzt und mit befestigten Wällen umgeben. Doch dieser Teil wurde größer und größer. Im Mai 1984 waren die Marokkaner in Hausa, das für die Polisario als Hauptstadt der „Demokratischen Arabischen Sahara-Republik" dient. Von Hausa, das nur aus einer verlassenen Ruine bestand, datierten sie die Kommuniqués ihrer Siegesmeldungen.

Im Dezember 1984 besetzte die marokkanische Armee Mahbes, das etwa 60 Kilometer von der algerischen Grenze entfernt liegt, und baute einen vierten Wall quer durch die Wüste in Sichtweite der algerischen Grenze. Er schließt sich im Süden an den dritten Wall an, der praktisch der mauretanischen Grenze entspricht. Seitdem ist der gesamte nördliche Teil der Westsahara bis zur algerischen und mauretanischen Grenze in marokkanisches Gebiet integriert.

Hinzu kommt Dachla im Süden, das durch einen eigenen Wall geschützt ist und regelmäßig von marokkanischen Zivilmaschinen angeflogen wird. Im März 1985 hat König Hassan die Westsahara mit riesigem Gefolge bereist und dabei auch den marokkanischen Truppen besucht, die die Mauern besetzt halten.

Es bleibt der Süden der Westsahara, in dem die marokkanischen Truppen nicht ständig präsent sind. König Hassan gibt an, daß das im Gegensatz zum Norden flache Gelände so leicht kontrollierbar sei, daß besondere Vorkehrungen, wie sie die Mauern darstellen, nicht nötig seien. Doch gelegentliche „Heldentaten" wie der Abschuß der deutschen Dornier-Maschine Ende Februar beweisen, daß es der Polisario immerhin noch gelingt, über mauretanisches Territorium in den Süden der Westsahara einzudringen und Anschläge zu verüben. Doch es dürfte ausgeschlossen sein, daß sie dort ständige Basen hat.

Ausgehend von dem völkerrechtlichen Grundsatz, daß die Existenz eines Staates auch tatsächliche Kontrolle des Staatsgebiets voraussetzt, ist es grotesk, daß die „Demokratische Arabische Westsahara-Republik" inzwischen von 61 Staaten in aller Welt anerkannt worden ist auf dem letzten Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba Sitz und Stimme erhielt.

Die Propaganda des Polisario-Mentors Algerien, häufig mit materiellen Vorteilen verbunden, hat es fertiggebracht, daß der Eindruck entstand, „das Volk der Sahraouis" stehe im Freiheitskampf in der Westsahara und werde vom marokkanischen Aggressor bedrängt. In Wirklichkeit ist das „Volk der Sahraouis" genauso auf mehrere Staaten verteilt wie es die Berber und Tuareg sind, bei denen zu Recht niemand auf die Idee kommt, einen eigenen Staat zu fordern, ja noch nicht einmal von einem „Volk der Berber" oder einem „Volk der Tuareg" zu reden. Genauso wie es Tuareg in Algerien, Mali, Libyen und Niger gibt und Berber in Tunesien, Algerien und Marokko, gibt es Sahraouis in Algerien, Marokko und Mauretanien.

Als in der Westsahara eine Unabhängigkeitsbewegung entstand und den spanischen Kolonialherren den Kampf ansagte, galt die Forderung wie selbstverständlich: „Sahrata-na wa Malika-na" – „Unserer Sahara und unserem König". Gemeint war der König von Marokko, dem die Sahraoui-Führer durch Treueschwüre verbunden waren.

Erst der algerische Präsident und Großmachtträumer Boumedienne ersetzte die sahraouischen Royalisten durch Sozialisten nach eigener Wahl und eigenem Vorbild, um mit ihrer Hilfe einen Satellitenstaat zu schaffen, der dem algerischen Vormachtstreben dienen würde. Er siedelte ihre Familien in Lagern in der Nähe des westalgerischen Tindouf an. Von dort aus wurde die „Demokratische Arabische Westsahara-Republik" proklamiert. Seitdem kommen zu den Lagerinsassen ständig Flüchtlinge aus den unter permanenter Hungersnot leidenden Sahelländern.

Während kein Marokkaner die Zugehörigkeit der Westsahara zu Marokko anzweifelt, ist dem algerischen Volk das Engagement seiner Regierung für die Polisario unverständlich. In Geheimgesprächen mit Marokko sucht Algeriens Präsident Chadli nach einem Ausweg. Dabei ist er zum Gefangenen der eigenen Politik geworden. Je mehr Länder die Phantomrepublik anerkennen, um so schwieriger wird es, die Fiktion zu beseitigen.

Österreich und Ungarn senden gemeinsam

cgs. Budapest

Erstmals werden ein kommunistisches und ein demokratisches Land gemeinsam einen Rundfunksender betreiben: Ungarn und Österreich wollen vom Plattensee aus den Sender „Danubius" in Betrieb nehmen, der sein Programm auch nach Österreich ausstrahlen soll. Der Intendant des österreichischen Fernsehens, Gerd Bacher, verhandelt zu diesem Zweck in der ungarischen Hauptstadt mit dem Chef des ungarischen Fernsehens und Rundfunks sowie mit Budapester Regierungsstellen. Der geplante Sender könnte so etwas wie eine osteuropäische Version von „Radio Luxemburg" werden. Die geplante Kooperation hat in Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern große Beachtung gefunden.

Bei Unruhen in Südafrika acht Tote

AP, Johannesburg

Die seit Monaten anhaltenden Unruhen in Südafrika haben nach Angaben der Polizei gestern weitere acht Menschenleben gefordert. In der Schwarzen-Siedlung Tsakane östlich von Johannsburg kamen bei Straßenschlachten zwischen zwei verfeindeten Stämmen acht Schwarze ums Leben. Im Verlauf der Auseinandersetzungen waren zwei Menschen sogar gesteinigt und anschließend angezündet worden.

Totalverweigerer freigesprochen

dpa, Idar-Oberstein

Gegen den Freispruch eines Totalverweigerers hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bad Kreuznach Berufung eingelegt. Das Jugendschöffengericht in Idar-Oberstein hatte einen 19jährigen von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen. Zwar erfülle die Weigerung des Mannes, Anfang Januar dieses Jahres den Wehrdienst in Idar-Oberstein anzutreten, objektiv den Tatbestand der Fahnenflucht im Sinne des Wehrstrafgesetzes; subjektiv gesehen sei er jedoch nicht schuldig, da er aus seinem Gewissen heraus in einem übergesetzlichen Notstand gehandelt habe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SS 24 und 25 verstärken Moskaus Überlegenheit

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Äußerungen von US-Präsident Reagan in Straßburg über die sowjetischen Anstrengungen in der strategischen Rüstung haben einen realen Hintergrund. Als Reagan erklärte, die Sowjetunion teile nicht die westlichen Ansichten über ein nukleares Gleichgewicht, sie wolle sich vielmehr neue strategische Potentiale schaffen, die „klar für einen Erstschlag angelegt sind, um so den Gegner zu entwaffnen", hatte er in erster Linie zwei neue sowjetische Raketentypen vor Augen, deren Entwicklung sich der Vollendung nähert.

Es geht um die Typen SS 24 und SS 25, wenngleich die amerikanische Aufklärung nicht nur bei der Neuentwicklung strategischer Systeme in der Sowjetunion enorme Fortschritte beobachtet, sondern auch bei der Modernisierung bereits stationierter Typen, wie der besonders schweren SS-18-Rakete. Die Treffgenauigkeit dieses Systems, das mehr als dreißig Meter lang ist und fähig, zehn unabhängig voneinander lenkbare Gefechtsköpfe (MIRV) über 11 000 Kilometer zu tragen, wird gegenwärtig verbessert, um danach in den vorhandenen Silos stationiert zu werden.

Diese Entwicklung bereitet den USA nicht so sehr Sorgen, wie die schon erwähnten SS-24- und SS-25-Raketen, denen die Vereinigten Staaten nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben. Pläne für die Entwicklung einer Rakete ähnlicher Bauart wie die der Sowjetunion existieren nur auf dem Papier. Mit ihrer Einführung wird Moskau erstmals im Zeitalter strategischer Rüstung und lange vor den Vereinigten Staaten über die Fähigkeit verfügen, Nuklearraketen mit interkontinentaler Reichweite zu Lande beweglich zu stationieren. Diese mobilen Waffensysteme verfügen über eine hohe Treffgenauigkeit, weil sie auf dem Land ihre Position genau bestimmen können. Wegen ihrer Mobilität sind sie aber für die USA kaum bekämpfbar. Darauf wies Reagan in seiner Straßburger Rede mit Sorge hin. Weil diese Raketen nur schwer zu beobachten und zu entdecken seien, untergrabe die Sowjetunion mit ihrer Stationierung die strategische Stabilität und damit die Grundlage für die gegenseitige Abschreckung.

Nach amerikanischen Informationen ist die Entwicklung beider Raketen weit fortgeschritten. Die SS 24 und die SS 25 haben bereits ein umfangreiches Flugprogramm auf dem sowjetischen Testgelände Plesetsk im Norden des Kontinents absolviert. Die mit etwas über 20 Meter Länge mittelgroße SS 24 wird ähnlich wie die allerdings sehr viel größere und schwerere SS 18 wahrscheinlich auch bis zu zehn MIRV-Sprengköpfe über eine Distanz von 10 000 Kilometern befördern können. Sie wird mit festem Brennstoff angetrieben. Ihre Stationierung in Silos zu Lande ist nach den vorliegenden Informationen schon im nächsten Jahr zu erwarten. Später dürfte ihre Installation auch auf Eisenbahnzügen vorgesehen sein. Eine Zeichnung, die einen entsprechenden Zug zeigt, wurde kürzlich vom Pentagon veröffentlicht. Darauf ist ein Waggon zu erkennen, dessen Dach der Länge nach aufgeklappt ist. Aus dem Innern reckt sich, gehoben von zwei schweren Hydraulikarmen, die Rakete senkrecht empor. Sie kann ohne ein Präparieren des Untergrundes mit Preßluft kalt gestartet werden. Deshalb ist ein Start von jedem Punkt des weitläufigen Eisenbahnnetzes aus möglich.

Die SS-25-Rakete soll auf schweren Lastwagen ebenfalls stationiert werden. Sie hat ungefähr die Länge der amerikanischen Minuteman-Rakete von zwanzig Metern. Sie soll in der Lage sein, einen nuklearen Gefechtskopf über 10 500 Kilometer hinweg zu befördern. Ihre Verwendung in den strategischen Raketenstreitkräften wird nach Meinung der Experten mit der der sowjetischen Mittelstreckenwaffe vom Typ SS 20 vergleichbar sein. Die SS 25 wird wie die SS 20 mit einer Nachladerakete ausgestattet sein. Zwei Areale, in denen das neue Waffensystem stationiert werden soll, sind bereits im Bau. Dort entstehen Garagen mit Gleitdächern, aus denen die Rakete auch gestartet werden könnte.

Gomulka kommt wieder zu Ehren

Jaruzelski leugnet Existenz deutscher Minderheit in Polen / Widerspruch aus Bonn

DW. Warschau/Bonn

Die polnische Staats- und Parteiführung hat den 40. Jahrestag des Kriegsendes zum Anlaß genommen, um ihre These von der Nichtexistenz einer deutschen Minderheit im Machtbereich Warschaus propagandistisch zu verstärken. Während einer Feier in Breslau sagte Jaruzelski, bei Kriegsende habe sich nur noch etwa jeder dritte der früheren Einwohner in den Oder-Neiße-Gebieten befunden. In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen habe Polen „die Reste der deutschen Bevölkerung" ausgesiedelt. Und in Anspielung auf die Vereinbarungen mit Bonn über die Familienzusammenführungen fügte Jaruzelski hinzu: „Wir haben alle internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Repatriierung und der Zusammenführung von durch den Krieg getrennten Familien übererfüllt. Damit hat das Problem einer nationalen deutschen Minderheit in Polen endgültig zu bestehen aufgehört. Dieses Kapitel ist für immer abgeschlossen." An dieser Stelle wurde der General von dem Beifall der geladenen Gäste in der „Volkshalle" in Breslau, der früheren Jahrhunderthalle, unterbrochen.

In der jüngsten Zeit war die Anzahl der Genehmigungen für die Ausreise von Deutschen drastisch zurückgegangen. Auf die Sorgen dieses Personenkreises wies der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, in seiner Replik auf Jaruzelskis Äußerung hin. Die Bemerkungen des polnischen Parteichefs entsprächen nicht den Tatsachen.

Zum 40. Jahrestag der „Wiederkehr Polens an die Oder" wurde in Breslau ein Platz nach dem einstigen Minister für die „wiedergewonnenen Gebiete", dem spätereren KP-Chef Gomulka, umbenannt. Wie aus Warschau weiter bekannt wird, hat die polnische Regierung die Regionalbehörden und die Kommunen in den Oder-Neisse-Gebieten angewiesen, Straßen nach Gomulka zu benennen.

Gomulka galt als „Minister für die wiedergewonnenen Gebiete" als rigoroser Verfechter einer Zwangskolonisierung. Er dirigierte von Breslau aus, wo das Ministerium bis 1948 seinen Sitz hatte, die Vertreibung der Deutschen. Er zeichnete für die Einrichtung von Lagern, von denen Lamsdorf in Oberschlesien das berüchtigste war, verantwortlich.

DW. Berlin

Gegen die Einseitigkeit der östlichen „Befreiungs"-Propaganda anläßlich des 8. Mai hat sich eine Gruppe prominenter, im deutschen Exil lebender Polen gewandt und daran erinnert, daß die Sowjetunion seit vier Jahrzehnten versucht, mit Hilfe massiver Geschichtsfälschung die Verbrechen des Stalinismus, wie die Ermordung von 4250 polnischen Offizieren 1940 im Wald von Katyn durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD, zu vertuschen. In der an die deutsche Öffentlichkeit gerichteten „Erklärung anläßlich der Errichtung eines Warschauer Katyn-Denkmals und des 40. Jahrestages des Untergangs des Hitler-Regimes" wird das Denkmal als „empörendstes Symbol der Lügen der Regierung der Volksrepublik Polen" bezeichnet. Nach Lesart der Ostblock-Historiographen verübten Nationalsozialisten das Massaker.

Moskau plädiert in Brief an London für Kooperation

AFP/AP, London

Für eine Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der UdSSR zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges und der „Militarisierung des Weltraums" hat sich der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow in einer Botschaft an die britische Regierungschefin Margaret Thatcher ausgesprochen. Die Botschaft ist Teil eines Briefwechsels zwischen London und Moskau anläßlich des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation.

Gorbatschow schrieb, Sowjets und Briten hätten die Erfahrung gemacht, daß man gegen den Krieg kämpfen müsse, bevor er ausgebrochen sei. Dazu sei ein Klima des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses nötig. Moskau sei bereit, mit Großbritannien – seinem Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition – zusammenzuarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen.

Peking beurteilt Gipfeltreffen mit großer Skepsis

AP, Peking

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua hat gestern in einem Kommentar die Befürchtung geäußert, daß die jüngsten Gipfelkonferenzen in Bonn und Warschau keine Verbesserung in „den bereits düsteren" Ost-West-Beziehungen bringen werden. „Die beiden Gipfelkonferenzen haben gezeigt, daß die Konfrontation zwischen den Militärblöcken fortbestehen wird, daß sich das Wettrüsten wahrscheinlich beschleunigen wird und die Drohung des Krieges weiterhin besteht." Die Erneuerung des Warschauer Paktes zeige, daß Moskau seine globale Rivalität mit den USA auf lange Zeit fortsetzen wolle und daß das Weltraumprojekt der Amerikaner auf dem Bonner Gipfel „unzweifelhaft gestärkt" worden sei. Hoffnung bestehe aber dennoch, denn beide Seiten wollten das militärische Gleichgewicht auf einem niedrigen Stand halten, meinte Xinhua.

London gibt Akten über Mengele und Barbie nicht frei

SAD, London

Die britische Regierung verfügt über Geheimdienstakten zu den Fällen von Klaus Barbie und Josef Mengele, die weiter als Verschlußsache behandelt und auch nicht dem US-Außenministerium übergeben werden. Diese Mitteilung von Premierministerin Margaret Thatcher vor dem Londoner Unterhaus hat eine beträchtliche innenpolitische Kontroverse in Großbritannien ausgelöst. Der Abgeordnete Reginald Fresson vermutet, daß Barbie, der inzwischen in Frankreich auf seinen Prozeß wartet, früher Kontakte mit dem britischen Geheimdienst hatte. Mengele sei möglicherweise über Triest, das in den ersten Nachkriegsjahren unter britischer Verwaltung stand, nach Südamerika entkommen. Inzwischen hat die israelische Regierung beschlossen, für die Ergreifung von Mengele eine Belohnung von einer Million Dollar auszusetzen.

Sieg für Shultz – USA schwächen Embargo ab

Europa füllt Handelsloch / US-Berater nach Costa Rica

D. SCHULZ/DW. Washington

Das amerikanische Verteidigungsministerium ist weiterhin bemüht, das sandinistische Regime Nicaraguas öffentlich als einen Störfaktor in Mittelamerika hinzustellen und verstärkt unter Druck zu setzen. Auf das am 1. Mai in Bonn verkündete Handelsembargo gegen Nicaragua folgte jetzt die Mitteilung, daß das Pentagon Militärberater in das kleine benachbarte Costa Rica entsandt hat. Damit sind die Vereinigten Staaten, zumindest vorübergehend, in allen drei Nachbarstaaten Nicaraguas – in Costa Rica, in El Salvador und in Honduras – militärisch präsent.

Gleichzeitig hat Washington das Embargo gegen Nicaragua abgeschwächt. Von dem Embargo ausgenommen sind für eine Dauer von sechs Monaten alle Handelsverträge, die vor dem 1. Mai geschlossen wurden, teilte der Staatssekretär im Schatzministerium, John Walker, vor dem Kongreß mit. Die „New York Times" interpretierte diese Entscheidung als Sieg für Außenminister George Shultz, Handelsminister Malcolm Baldridge und Schatzminister James Baker. Sie hätten die Auffassung vertreten, daß das Nichterfüllen bestehender Verträge dem internationalen Ruf der USA schaden würde. Gegen eine Lockerung des Embargos sprachen sich nach Angaben der Zeitung Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Sicherheitsberater Robert McFarlane aus. Sie hätten betont, eine solche Maßnahme lasse den Sandinisten Zeit, Ersatz für amerikanische Importe zu finden.

Offensichtlich als Reaktion auf die Moskau-Reise des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega haben gestern 20 Demokraten mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage begonnen, mit deren Hilfe die anti-sandinistischen Widerstandskämpfer doch noch 14 Millionen Dollar an humanitärer Hilfe bekommen sollen. Erst vor zwei Wochen hatte das Repräsentantenhaus, in dem die Demokraten die Mehrheit haben, die von Reagan gewünschte Hilfe für die „Contras" abgelehnt.

Costa Rica, das um die Entsendung von Militärberatern gebeten hatte, fühlt sich seit langem durch die bewaffneten Kräfte des marxistischen Regimes in Nicaragua bedroht. Verschiedentlich ist es auch bereits zu Übergriffen der sandinistischen Truppenverbände auf das Territorium Costa Ricas gekommen. Nach Costa Rica, wie in die anderen beiden Nachbarländer Nicaraguas, flüchten seit langer Zeit Bürger Nicaraguas, die sich durch die Politik und die Aktionen der Sandinistas bedroht fühlen. Die Bedrohung durch Managua führte unter anderem dazu, daß das demokratische Costa Rica den 1949 ausgesprochenen Verzicht auf eigene Streitkräfte teilweise rückgängig machte.

Der Pentagon-Sprecher Michael Burch legte Wert auf die Feststellung, daß zunächst nur an einen dreimonatigen Aufenthalt der amerikanischen Militärberater gedacht sei. In Honduras unterhalten die Vereinigten Staaten Übungsplätze, auf denen sie von Zeit zu Zeit gemeinsam mit honduranischen Truppen Manöver abhalten.

Im amerikanischen Kongreß wird mittlerweile diskutiert, wie wirksam die Handelssperre im Hinblick auf die Abschwächung der Maßnahmen und ihre geringe Unterstützung durch andere Länder sein könne. Als Handelspartner, die den Platz der USA einnehmen könnten, treten neben den sozialistischen Staaten zunehmend die europäischen Länder, die Wirtschaftssanktionen als Mittel zur Erreichung politischer Ziele grundsätzlich ablehnen, in den Vordergrund. Die amerikanischen Wirtschaftssanktionen seien unvereinbar mit der von den EG-Staaten auf der Konferenz von San José definierten Politik, betonte gestern ein Sprecher des belgischen Außenministeriums in Brüssel.

Der Sprecher des State Departments, Edward Djerejian, wies Vorwürfe der Sandinisten zurück, daß Washington beabsichtige, die Sandinisten in Nicaragua zu stürzen. Djerejian erklärte, Ziel der Vereinigten Staaten sei nicht der Sturz der Regierung, sondern die „Errichtung der Demokratie" in Nicaragua. Die in einer Klage Managuas beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgebrachten Argumente nannte der Sprecher „absurd".

Gleicher als gleich

HH – Auf dem Steuerberaterkongreß in Bonn ist unter anderem deutlich geworden, welcher Entscheidungsbedarf über die bevorstehende Steuerreform 1986/88 und die für die nächste Legislaturperiode anvisierte weitere Steuerentlastung hinaus ansteht. Ludolf von Wartenberg, Obmann der Unionsfraktion im Finanzausschuß des Bundestages, hat mit seinem Beitrag über die Reform des Einkommensteuersystems den Finger auf die Wunde gelegt.

Das Einkommensteuergesetz teilt nämlich die zu besteuernden Einkommen der Bevölkerung in sieben Einkunftsarten ein. Dagegen wäre für sich genommen noch nichts einzuwenden. „Unerträglich" ist nicht nur für den CDU-Steuerexperten jedoch, „daß wirtschaftlich völlig gleichartige Vorgänge nach geltendem Recht den unterschiedlichsten steuerlichen Belastungen ausgesetzt sind, je nachdem, welcher Einkunftsart sie steuerlich zugerechnet werden".

In der Tat: Wenn Möglichkeiten, von einer Einkunftsart in die andere zu wechseln und dabei Steuern zu „sparen", für einige, nicht aber für alle Steuerzahler gegeben sind, muß Staatsverdrossenheit aufkommen. „Die Steuerlast richtet sich viel zu oft nur noch nach der Qualität der steuerlichen Berater", meinte von Wartenberg.

Wird aber die Reform des Einkommensteuersystems nicht bald in Angriff genommen, so könnte die Bundesregierung dann unter Zeitdruck geraten, zum Beispiel dann, wenn ein verdrossener Steuerzahler das Bundesverfassungsgericht unter dem Aspekt der Gleichbehandlung mit dem Thema befaßte.

Zusammenhänge

hdt. – In welchem Ausmaß neue Arbeitsplätze von Investitionen und beide letztlich von der Fähigkeit abhängen, Produkte anzubieten, für die weltweit eine Nachfrage besteht, verdeutlichen die hohen Wachstumsraten aus dem Geschäftsbericht der Bielefelder Kochs Adler AG. Auch die Aussichten für 1985 sind nicht schlecht, die Investitionen wurden bereits wieder um mehr als 30 Prozent aufgestockt. Solche Erfolge kommen jedoch nicht von selbst und auch nicht nur von der verstärkten Nachfrage aus Übersee. Der Nähmaschinenhersteller konnte Umsatzrückgänge in Lateinamerika durch Zuwachsraten im pazifischen Raum genauso kompensieren wie die abgeschwächte Nachfrage aus der amerikanischen Jeans- und Hemden-Branche durch Erfolge bei der US-Polster- und Automobilindustrie. Eine wettbewerbsfähige Produktpalette und eine flexible Marketingpolitik sind unabdingbare Voraussetzung für Gewinn, Investitionen und für neue Arbeitsplätze. Diese Zusammenhänge sollte man nicht übersehen.

WERBEWIRTSCHAFT/ Jahrestagung: Schlecht gibt günstige Konjunkturprognose

Arbeitsplatz-schaffende Investitionen sind wieder interessanter geworden

HANNA GIESKES, Bonn

„Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Wachstumskurs fort." Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, glaubt an eine „kräftige Expansion" der Investitionstätigkeit in diesem Jahr. Gleichermaßen gut beurteile er die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sagte Schlecht gestern vor der Jahresversammlung des Zentralausschusses der Werbewirtschaft in Bonn.

Vor allem deutsche Investitionsgüter seien im Ausland gefragt, sagte Schlecht weiter. „Hierfür stehen unter anderem günstige Preise, ein hoher Stand der Technik und ein guter Service." Im Inland habe die Sanierung der Staatsfinanzen nach Inflationsraten von sechs Prozent und mehr endlich für Preisstabilität gesorgt, „und das stützt die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen".

Da auf absehbare Zeit nicht mit restriktiven Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung gerechnet werden müsse, werden nach Ansicht des Staatssekretärs auch die Unternehmenserwartungen günstig beeinflußt. Zudem habe sich die Ertragssituation der Unternehmen deutlich verbessert, und schließlich sei auch das Rentabilitätsgefälle zwischen Sachinvestitionen und Geldkapitalanlagen wesentlich kleiner geworden.

Der Staatssekretär ist mithin sicher, daß Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, „wesentlich interessanter geworden sind". Dies stehe auch nicht im Widerspruch zu der am Beginn des Jahres registrierten Verschlechterung des Arbeitsmarktes, „der offensichtlich unter dem Einfluß des strengen Winters zustande gekommen ist". Schlecht glaubt, daß sie sich wieder zurückbilden werde, und er ist überzeugt davon, „daß sich an den positiven konjunkturellen Aussichten für 1985 nichts geändert hat".

Im Rückblick auf den Bonner Weltwirtschaftsgipfel betonte Schlecht noch einmal, „daß Protektionismus keine Probleme löst". Auch die betroffenen Wirtschaftsbereiche hätten davon nur einen „höchst zweifelhaften Nutzen". Obwohl auch er der Ansicht sei, daß eine neue Gatt-Verhandlungsrunde „sobald wie möglich" beginnen solle, hält der Staatssekretär „persönlich" das Fehlen einer Einigung auf das Konferenzdatum 1986 nicht für ein politisches Unglück. Wichtig sei vielmehr, daß sich alle sieben großen Industrieländer uneingeschränkt zur Notwendigkeit einer neuen Gatt-Runde bekannt hätten.

Im Wettbewerb der Medien um Werbeeinnahmen hat Schlecht trotz der „Neuen Medien" noch keine wesentlichen Umorientierungen bemerkt. Der durch die neuen Informationstechniken hervorgerufene Wandel der Medienmärkte werde sich nach seiner Anicht nur langsam vollziehen „und von Hemmnissen und Widerständen begleitet sein". Mithin könnten sich auch die Werbemöglichkeiten für die Wirtschaft nur langsam erweitern. Der Staatssekretär glaubt, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts kaum mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung von neuen Fernsehprogrammen erreicht werden können, „und deshalb bleibt der wirtschaftliche Nutzen für den Einsatz von Werbung begrenzt".

Schlecht sieht auch keine Gefährdung der Presse durch zusätzliche werbefinanzierte Rundfunkprogramme, denn die jeweiligen Leistungen ergänzten einander, „ersetzen sich aber nicht". Eher werde der Wettbewerb innerhalb der Presse zunehmen „und Anbieter in nachrangiger Position möglicherweise schwächen".

Gesetzlichen Handlungsbedarf in Sachen Werberecht und Verbraucherschutz vermöge das Bundeswirtschaftsministerium derzeit nicht zu erkennen, sagte Schlecht weiter. Das liege nicht zuletzt daran, daß die Werbewirtschaft den Staat durch freiwillige Selbstdisziplin auf vielen Feldern entbehrlich mache. Dabei hob er insbesondere den deutschen Werberat hervor, den der ZAW 1972 als freiwillige Selbstkontroll-Instanz gegründet hatte: „Wir haben den Eindruck, daß er von der Wirtschaft, den Werbeagenturen und den Medien sehr ernstgenommen wird."

Schlecht appellierte an die Verbraucher, „diese Beschwerdestelle in Sachen Werbung auch zu nutzen", und er forderte den Werberat auf, „seine Arbeit unbeirrt fortzusetzen".

OSTHANDEL

Moskau will Exporte von Rohstoffen weiter drosseln

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Sowjetunion wird im Gegensatz zum Erdöl und Erdgas ihre West-Exporte von Rohstoffen weiter einschränken. Dieses geht aus einer Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums über den deutschen Osthandel hervor.

Daß die Sowjetunion an einer Erschließung neuer mineralischer Lagerstätten, die nur für den Export arbeiten, wenig interessiert ist, hat mehrere Gründe: Zum einen kann sie ihren Devisenbedarf im wesentlichen durch Erdgas- und Erdölexporte decken. Eine Rolle spielt auch ein zunehmendes Kostenbewußtsein.

Da der Eigenbedarf im Zuge der Industrialisierung steigt und die Lieferverpflichtungen innerhalb des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zunehmen, müssen die Exporte in den Westen reduziert werden. Bei einigen Rohstoffen, bei denen die Sowjetunion früher ein Lieferant war, tritt sie heute als Importeur auf, vor allem dann, wenn sie, wie Kupferkonzentrate oder Mangan, preiswert zu haben sind.

Trotz der kleineren Exportpalette bleiben die Sowjets bei einigen Rohstoffen ein führender Lieferant der deutschen Wirtschaft. An den Importen der Bundesrepublik hatten sie 1984 einen Anteil von 36,1 Prozent bei Rohnickel, von 33 Prozent bei Palladium, von 20,5 Prozent bei Rohtitan, von jeweils zehn Prozent bei Ferrosilicium und Asbest und von 12,2 Prozent bei Schmuckdiamanten.

Die deutsche Einfuhr aus der Sowjetunion von 14,4 Milliarden Mark bestand 1984 zu 82 Prozent aus Energierohstoffen und deren Produkten. Der gesamte Ostblock war mit rund 18 Prozent an den deutschen Energieimporten beteiligt. Er deckte rund zehn Prozent des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik.

Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit deutschen Firmen ergeben sich bei der Rationalisierung auf allen Stufen der Gewinnungsverfahren. Das Bundeswirtschaftsministerium verweist auch auf Kooperationsmöglichkeiten beim Umweltschutz und beim Recycling.

Im Gegensatz zur Sowjetunion, die bei bestimmten Rohstoffen der führende Produzent und generell mit einem Anteil von 21 Prozent das größte Bergbauland der Welt ist, verfügen die anderen Ostblockstaaten über weniger bedeutende Lagerstätten. Wo sie jedoch Exportmöglichkeiten haben, werden der Bergbau und die Ausfuhr nachdrücklich gefördert, um den Devisenbedarf zu decken. Hier ergeben sich Ansätze für Kooperationen mit deutschen Firmen.

Aus Polen stammten 1984 beispielsweise 16,8 Prozent der deutschen Importe von Raffinadekupfer und rund zehn Prozent der von Silber. 29 Prozent der Chromerzimporte kamen aus Albanien. Die Tschechoslowakei war mit einem Anteil von 40 Prozent der größte deutsche Lieferant von Schamotten.

Auf dem Weg ins Weltall

Von WINFRIED WESSENDORF

Stets haben deutsche Ingenieure und Vordenker der Raumfahrt betont, daß sie die Reise ins Weltall nur unter friedlichen Gesichtspunkten anstreben und unternehmen. Dabei wissen sie sehr wohl, daß in militärischen Entwicklungen ein großes Potential an Innovation und an Verdienst liegt.

Dieses Bekenntnis wird durch das Statement eines renommierten Raumfahrtexperten untermauert. Hans Hoffmann, stellvertretender Leiter der Unternehmensgruppe Raumfahrt MBB-Erno, des größten zivilen Raumfahrtkomplexes in Europa, sagt: „SDI ist ein grundlegendes Programm, verpassen wir den Anschluß, steht zu befürchten, daß wir Mitte der neunziger Jahre zweitklassig werden."

Dabei ist der Weg ins All schon zum Alltag geworden, obwohl kommerzielle Erfolge sich bislang nur bei den Nachrichtensatelliten eingestellt haben. Millionen-Gewinne sind indes in diesem Bereich an der Tagesordnung. Von dem wirtschaftlich interessanten Kuchen schneiden die Amerikaner vorläufig am meisten ab. Hughes, Ford, Aerospace und RCA stehen dabei in vorderster Linie.

Da tun sich die Deutschen im Konzert mit ihren europäischen Partnern noch schwer. Aber der Eintritt der Europäer auf diesen Markt ist vielversprechend. Vor zehn Jahren wurde der Grundstein dafür gelegt. Der deutsch-französische Nachrichtensatellit „Symphonie", 1975 und 1976 gestartet, hat alle Anforderungen an satellitengestützte Kommunikationssysteme erfüllt. Seitdem war allerdings jeder Wettbewerb um lukrative Aufträge sehr schwer.

Nun lauern die Raumfahrtexperten von MBB-Erno auf den großen Durchbruch. Im heißumkämpften Markt China rechnen sich die wissenschaftlichen Tüftler Chancen für den Bau von satellitengestützten Kommunikationssystemen aus. Anfang Juni soll bekanntgegeben werden, wer den gewinnbringenden Zuschlag aus dem Fernen Osten erhalten wird. Als Konkurrenten liegen noch die Franzosen und Amerikaner mit im Rennen.

Die Volksrepublik China will gleich mehrere satellitengestützte Kommunikationssysteme für Unterricht und allgemeine Nachrichtentechnik, also direkt sendende Satelliten (Satellite-to-home-TV) ankaufen. Ein solches System kostet gut 40 Millionen US-Dollar, der genaue Preis ist freilich nicht zu erfahren, denn er gehört zum Angebot.

Auch die europäische Trägerrakete „Ariane" fliegt unterdessen in die Gewinnzone. Und daran haben die Raumfahrtfirmen europaweit Anteile. Vergessen ist der katastrophale Fehlstart der Europa-Rakete der siebziger Jahre, „Arianespace" mit Sitz in Evry wurde eigens gegründet, um die neue Rakete zu vermarkten. Vor wenigen Tagen wurde das Kapital der Gesellschaft erhöht, um eine gesunde Basis für die hereinkommenden Aufträge zu haben.

MBB-Erno ist beispielsweise mit acht Prozent an dieser Firma beteiligt, außerdem stellen die Deutschen Teile für die Rakete her, unter anderem die zweite Stufe. Der Auftragsbestand von „Arianespace" beläuft sich inzwischen auf 6,4 Milliarden französische Franc, 25 Starts für Satelliten sind gebucht.

Die Bundesregierung hat sich deshalb mit großem Elan für die künftigen europäischen Raumfahrtprojekte engagiert, weitere sieben Milliarden Mark werden in den nächsten zehn Jahren in eine neue Rakete und einen Beitrag zu einer Raumstation investiert. Bei der „Ariane 5" weiß der Bundesforschungsminister, was er will: den höchsten technologischen Innovationsanteil, die Schubkammer zum Triebwerk, beizustellen. Bei den Raumstationsplänen übernimmt er zwar 38 Prozent der gesamten europäischen Kosten, doch was bei der deutschen Industrie hängenbleiben wird, steht vorläufig noch in den Sternen.

Aufgebläht werden soll dabei die mit Managementaufgaben beauftragte Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR). Allerdings scheint die DFVLR diese Aufgaben nicht im Griff zu haben. Beamte, so meinen Insider aus der Raumfahrtindustrie, können große Projekte nicht managen, sie verzettelten sich in Paragraphenreiterei. Die angestrebte Organisationsstruktur mit einem Management für die Raumstation „Columbus" wird sogar im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) kritisch beobachtet. Diese Mißtöne stören zusätzlich zur Diskussion im SDI die Zukunftsmusik.

AUF EIN WORT

» Die Bundesrepublik Deutschland wird im internationalen Wettbewerb solange bestehen, wie ihre politische und soziale Stabilität und ihre liberale Wirtschaftsverfassung gewährleistet bleiben. «

Dr. Harald Erichsen, Vorsitzender des Vorstandes der Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg
FOTO: WALTER KÖNIG

Bau-Aufträge sinken drastisch

dpa/VWD, Bonn

Die Bauunternehmen mußten in den Monaten Januar und Februar ein „katastrophales Absacken" der Auftragseingänge im Wohnungsbau von jeweils 45 Prozent gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten hinnehmen. Wie der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes gestern in Bonn mitteilte, werde das „düstere Bild" in der Bauwirtschaft nach den neuesten Zahlen für Februar auch im Produktionsrückgang und bei den Baugenehmigungen sichtbar. Die Zahl der Beschäftigten am Bau sei im Februar gegenüber dem Vormonat um weitere 40 000 auf 940 000 gesunken. Die Genehmigungen im Wohnungsbau sind im Februar um 25,8 Prozent gefallen.

ENERGIEVERSORGUNG BERLIN

Bessere Struktur durch die vereinbarte Erdgas-Pipeline

PETER WEERTZ, Berlin

In der Energieversorgung ist Berlin eine Region ohne Beispiel. Infolge ihrer Insellage muß sie als einzige Großstadt in Europa ohne Stromverbund mit anderen Regionen auskommen. In dem erwünschten Wandel der Energieversorgungsstruktur ist sie daher nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nur wenig vorangekommen. Die Stadt muß nicht nur alle Schwankungen im Stromverbrauch selbst ausgleichen, sondern unverändert mit einem hohen Anteil an Mineralöl die Energieversorgung sichern.

Während im Bundesgebiet Erdgas, Wasserkraft und Kernenergie zu fast 55 Prozent am Energieverbrauch beteiligt sind, fehlen diese Energiequellen in Berlin vollständig. Seit 1973, dem Zeitpunkt der ersten Energiekrise, bis heute ist in Berlin Mineralöl zu 60 (Bundesgebiet: 42) Prozent am Gesamtverbrauch beteiligt. Die vereinbarte Versorgung Berlins mit Erdgas werde daher, so betont das Berliner Institut, einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung der Energieträgerstruktur leisten. Über die Erdgasleitung Sibirien-Westeuropa wird Berlin durch eine Zweigleitung mit jährlich etwa einer Milliarde Kubikmeter Erdgas versorgt. Aus umweltpolitischen Erwägungen soll auch der Braun- und Steinkohlebedarf für rund 300 000 Wohnungen reduziert werden.

Erstmals seit Ende der siebziger Jahre ist nach den Angaben des Instituts der Energieverbrauch 1984 konjunktur- und witterungsbedingt um 4,4 Prozent gewachsen. Allerdings wurde der Verbrauchshöhepunkt von 1979 immer noch um sieben Prozent unterschritten. Einsparungen waren seit 1973 vor allem im industriellen Energieverbrauch durch eine rationellere Verwendung möglich.

APOTHEKEN

Rund 40 Prozent befinden sich in den roten Zahlen

PETER JENTSCH, Bonn

Etwa 40 Prozent der 17 340 Apotheken in der Bundesrepublik schreiben nach Darstellung der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) „rein betriebswirtschaftlich gerechnet rote Zahlen". Das ergebe sich aus dem Verfall der Handelsspanne, steigenden Kostenbelastungen sowie der zunehmenden Zahl der Apothekenneugründungen.

Zwar sei der Umsatz der öffentlichen Apotheken von 20,6 Mrd. DM 1983 um insgesamt 6,5 Prozent auf gut 21,9 Mrd. DM im vergangenen Jahr gestiegen. Aufgrund des saldierten Zugangs von 250 neuen Apotheken sei der Umsatz je Apotheke aber nur um 4,8 Prozent auf 1,3 Mill. DM gestiegen. Allerdings erreichten mehr als 40 Prozent aller Apotheken nur einen Jahresumsatz bis zu einer Million Mark. Und erst von dieser Grenze an lasse sich ein positives betriebswirtschaftliches Ergebnis erzielen.

Die erzielte Handelsspanne, so machte die ABDA in Berlin deutlich, ist von 31,6 Prozent des Bruttoabsatzes 1982 auf 30,9 Prozent 1983 gesunken. 1984 sei die Handelsspanne weiter auf 30,4 Prozent des Absatzes gefallen. Dies sei vornehmlich eine Folge der degressiv gestalteten Arzneimittelpreisverordnung: höhere Industrieabgabepreise führten zu verringerter Handelsspanne. Sie ist von 29,12 Prozent 1983 auf 28,72 Prozent 1984 gesunken. In dieser Zeit seien aber die Gesamtkosten um 3,5 Prozent gestiegen.

Auch der Gewinn vor Steuern ist gesunken. Gemessen am Bruttoumsatz der Apotheken fiel er von 10,1 Prozent 1982 auf 9,7 Prozent 1984. Dabei sei zu berücksichtigen, daß dieser Durchschnittswert von einer großen Zahl von Apotheken nicht erreicht, von einer geringeren Zahl jedoch deutlich überschritten werde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hypotheken für Renovierungen

Bonn (dpa/vwd) – Die Sparkassen haben für den Wohnungsbereich eine überraschend gute Hypothekenbilanz für das 1. Quartal 1985 vorgelegt. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband am Mittwoch in Bonn mitteilte, sind die Neuzusagen bei den Sparkassen gegenüber den ersten drei Monaten 1984 um 28 Prozent auf 6,9 Mrd. DM und die Auszahlungen um 19 Prozent auf 6,4 Mrd. DM gestiegen. Das sei wegen des Rückgangs der Baugenehmigungen um fast ein Drittel bemerkenswert und zeige, daß die Baudarlehen zunehmend für Modernisierung, Renovierung sowie zum Kauf bereits vorhandener Häuser und Eigentumswohnungen verwendet würden.

Verhandlungen vertagt

Genf (dpa/VWD) – Ein neues internationales Kautschuk-Abkommen wird frühestens Anfang nächsten Jahres ausgehandelt. Der Kautschuk-Rat in London wird auf seiner Sitzung im Juni das bestehende, im Oktober auslaufende internationale Abkommen voraussichtlich um zwei Jahre verlängern.

Milliarden von der Opec

Wien (dpa) – Aus den Erdöl-Gewinnen haben die dreizehn Mitgliedsländer der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) in den vergangenen acht Jahren bis Jahresende 1984 über drei Mrd. Dollar an Entwicklungsländer in der Form vom Direkt-Hilfe oder von langfristigen günstigen Krediten ausgeschüttet. Dies gab am Mittwoch bei der Jahrestagung des Opec-Fund, der Hilfsorganisation der Erdölexportierenden Länder für Projekte für die Entwicklungsländer, der Generaldirektor der Organisation, Seyyid Abdulai, bekannt.

Chancen für Fachhandel

Köln (dpa/vwd) – Die Rolle des Fachhandels auf dem Markt für Endeinrichtungen im Fernmeldewesen wird nach Ansicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) zu wenig berücksichtigt. Dies äusserte HDE-Präsident Wolfgang Hinrichs in einem Schreiben an Bundespostminster Schwarz-Schilling. Heinrichs fordert darin, dem mittelständischen Fachhandel auch im Vertrieb notwendige Marktchancen zu gewähren.

Zu wenig Kapital

Köln (dpa/vwd) – Rendite und Eigenkapitalquote, die sich bei größeren Unternehmen mit Jahresumsätzen über 25 Mill. DM in jüngster Zeit leicht verbesserten, haben sich bei den mittelständischen Unternehmen weiter verschlechtert. Darauf hat am Mittwoch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hingewiesen. Nach Darstellung des unternehmernahen Instituts leiden die mittelständischen Unternehmen unter dem Eigenkapitaldefizit stärker als die größeren. Auch ihre Renditen lägen im Durchschnitt niedriger.

Roboter gefragt

Essen (dpa/vwd) – Der Industrieroboter hält nun auch in kleinere und mittlere Unternehmen Einzug. Wie Experten gestern anläßlich einer Tagung des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik (DVS) in Essen berichteten, rechnen die Roboter-Hersteller in diesem Jahr vor allem wegen der Nachfrage aus der mittelständischen Industrie mit Zuwachsraten von rund 30 Prozent. Nach Angaben des Verbandes waren Ende 1984 in der Bundesrepublik 6 600 Industrieroboter im Einsatz.

Belgien senkt Diskont

Brüssel (VWD) – Die belgische Zentralbank hat den Dsikontsatz um 1,25 Punkte auf 9,75 Prozent gesenkt, heißt es in einer Mitteilung aus Brüssel.

Efta 25 Jahre alt

Wien (dpa/vwd) - Die vor 25 Jahren gegründete Europäische Freihandelszone Efta, Gegenstück zur Europäischen Gemeinschaft begann gestern ihre dreitägige Jahrestagung in Wien. Höhepunkte der Jubiläumstagung bilden eine gemeinsame Sitzung des Efta-Ministerates mit Mitgliedern der EG-Kommission sowie ein Festakt heute in der Wiener Hofburg am Freitag. Hauptziel der Wiener Tagung ist eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Efta und EG.

BRITISH AIRWAYS / Vergleich mit Laker möglich

Weg frei für Privatisierung

WILHELM FURLER, London

Die Fluggesellschaft British Airways wird frühestens drei Monate nach einer Beilegung des seit 1982 laufenden Rechtsstreits um Schadensersatzansprüche aus dem Konkurs der Billigfluggesellschaft Laker Airways privatisiert werden können. Das hat der Chairman von British Airways, Lord King, jetzt bei der Vorlage des Jahresabschlusses mitgeteilt. Gleichzeitig erklärte er, daß bei der Zivilklage gegen British Airways und neun weitere amerikanische und europäische Fluggesellschaften, darunter die Lufthansa, jetzt ein Aufschub des Verfahrens beim Gericht in Washington beantragt worden ist. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, den Rechtsstreit auf außergerichtlichem Weg durch eine Abfindungszahlung zu beenden.

Eine Summe, auf die sich die beteiligten Gesellschaften und der Konkursverwalter von Laker Airways bereits geeinigt haben sollen, wollte Lord King nicht nennen. Im Gespräch sind 65 Mill. Dollar (gut 211 Mill. DM), wobei British Airways mit angeblich 30 Mill. Dollar den Löwenanteil tragen würde, um die Schadensersatzklage in Höhe von 1,05 Mrd. Dollar abzuwenden.

Im letzten Geschäftsjahr (per 31. März) konnte British Airways erneut deutliche Fortschritte machen. Der Gewinn vor Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr von 185 auf 202 Mill. Pfund (knapp 768 Mill. DM). Nach dem Geschäftsbericht 1981/82 hatte es so ausgesehen, als ob die Staatsgesellschaft praktisch bankrott war.

Während das Passagieraufkommen bei British Airways im letzten Jahr um mehr 12 Prozent stieg, nahm es bei den übrigen europäischen Airlines nur um knapp sechs Prozent zu. Gegenwärtig liegt die Auslastung (Nutzladefaktor) im Schnitt der British Airways-Flotte bei 72,5 Prozent.

ITALIEN / Neben Fiat sucht auch Alfa Romeo einen ausländischen Partner

Vier Automobilfirmen im Gespräch

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Neben dem Turiner Automobilhersteller Fiat Auto, der schon seit mehreren Monaten Kooperationsverhandlungen mit dem US-Konzern Ford führt, sucht jetzt auch das italienische Staatsunternehmen Alfa Romeo in Mailand Anschlußmöglichkeiten an ausländische Partner. Wie aus italienischen Automobilkreisen verlautet, sollen dafür vier mögliche Partner im Gespräch sein: der japanische Automobilkonzern Nissan, BMW und die US-Firmen Chrysler und Ford. Vorschläge zur Sanierung von Alfa Romeo und zu möglichen Partnerschaften wird die Bereichsholding der staatlichen italienischen metallverarbeitenden Betriebe, Finmeccanica in den nächsten Tagen vorlegen.

Eine Zusammenarbeit mit Alfa Romeo hat Chrysler-Präsident Lee Iacocca in einem am Mittwoch dieser Woche veröffentlichten Interview mit der Mailänder Wirtschaftszeitung „Il Sole-24 Ore" bereits dementiert und darauf hingewiesen, daß darüber seit zwei Jahren Gespräche geführt wurden. Zur Sanierung von Alfa Romeo sind Iacocca zufolge „mindestens fünf Jahre notwendig, um das Unternehmen richtig auf dem Markt zu positionieren".

Anders als Fiat Auto, der mit Ford aus einer Gewinnsituation und einer günstigen Marktposition heraus verhandelt, steckt Alfa Romeo seit Jahren ununterbrochen in den roten Zahlen. Eine Modellerneuerung und die Entwicklung eines neuen Motors sind deshalb ohne fremde Hilfe in den nächsten Jahren in diesem Fall kaum mehr möglich. In Automobilkreisen wird einer Partnerschaft mit dem japanischen Konzern Nissan derzeit noch die größte Chance gegeben. Mit Nissan kooperiert Alfa Romeo schon seit einigen Jahren beim gemeinsamen Bau des Mittelklassemodells „Arna". Der japanische Konzern hat erklärt, daß man großes Interesse habe, diese Produktion in den nächsten Jahren stark auszudehnen.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist der Anteil der ausländischen Marken am Automobilabsatz in Italien gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um beinahe drei Prozentpunkte auf 40 Prozent gestiegen. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Neuzulassungen um 0,7 Prozent auf beinahe 485 000 Stück. Marktgrößter blieb mit Abstand der Turiner Fiat-Konzern, der aber seinen Absatzanteil von 54,6 auf 52,5 Prozent zurückstecken mußte, ebenso wie die anderen beiden italienischen Hersteller, das Staatsunternehmen Alfa-Romeo (von 7,7 auf 6,7 Prozent) und Nuova Innocenti (von 1,3 auf 0,9 Prozent). In italienischen Automobilkreisen wird das Vordringen der ausländischen Marken vor allem mit der aggressiven Rabattpolitik erklärt, die fast alle Ausländer betreiben.

TREUWO / Vergleichsverfahren ist gescheitert

Anschlußkonkurs eröffnet

dpa/VWD, Lübeck

Über die in Schwierigkeiten geratene Bauträgergesellschaft Treuwo AG, Lübeck, die 1979 bundesweit zum Marktführer in der Bauherrenmodell-Branche avanciert war, hat das Amtsgericht in Lübeck das Anschlußkonkursverfahren eröffnet. Wie das Amtsgericht bestätigte, wurde gleichzeitig der Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, das eine Mindestquote von 35 Prozent erfordert hätte, abgelehnt. Zum Konkursverwalter bestellte das Gericht den Hamburger Wirtschaftsprüfer Gunter Gustafsen, der bereits während des laufenden Vergleichsantrages das Unternehmen betreut hatte.

Den Vergleichsantrag hatte die Treuwo AG am 5. Februar beim Amtsgericht in Lübeck gestellt. Am gleichen Tage war auch die Notierung der Treuwo-Aktien an der Börse ausgesetzt worden. Das Papier war zuletzt mit 32 DM bewertet worden. Den damaligen Vergleichsantrag, der jetzt zum Anschlußkonkurs führte, hatten Branchenkenner mit einem abschlägigen Bescheid des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums über eine Landesbürgschaft von fünf Mill. DM in Verbindung gebracht. Noch am 6. Februar hatte der Treuwo-Vorstand in Hamburg erklärt, eine „Beerdigung" des Unternehmens werde dennoch nicht stattfinden.

Die 1969 gegründete Treuwo, die zunächst für die Dr. Jung KG, München, IOS-Investments vertrieb, wandte sich später der Steuersparbranche zu und spezialisierte sich 1972 auf das Bauherrenmodell. Auf diesem Markt avancierte sie in wenigen Jahren bis 1979 zum Marktführer und schuf mit der Treuwo-Verwaltungs AG als Holding 1980 ein Unternehmen mit einem Spitzenumsatz von über 500 Mill. DM. Die Treuwo ging im November 1983 an die Börse. Der damalige Emissionskurs von 220 DM je 50-DM-Aktie wurde aber nur einmal ganz kurzfristig überschritten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777.

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

AM-LEBENSVERSICHERUNG / Erhöhte Dividende

Wachstum über Durchschnitt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Abermals „deutlich" über dem Branchendurchschnitt meldet die Aachener und Münchener Lebensversicherung AG, Aachen, für 1984 eine Steigerung ihres Neugeschäfts um 18,1 (26,3) Prozent auf nun 4,6 Mrd. DM Versicherungssumme. Der Versicherungsbestand wuchs dabei beschleunigt um 10,3 (7,2) Prozent auf 29 Mrd. DM.

Ein Aufschwung, den diese Tochter der AM-Versicherungsgruppe aus 15,1 (8,1) Mill. DM Jahresüberschuß auch mit Dividendenaufstockung auf 10 (9) DM honoriert. Man kann das als erstes (noch vages) Indiz dafür deuten, daß die AM-Holding, die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, ihren 8000 Aktionären das vor Jahresfrist gegebene Versprechen „pfleglicher Behandlung" mit Aufstockung der vorjährigen „Normaldividende" von 9 DM (dazu noch 2,50 DM Bonus aus Gewinn beim Verkauf der US-Tochter) einlöst.

AM-Leben erklärt den 1984er Ertragserfolg nicht zuletzt auch mit verbesserter Stornoquote. Ihre Beitragseinnahmen erhöhten sich um 4,3 (4,1) Prozent auf 1,02 Mrd. DM. Ohne die 1984 eingeführte Direktgutschrift aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und ohne die Sondergutschrift für Kleinlebensversicherungen wären die Einnahmen aus jetzt 2,18 Mill. Verträgen um 10,7 Prozent gewachsen. Beschleunigt stiegen 1984 auch die Einnahmen aus 6,4 (5,9) Mrd. DM Kapitalanlagen um 9,6 (6,7) Prozent auf 490 Mill. DM und damit auf eine Nettozinsquote von 7,5 (7,4) Prozent.

„Zufriedenstellend" nennt AM-Leben den Geschäftsverlauf im ersten Quartal von 1985. Im eingelösten Neugeschäft freilich sei man nach zwei „weit überdurchschnittlichen" Wachstumsjahren jetzt mit 3,1 Prozent Plusrate auf den Branchentrend zurückgekehrt.

VARTA / Die Gewinnschwelle der nordamerikanischen Tochter soll nach der Sanierung 1986 erreicht werden

Die Auftriebstendenzen verstärken sich weiter

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Varta AG, Bad Homburg, die bereits im Geschäftsjahr 1984 mit beachtlichen Wachstumsraten aufwartete, befindet sich weiter auf Erfolgskurs. Nach Angaben des Vorstands bestätigen die Zahlen des ersten Quartals die insgesamt positive Einschätzung auch des Jahres 1985. Vorstandssprecher Günter Mordhorst verweist auf den Umsatz, der in den ersten drei Monaten weltweit um 15 Prozent auf 459 Mill. DM zugenommen hat. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Starterbatterien, die gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 25 Prozent auf 220 Mill. DM zulegten, eine Folge der Kältewelle Anfang des Jahres.

Traditionell zurückhaltend äußert sich Mordhorst zur Ertragsentwicklung. Der Hinweis indes, daß Varta im Gegensatz zu einigen Konkurrenten stets lieferfähig war, deutet darauf hin, daß auch in dieser Hinsicht kein Grund zur Klage besteht. Mordhorst warnt allerdings davor, die Quartalsergebnisse auf das gesamte Jahr hochzurechnen. Er erwartete ein wiederum „zufriedenstellendes" Ergebnis.

Deutlich über dem Niveau des Vorjahres werden 1985 mit gut 80 (66) Mill. DM die Investitionen liegen. Der größere Teil davon dürfte auf das Inland entfallen, wenngleich auch im Ausland bedeutende Projekte anstehen. So soll die US-Tochter in Toledo/Ohio, die Traktionsbatterien herstellt, ihren Marktanteil in den USA von bisher 7 Prozent auf 14 Prozent verdoppeln. Die Sanierung der Gesellschaft, auf die 1984 erneut 14 (12) Mill. DM abgeschrieben wurden, sei nun weitgehend abgeschlossen. Der Break-even soll 1986 ereicht werden. Derzeit realisiert Varta in Nordamerika einschließlich der kanadischen Tochter einen Umsatz von rund 200 Mill. DM.

Nachdem im vergangenen Jahr in der „DDR" ein Auftrag über den Bau einer Gerätebatterie-Fabrik im Wert von über 20 Mill. DM abgewickelt wurde, steht jetzt ein Vertrag in der VR China mit einem Wert von gut 20 Mill. DM vor dem Abschluß. Varta rechnet in der Folge mit Anschlußaufträgen aus China.

Die Ergebnisse im Geschäftsjahr 1984 zeigen sich in allen Ebenen gegenüber dem Vorjahr verbessert. Mordhorst: „Im Umsatz sind wir wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt; auf unserem Ergebniskurs standen die Signale auf Grün." Im Inlandskonzern nahm der Umsatz um 6,5 Prozent auf 1,03 (0,96) Mrd. DM zu; der Weltumsatz stieg um 8,1 Prozent auf 1,71 (1,58) Mrd. DM, wobei der Anteil des internationalen Geschäfts auf 63 (62) Prozent zunahm.

Der um 28 Prozent auf 29,6 (23,1) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß wird jeweils zur Hälfte für die Stärkung der Rücklagen und für die Dividendenzahlung (15 nach 12 Prozent) verwandt. Das noch nicht endgültig feststehende Welt-Ergebnis dürfte 38 (29,2) Mill. DM erreichen. Weiter verbessert hat sich die Bilanzstruktur. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 28,5 (27,1) Prozent. Der Innenfinanzierungsspielraum erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 53 Mill. DM.

Varta Inlandskonzern	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	1 025	+ 7
dav. Export	389	+ 8
Sachinvestitionen	37	+ 3
Abschreibungen	44	+ 16
Mitarbeiter	6 596	+ 1
Bilanzsumme	757	+ 2
Eigenmittel	233	+ 10
Eigenmittelquote (%)	31	(29)
Jahresüberschuß	30	+ 28
Cash flow	128	+ 25
Dividende (%)	15	(12)
Welt-Konzern		
Umsatz	1 706	+ 8
Anteil Auslandsgeschäft (%)	63	(62)
Mitarbeiter	11 969	+ 2
Ergebn. p. Aktie (DM)	23,50	+ 31
Jahresüberschuß	38	+ 31

KOCHS ADLER

Höhere Dividende und Bonus

hdt. Bielefeld

Bei der Kochs Adler AG, Bielefeld, die ihren Gruppenumsatz 1984 um 16 Prozent auf 130 (112) Mill. DM steigern konnte, hält die Aufwärtsentwicklung unvermindert an. Im 1. Quartal des neuen Jahres verzeichnete der Hersteller von Industrienähmaschinen ein Umsatzplus von 10 Prozent gegenüber den Vorjahreszahlen, die Auftragseingänge erhöhten sich sogar um 20 Prozent. Motor dieser Entwicklung ist die ungebrochene Nachfrage aus dem Ausland, vor allem aus dem Übersee-Bereich, der bereits 1984 mit 19 Prozent die größte Steigerung aufwies.

Der gegenwärtig um 22 Prozent über dem Vorjahr liegende Auftragsbestand sichert nicht nur die Beschäftigung in den nächsten Monaten, er führte auch bereits zu einer Verlängerung der Lieferzeiten. Um diese abzubauen, sollen zusätzlich zur Aufstockung des Personalbestandes auch die Fertigungskapazitäten weiter ausgebaut werden. Dafür stehen im laufenden Jahr 7,6 (5,7) Mill. DM als Investitionsmittel zur Verfügung.

Nach der guten Ertragslage des Vorjahres, die mit einem Jahresüberschuß von 3,4 (2,4) Mill. DM ein deutlich verbessertes Betriebsergebnis erbrachte, soll auf das mit 10 Mill. DM unveränderte Grundkapital eine erhöhte Dividende von 16 (14) Prozent gezahlt werden. Dazu kommt ein einmaliger Bonus von 4 Prozent, denn die Kochs Adler AG begeht in diesem Jahr ihr 125jähriges Jubiläum.

LEONBERGER / Zuteilungsfrist hat sich verlängert

Flotter Start im Neugeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Recht lebhaft verlief das Neugeschäft der Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, Nummer vier unter den privaten Bausparkassen, im ersten Quartal 1985. In dieser Zeitspanne wurden gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres 17,6 Prozent mehr Verträge mit einer insgesamt um 10,7 Prozent höheren Bausparsumme neu abgeschlossen und eingelöst. Schon im vergangenen Jahr sei eine „Rückbesinnung auf die Ursprünge des Bausparens als planmäßige Vorbereitung einer gesunden Baufinanzierung" erkennbar gewesen, ein Trend, der sich in diesem Jahr fortsetze. Für das ganze Jahr 1985 geht man in der Prognose freilich eher von einem bescheidenen Wachstum aus.

Über die Hälfte des Neugeschäfts entfiel auf die vor fünf Jahren noch nicht vorhandenen Schnell- und Hochzinstarife. Ein weiterer neuer Tarif sei für das laufende Jahr nicht geplant. Jeder vierte Neuvertrag wird derzeit mit Personen unter 25 Jahren abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 1984 verbuchte die Leonberger ein eingelöstes Neugeschäft von 94 547 Verträgen (plus 2,4 Prozent) über eine Bausparsumme von 2,87 Mrd. DM (minus 0,2 Prozent). Zum Neugeschäft steuerten die mit der Leonberger „verwandten" Allgemeine Rentenanstalt und die Württembergische Versicherungen unverändert 7 Prozent bei. Am Jahresende verwaltete die Bausparkasse 1,03 Mill. Verträge (minus 1,7 Prozent) über eine Bausparsumme von 35,7 Mrd. DM (minus 1,5 Prozent).

Der Wettbewerb unter den verschiedenen Geldanlageformen wirkt sich in einem rückläufigen Geldeingang bei den Bausparkassen aus. Bei der Leonberger verringerten sich die Zuflüsse zur Zuteilungsmasse um 2,3 Prozent auf 1,93 Mrd. DM, wobei der Spargeldeingang um 6,2 Prozent auf 946 Mill. DM abnahm. Zugeteilt wurden Verträge mit insgesamt 1,76 Mrd. DM Bausparsummen (plus 3,6 Prozent). Die Zuteilungsfristen (beim Normaltarif) verlängerten sich innerhalb Jahresfrist um einen Monat auf 52 Monate (bei 40prozentiger Sofort-einzahlung) bzw. 42 Monate (bei 50 Prozent). Durch Umschichtung von eigenen Mitteln hin zu Vor- und Zwischenfinanzierungen verbesserte sich der Zinsüberschuß auf 153 (146) Mill. DM. Ausgeschüttet wird eine von 8 auf 9 Prozent erhöhte Dividende auf 43,75 Mill. DM alte Aktien und zeitanteilig auf 14,58 Mill. DM junge Aktien aus der Kapitalerhöhung von Mitte vergangenen Jahres.

SCHUNK-GRUPPE

Spezialisten in einem Verein

JOACHIM WEBER, Gießen

Mit einem Investitionsprogramm von 38 Mill. DM (1984: 24 nach 18 Mill. DM) demonstriert die mittelständische Unternehmensgruppe Schunk, Heuchelheim bei Gießen, gesunden Wachstumsoptimismus. Tatsächlich ist ein wesentlicher Teil des Gesamtvolumens für Erweiterungsvorhaben bestimmt.

Nachdem der Nischenkonzern, dessen Spezialitätenpalette so unterschiedliche Produkte wie Kohlenstoff- und Sintermetallteile, Klimakammern, Geräte zum berührungsfreien Messen oder Ultraschallschweißanlagen umfaßt, seinen Umsatz 1984 um 28 (ohne Zukäufe: 12) Prozent auf 536 (420) Mill. DM ausgeweitet hat, ist für 1985 eine Steigerung um ein Sechstel auf „deutlich mehr als 600 Mill. DM" geplant.

Größter Bereich blieb im vergangenen Jahr das Stammgebiet der Kohlenstoff- und Sintermetalltechnik mit einem Umsatzanteil von 65 Prozent, gefolgt von der Meß-, Regel- und Klimatechnik mit 22 Prozent. Kleinster Bereich war der Maschinen- und Werkzeugbau, der aus dem Maschinenbau für den Eigenbedarf hervorgegangen ist, mit 13 Prozent.

Der Gleichordnungskonzern mit seinen 3950 Mitarbeitern in 17 in- und 20 ausländischen Firmen weist diese Umsätze als addierte Größen aus. Die konsolidierten Außenumsätze der Gruppe beliefen sich 1984 auf etwa 400 (320) Mill. DM. Wie im vergangenen Jahr soll auch 1985 das Wachstum durch Akquisition weiterer Töchter verstärkt werden.

Die Finanzkraft der Gruppe, deren „Eigentümer" der noch vom Gründer als „Gefolgschaftsunterstützung e. V." ins Leben gerufene Ludwig Schunk-Gedächtnisverein ist, scheint für das geplante Wachstum auszureichen. Bei einer Eigenkapitalquote „um die 50 Prozent" komme die Gruppe auf „überdurchschnittliche Renditen", so Konzernchef Helmut Ritter, Geschäftsführer in allen drei Bereichsholdings. Der Cash-flow liege bei 16 Prozent der Gesamtleistung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erste Dividende seit 1978

Hamburg (dpa/VWD) – Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 erstmals seit 1978 ein Dividende auf den Anteil der Kleinaktionäre von drei DM je 50-DM-Aktie vor. Wie das Unternehmen mitteilte, hat Hapag 1984 mit einem Jahresüberschuß von 60,8 Mill. DM abgeschlossen. Davon sind den freien Rücklagen 40 Mill. DM zugeführt worden. Die Hauptversammlung findet am 4. Juli in Hamburg statt. Die Deutsche Bank AG, die Dresdner Bank AG (beide Frankfurt) und die Veritas Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (München) sind mit je über 25 Prozent am Aktienkapital beteiligt. Kleinaktionäre haben daran einen Anteil von neun Prozent.

Gestra erhöht auf 7 DM

Bremen (ww.) – Vorstand und Aufsichtsrat der Gestra Aktiengesellschaft Bremen schlagen der Hauptversammlung am 10. Juli die Ausschüttung einer Dividende von 14 Prozent, das sind 7 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM, vor. Für 1983 waren 12 Prozent (6 DM) verteilt worden, wobei die Jungaktien mit einem Viertel gewinnberechtigt waren.

Kempinski stockt auf

Berlin (dpa/VWD) – Eine von 3,50 DM auf 5 DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende wird die Berliner Hotelgesellschaft Kempinski AG für das Geschäftsjahr 1984 ausschütten, teilte die Gesellschaft mit.

Expansion bei Softal

Hamburg (JB.) – Die Softal electronic Erik Blumenfeld KG, Hamburg, die in diesen Tagen 25 Jahre besteht, erwartet für 1985 einen Umsatz von 12 (10) Mill. DM. Das Unternehmen, das Ende April neue Fabrikations- und Verwaltungsgebäude bezogen hat, ist auf die Herstellung und den Vertrieb von Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Kunststoffen, Papier und Metall spezialisiert. Wachsende Bedeutung haben nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Erik Blumenfeld vor allem die von Softal entwickelten Perforationsanlagen, die bei der Behandlung von Zigarettenpapieren eingesetzt werden. Softal electronic, zu der 5 Tochtergesellschaften unter anderem in USA und Japan gehören, verfügt über einen Exportanteil von 60 Prozent.

BHW-Überschuß

Hameln (dos) – Für die Überschußbeteiligung ihrer Bausparer hat die BHW-Bausparkasse, Hameln, 1984 Rückstellungen in Höhe von 121 (1983: 120) Mill. DM gebildet. Diese Mittel werden nicht, wie in der Ausgabe vom 4. Mai berichtet, aus dem Bilanzgewinn finanziert, sondern sind vorab zurückgestellt worden.

DEUTSCHE SPAR / Die Stärkung der Einzelhändler soll im Vordergrund stehen

„Verbindlich" zusammengerückt

JAN BRECH, Hamburg

Mit der Gründung der Spar AG, Hamburg, ist nach Angaben des Spar-Präsidenten Bernhard A. Schmidt ein Zentralisierungspunkt geschaffen worden, der das notwendige „verbindliche Zusammenrücken" der Gruppe auf der Großhandelsstufe ermöglicht. Ab Juli dieses Jahres, so Schmidt, werden damit zwei Drittel des Umsatzes in einer einheitlichen Gesellschaft zusammengefaßt. Von den elf noch außenstehenden Gesellschaftern lägen Zusagen vor, nach Prüfung aller rechtlichen Voraussetzungen ihre Betriebe ebenfalls gegen Hergabe von Aktien in die AG einzubringen. Das gegenwärtige Kapital der AG beträgt nach Angaben von Schmidt rund 100 Mill. DM. Schmidt schloß nicht aus, daß die Spar AG in wenigen Jahren an die Börse gehen könnte.

Die Spar AG soll nach den Worten des Präsidenten kein „Staat im Staat" sein, sondern mehr den „großen Bruder" darstellen, der dafür sorgt, daß „in der Familie alles stimmt". Bei dem neuen Kernverbund handele es sich um eine „stubenreine Spar", nachdem der Einfluß von Wettbewerbern infolge früher eingegangener Kooperationen einzelner Großhandlungen zurückgedrängt worden sei. In den Bereinigungsfällen seien die Umsätze lückenlos auf bestehende Spar-Großhandlungen übertragen worden. Auf der Großhandelsstufe setzte die Spar mit noch 18 Gesellschaftern im vergangenen Jahr 5,8 Mrd. DM (plus sechs Prozent) um.

Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 1984 seien unverändert die Stärkung der Spar-Einzelhändler und der systematische Ausbau des Namens Spar zu Lasten von Anonymkennzeichnungen gewesen, betont Schmidt. Der addierte Einzelhandelsumsatz der Kette stieg um zwei Prozent auf 9,5 Mrd. DM, wobei die unter dem Namen Spar am Markt vertretenen Geschäfte nicht zuletzt durch neu umgewandelte Läden ein Plus von 8,1 Prozent auf 8,45 Mrd. DM erreichten. Demgegenüber gingen die Umsätze der Betriebe unter anderer Kennzeichnung um 30,3 Prozent auf 1 Mrd. DM zurück. Bis Ende dieses Jahres soll die Quote „Alles unter Spar" bis auf 95 Prozent steigen.

Zum stärkeren Erscheinungsbild der Kette hätten entscheidend die neue Generation von Sparmarken und das Discountsortiment „die sparsamen" beigetragen, betont Schmidt. Das rund 90 Artikel umfassende Sortiment der „sparsamen" ist mit etwa vier Prozent am Gesamtumsatz beteiligt, das der Sparmarken mit acht Prozent. Die größere Attraktion des unter dem Spar-Zeichen arbeitenden Einzelhandels habe dazu geführt, daß zum ersten Mal seit 20 Jahren die Zahl der Geschäfte saldiert wieder um 29 auf 5438 zugenommen habe.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alzey: Hans Heinrich Steffen, Weinhändler und Weinkommissionär, Saulheim; Braunschweig: Karl-Heinz Fischer, Betriebsleiter, Inh. d. Löwen-Druckerei; Bremen: A. Th. Paulsen KG; Gütersloh: Manfred Decker, Harsewinkel; Hagen: Nachl. d. Manfred Johannes Schaub; Hamburg: Nachl. d. Tasso Demel; Hamm: Fleischwaren Kestel GmbH & Co.; Heidelberg: Rentaplan Ges. f. Wohnungsanmietung u. Verwaltung mbH; Helmstedt: Gustav Mölle KG, Schöningen; Kassel: Manfred Becker, Buchhändler, Vellmar; Krefeld: Voß GmbH; Lüneburg: Gerd Buchmeier, Garten- u. Landschaftsbau, Bleckede-Barskamp; Neuss: ESPO Stahlhandelsges. mbH, Kaarst; Regensburg: Nachl. d. Robert Kiener, Ing., Inh. d. Kasper Stocker, Säge-Hobelwerk-Zimmerei, Wiesent; Stuttgart: Nachl. d. Amalie Wilhelmine Alexander, Möhringen; Villingen-Schwenningen: Werner Rasmus, Donaueschingen; Waldbröl: K. u. W. Schössler KG, Reichshof-Eckenhagen.

Konkurs beantragt: Albstadt 1: Friedrich GmbH + Co. Textil KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gummersbach: Staubex Engineering GmbH, Wiehl 2; Krefeld: Overhoff + Altmayer.

Vergleich eröffnet: Oldenburg: Manfred Schallenberg, Bauunternehmen GmbH, Sandkrug.

Vergleich beantragt: Schwäbisch Hall: Schöntaler Massivhaus Bau-GmbH; Hubert Dengel GmbH & Co., Schöntal-Berlichingen; Springe: Schaper & Humke GmbH & Co. KG; Schaper Verwaltungsges. mbH; Stuttgart: Wirth Elektrotechnik GmbH, Nürtingen.



RÜTGERSWERKE / Ertragssprung fiel weit stärker als das Umsatzplus aus

Die Aktionäre noch einmal gepflegt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Heinz Gerhard Franck, Vorstandschef der Rütgerswerke AG, Frankfurt, kann sich in seiner Einschätzung des Jahres 1984 – vor Jahresfrist im aktionärspflegenden Dividendenvorgriff mit 7,50 (7) DM je Aktie zum Ausdruck gebracht – bestätigt sehen. Das Jahr hat tatsächlich einen überaus kräftigen Ertragssprung gebracht, der im nachhinein noch eine weitere Anhebung auf 8,50 DM Dividende je *50-DM-Aktie zuläßt.*

Der um fast zwei Drittel auf knapp 37 (22) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß gestattet es sogar noch, einiges für die innere Stärkung zu tun. Nach Ausschüttung von gut 17 (15) Mill. DM an Aktionäre und gewinnberechtigte Dritte wird das Unternehmen fast 20 (7) Mill. DM vom Gewinn einbehalten können. Großaktionäre des Kohlechemiekonzerns sind die Ruhrkohle AG mit Mehrheit und der Freistaat Bayern mit mehr als 25 Prozent.

Der ansehnliche Ertragssprung, der weitaus stärker ausfiel als die Umsatzsteigerung um 22 (Ausland: plus 38) Prozent auf 3,3 (2,7) Mrd. DM, hatte im wesentlichen die 1984 „chemieüblichen" Ursachen: die kräftige reale Ausweitung um 16 Prozent (teils *mengen-, teils sortimentsbedingt)* und die damit verbundene Verbesserung der Auslastung (im Schnitt des Konzerns von 80 auf 85 Prozent).

Hinzu kamen noch die Einflüsse neu aufgenommener Aktivitäten und die Erfolge von *Modernisierungsmaßnahmen,* die der Verbesserung der Verfahrenstechnik (höhere Rohstoffausbeute) *und der Kosteneinsparung* dienten. Ihnen dienten schwerpunktmäßig auch die auf 141 (107) Mill. DM aufgestockte Sachinvestitionen, denen Abschreibungen von 129 (107) Mill. DM gegenüberstanden. In diesem Jahr sollen 147 Mill. DM in Sachanlagen investiert werden.

Im ausgewiesenen Jahresüberschuß wird die Ertragsentwicklung zwar leicht überzeichnet. Aber auch der realistischere Ansatz des DVFA-Ergebnisses je Aktie, von 28,05 (22,30) DM bringt noch ein beachtliches Plus von 26 Prozent. Über die Fortsetzung der Gewinnkurve 1985 mag Franck noch keine Voraussagen machen.

Im ersten Quartal haben sich die Geschäfte des Chemiekonzerns noch verhalten entwickelt, vor allem durch die Beeinträchtigung des „dritten Beins" (Straßenbau, Bautenabdichtung mit 16 Prozent vom Konzernumsatz) durch die lange Frostperiode.

Den nur 5 Prozent Umsatzwachstum im ersten Quartal folgte im April dann auch schon eine Beschleunigung auf 10 Prozent, die den Schnitt der ersten vier Monate auf 6 Prozent anhob. In der Grundstoffchemie (48 Prozent vom Umsatz) erwartet Franck eine weiterhin stabile, im Kunststoffbereich (16 Prozent) eine zufriedenstellende Entwicklung.

Rütgerswerke	1984	±%
Gruppenumsatz [1] (Mill. DM)	4 006	+ 19,7
Konzernumsatz	3 255	+ 21,8
dav. Ausland (%)	35	(31)
Mitarbeiter	11 435	+ 1,8
Netto-Ergebnis [2]	36,1	+ 25,8
Brutto-Cash-flow [3]	205,9	+ 35,3
Netto-Cash-flow [4]	132,2	+ 17,6
in % d. Ges. Inv.	86,6	(96)

[1])Konzern und wichtigste Beteiligg. anteilig; [2]) Ergebnis/Aktie nach Ang. d. Untern. 28,05 (22,30) DM; [3]) Jahresübersch. + Zuf. zu lfr. Rückst. und Sonderposten + Abschr. ± so. Posten + EEV-Steuern; [4]) Brutto minus Steuern u. Div.

HENGSTLER / „Warmer Regen" durch Flexibilisierung

Zähler weiter Umsatzträger

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Einführung der 38,5-Stunden-Woche in der Metallindustrie, die sich in anderen Branchen fortsetzen wird und zu stärkerer Flexibilisierung der Arbeitszeiten führt, hat der Hengstler-Firmengruppe, Aldingen, im Hinblick auf den Auftragseingang bei Produkten der Zeiterfassung einen „warmen Regen" beschert. Das in dieser Erzeugnissparte zu den führenden Anbietern zählende Unternehmen verbuchte in den ersten vier Monaten des *laufenden Jahres* in der Sparte Zeiterfassung einen Zuwachs beim Auftragseingang von fast 68 Prozent.

Für das ganze Jahr geht man von einem Umsatzplus in diesem Sektor von rund 20 Prozent aus. In 1984 war der Umsatz in der Sparte Zeiterfassung um 12 Prozent auf 42,2 Mill. DM angewachsen. Bei Hengstler ist man davon überzeugt, daß die Flexibilisierung der Arbeitszeiten auch mittel- und längerfristig Geschäftsimpulse bringen werde.

Das Geschäftsjahr 1984 war für Hengstler insgesamt sehr erfolgreich. Der konsolidierte Gruppenumsatz kletterte um 30 Prozent auf 181 Mill. DM, wovon 63 Prozent auf das Auslandsgeschäft entfielen. Für das laufende Jahr prognostiziert die Geschäftsführung in gewohntem Understatement einen Gruppenumsatz von 200 Mill. DM. Größter Umsatzträger ist nach wie vor die Sparte der Zähler und Printer, deren Umsatz im Berichtsjahr um 25,2 Prozent auf 116 Mill. DM anstieg (bei 73 Prozent Auslandsanteil). Große Dynamik entfaltet Hengstler auch in der Sparte Relais. Hier wurde im ersten vollen Geschäftsjahr ein Umsatz von knapp 17 Mill. DM erzielt. Für das laufende Jahr ist ein Wachstum von 28 Prozent eingeplant.

In der Feinwerktechnik, dem vierten Bein, wurden 5,5 Mill. DM (plus 4 Prozent) umgesetzt. Deutlich verbessert hat sich das Ergebnis der Gruppe. Die Umsatzrendite (nach Steuern) wird mit etwa 2,5 (Vorjahr: 0,8) Prozent angegeben. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf über 39 (36,5) Prozent. Noch in diesem Jahr wollen die Gesellschafter das Gesellschaftskapital der Mutter, der J. Hengstler KG, von 18 auf 24 Mill. DM aufstocken. Die Gruppe zählt fast 1700 Beschäftigte.

Küppersbusch erfolgreich

dpa/VWD, Gelsenkirchen

Die Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, die vor Jahren durch die Schwierigkeiten bei AEG-Telefunken ebenfalls bedroht war, hat 1984 zielstrebig den Weg in eine sichere Selbständigkeit verfolgt. Nach dem Jahresbericht ging der Netto-Umsatz bei dem vor allem in der Großküchentechnik sowie in der Hausgeräte- und Industriewärmetechnik tätigen Unternehmen noch einmal um 6,6 Prozent auf 212,4 Mill. DM zurück.

Während beim Vertrieb eigener Produkte ein Umsatzzuwachs um 3,8 Prozent erzielt werden konnte, nahm der Umsatz im Drittmarkengeschäft um knapp 40 Prozent auf 35,9 Mill. DM ab. Dieser Rückgang sei erwartungsgemäß, hieß es dazu. Im Bereich der Haustechnik und der Großküchentechnik konnten mit eigenen Entwicklungen besondere Erfolge im *Export erzielt* werden, *zumal der Aufwärtstrend* im Inlandsgeschäft infolge der schlechten Baukonjunktur nur von sehr kurzer Dauer in 1984 war.

Die Küppersbusch AG, die noch 1300 Beschäftigte zählt, hält weitere strukturelle Maßnahmen für erforderlich, um die Gewinnschwelle überschreiten zu können. Das Unternehmen *legte eine ausgeglichene Bilanz* vor, nachdem der in 1984 zu verzeichnende Verlust aus dem laufenden Geschäft durch die Auflösung von 6b-Rücklagen kompensiert worden ist.

SCHLAFHORST / Aufschwung im Textilmaschinenbau

Prächtiges Jubiläumsjahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Umsatz erhöhte sich 1984 um 22,5 Prozent auf 637 Mill. DM, der Auftragseingang wuchs um 24 Prozent auf 712 Mill. DM („höher denn je") und reicherte den Auftragsbestand um 18 Prozent auf 372 Mill. DM an, bei dem schon um ein Viertel auf 30 Mill. DM gesteigerten Investitionen sollen 1985 sogar weitere 50 Prozent zugelegt werden. Mit solchen nun präsentierten Erfolgszahlen hat der größte deutsche Textilmaschinenproduzent, die W. Schlafhorst & Co. KG, Mönchengladbach, 1984 das 100. Jahr der Firmengeschichte gekrönt.

Das Familienunternehmen (135 Mill. DM Eigenkapital mit 38 Prozent Bilanzanteil) verweist zwar korrekt auch darauf, daß die gesamte Branche in der Bundesrepublik 1984 voll in den Aufschwung kam und daß man *sich* mit dem eigenen Umsatzplus „in der Bandbreite" der auch für die Konkurrenten so schön gewordenen Umsatzsteigerung befinde. Im gleichen Atemzug aber heißt es stolzgeschwellt, daß man das Plus aus dem Jubiläumsjahr (anders als der Branchendurchschnitt) *auf* der Basis eines seit 1980 (mit damals 354 Mill. DM) stetig gewachsenen Umsatzes erzielt habe.

Ergo hat das 1984er Umsatzplus bei Schlafhorst denn wohl auch besondere Qualität. Das zeigt sich auch darin, daß zwecks Vermeidung zu langer Lieferfristen die Mitarbeiterzahl nun um 6 Prozent auf 127 Personen aufgestockt wurde. Reichlich vier Fünftel des Umsatzes werden auf Auslandsmärkten erzielt. Beträchtlich beteiligt daran ist das US-Geschäft, wo der hohe Dollarkurs „unsere Erträge über Erwarten verschönte".

Was das für Schlafhorsts verschwiegenen Gewinn konkret heißt, wird nur mit dem Hinweis angedeutet, daß der schon 1983 verbesserte Ertrag 1984 „überdurchschnittlich" ausgefallen sei. Ein Indiz bietet nur die veröffentlichte Bilanz, in der sich das gesamte Eigenkapital nun um 15 (3) Mill. auf 135 Mill. DM erhöht hat. Das bleibe wohl, zumal bei nun „deutlich abgeschwächtem" US-Geschäft, unwiederholbar, meint der Vorstand. Immerhin aber rechnet er für 1985 mit einer weiteren Umsatzsteigerung *auf* 685 Mill. DM.

NAMEN

Thomas Herwig und **Karl-Heinz Sager**, Geschäftsführer der Röhlig & Co (GmbH & Co), Hamburg/Bremen, sind zum 1. Mai 1985 auch Teilhaber der Firma geworden. Die geschäftsführenden Gesellschafter **Oscar Herwig** und **Julius Winkler** werden sich in den nächsten zwei Jahren aus der aktiven Tätigkeit zurückziehen.

Wolfgang Fertsch-Röver, Geschäftsführer und Teilhaber der Röver Industriedienste GmbH, Frankfurt, und Vizepräsident des Deutschen Textilreinigungsverbandes (DTV), Bonn, wird heute 60 Jahre.

Dr. **Jürgen Richter** (43) wird mit Wirkung vom 2. Mai 1985 als Berater und in Generalvollmacht in der Firmenleitung der Georg Westermann-*Gruppe tätig* werden. Er wird der Geschäftsführung maßgeblich konzeptionell sowie unterstützend bei der Lösung der zu bewältigenden Struktur- und Reorganisationsprobleme zur Verfügung stehen. Die Tätigkeit von Dr. Richter ist befristet bis zum Ende des Jahres 1985 geplant.

CONTIGAS / Kapitalerhöhung für den Ausbau von Eigengeschäft und Beteiligungskonto

Energiesektor kräftig gewachsen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mindestens die „Traditionsdividende" von 7,50 DM, die von der Düsseldorfer Contigas Deutsche Energie-AG für 1983/84 (30. 9.) zur Hauptversammlung am 15. Mai vorgeschlagen wird (nach 6 DM für das neunmonatige Rumpfjahr 1983), ist auch für die Zukunft sicher. Den Eigentümern von 140 Mill. DM Aktienkapital (knappe Mehrheit Bayernwerk AG, 25 Prozent Ruhrkohle AG, 9000 Streubesitzer) kann Vorstandsvorsitzender Helmut Wolf für 1984/85 bereits einen weiteren Beteiligungsertrags-Anstieg dieser vornehmlich in der Energiewirtschaft engagierten Holding von 41,6 auf 47,2 Mill. DM ankündigen.

Zusammen mit den Erträgen aus dem auf 262 Mill. DM Umsatz aufgeblühten Eigengeschäft (vornehmlich kommunale Gasversorgungsbetriebe) war der Ertragssegen bei Contigas auch 1983/84 wiederum mehr als ausreichend für 26 Mill. DM Jahresüberschuß und daraus Rücklagenstärkung auf 156 (151) Mill. DM. Der Cash-flow lag bei 46,8 Mill. DM, das DVFA-Nettoergebnis (ohne thesaurierte Töchter-Gewinne) bei 13,70 DM je Aktie.

Flotten Vormarsch signalisiert Contigas für die 11 Eigenbetriebe und 27 *Beteiligungen* auch aus der ersten Hälfte von 1984/85: Die Gruppe (mit jeweils „beteiligungsanteiliger" Einrechnung der Beteiligungen) brachte ihren Gasabsatz mit 25,2 Prozent Plusrate auf 4,2 Mrd. kWh und damit erstmals auf die Höhe des noch um 2,6 Prozent gewachsenen Stromabsatzes. Ihr 1983/84 um 13,3 Prozent auf 2,6 Mrd. DM gestiegener Umsatz legte weitere 8,1 Prozent zu.

Kräftig zulegen will Contigas nun auch beim Eigenkapital. Die vorgeschlagene Emission von 20 Mill. DM jungen Aktien (mit 100 Prozent Agio und Gewinnberechtigung ab 1985/86) begründet Wolf zwar vordringlich mit dem Ziel, die jetzt bei 46,1 Mill. DM Investitionen und 18,2 Mill. DM Abschreibungen auf 56 (60) Prozent gesunkene Eigenkapitalquote der Holding aufzubessern. Aber das Gros dieser Eigenmittelzufuhr von brutto 40 Mill. DM ist bereits mit neuen Investitionsplänen belegt:

Rund 24 Mill. DM erfordern die Contigas-Anteile an den ab Oktober fälligen Kapitalerhöhungen bei den Stromunternehmen VEW auf eine (0,8) Mrd. DM (mit 50 Prozent *Agio*) und Elektromark (Ausmaß noch nicht endgültig festgelegt). Etliche Millionen kommen hinzu für den weiteren Ausbau der Engagements in der Gasversorgung, wo man zumal in Baden-Württemberg „aussichtsreich" verhandle.

Auch sonst gibt es Bewegung im Contigas-Beteiligungskonto von 361 (349) Mill. DM und 148 (149) Prozent „Buchkurs", bei dem allein schon die börsennotierten Werte derzeit eine „Kursreserve" von mehr als 700 Mill. DM ergeben: Weil sich die 5prozentige Beteiligung an der Lech-Elektrizitätswerke AG nicht auf die steuerlich interessanten 10 Prozent aufstocken ließ, wird sie nun unter Mithilfe der Bayernwerk-Tochter Großkraftwerk Franken AG in eine Aufstockung der Contigas-Beteiligung am Chemieunternehmen Rütgerswerke AG auf 38 (31) Prozent von 99,6 Mill. DM Aktienkapital umgetauscht.

Rentenkurse leicht angehoben

Obwohl von der aktuellen Zinsentwicklung in den USA im Augenblick keine Impulse ausgehen, zogen die Kurse auf dem deutschen Rentenmarkt leicht an. Die Nachfrage, die bei einigen öffentlichen Emissionen Tagesgewinne bis zu 0,30 Prozentpunkte brachte, ist keineswegs stürmisch, gründet sich aber auf Prognosen, in denen von weiter sinkenden Renditen auf dem deutschen Kapitalmarkt ausgegangen wird. Auf dem Markt der DM-Auslandsanleihen überwiegend stabile Notierungen; die heute siebenfünfachtelprozentige Spanien-Anleihe verursacht kaum Plazierungsprobleme.

M	7 dgl. Pf 28	99,75G	99,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,25G	100,25G
B	6 dgl. Pf 34	98,25	98,25
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	100G	100G
Hn	6 dgl. KS 29	86G	86G
Hn	7 dgl. KS 30	100,5G	100,5G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	114G	116G
D	6 dgl. Pf 109	84G	84G

D	6 dgl. Pf 28	97G	97G
D	6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 34E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	75,25G	75,25G
S	7 dgl. Pf 125	100,25G	100,25G
S	7 dgl. Pf 128	96G	96G
S	8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S	6 dgl. KS 77	84,5G	84,5G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 56	82,9G	82,9G
Br	5½ dgl. Pf 43	90,4G	90,4G
Br	6 dgl. Pf 56	84,95G	84,95G

F	7½ Karstadt 71	100,4G	100,4G
F	7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G
F	7½ dgl. 71	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 76	100,25	100,25G
F	7½ Klöckner W. 71	100,25G	100,25G
F	8 dgl. 72	100,5G	100,6
F	6 NWK 61	99,4	99,4G
F	6 dgl. 62	98,6T	98,6T
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	97,25T	97T
F	6 Rh.Braw. 63	97,5T	97,5T
F	6 dgl. 65	97G	97G
F	6 RWE 63	99T	99T
F	6 dgl. 65	97,75T	97,5G
F	7½ dgl. 71	100,5	100,75G
F	7 dgl. 72	100G	100

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,8	100,85bG
F	6 dgl. 77	9/87	98,9bG	98,7
F	6 dgl. 78 II	7/88	98,4	98,35

Warenpreise – Termine

Deutlich schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zumeist kräftige Abschläge mußte Kaffee hinnehmen. Knapp behauptet im Kassa-Monat und etwas fester in den darauffolgenden Sichten ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	7. 5.	6. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	338,25	337,75
Juli	324,75	323,75
Sept.	325,25	324,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)	7. 5.	6. 5.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	250,64	249,44
Amber Durum	241,59	241,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	128,00	127,80
Juli	131,70	131,20
Okt.	137,70	137,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	126,50	125,70
Juli	125,80	125,30
Okt.	119,30	119,30

Kakao New York ($/t)	7. 5.	6. 5.
Terminkontr. Mai	2316	2320
Juli	2094	2072
Sept.	2050	2024
Umsatz	–	2479

Zucker New York (c/lb)	7. 5.	6. 5.
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,14	3,25
Sept.	2,93	3,28
Okt.	3,08	3,40
Jan.	3,21	3,70
März	4,03	4,19
Umsatz	13 650	9 575
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2,93	3,15

Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 5.	6. 5.
Kontrakt Mai	2147	geschl.
Juli	2197	geschl.
Sept.	2230–2235	geschl.
Umsatz	2465	–

Orangensaft New York (c/lb)	7. 5.	6. 5.
Mai	157,10	158,25
Juli	153,50	154,10
Sept.	151,05	151,80
Nov.	149,50	150,00
Jan.	149,20	149,70
Umsatz	350	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	7. 5.	6. 5.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	48,00	48,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,50	34,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	31,40	32,80
Juli	30,08	31,08
Aug.	29,50	30,50
Sept.	28,75	29,75
Okt.	28,00	28,95
Dez.	27,25	28,25
Jan.	27,00	27,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	32,50	33,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	21,50	21,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 5.	6. 5.
Terminkontr. Mai	144,25	148,50
Juli	144,10	146,15
Sept.	144,30	146,25

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 5.	6. 5.
schw. Sarawak spez.	690,00	690,00
weißer Sarawak	865,00	865,00
weißer Muntok	875,00	875,00

Kautschuk London (p/kg)	7. 5.	6. 5.
Nr. 1 RSS loco	66,25–69,25	geschl.
Juni	69,00–71,50	geschl.
Juli	70,00–72,50	geschl.
Aug.	71,10–73,50	geschl.
Tendenz: ruhig		

Messingnotierungen

	8. 5.	7. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	450–479	450–479
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	500–501	497–500
MS 63	516–523	514–521

	7. 5.	6. 5.
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	220,60	geschl.
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	92,15	geschl.
Zink (£/t) Kasse	712,00–714,00	717,00–719,00
3 Monate	712,00–713,00	714,00–717,00
Zinn (£/t) Kasse	9560–9570	9520–9830
3 Monate	9567–9570	9545–9550
Quecksilber $/Fl.)	–	280–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	69–71

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von unserem Bereichsleiter Investitionsgütermarketing

Jens C. Paul

Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtschaftsingenieur

* 2. 1. 1942 † 5. 5. 1985

der nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Herr Paul trat am 1. 1. 1984 in unsere Unternehmensberatung ein und hat sich aufgrund seiner fachlichen Kompetenz, seiner großen Berufserfahrung und seiner überzeugenden Persönlichkeit schnell die Anerkennung unserer Klienten erworben. Er war ein geschätzter Mitarbeiter und Kollege, nicht zuletzt auch durch seine freundliche Art.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gerhard und Jochen Kienbaum
und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Kienbaum Unternehmensgruppe

Dr. med. Ernst A. J. Keck

* 10. 3. 1900 † 5. 5. 1985

In tiefer Trauer:
Brunhild Keck geb. Golditz
Dr. med. Rudolf Reichert
und Frau Renate geb. Keck
Katharina, Franziska, Nikolas
Dr. med. Uwe E. Keck
und Frau Heidtraut geb. Jahndel
Cornelius, Justus, Friederike,
Fabian, Constanze
Bo Hartvig Keck
und Frau Ute geb. Keck
Pascal
Prof. Dr. med. Hans Walter Staudte
und Frau Dr. med. Christiane geb. Keck
Julia, Jonas, Claudius
Richard Golditz
Fam. Heinz Behm
Fam. Armin Golditz

Trauerfeier Freitag, 10. 5. 1985, 13.30 Uhr, Nicolaikirche in Grömitz.

Grömitz, Oldenburger Str. 36

Mit diesen Zeilen nehme ich von meinen Freunden, Verwandten und Lesern Abschied. Wenn Ihr sie lest, bin ich nicht mehr da. Mein Leben selber zu löschen, liegt mir völlig fern, aber mehrfache Beschwerden machen mir den Weggang leichter. Und es verknüpft sich mit ihm die sehnliche Hoffnung, Hete, meiner geliebten Frau, die vor mir starb, drüben wieder zu begegnen.

Martin Beheim-Schwarzbach

London, 27. April 1900 – Hamburg, 7. Mai 1985

Aktien nur wenig verändert

Gewinnmitnahmen bremsten den Anstieg der Bankenkurse

DW. – Die enttäuschenden Zahlen über die Industrieproduktion im März wog bei der Tendenzbildung am Aktienmarkt schwerer als die Kommentare, mit denen die Vorstände ihre Abschlüsse für 1984 begleiteten. Jetzt wird deutlich, daß in den ersten Monaten dieses Jahres in den Aktienkursen viel vorweggenommen worden ist. Die Börsianer hoffen jedoch auf Kaufaufträge aus dem Ausland. Angeblich sollen internationale Anlegergruppen planen, ihren Anteil deutscher Aktien an den Portefeuilles weiter zu verstärken.

Wenn trotz lebhafter Umsätze die Bankaktien ihre Spitzennotierungen nicht ganz zu halten vermochten, liegt das an Gewinnmitnahmen. Bei den Großbanken stehen die Dividendenausschüttungen bevor, Grund für bestimmte Anlegergruppen, sich jetzt von diesen Papieren zu verabschieden. Der Bayer-Abschluß hinterließ auf den Bayer-Kurs keinen Eindruck. Die Titel der Großchemie werden zur Zeit insgesamt nur wenig beachtet. Positiv reagiert auf die Abschlußveröffentlichung hat die Börse dagegen bei Kali und Salz. Das Ausmaß der bei diesem Unternehmen eingetretenen Ergebnisverbesserung ist bislang offensichtlich unterschätzt worden. Von den Autoaktien wurden BMW zu steigenden Kursen bevorzugt, VW und Daimler konnten sich behaupten.

Frankfurt: Brauerei Schuck-Jaenisch Kaiserslautern und die *Blauen Quellen verloren je 10 DM.* Kali-Chemie verminderten um 7,50 DM. Magdeburger Feuer verloren 20 DM. Pfälzische Hypo stockten um 15 DM auf.

Düsseldorf: Concordia Chemie und Küppersbusch verloren je 5 DM, Kochs Adler und Schiess je 4 DM. Dahlbusch VA und Deutsche Atlanten stockten um 6 DM und VDN um 3 DM auf. Agrippina verloren 50 DM. Colonia verminderten um 13 DM.

Hamburg: Markt u. Kühlhallen gingen zu 214 DM um. HEW wurden mit 95 DM und NWK-Vz. mit 177 DM bezahlt. Hapag Lloyd erholten sich weiter um 1,90 DM auf 117 DM. Phoenix Gummi lagen unter Schwankungen bei 127,50 DM.

Berlin: DeTeWe wurden um 5 DM und Berliner Bank um 3 DM fester gehandelt. Engelhardt und Rheinmetall verbesserten sich um je 2 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM und Kempinski um 1,30 DM. Berliner Elektro ermäßigten sich um 3,50 DM, Herlitz St. und Vorzüge um je 2 DM.

München: Audi AG stockten um 30 DM und Bay. Lloyd um 17 DM auf. Deckel Ag verbesserten sich um 5 DM und Hutschenreuther um 1 DM. Nachgegeben haben Flachglas um 5 DM. Süd Chemie verminderten um 22 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt stiegen um 1,20 DM auf 157 DM. Allweiler St. stockten um 7 DM und die Vz. um 5 DM auf. IWKA zogen um 4,50 DM an. Audi machten 5 DM gut. Württembergische Cattun gaben um 11 DM nach.

Nachbörse: Umsatzberuhigung

WELT-Aktienindex: 179,9 (180,1)
WELT-Umsatzindex: 3750 (3930)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	8.5.	7.5.
AEG	110,5-08-07G	110,5G
BASF	202,5-3,5-3,8	203
Bayer	211,5-2-1,8-2,8	212,5
Bayer. Hypo	336-7-3G	337G
Bayer Vbk	342,5-6-3-6,5	345
BMW	370-3-1-2,5	367G
Commerzb.	178,9-9-8-8,5	177,3
Conti Gummi	137-8,5-8,9	135,5G
Daimler	682,8-3,5-3-3	682,8
Dt. Bank	474-4,5-4-5	473,5
Dresdner Bk.	223,5-4,9-3-4,4	213,9
DUB	219G-8,5G	219G
GHH	149-9,5G	151G
Harpener	321-2G	323G
Hoechst	211,5-1,7-1-2	211
Hoesch	107-7,5-7,2	108
Holzmann	432-30G	430G
Horten	168G	168G
Kali + Salz	156-64-59-65	257G
Karstadt	226,5-7,5-7-7G	227
Kaufhof	228G-7-7G	228G
KHD	252,5-1-50-49G	252G
Klöckner-W.	70,5-08-07	71G
Linde	428,5-8-7-4G	428G
Lufthansa St	190-89,5G	189G
Lufthansa VA	189G-90-9,5G	189
Mannesmann	162,8-2,5-1,5G	163
MAN	145-6-6G	145G
Mercedes-H.	599-8-7-7G	598
Metallges.	250,5-8,5G	253G
Nixdorf	582-1-2	582G
Porsche	*	*
Preussag*	274,5-4-3,5G	274G
RWE St.	186,5-7,5-7,5G	157G
RWE VA	156,5-6,1-6G	156,5G
Schering	440-1-1,5	441G
Siemens	538,5-41,5-41	538,5
Thyssen	98,6-8,7-8,5G	99,4
Veba	180-1-1G	180
VEW	128-7,9-7,3	127G
VW	210-13,2-13,5	209,5
Philips**	49,1-9-8,9G	50
Royal D.**	186,5G	185G
Unilever**	311-10G	310G

DM-Total: in 1000 DM

Inland

		8.5.	7.5.
H	Aach M Betl.9+2,50	1172	1160bB
H	Aach. M. Vers. 7	383G	380
D	Aach. Rück. 9	1250bG	1250
D	Aseag *4	465T	465B
M	Ack-Gögg. 4	115bG	112
H	Adca 0	135G	137,5
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	15,2	15,5bB
F	AEG-Telef. 0	110,4	111,5
D	AEG-Kabel 8	290B	290bG
S	Aesculap 8	410	420
F	AGAB 5	117,5	117

		8.5.	7.5.
H	Br.H.Hypo 10	325G	327G
Ha	Brsch.Jute *0	100	100
H	Braitenb.-C. *28	595G	595G
H	Br. Straßb. *0	460G	460G
H	Br. Vulkan 0	75,2	76
H	Br. Wollk. 6	165	165,1
F	BBC 6	212,8	211,5
S	BSU Textil % 20	1300G	1500G
D	Buckau-W. 4,1	138G	137G
D	Buderus *12	385G	385G
M	BglBr.Ing. *12+2	775G	775G
S	BglBrh.Rav. *0	370TB	375G
S	Calw D. **30+18	800B	800B
F	Casella *10	540	536

		8.5.	7.5.
M	En. Oberfr. 4,5	270G	270G
M	En. Ostb. 5+1	252	236,5G
H	Elbeschiffahrt 0	44	41,8
B	Engelhardt 7	207bG	205T
D	Erika 6,47	345	345,8
M	Erlus 12,5	325,5G	325,5bG
M	Erste Kulmb. 9	1500G	1300G
S	esbl *0	10,2G	10,2G
S	Essl. Masch. *6	285	280G
M	Esterer **16	550G	550G
D	Farb. Liqu. RM 0	6,8bG	7,05G
F	Flachglas 8	224	225
D	Ford *19,36	855T	855T
B	Forst. Ebn. *4 %	3000	3100
M	Fr. Oberl. Wk. 5	245B	245B

		8.5.	7.5.
S	Hohner *6	255	252
H	Holsten-Br. 6	242G	244
F	Holzmann 10+1	435	433
D	Horten 6	168	168
B	Hw. Kayser *12	255G	255G
D	Hussel 8	292	292,5
D	Huta Heg. 0	–	–
M	Hutschenr. 9	250	240
H	Hypo Hbg. 12,5	440	440G
D	IKB 7,5	205bG	202,5
S	IWKA 0	319	314,5
M	Isar-Amper 7,5	352	350bG
D	Isenbeck 4,75	157G	157G
H	Jacobsen *8	620G	620G

		8.5.	7.5.
D	Mannesmann 4	161,7	163
F	Mannh. Vers. 8	660T	635
H	Moritz & K. 5+1	214	212G
F	MAN St. 0	145,5	147,8
F	dgl. Vz. 0	146bG	150,5
F	MAN-Rol. 20,2	400G	405
S	M.Müll.Weing. *4	275	270
D	Mauser 0	93	95,5
F	Mercedes 10,5	598	598,5
F	Metallges. 0	250,1	255,9
S	Met. u. Lack 0	124,5G	124,5G
S	Mülag 6,5	385G	385G
F	Moenus 0	77	76
F	Monachia 5	2200T	2100G
Hn	Mühl. Rûn. 4	136B	137B

London

	8.5.	7.5.
Beecham	350	Börse geschlossen
Bowater	270	
B.A.T. Industries	316	
Br. Leyland	36	
British Petroleum	555	
Burmah Oil	239	
Cadbury Schweppes	163	
Charter Cons.	191	
Cons. Gold. Fields	537	
Cons. Murchison	450	
Courtaulds	135	
De Beers 3	5,2	
Distillers	289	
Driefontein 5	24,57	
Dunlop	48	

Mailand

	8.5.	7.5.
Italgas	1648	1650
La Rinascente	681	680,5
Magneti Marelli	1931	1922
Mediobanca	84500	84550
Mondadori A.	2098	2100
Montedison	1593	1601
Olivetti St.	6280	6260
dgl. Vz.	5625	5610
Pirelli SpA	2235	2250
RAS	61420	64400
SAI Risp.	13100	12900
SIP	1980	1980
Snia Viscosa	2772	2790
STET	2610	2615
Index	280,65	281,19

Wien

	8.5.	7.5.
Creditanst.-Bkv.Vz.	335	327
Gösser-Brauerei	540	530
Länderbank Vz.	295	314
Österr. Brau AG	580	570
Perlmooser	560	535
Reininghaus	853	824
Schwechater Br.	280	280
Semperit	159	159
Steyr-Daimler-P.	196	187
UniversaleHochTief	260	255
Veitscher Magnesit	520	540
Index	92,71	90,18

Tokio

	8.5.	7.5.
Tokyo El. Power	1760	1710
Toray	458	457
Toyota Motor	1280	1290
Index	983,57	979,99

Kopenhagen

	8.5.	7.5.
Den Danske Bank	297	295
Jyske Bank	610	595
Kopenh. Handelsbk.	263	259
Novo Industri	308	304
Privatbanken	257	255
Ostasiat. Komp.	208	206
Dan. Sukkerfabr.	535	535
For. Bryggerier St.	985	965
Kgl. Porc. Fabr.	230	230

Brüssel

	8.5.	7.5.
Arbed	1675	1705
Brux. Lambert	1915	1925
Cockerill Ougrée	222	225
Ebes	2780	2820
Gevaert	3630	3625
Kredietbank	8110	8110
Pétrofina	6810	6810
Soc. Gén. d. Belg.	1845	1845
Sofina	6770	6790
Solvay	4155	4135
UCB	4780	4750
Index	2196,17	2200,58

Singapur

	8.5.	7.5.
Cycle + Car.	3,84	3,82
Cold Storage	2,46	2,49
Dev. Bk. of Sing.	5,9	5,85
Fraser + Neave	4,94	4,94
Kl. Kepong	2,59	2,6
Mal. Banking	5,9	6
Nat. Iron	2,88	2,88
OCBC	8,85	8,85
Sime Darby	1,99	1,98
Singapur Land	2,67	2,66
Utd. Overs. Bank	4,3	4,3

Sydney

	8.5.	7.5.
CRA	4,56	6,44
CSR (Theiss)	2,95	2,93
Metals Expl.	0,65	0,63
MIM-Holdings	3,43	3,35
Myer Emporium	1,85	1,83
North Broken Hill	2,76	2,65
Oakbridge	0,96	0,96
Peko Wallsend	4,55	4,4
Poseidon	4,15	4,05
Thomas Nat. Tr.	1,92	1,9
Waltons Bond	0,38	0,37
Westpacific Banking	3,96	3,88
Western Mining	4,27	4,15
Woodside Petr.	1,58	1,58
Index	889,90	878,50

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1473,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1300,00	1567,55
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	229,75	284,72
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	178,25	231,71
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	225,25	278,45
Krüger Rand, neu	1017,00	1199,28
Maple Leaf	1018,00	1200,42
Platin Noble Man	877,00	1040,25

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	237,75	299,54
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	177,50	230,85
100 österr. Kronen (Neuprägung)	940,00	1135,44
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,50	128,25
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,50	532,95
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 5. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	3,1838	3,1918	3,1732	3,13	3,23
London[1])	3,852	3,866	3,794	3,79	3,94
Dublin[1])	3,130	3,144	3,085	3,05	3,20
Montreal[3])	2,3040	2,3120	2,2873	2,27	2,37
Amsterd.	88,450	88,670	88,265	87,75	89,50
Zürich	118,930	119,130	119,005	117,75	120,50
Brüssel	4,971	4,991	4,944	4,86	5,06
Paris	32,745	32,905	32,425	32,00	33,75
Kopenh.	27,770	27,890	27,56	27,00	28,75
Oslo	34,900	35,020	34,235	34,25	36,00
Stockh.**)	34,740	34,900	34,055	34,00	35,75
Mailand[2]) **)	1,5695	1,5795	1,5470	1,53	1,63
Wien	14,211	14,251	14,194	14,13	14,55
Madrid**)	1,776	1,796	1,745	1,72	1,84
Lissabon**)	1,755	1,775	1,681	1,43	2,25
Tokio	1,2585	1,2615	–	1,22	1,28
Helsinki	48,250	48,450	47,44	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,25	2,304	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,169	2,187	–	2,10	2,30
Johannesbg.*)	1,574	1,593	–	1,35	1,60

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar fiel in New York gestern bis 3,1600. Mit Aufmerksamkeit wurde registriert, daß die FED dem Markt erstmals Liquidität unter 8 Prozent zuführte. In Europa entwickelte sich am 8. 5. ein lebhafter Handel zwischen 3,17 und 3,2070. Die sehr schnelle Aufwärtsbewegung stieß am Morgen über 3,20 auf massives Angebot. Die Bundesbank wurde im Markt nicht aktiv. Die amtliche Notiz von 3,1878 wurde gegen Geschäftsschluß mit 3,18 deutlich unterschritten. Wenig Eigendynamik entwickelten die anderen amtlich notierten Währungen. Es überwogen kleine Kursgewinne. Die Belgische Notenbank nahm ihren Diskontsatz von 11 auf 9¾ Prozent zurück. Nennenswerte Auswirkungen auf den Kurs des Belgischen Franc hatte dies jedoch nicht. US-Dollar in: Amsterdam 3,6060; Brüssel 64,2200; Paris –; Mailand 2025,00; Wien 22,3910; Zürich 2,6781; Ir. Pfund/DM 3,137; Pfund/Dollar 1,2106; Pfund/DM 3,859.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7. Mai: In D-Mark 2,23960 (Parität 2,24184); in Dollar 0,702132 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 7. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,25; Verkauf 22,25 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht nachgebende Euro-Dollar-Sätze führten am 8. Mai zu einer Verringerung der Dollar-Deports, insbesondere im kurzfristigen Bereich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77/0,67	2,24/2,14	4,45/4,25
Pfund/Dollar	0,47/0,45	1,28/1,22	2,32/2,20
Pfund/DM	3,10/1,70	7,60/6,30	13,2/11,8
FF/DM	21/5	47/31	83/67

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 5.: Tagesgeld 5,60-5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75-5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80-5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,97) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,88, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.

Europa als Nagel gegen Sturz in die Dritte Welt

Von ROLF GÖRTZ

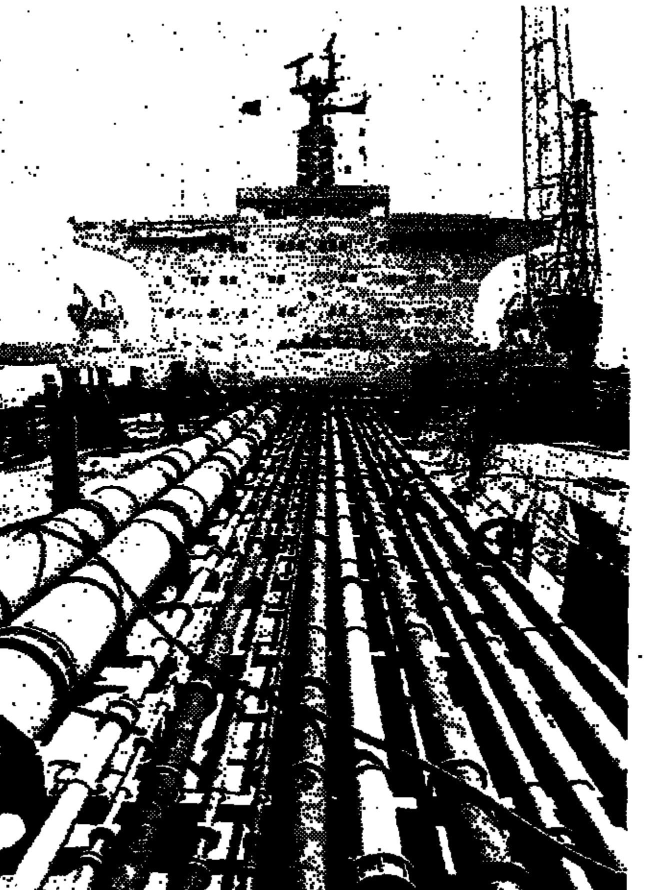
Am 11. Jahrestag der Revolution der Roten Nelken vom 25. April 1974 beschränkt sich die Begeisterung von damals auf einen kleinen Fackelzug vor dem Militärgefängnis von Lissabon. Die Anhänger Otelo Carvalhos, der damalige Major, der den Coup von 1974 plante und ausführte, sangen ihrem Idol Mut zu. Oberst Otelo Carvalhos, der in der Hoch-Zeit der Revolution verkündete, er werde aus Portugal das europäische Kuba machen, ist angeklagt, Chef der neuen Terror-Organisation „FP 25" zu sein. Jetzt wartet er auf seinen Prozeß.

Im Parlament warf Staatspräsident General Ramalho Eanes, der im November 1975 den Aufstand der letzten Roten Regimenter in Lissabon niederschlug, der Regierungskoalition aus Sozialisten und Sozialdemokraten vor, ihrer Aufgabe nicht voll nachzukommen. Tatsächlich scheint es, als ob die Koalition der beiden durchaus gemäßigten Parteien ihre Energie ausschließlich in ständigen Zerreißproben verbraucht. Bisher konnten sie sich immer wieder zusammenraufen, weil ihr Zerwürfnis unweigerlich ein politisches Chaos einleiten würde. Kommunisten, aber auch sozialistische Dissidenten, setzen dagegen auf die künftige Eanes-Partei, eine Volksbewegung, die all jene Unzufriedenen, sogar des konservativen Lagers aufsaugen wird, die in dem hochangesehenen Präsidenten die Rettung sehen.

Gemessen an rein wirtschaftlichen Maßstäben geht es den Portugiesen heute schlechter als vor elf Jahren. Sie haben eine Demokratie errungen und wollen an ihr festhalten. Der wirtschaftliche Abstieg aber, die ersten Anzeichen des Hungers, bergen die Gefahren von Unruhen und einer Flucht in jene Wirtschaftsstrukturen, wie sie in sozialistisch orientierten Ländern der Dritten Welt – auch nicht funktionieren.

Zwei Ereignisse – eines hängt mit dem anderen zusammen – beleben die Hoffnung auf einen Wandel: der gesicherte Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft und die im Hinblick darauf steigende Auslandsinvestition. Da Portugal dem Fremdkapital alle Entwicklungsmöglichkeiten bietet und es außerdem dem Investor überläßt, ob und wann er sein eingeführtes Kapital in seiner eigenen Währung wieder ausführt, nehmen auch große Weltunternehmen ihre Chance wahr, über Portugal weitere Nägel in den Markt der Europäischen Gemeinschaft einzuschlagen.

Von 1983 bis 1984 stieg die Auslandsinvestition um 73 Prozent. Den größten Anteil daran bestreiten die Vereinigten Staaten mit Unternehmen wie Ford, Hanover-Trust und Chase Manhattan. Das amerikanische Interesse weckte andere bisher noch zurückhaltende Firmen aus Frankreich (12 Prozent der Gesamtinvestitionen), der Schweiz (11 Prozent), Großbritannien (10 Prozent) und (je vier Prozent) Deutschland, den Niederlanden und Japan. 19 Prozent der Investitionen gehen in die Elektrotechnik, die übrigen Mittel sind vornehmlich in Maschinenbau, Hotelwesen und in der Bauwirtschaft angelegt.



Volle Kraft voraus in die EG, Portugal ist ab 1. Januar 1986 Mitglied. FOTO: GEORG FISCHER

Das amerikanische Interesse hat außer wirtschaftlichen auch politische Gründe, denn Portugal zählt zu den Gründern der NATO. Und jüngste Äußerungen des Verteidigungsministers und Vizeministerpräsidenten Rui Machete sowie des Generalstabschefs Lemos Ferreira lassen das volle Verständnis eines ohnehin atlantisch orientierten Volkes für die Flexibilität der westlichen Verteidigungsgemeinschaft erkennen. Beide begrüßen die strategische Verteidigungsinitiative SDI der USA und sehen darin, wie übrigens auch der Industrie- und Energieminister Veiga Simao, über die militärische Bedeutung hinaus die mögliche Beteiligung am technologischen Entwicklungsprozeß auch im zivilen Bereich. Ausgeruhte Intelligenzen und Arbeitskräfte sind genug da; es fehlt „nur" die Ausbildung.

Portugal begann erst Ende der 60er Jahre nach dem spanischen Beispiel seine Industrie zu beleben. Diktator Salazar hatte diesen Prozeß aus politischen Gründen stets zurückgehalten. Mit Anleihen aus dem Ausland, vor allem aus dem Dollar-Raum entstanden so in wenigen Jahren große Industrieprojekte, vor allem im Schiffbau, in der Stahlproduktion und im Motorenbau. Ihr Finanzbedarf mußte dann aber ausgerechnet in jenen Jahren gedeckt werden, in denen die Weltwirtschaftskrise ihrem Höhepunkt entgegentrieb. Ohne Reserven, vielmehr mit einem gewaltigen Schuldenberg mußte diese junge Industrie dann auch noch den Verstaatlichungsprozeß der von der Kommunistischen Partei dirigierten Militär-Junta der Jahre 1974/75 auf sich nehmen. Eine ideologisch diktierte Verfassung, die die Reprivatisierung praktisch ausschloß, verhinderte bis jetzt eine durchgreifende Regenerierung. Eine nach sowjetischem Vorbild 1975 eingeleitete Landreform warf auch die landwirtschaftliche Produktion um Jahrzehnte zurück.

Der sozialistische Ministerpräsident Mario Soares erkannte sofort die Gefahren einer Staatswirtschaft und setzte sich schon während seiner ersten Regierung für einen Regenerierungsprozeß, das heißt für die Stärkung der Privatwirtschaft ein. Natürlich versuchte er die Auflagen, die der Internationale Währungsfonds mit Initialkrediten verband, in ihren sozialen Auswirkungen abzumildern. Allein, die Austerity-Politik führte dazu, daß die Reallöhne von Jahr zu Jahr abnahmen. Die Dämpfung der Kaufkraft führte aber nicht eine Senkung der Inflation herbei, sie beträgt zur Zeit 30 Prozent. Dennoch gelang es in einigen Punkten die Bedingungen des IWF über die Erwartungen hinaus zu erfüllen. Das gilt für die Zahlungsbilanz als auch für eine positive Entwicklung der Leistungsbilanz. Das Defizit der Zahlungsbilanz sank im Jahre 1984 von 1,7 Milliarden Dollar auf 0,7 Milliarden Dollar. Einen wesentlichen Anteil daran muß man dem Export vor allem von Schuhen aller Art und von Textilien zuschreiben (der Maschinenexport zeigte eine erfreuliche Entwicklung).

Um auch die Auslandsinvestitionen zu beleben, setzte die Regierung es nach einer ersten Verfassungsreform durch, daß neben den verstaatlichten Banken die ersten privaten Geldinstitute zugelassen wurden. „Die Verstaatlichung des Finanzsystems und zahlreicher Unternehmen der Produktion bedeutete einen sehr schweren Schlag für unsere Wirtschaft," bestätigte Mario Soares kürzlich vor der Gründungsversammlung der ersten Privatbank „Banco Portugues do Investimento", an der übrigens die Deutsche Entwicklungsgesellschaft mit fünf Prozent beteiligt ist. Weitere acht Zulassungen von Privatbanken stehen bevor, mit Beteiligungen aus Paris, New York, London und Madrid. Auch die portugiesische Gruppe Espirito Santo scheint ihr nach Brasilien gebrachtes Kapital wieder zurückführen zu wollen.

Von der Europäischen Gemeinschaft erwarten die Portugiesen nicht nur Hilfsmittel, wie sie über FEDER zur Strukturverbesserung gezahlt werden. Sie erhoffen Schützenhilfe beim Abbau alter Verwaltungszöpfe und jener Revolutionsgesetze, die einer Entfaltung der Wirtschaft immer noch entgegenstehen.

AUSSENPOLITIK / Lusitanien behält hohen Rang

Washington mit neuem Interesse an Lissabon

Auf der Prioritätenliste der portugiesischen Außenpolitik nehmen die Beziehungen zu den ehemaligen „überseeischen Gebieten in Afrika" nach dem Beitrittsgesuch zur Europäischen Gemeinschaft und nach der Bündnistreue zur atlantischen Allianz einen emotional und historisch bedingt hohen Rang ein.

Die alten Bindungen Portugals mit Brasilien, das sich schon 1822 vom lusitanischen Mutterland lossagte, und mit den fünf jungen afrikanischen Staaten, die nach der „Revolution der Nelken" 1974 überhastet ihre Unabhängigkeit erlangten, behalten einen besonderen Wert für die heutige Rolle Portugals.

Ausgeträumt sind die Illusionen von einer wie immer gearteten lusitanischen Gemeinschaft. Die Länder portugiesischer Zunge gehen viel zu konträre Wege. Und das kleine Portugal könnte nicht mehr die Kraft zur Führerschaft aufbringen. Aber die alten wirtschaftlichen und kulturellen Bezugspunkte bestehen weiter.

So messen die Vereinigten Staaten Lissabon eine hohe Bedeutung in der stillen Diplomatie für eine friedliche Lösung im südlichen Afrika zu. Portugal strebt nach einem guten Verhältnis zu seinen früheren Besitzungen Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, den Kapverden sowie São Tomé e Principe.

Die Portugiesen stehen bei ihren Bemühungen, die alten Kontakte zu beleben und auszubauen, außerhalb des Verdachtes „neokolonialistischer Interessen", wie sie Frankreich und Großbritannien teilweise in Afrika nachgesagt werden. Auch machtpolitische Überlegungen kommen nicht in Betracht.

Ohne Frage liegt die Verbesserung der Beziehungen Portugals zu den einstigen Provinzen in Afrika im Sinne des Westens. Denn wohin aus jenen Ländern geflüchtete Portugiesen zurückkehren können, dort werden sicherlich weniger Experten aus sozialistischen Staaten einflußreiche Posten einnehmen.

Vorhaltungen aus Angola und Moçambique

Angola und Moçambique machen Lissabon allerdings öfters Vorhaltungen, weil anti-marxistische Exilgruppen in Lissabon aktiv sind. Der Regierung des demokratischen Portugal kommt es selbstverständlich nicht in den Sinn, die politische Tätigkeit solcher Oppositioneller zu unterbinden.

Der Handelsaustausch mit diesen beiden Staaten sank nach deren Unabhängigkeit nahezu auf den Nullpunkt, während die wirtschaftlichen Beziehungen zu Guinea-Bissau und den Inselstaaten keinen drastischen Einbruch erfuhren. Seit Anfang der achtziger Jahre setzte in Angola und Moçambique eine Wende ein.

In den afrikanischen Staaten mit portugiesischer Sprache wird man zunehmend kritischer gegenüber der Sowjetunion und ihren Vasallen. Nicht nur Verständigungsprobleme, sondern auch die andere Mentalität führen dazu, daß die Portugiesen heute wieder gern gesehen sind. Sie kennen die Probleme der schwarzen Länder, und sie wissen Rat.

Lissabon schloß Handelsabkommen mit Luanda und Maputo, und die Zentralbanken trafen zusätzliche Vereinbarungen für den Warenverkehr und die Abwicklung von Dienstleistungen. Darunter gibt es zahlreiche Verträge zwischen Unternehmen in den betreffenden Ländern.

Wenig fremde Hilfe für technische Unterstützung

Durch seinen Beitritt zur Afrikanischen Entwicklungsbank und der Internationalen Entwicklungsvereinigung suchte Portugal, für seine technische Unterstützung in den früheren Kolonien das erforderliche Kapital von westlichen Geldgebern beschaffen zu können. Allerdings bislang mit bescheidenem Erfolg.

Statt der Bezeichnung „alte Kolonie", die in anderen Staaten unverdächtig erscheinen mag, benutzt man in Portugal lieber die Umschreibung „neue Länder mit Portugiesisch als offizieller Sprache". Ähnlich vorsichtig tritt man auch draußen bei den ehemaligen Kolonialvölkern auf.

Zur politischen Ausrichtung der unabhängigen Nationen meinte ein portugiesischer Diplomat: „Je friedlicher es bei ihnen zugeht, desto eher können sie einen eigenen Weg gehen. Je mehr sich die Regime aber bedroht fühlen, desto revolutionärer gebärden sie sich und desto enger schließen sie sich dem Ostblock an."

Lissabon muß das diplomatische Kunststück fertigbringen, auch gute Beziehungen zum weißen Südafrika aufrechtzuerhalten. Mehr als 600 000 Portugiesen leben heute am Kap, weil sie vor den Marxisten in Luanda und Maputo flüchten mußten. Eine Entspannung im südlichen Afrika würde auch deren Rückkehr erleichtern.

Für die unbeirrbare Loyalität Portugals gegenüber der NATO gibt es handfeste finanzielle Gründe: Sowohl das Stützpunkt-Abkommen mit den USA wie auch die Nutzung von Anlagen in Portugal und auf den Azoren durch die Bundesluftwaffe und die französischen Streitkräfte zahlt sich aus.

Außerhalb von Lissabon befindet sich das iberisch-atlantische NATO-Kommando (Iberlant). Mit einer gewissen Unruhe achten die Portugiesen nun darauf, ob ihre privilegierte Rolle in der Allianz womöglich durch den Beitritt Spaniens in die NATO gemindert wird. Portugal gehörte zu den zwölf Gründungsmitgliedern des nordatlantischen Bündnisses. Ähnlichen Bestrebungen für den Südatlantik redet man nicht das Wort.

MANFRED NEUBER

Baptista: „Beitritt ist Sprungbrett"

Wir werden alles daransetzen, den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft auch als Sprungbrett für die weitere Internationalisierung unserer Wirtschaft zu nutzen". Der dies sagt, weiß was er redet, denn José Viana Baptista ist seit einem Jahr Präsident des Foreign Investment Institut, dem wichtigsten Organ der portugiesischen Regierung zur Förderung ausländischer Investitionen im Land.

Das vor acht Jahren gegründete Institut berät den Staat bei allen Investitionsvorhaben, hilft bei der Ausarbeitung neuer Initiativen und Gesetze und führt die gesamten praktischen Arbeiten in Zusammenhang mit der Industrie-Ansiedlung durch. „Oberstes Gebot sind dabei die wirtschaftlichen Zielvorstellungen unserer Regierung", bekräftigt Baptista. Man könne sie nach Priorität wie folgt auflisten:

- An erster Stelle steht die Verbesserung der Zahlungsbilanz.
- Der zweite Platz wird neuen Technologien eingeräumt, die Aussicht auf Erschließung neuer Märkte haben.
- Erst dann folgt, drittens, die Arbeitsplatzbeschaffung.

Das Schwergewicht nur auf die Arbeitsplätze zu legen „betrachten wir als Fehlentwicklung". Mit der herausragenden Bedeutung für die Zahlungsbilanz sei Portugal auch gut gefahren. Das Verhältnis Exporte zu Importen habe von Jahr zu Jahr verbessert werden können, zuletzt von 53 Prozent (1983) auf heute immerhin 68 Prozent.

Auf der Investment-Seite finden Anlagen für neue Technologien nach Angaben von Baptista das meiste Interesse bei den ausländischen Unternehmen. So entfielen 1984 gut 19 Prozent aller Direkt-Investitionen auf Elektronik, Elektromechanik und Elektrik. An zweiter Stelle stehen Banken und andere Finanz-Institute mit 15 Prozent, gefolgt von Investitionen der Hotel-Konzerne (elf Prozent). „Es sind aber insgesamt kleine Summen, die hereinkommen", räumt Baptista ein, „in Dollar gerechnet 191 Millionen im letzten Jahr gegenüber 146 Millionen in 1983. Aber die Steigerungsrate ist seit Jahren beachtlich (zuletzt 30,8 Prozent auf Dollar-Basis)."

Dies ist auch kein Wunder, denn es gibt in Portugal – nachdem im letzten Jahr der Banken-Sektor reprivatisiert wurde – keine Gesetze, die ausländischen Kapitaleinsatz beschränken. Ausgenommen sind nur die üblichen Bereiche, in denen ein öffentliches Interesse besteht (Post, Polizei, Militär, Eisenbahnen u. ä.). Die Sektoren mit staatlichem Monopol wie Ölraffinerien und die Basisproduktion von Eisen, Stahl, Tabak sowie Petrochemie unterliegen bestimmten Beschränkungen für Ausländer. Nach Auskunft von Baptista werden hier nur Lizenzen erteilt, wenn die Kapitalmehrheit von einem staatlichen portugiesischen Unternehmen gehalten wird.

An Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung „werden wir natürlich arbeiten müssen", ist der Präsident des Foreign Investment Institut überzeugt. Gerade im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt biete sich die Chance einer sinnvollen Liberalisierung. Schon jetzt bestehe aber die Möglichkeit, individuelle Arbeitsverträge über einen Zeitraum von sechs Monaten abzuschließen. Diese könnten bis zu einer Dauer von drei Jahren im Halbjahresrythmus verlängert werden. „Attraktiv für ausländische Unternehmen sind ebenfalls die bei uns niedrigsten Arbeitskosten in Europa", ist Baptista überzeugt. Während in der Bundesrepublik die Arbeitsstunde im Jahresdurchschnitt 1984 immerhin 10,60 US-Dollar gekostet habe, seien es in Portugal nur 1,63 Dollar gewesen.

Diese billigen Produktionsmöglichkeiten in Zusammenhang mit dem relativ freien EG-Marktzugang (etwa 80 Prozent der portugiesischen Industrieprodukte konnten bisher schon ohne Behinderung in die EG-Mitgliedstaaten geliefert werden) haben in der Vergangenheit vor allem die amerikanischen Konzerne genutzt. Mit knapp vier Prozent liegen da deutsche Unternehmen ziemlich weit abgeschlagen, „obwohl wir uns gerade um Investitionen aus der Bundesrepublik kräftig bemüht haben", wundert sich Baptista. Es gebe sogar ein bilaterales Abkommen beider Staaten, das den verstärkten Zustrom deutschen Kapitals nach Portugal fördern sollte. Es wurde vor zweieinhalb Jahren geschlossen, „hat aber für uns ebensowenig gebracht wie die aufwendige Teilnahme als Partnerland bei der Hannover-Messe".

„Der EG-Beitritt wird deshalb für uns sicher hilfreich sein", hofft Baptista. „Wir erwarten natürlich keine dramatische Entwicklung, rechnen aber mit entscheidenden Verbesserungen bei den Investitionen in sehr naher Zukunft."

HENNER LAVALL

CAIXA GERAL DEPOSITOS / Vor neuer Aufgabe

Oliveira Pinto: Nach der Anpassung aufwärts

Vor 108 Jahren wurde die Caixa Geral Depositos gegründet. Und jetzt, angesichts der Mitgliedschaft Portugals in der Europäischen Gemeinschaft, steht sie vor einer ihrer größten Bewährungsproben, wie ihr Präsident Oliveira Pinto in einem Gespräch mit der WELT erläutert. „Bis 1974 waren wir die einzige öffentliche Körperschaft, die Kredite vergeben konnte. Und noch heute verfügen wir über eine Ausnahmesituation innerhalb des portugiesischen Banksystems."

Der Grund liegt darin, daß die von der Regierung gegründete Bank nach wie vor in ihrer Tätigkeit darauf beschränkt – und zugleich spezialisiert – ist, die Geschäfte zu tätigen, die im staatlichen Interesse liegen, wenn auch nach der Revolution der Nelken 1974 Bewegung in das starre Bankensystem gekommen ist.

Öffentliche Mittel für Privatleute

Im Prinzip bekommt die Caixa Geral Depositos ihre Mittel von der öffentlichen Hand und stellt sie – auch privaten – Firmen in Form von Krediten zur Verfügung. Diese Darlehen werden mittel- oder langfristig vergeben, und dies berechtigt dazu, so Oliveira Pinto, „von einer echten Spar- und Investmentbank zu reden".

Die Caixa Geral Depositos ist eine der größten Geldinstitute des Landes mit Niederlassungen im gesamten portugiesischen Staatsgebiet. Mit einem Anlagevermögen von 2 Billionen Escudos – das entspricht fast 20 Prozent der Gesamtanlage der portugiesischen Banken – rangierte die Caixa 1982 auf dem 15. Platz unter den 100 größten Sparkassen der Welt und auf Platz 214 unter den 500 größten Banken.

Zentrales Moment der Bankaufgaben sei, so ihr Präsident, die „sozioökonomische Entwicklung". Das bedeute langfristige Investitionen im Strukturbereich. „Mehr als 90 Prozent unserer Kredite", sagt Oliveira Pinto, „werden für Zeiträume länger als ein Jahr beansprucht. Damit liegen wir über dem allgemeinen Banken-Durchschnitt von 47 Prozent."

1984 wurden Mittel im Wert von 762 Milliarden Escudos vergeben. Davon entfiel ein Großteil auf Bauvorhaben, insbesondere privater Wohnungen. „Das ist unsere Spezialität", sagt Oliveira Pinto. So gingen 1984 40 Prozent der Kredite in den Bausektor, 31 in die Industrie, 18 an die öffentliche Hand und 4 Prozent in den Agrarbereich.

Großes Gewicht hat der Mittelstand

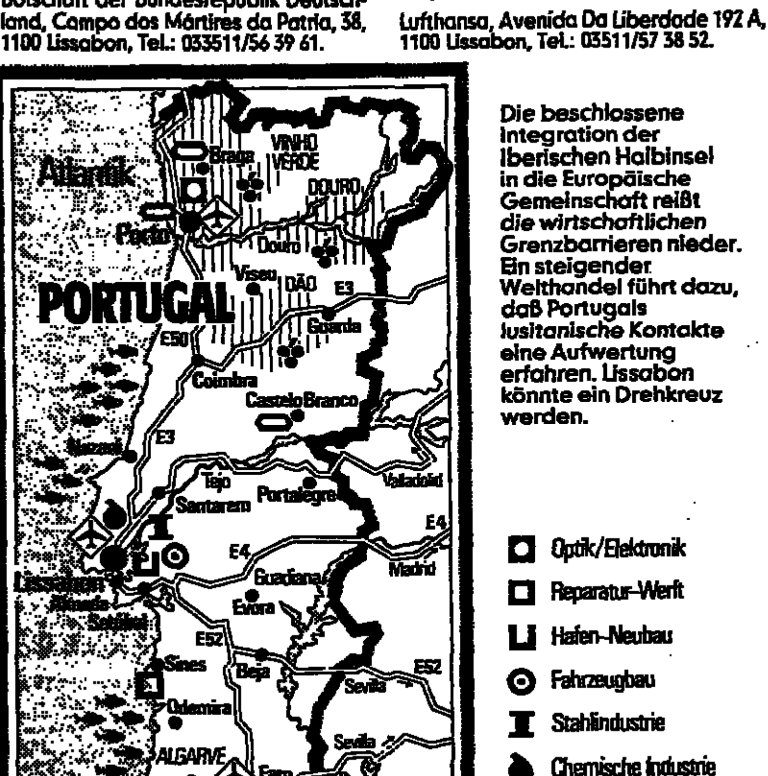
Großes Gewicht kommt nach Meinung des Caixa-Präsidenten auch der mittelständischen Industrie zu. Hier wurde eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank ins Leben gerufen, um den Import benötigter Ausrüstungsgegenstände zu fördern. Auf der anderen Seite wird in Portugal der Aufbau einer konkurrenzfähigen mittelständischen Industrie mit Hilfe des „Instituts zur Förderung mittlerer und kleiner Industrien (IAPMEI) forciert. Mehr als 367 solcher Firmen wurden mit Mitteln der Caixa finanziert. „Damit haben wir auch erhebliche Impulse für den heimischen Arbeitsmarkt ausgelöst", sagt Oliveira Pinto.

Einer stärkeren Privatisierung des Bankensystems sieht der Caixa-Präsident gelassen entgegen. „Wir haben davon keinen Schaden." Die starke Position der Kasse im Bereich mittel- und langfristiger Kredite sei kaum zu gefährden. Zudem vermutet Oliveira Pinta das Engagement der Privaten vor allem bei kurzfristigen Darlehen. Der Beitritt zur EG werde – trotz der Übergangsphase – zu einigen Anpassungsschwierigkeiten führen. „Aber danach wird es zu einem beträchtlichen Wachstum kommen", ist der Präsident zuversichtlich. Seine Bank verfüge über gute Kontakte zu den europäischen Institutionen und über internationale Erfahrung. „Wir haben Büros in Frankreich und Brasilien. Zudem ist unsere Bank der Sparkassenvereinigung der EG angeschlossen."

G. DEANO

AUF EINEN BLICK

FLÄCHE
Portugal umfaßt einschließlich der im Atlantik gelegenen Inselgruppen Azoren (2344 qkm) und Madeira (797 qkm) 92 082 qkm.
EINWOHNER
Ca. 10 Millionen
STÄDTE
Lissabon (Hauptstadt) ca. 1,6 Millionen Einwohner, Porto ca. 400 000 E., Coimbra 56 000 E., Vila Nova de Gaia 51 000 E., Setúbal 50 000 E., Braga 49 000 E.
SPRACHE
Pourtugiesisch; in Geschäftskreisen auch Englisch, Französisch, zuweilen auch Deutsch.
ZEIT
Westeuropäische Zeit (MEZ – 1 Stunde); von Anfang April bis Ende September Sommerzeit (= MEZ).
FEIERTAGE
1. Januar, Faschingsdienstag, Karfreitag, 25. April, 1. Mai, Fronleichnam, 10. Juni, 13. Juni (nur in Lissabon), 24. Juni (nur im Norden), 15. August, 5. Oktober, 1. November, 1., 8. und 25. Dezember.
WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Republik Portugal, Ubierstraße 78, 53 Bonn 2, Tel.: 0228/36 30 11.
Generalkonsulate: Graf-Adolf-Straße 16/IV, 4 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/8 06 33.
Zeppelinallee 15, 6 Frankfurt, Tel.: 069/70 20 66.
Gänsemarkt 23, 2 Hamburg 36, Tel.: 040/34 34 78.
Hasentorwall 18, 45 Osnabrück, Tel.: 0541/6 72 11.
Königstraße 20/I, Marquardt-Haus, 7 Stuttgart 1, Tel: 0711/22 50 13.
Honorarkonsulat: Maximiliansplatz 12 b, 8 München 2, Tel.: 089/29 00 32.
Portugiesisches Touristik-Amt, Kaiserstraße 66, 6 Frankfurt 1, Tel.: 069/23 40 94.
Portugiesisches Handelsbüro, Gänsemarkt 21–23, 2 Hamburg 36, Tel.: 040/34 42 14.
TAP, Kaiserstraße 63, 6 Frankfurt, Tel.: 069/25 20 41.
TAP, Karlsplatz 3, 8 München, Tel.: 089/59 80 86.
IN PORTUGAL
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Campo dos Mártires da Patria, 38, 1100 Lissabon, Tel.: 033511/56 39 61.
Konsulat: Rua do Campo Alegre 276, Porto, Tel.: 003512/6 51 32.
Honorarkonsulate in Faro, Funchal/ Madeira, Ponta Delgada/Azoren.
Deutsch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer Avenida Elias Garcia 123, 1100 Lissabon, Tel.: 003511/77 25 87.
Lufthansa, Avenida Da Liberdade 192 A, 1100 Lissabon, Tel.: 03511/57 38 52.



Die beschlossene Integration der Iberischen Halbinsel in die Europäische Gemeinschaft reißt die wirtschaftlichen Grenzbarrieren nieder. Ein steigender Welthandel führt dazu, daß Portugals lusitanische Kontakte eine Aufwertung erfahren. Lissabon könnte ein Drehkreuz werden.

ELEKTRIZITÄT / Erhebliche Steigerung im letzten Jahrzehnt

Bisweilen trocknet die Steckdose aus

Investitionen in Höhe von 60 Milliarden Escudos (rund 1,1 Mrd. DM) sieht der laufende Fünfjahresplan für den Ausbau des Energienetzes in Portugal vor. Das Programm ist auch notwendig, denn mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft will die Regierung alles daran setzen, mehr ausländische Unternehmen zur Produktion im Land anzuregen.

Die Stromversorgung durch die staatliche Electricidad de Portugal (EDP) reicht aber gerade aus, den aktuellen Konsum zu decken. Der geschäftsführende EDP-Direktor, Gonçalo Avides Rodrigues Sarmento, kann aber auf Erfolge bei der Elektrifizierung in Portugal verweisen.

So hat es EDP geschafft, die Stromerzeugung innerhalb der letzten zehn Jahre enorm zu steigern. Der im gleichen Zeitraum auf 19 000 Gigawatt-Stunden nahezu verdoppelte Durchschnittsverbrauch konnte, so Sarmento, „meistens aus der Inlandsproduktion erfüllt werden". Probleme gibt es in extremen Trockenzeiten: „Da kann es vorkommen, daß unsere Wasserkraftwerke nicht mehr richtig arbeiten." Die Tages-Kapazität der Wasserkraftwerke ist mit 2778 Megawatt (MW) immer noch größer als die der installierten thermischen Kraftwerke, mit den Grundstoffen Öl und Kohle (2299 MW).

Wichtig ist für Portugal daher der Ausbau der Eigenerzeugung auf Kohle-Basis. So geht in diesen Tagen der erste Block eines Kraftwerks im Süden des Landes (Sines) mit 300 Megawatt in Betrieb, dem in den kommenden Jahren zwei weitere Blöcke mit zusammen 600 Megawatt Leistung folgen werden.

H.L.

TOURISMUS / Große Pläne mit dem Devisenbringer

Golfplätze als Synonym für Qualitätstourismus

Portugals Tourismus-Industrie, größter Devisenbringer des Landes, hat in den kommenden Jahren viel vor, um den Strom der ausländischen Besucher zu verbreitern. Der Generaldirektor des staatlichen Tourismus-Büros, Cristiano Barros de Freitas, nannte in einem WELT-Gespräch vier Schwerpunkte künftiger Investitionen:

- Verstärkte Marketing-Aktivitäten in den europäischen und überseeischen Ländern. Die zahlreichen Büros, darunter elf in Übersee, vier in der Bundesrepublik Deutschland und jeweils mindestens eines in jedem westeuropäischen Land, erhalten mehr Mittel für Werbemaßnahmen.
- Staatshilfe für private Unternehmer im Tourismus-Geschäft. Dazu zählen Spezial-Kredite für Reiseagenturen sowie für den Bau von Golfplätzen und Hotels in Portugal.
- Ausbau des Geschäfts für Exclusiv-Urlaub, das bisher schon enorme Zuwachsraten aufweist. In diesem Bereich ist der Bau neuer Golf-Plätze von hoher Qualität vorgesehen, nicht nur in der Algarve, sondern auch im Gebiet um Lissabon und in Nord-Portugal.

Höchster Standard im südlichen Europa

- Förderung von Incentive- oder Kongreßreisen in Zusammenarbeit mit den großen Hotelkonzernen. Diese Geschäftsreisen werden für Portugal immer interessanter. Besonders Unternehmen aus den USA und der Bundesrepublik veranstalten für ihre Mitarbeiter derartige Spezial-Reisen, in denen Konferenzen oder Weiterbildungsmaßnahmen mit Urlaub gekoppelt werden. Bevorzugte Zielorte sind Lissabon, die Insel Madeira und die Algarve im Süden des Landes.

In der Algarve gibt es inzwischen gut 5000 Hotels mit einem Standard, der über dem vergleichbarer Angebote in Süd-Europa liegt. Das macht den Aufenthalt im Vergleich zu Spanien zwar teurer, doch zeigen jüngste OECD-Statistiken, daß Portugal mit der Förderung des Qualitäts-Urlaubs richtig liegt.

So hat das Land im vergangenen Jahr gegenüber den anderen Mitgliedern in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wesentlich besser abgeschnitten. Bei der Einreise gab es ein Plus von 10,5 Prozent auf 9,8 Millionen Besucher, während der OECD-Durchschnitt bei Plus zwei Prozent liegt. Die Übernachtungen stiegen in Portugal um 13,5 Prozent auf 4,1 Millionen (OECD: plus fünf Prozent), und die Einnahmen auf dem Tourismus-Geschäft verbesserten sich real um 16,6 (OECD: acht) Prozent auf rund eine Milliarde US-Dollar.

Besucher aus Spanien Touristen aus England

Die meisten (Tages-)Besucher kommen aus Spanien, die meisten Touristen aus Großbritannien. Deutsche Urlauber nahmen in der portugiesischen Statistik im vergangenen Jahr den dritten Platz ein, nach den spanischen aber noch vor den Amerikanern, den Franzosen und den Holländern.

Daß der portugiesische Staat mit seiner Tourismus-Politik richtig liegt, bestätigt auch André Jordan, Chef der größten Baugruppe in der Algarve. Speziell Häuser und Eigentumswohnungen im Luxusbereich verkaufen sich derzeit fast von selbst. Gerade die Deutschen fasziniere bei 200 Sonnentagen im Jahr das immmerwährende Frühlingswetter. Hinzu komme die bisher hervorragende Wertsteigerung von Immobilien in der Algarve.

Hier wird sich nach Ansicht von Jordan mit dem EG-Beitritt des Landes einiges tun. Zu erwarten sei ein Investitionsschub und ein Hochschnellen der Preise. In fünf bis spätestens zehn Jahren dürfte das Preisniveau für Häuser so hoch sein, wie in anderen bevorzugten Urlaubsgebieten Europas. Dann seien Baukosten von nur 50 Prozent gegenüber vergleichbarer Qualität in Deutschland Vergangenheit.

HENNER LAVALL

Die portugiesische Wirtschaft: Entwicklung in drei Phasen – Stabilisierung, Modernisierung, Wachstum

Portugal hat eine kleine, freie und erst neuerlich industrialisierte Wirtschaft. Ein- und Ausfuhren dekken zu einem großen Teil Nachfrage und Produktion. Hauptimporte sind energiebezogene Produkte (Erdöl), Nahrungsmittel und Rohstoffe. Zu den Exporten zählen u. a. gefertigte Güter (Textilien, Chemikalien, Papier und Papierbrei) sowie Dienstleistungen (Tourismus).

Der zweite Ölschock, eine große Dürreperiode, die weltweite Wirtschaftsflaute und der Versuch, Inlandsnachfrage und Beschäftigungsstand auf einem hohen Niveau zu halten, haben wesentlich zu Portugals beträchtlichen Auslandsschulden beigetragen. Hohe Zinssätze auf den internationalen Märkten und ungünstige Umtauschkrise haben dieses Problem noch vergrößert.

Die Regierung, mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament ein politisch und sozial solider Faktor, führte sofort nach ihrem Amtsantritt im Juni 1983 ein Stabilisierungsprogramm durch, um der ungünstigen wirtschaftlichen Lage Herr zu werden.

Dieses wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm beinhaltete eine Abwertung der einheimischen Währung, des Escudo, die Erholung des Zinssatzes und eine Verschärfung der Geld- und Finanzpolitik. Die Kosten für öffentliche Versorgungsleistungen (Strom, Gas, Wasser usw.) wurden erhöht, um das Defizit der staatlichen Betriebe zu verringern. Einige andere, vom Staat vorgeschriebene Preise wurden ebenfalls angehoben zwecks Abbau der Subventionen und somit des Haushaltsdefizits. Steuern wurden erhöht und die öffentlichen Ausgaben beschnitten. Ein Beistandsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde im Oktober 1983 unterzeichnet. Die Wirtschaft verkraftete dieses Stabilisierungsprogramm erstaunlich gut. Die mit dem IWF vereinbarten Hauptziele wurden erreicht. 1983 fiel das Leistungsbilanzdefizit auf 1,6 Mrd. (gegenüber 3,3 Mrd. 1982). Die mit dem IWF vereinbarte Summe belief sich hingegen auf 2 Mrd. $. Diese bemerkenswerte Erholung ergab sich zum einen aus der Beschneidung der Inlandsnachfrage und zum anderen aus einer Umverteilung der öffentlichen Ausgaben. Die Inlandsnachfrage sank um real 7 %, aber die negativen Auswirkungen dieser Maßnahme auf Produktion und Beschäftigungsstand wurden durch positive Zahlen im Außenhandel wettgemacht:

Die Ausfuhren stiegen um 17 %, während die Importe um 9 % fielen (berechnet in konstanten Escudo-Preisen). Dadurch verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt geringfügig (um einen halben Prozentpunkt). Anleihen des öffentlichen Sektors wurden ebenfalls drastisch beschnitten. Als Anteil am Bruttosozialprodukt fiel der Kreditbedarf des öffentlichen Sektors 1983 um ca. ⅓ seines Volumens im Jahre 1982. Die Auslandsschulden verringerten sich im gleichen Zeitraum bedeutend, und der Schuldendienst verbesserte sich merklich.

Gemäß den neuesten statistischen Zahlen setzte sich der Erholungsprozeß 1984 fort. Das Leistungsbilanzdefizit wird voraussichtlich bedeutend weniger als die Hälfte der Summe des Jahres 1983 ausmachen und gut unter dem mit dem IWF vereinbarten Ziel von 1,25 Mrd. $ liegen. Wie im Vorjahr spiegelt diese große Verbesserung den Abbau der Importe und den Zuwachs der Exporte (beides sowohl in traditionellen wie in neuen Exportgütern) sowie die steigenden Einnahmen aus dem Fremdenverkehr wider. Das Anwachsen der Auslandsschulden hielt sich in vertretbaren Grenzen und folgte somit dem Trend der Leistungsbilanz.

Obgleich Portugal in der Lage war, ungünstige Trends der Vorjahre abzuwenden und seine Finanzen zu stabilisieren, konnte es die Auswirkungen steigender Wirtschafts- und Sozialkosten nicht verhindern. Die Inflation erhöhte sich daher im Gefolge von Preisstabilisierungsmaßnahmen und der Abwertung des Escudo bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitslosenzahl. Die wirtschaftliche Tätigkeit befindet sich gegenwärtig auf einem niedrigen Stand, und das besonders in inlandsorientierten Bereichen. Es wird angenommen, daß das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 % gefallen ist.

Die finanzielle Stabilisierung ist ebenfalls eine Voraussetzung für die Durchführung umfassender struktureller Veränderungen, die für eine bessere wirtschaftliche Leistung und die erfolgreiche Integration Portugals in die Europäische Gemeinschaft unerläßlich sind. Es wird erwartet, daß die Öffnung für privates Kapital sich günstig auf Sektoren wie Banken, Versicherungen, Zement- und Düngemittelindustrien auswirken wird. Drei Privatbanken erhielten erst kürzlich die Erlaubnis, in Portugal tätig zu werden. Es ist anzunehmen, daß andere Banken diesem Beispiel folgen werden. Ferner genießt die Modernisierung des Finanzsektors in den von der Regierung entworfenen Plänen Vorrang. Einige Entwicklungen aus jüngster Zeit sind durchaus ermutigend. Die Leasing- und Investmentgesellschaften dehnen ihre Tätigkeit zur Zeit beachtlich aus. Somit haben die Kreditnehmer eine größere Auswahl bei ihren finanziellen Anliegen. Bis vor kurzem waren sie noch ausschließlich auf den Bankensektor angewiesen. Die Regierung beabsichtigt als nächsten Schritt, den Aktienmarkt seiner Bedeutung entsprechend weiterzuentwickeln. Der kürzlich von der Regierung verabschiedete Haushalt wurde im Hinblick auf die Konsolidierung der Wirtschaftslage erarbeitet. Die Angleichung der Einkommensteuersätze wird auch zur Erholung des Verbrauchermarktes beitragen. Die Rationalisierung der Verwaltung und die Restrukturirierung von verstaatlichten Industrien werden zu einer besseren gesamtwirtschaftlichen Leistung des breit angelegten öffentlichen Sektors führen.

Im Jahre 1985 wird die Wirtschaft voraussichtlich ein bescheidenes Wachstum aufweisen, das vom Exportsektor angeführt wird. Die Modernisierung der Wirtschaft wird allerdings zu einem großen Teil von der Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren und der internationalen Finanzgemeinschaft abhängen.

Portugal bietet ausländischen Anlegern attraktive Bedingungen. Sie können mit hohen Gewinnen rechnen, begünstigt durch gut geschultes Personal, niedrige Löhne, steuerliche Anreize und ein bedeutendes Wachstumspotential. Die bevorstehende EG-Mitgliedschaft ist ein weiterer großer Anreiz für ausländische Anleger. Diese werden Portugal sicherlich in seinen Modernisierungsbemühungen tatkräftig unterstützen.

Banco de Portugal
Abteilung für Forschung
und Statistik



Mit der Umstellung von Neubauten auf Reparaturen schaffte die Werft Lisnave eine Trendwende in ihrer Krise FOTO: GEORG FISCHER

WERFTEN / Lisnave-Direktor Murato: „Das Schlimmste ist überstanden"

Lissabon könnte bald eine Drehscheibe werden

Portugals Werften, einst Stütze des Exports und reiche Devisenbringer, sind ebenso wie ihre westeuropäischen und bundesdeutschen Konkurrenten in eine kritische Phase geraten. Die Ertragslage ist schlecht, die Beschäftigtenzahl der Branche ist von 26 000 im Jahre 1978 auf jetzt noch 17 900 abgesunken.

Die portugiesische Schiffbauindustrie setzt sich aus rund 100 Unternehmen zusammen. Davon können etwa 15 Betriebe als führend angesehen werden. Bei den restlichen 85 Firmen handelt es sich überwiegend um kleine Betriebe mit maximal 20 Beschäftigten. Sie stellen vorwiegend Fischerboote und kleine Küstenschiffe aus Holz her. Im Gesamtsektor dominieren zwei Großbetriebe: Lisnave und Setenave, beide in Lissabon.

Lisnave gehört zu den größten Privatunternehmen im Lande mit rund 5700 Mitarbeitern bei einem Jahresumsatz von 5,8 Millionen Escudos (1983).

Vor Jahren erfolgte der mutige Schritt, die größte private Werft Portugals von einem Schiffsbaubetrieb in eine reine Reparaturwerft umzuwandeln. Gelohnt hat sich dies insofern, als der Schiffsbauer früherer Tage wohl schon längst unter der weltweiten Krise am Tanker- und Frachtermarkt das Zeitliche gesegnet hätte. Die Reparaturwerft Lisnave kränkelt zwar auch im Sog der Strukturbereinigung auf den Weltmeeren. Doch das Schlimmste ist nach Ansicht des Managements jetzt überstanden. Mehr noch: das Unternehmen rechnet fest mit einer beständigen Belebung seines Geschäfts in naher Zukunft.

Lisnave-Direktor J.A. Murato nennt als Grund für diesen Optimismus vor allem die wieder gestiegenen Reparaturaufträge. „Konnten wir in den Jahren vor der Krise auf dem Schiffsmarkt unsere Trockendocks mit durchschnittlich 150 Aufträgen pro Jahr auslasten, rutschten die Reparaturen 1982 auf 92 und 1983 auf nur noch 67 ab. Im letzten Jahr zeigte die Kurve mit 80 Aufträgen wieder leicht nach oben." Diese Entwicklung habe im laufenden Jahr bisher angehalten.

Dem traditionsreichen Unternehmen, das zu 40 Prozent in ausländischem Besitz ist, hat dabei die günstige Lage seiner Werft geholfen. Lissabon liegt an oder nahe bei den internationalen Schiffsrouten Fernost/Afrika/Europa und Amerika/Afrika/Europa. Zudem verfügt Lisnave in seinen beiden Betrieben an der Mündung des Tejo über vier Trockendocks, von denen das größte mit einer Kapazität von einer Million Tonnen Gesamttragfähigkeit ausgestattet ist.

Anzahl und Größe der Docks, so Murato, ließen eine große Flexibilität zu. Selbst kurzfristig zur Reparatur einlaufende Schiffe könnten in der Regel ohne Wartezeit abgefertigt werden. Die Lage der Werft bringe es mit sich, daß vor allem Schüttgutfrachter und Tanker – zu 90 Prozent werden Reparaturen an Schiffen durchgeführt, die unter ausländischer Flagge laufen – zu routinemäßiger Kontrolle eintreffen. Das bedeute aber keine Spezialisierung auf diese Typen, im Gegenteil, Lisnave sei derart erfahren, daß jeder Schiffstyp repariert werde.

Dennoch, gegenwärtig ist die Kapazität der Werft nicht ausgelastet. Von den 6500 Beschäftigten müssen nach Angaben von Murato noch gut 2000 das Unternehmen verlassen. Mit Millionen-Investitionen sollen ferner die Anlagen modernisiert werden, um die Liegezeiten noch weiter zu verringern. Schon jetzt spräche die Relation Preis und Zeit gegenüber den Hauptkonkurrenten in Europa eindeutig für Lisnave. Murato hoffnungsvoll: „Wir erwarten zudem, daß der Handel auf den Meeren im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs in den USA, Japan und den europäischen Staaten wieder zunimmt. Dies wird ganz sicher die nötigen Impulse für unser Geschäft bringen."

Setenave wurde 1975 verstaatlicht und machte 1983 mit 6000 Mitarbeitern rund 8 Millionen Escudos Umsatz.

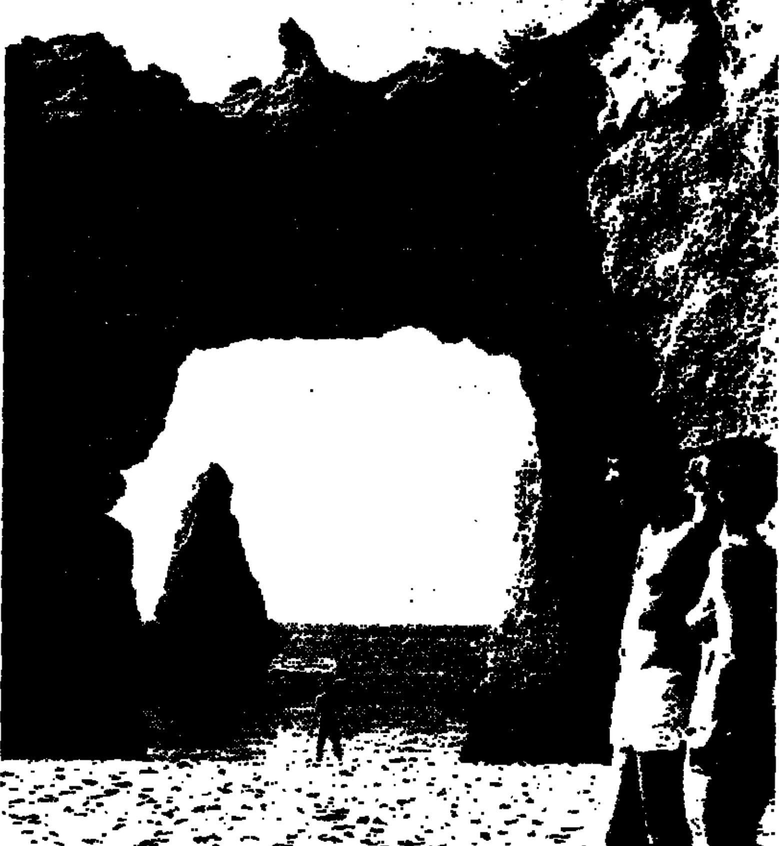
Der Schiffbau verteilt sich auf drei Zentren im Lande: im Norden auf Viana bei Porto, in der Landesmitte in den beiden Städten Aveiro und Figueiro da Foz, im Süden in Lissabon und Setubal.

Ein Grund für den Niedergang der portugiesischen Schiffbau-Industrie war die Öffnung des Suezkanals und damit das Ende der Großtanker-Ära. Lissabon war zur Zeit der Suezblokkade idealer Werftstandort: Schiffe, die das Kap umrundeten und repariert werden mußten, passierten zwangsläufig Portugals Werften. Es war die erste und letzte auf dem Weg nach Süden oder vom Süden kommend in den Norden. Als die Routen sich änderten und das Nordsee-Öl für Europa attraktiv wurden, kamen keine Schiffe mehr. Die Docks blieben leer.

Das könnte sich in naher Zukunft wieder ändern. Jedenfalls hoffen das portugiesische Schiffahrtsexperten. Mit der Aufnahme von „Rund-um-die-Welt"-Diensten amerikanischer und asiatischer Reeder mit Riesen-Containerschiffen könnte Lissabon seine alte Bedeutung als Umschlagplatz und Drehscheibe wiedererlangen. Dann nämlich, wenn die Schiffe nur bis Lissabon fahren, ihre Frachten für Nordafrika und Südeuropa dort abladen, um sie von dort per Bahn, Lastwagen und kleinen Schiffen weitertransportieren zu lassen. Dann wäre wieder eine Zukunft für Lissabons Werften und Portugals Schiffbau gegeben. LuS.

ALGARVE

Land der Muße und des Weins



Der Atlantik gab den Felsen ihr Gesicht FOTO: W. KNÜTTEL

Mario, der bärtige Kellner in der Hafenkneipe von Portimao an der Algarve, sorgt dafür, daß mein Glas mit dem „vinho tinto" nicht leer wird. Und Angela, die hübsche Bedienung, ist bemüht, meinen Teller immer gut mit frisch gegrillten Sardinen und Gambas zu füllen.

Dicht an dicht stehen die Tische in der Hafenkneipe und draußen am Kai, direkt an den Fischerbooten, ist ein langer Tisch voll besetzt mit hungrigen Touristen. Gegrillt wird vor dem Tisch. Die Sardinen kommen unmittelbar aus den Netzen der Fischer – sie werfen die kleinen Fische in Körben mit flinken Händen von ihren Booten an den Kai. Dort werden die Sardinas sortiert, verpackt und gleich verkauft. Minuten später liegen sie auf dem Holzkohlengrill der unzähligen Kneipen am Hafen. Gut gesalzen, dazu Brot und natürlich vinho tinto, der rote portugiesische Wein – was kann es schöneres geben?

Portugal bedeutet landschaftliche Vielfalt, Gastfreundlichkeit und im Süden traumhafte Strände eingebettet in ein faszinierendes Felsenpanorama. Das ist die Algarve. Jeder Monat im Jahr ist Besuchszeit im Süden Portugals. Der Winter ist ein milder Frühling, der Sommer nie zu heiß, der Herbst ein heißer Frühling. Das extrem milde Klima läßt Apfelsinen und Feigen reifen, hüllt schon im Januar die Landschaft in den weiß/rosa Schleier der Mandelbäume.

Wer hierher fährt, kann das Leben noch in vollen Zügen relativ preiswert genießen: Hotels und Übernachtungen sind zwar nicht ganz so billig wie in Italien, dafür ißt und trinkt man überaus preiswert: Ein Sardinen- und Gambas-Festmahl mit Wein und Brot kostet pro Person nicht mehr als acht Mark. Und dann hat man mehr als gut gegessen. Das gilt auch für die Touristikzentren in der Algarve. Vor allem die Fischfreunde kommen überall auf ihre Kosten.

Ganz besonders gilt dies für die vielen Bars und Restaurants im Inneren des Landes, dort, wo es nicht soviele Touristen gibt. Da lohnt sich ein Ausflug immer. Hier scheint die Zeit stehen geblieben zu sein: Noch immer stehen die Frauen in schwarzen Kleidern und mit Hüten vor ihren Häusern, palavern, während die Männer mit Mauleseln durch das Land ziehen. An Flüssen und Bächen wird wie zu Großmutters Zeiten die Wäsche gewaschen und Frauen sind es, die mit Eselskarren von Dorf zu Dorf zum Einkauf fahren. Zwischen den Bäumen an den kleinen Straßen Schnapsbrennereien – sie machen den feinen Schnaps „Medronho" aus Früchten des Erdbeerbaumes.

Zurück aus den Dörfern zu den Stränden. „Sie sind so schön wie fast nirgends in Europa", urteilte die „Stiftung Warentest". Fürwahr, kilometerlang ziehen sie sich, unterbrochen durch Felsen mit kleinen Buchten – ein Ferienparadies ersten Ranges. Aneinandergereiht sind die Städte zum Verweilen: Albufeira – ein malerischer Fischerort mit modernen Häusern durchsetzt. Sagres und Faro – die beiden „großen" Städte.

Faro ist Ausgangspunkt für alle Reisen in die Algarve – hier landen die Jets mit den sonnenhungrigen Touristen aus Europa. Und ein Dorf ragt besonders heraus: Carvoeiro. Es ist immer noch so, wie es einst war: ein kleines Fischerdorf mit duften Kneipen, kleinen Restaurants, schönen Buchten. Und oben auf den Klippen das „moderne" Carvoeiro – ein Super-Ferienclub für höchste Ansprüche! Die Anlage „Carvoeiro Club" besteht aus Villen, die sich in ihrem Baustil südlichen Gewohnheiten anpassen: Bis zu drei Doppelschlafzimmer, Kamin, eigener Swimming-Pool, Hausmädchen, Tennisplätze, Sqash, Minigolf, Nightclub und Bar.

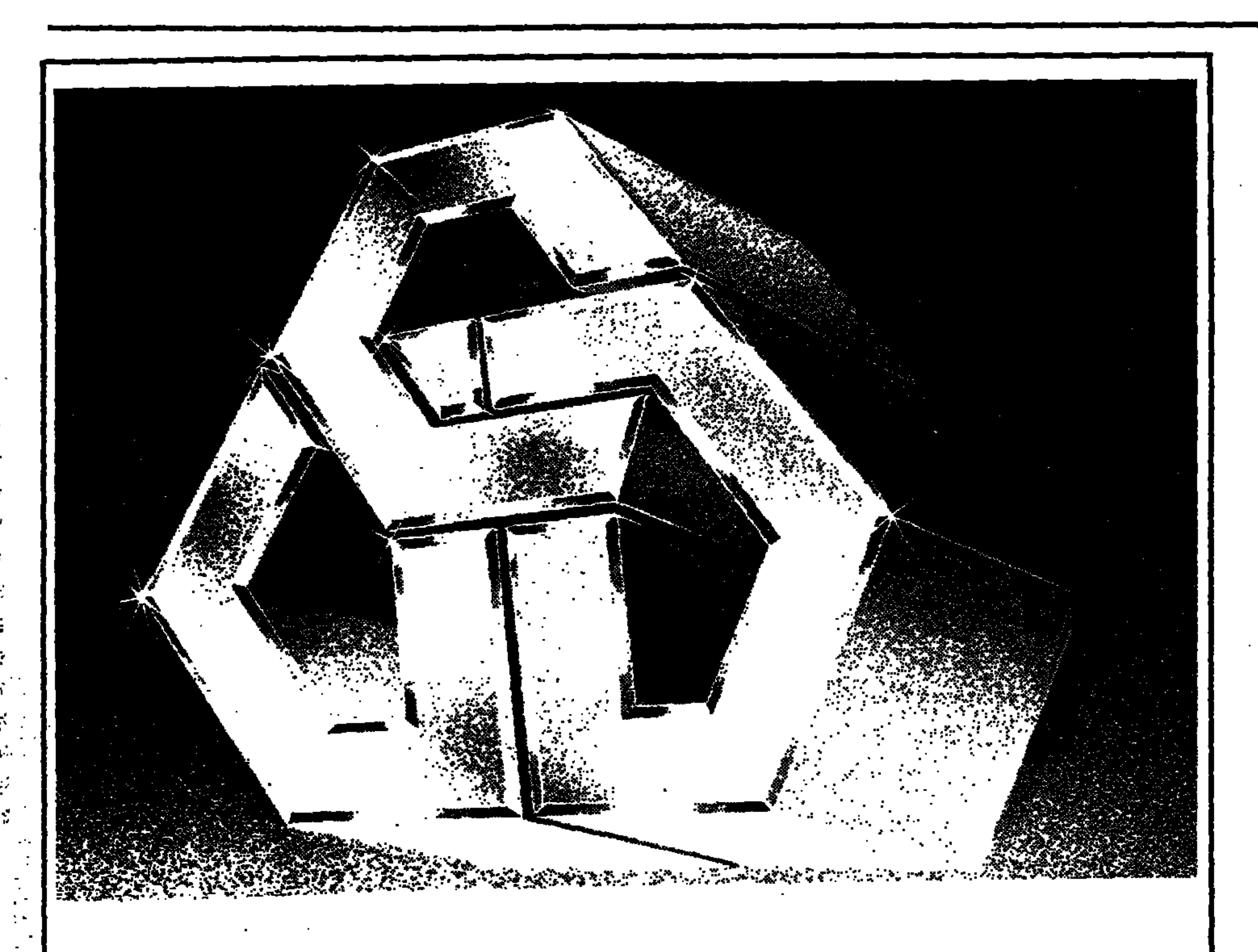
Die Idee zu diesem Luxusclub hatte der ehemalige Manager der „Vereinigten Papierwerke" (Quelle), Klaus Moeller (50), ein Hamburger. Er stieg vor sieben Jahren in Deutschland aus, baute seither drei Clubs für höchste Ansprüche. „Wir verkaufen entweder unsere Häuser oder vermieten sie", sagt Moeller. Jedes dieser Häuser besitzt einen wunderschönen Garten, Blumenbüsche, Palmen, Mandelbäume und Pinien grenzen die Grundstücke voneinander ab und verleihen dieser bezaubernden Landschaft den typisch südländischen Charme. Moeller: „Der Carvoeiro Club bedeutet Urlaub vom ersten Tag an und das in einem exclusiven Rahmen."

Recht hat er. Am Flughafen werden seine Gäste abgeholt, Kühlschrank und Getränkebox sind gefüllt. Das jedem Haus zur Verfügung stehende Dienstmädchen erledigt die Hausarbeiten und wäscht die Wäsche. Telex- und Telefonverbindungen stehen zur Verfügung, um auch vom Club aus Geschäfte machen zu können. Inzwischen hat Klaus Moeller an der Algarve drei derartige Ferienclubs mit insgesamt 200 Villen gebaut. Das investierte Kapital beträgt rund 70 Millionen Mark. Im Herbst 1984 wurden die Aktien der Moeller-Gesellschaft (Euroaktidada) in London an der Börse eingeführt und gehandelt.

Der Kaufpreis pro Villa liegt bei etwa 600 bis 800 000 Mark, der Mietpreis pro Woche zwischen 1000 und 2700 Mark bei einer Hausbelegung von sechs bis acht Personen.

Auskünfte: Menzell Tours, Hamburg 11, Alter Wall 67 und Portugiesisches Touristik-Amt, Kaiserstraße 66, 6 Frankfurt. ILSE BAUER

Portugal
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg







KAISERSLAUTERN / Ehemaliger Nationalspieler Hannes Bongartz mit 33 Jahren Bundesliga-Trainer

Präsident Friedrich suchte „Fußball-Verrückten", er fand ihn eher mit Gefühl als mit dem Verstand

M. HÄGELE, Kaiserslautern

Er kam und lächelte. Etwas verlegen und auf der Suche nach dem richtigen Ton. So ähnlich mag es ihm ergangen sein, als er sich zum erstenmal den Eltern seiner Freundin vorgestellt hat.

Daß Hannes Bongartz (33) Trainer des 1. FC Kaiserslautern wurde, hat in der Tat viel mit Gefühlen zu tun. „Fragen Sie mich nicht warum", sagt Jürgen Friedrich, der Präsident des Vereins, der den einstigen Regisseur der Bundesligamannschaft wieder in die Pfalz geholt hat. Rational sei dieser Schritt nämlich nur schwer zu erklären. Von beiden Seiten.

„Ich habe ihn mit diesem Angebot neulich richtig erschreckt", sagt Friedrich. An den erfahrenen Jürgen Sundermann hatte Friedrich zwar gedacht, aber nicht lange. Irgendwas hielt ihn auch ab, Klaus Toppmöller, den nächsten ernsthaften Kandidaten und ebenfalls ein ehemaliger Nationalspieler des 1. FC Kaiserslautern zu engagieren.

Friedrich sagt: „Ich wollte einen Mann, der in der Szene beheimatet ist. Einen Fußball-Verrückten, der auch die Sprache der Jungen versteht, die heute schon einen ganz anderen Wortschatz als die älteren Profis haben. Dies alles trifft auf Hannes Bongartz zu. Er war Publikumsliebling am Betzenberg. Zu seinen aktiven Zeiten hat er dem damals jungen Spund Andreas Brehme wie ein großer Bruder die Tricks auf dem Platz und außerhalb gelehrt. Aber er konnte auch stets Brücken schlagen zwischen der Generation der Porsche-Fans und jenen, für die eine goldene Ehrennadel am Revers und die Erwähnung in den Vereinsnachrichten höchsten Adel bedeutet.

Junge aus dem Leben, cleverer Geschäftsmann zugleich, zwischen diesen zwei Polen hat der Spieler Bongartz stets gependelt. Nun soll er vor Profis stehen, mit denen er vor kurzem selbst noch zusammen gespielt und Geschäfte gemacht hat. Er soll nun Befehle erteilen, obwohl ihn über die Hälfte der Mannschaft duzt. „Wer solch ein Amt übernimmt", wehrt Friedrich Bedenken ab, „der schlüpft in einen anderen Trainingsanzug."

Hannes Bongartz will die Problematik, die Alter und persönliche Vergangenheit fast selbstverständlich mit sich bringen, nicht wegdiskutieren. Dieses Thema beschäftigt ihn schon. Er hat sich bei Bundestrainer Horst Köppel erkundigt, wie es Franz Beckenbauer bei seinen ersten Schritten als Chef der Nationalelf mit der Autorität gehandhabt habe. Bongartz' Erkenntnis aus diesem Gespräch: „Ich werde ganz normal auftreten, das hat nichts damit zu tun, ob ich mit einigen per Du bin."

„Hannes, willst du neue Spieler", „Hannes, wie erklärst du den Niedergang des Klubs?" Hannes, immer wieder Hannes. Fast alle Journalisten duzten Bongartz bei dessen Antrittsrede, in der sich der neue Trainer ausgezeichnet verkaufte.

Auch für Bongartz gilt, daß seit dem Abgang des Pastors Sopp auf dem Betzenburg wieder mit einem Mund geredet wird. Friedrich gibt die Richtung an und in dessen Konzept haben sich alle zu fügen. Bei 5,3 Millionen Verbindlichkeiten zum Saisonende kann der Trainer Bongartz jetzt nicht nach Verstärkungen schreien. Und ein Supergehalt erhält er auch nicht.

Bongartz paßt in die neue Vereins-Politik, zu der der Pfälzer Klub gezwungen ist: Sparen und trotzdem Begeisterung wecken. „Viele meiner alten Bekannten hier haben in diesem Jahr mehr Heimspiele von Hellas Verona gesehen, sie lassen ihre Dauerkarten im Schrank liegen und fahren lieber zu Hans-Peter Briegel." Dies, so Bongartz, müsse sich ändern. „Die Truppe muß wieder so spielen, wie ich das selbst auf dem Betzenberg kennengelernt habe. Stimmung, Freude und Ordnung müssen wieder her."

Das hört sich schon an wie das Rezept Beckenbauers, mit dem Bongartz zusammen in der deutschen Nationalmannschaft gespielt hat. „Wer nichts wagt, gewinnt nichts", sagt Bongartz, „ich könnte mir kein besseres Sprungbrett vorstellen". Entschuldigen für den unerwarteten Job muß er sich nun auch nicht. Obwohl nicht wenige der etablierten oder arbeitslosen Fußball-Lehrer sauer auf diesen jungen Kollegen sein werden.

Zumindest in seinen ersten Monaten teilt Bongartz das Los Beckenbauers. Er besitzt keine Trainer-Lizenz. Bis Herbst wird er noch an der Sporthochschule in Köln büffeln. Doch Friedrich macht sich keine Sorgen, daß sein neuer Trainer dann durch die Prüfung fällt: „Ich habe mich schon bei den entsprechenden Herren erkundigt, der Hannes besitzt berechtigte Chancen." Dem Mann seiner Wahl und seiner Gefühle muß Friedrich schließlich vertrauen.

Helmut Schön holte ihn viermal



Hannes Bongartz (Foto), geboren am 3. Oktober 1951, hat 298 Bundesligaspiele bestritten, 167 für den 1. FC Kaiserslautern, zu dem er 1978 von Schalke 04 wechselte. Insgesamt erzielte er 35 Tore in Bundesligaspielen (24 für Kaiserslautern). Zwischen 1976 und 1977 wurde er von Bundestrainer Helmut Schön viermal in die Nationalmannschaft berufen. Er spielte gegen Malta (8:0), Mexiko (2:2), Finnland (1:1) und stand in der Mannschaft, die bei der Europameisterschaft 1976 in Jugoslawien erst im Finale und nach Elfmeterschießen der Tschechoslowakei unterlag (2:2/3:5). Bongartz mußte seine Karriere nach einem Spiel gegen Mönchengladbach (4. November 1983) wegen einer Rückenverletzung beenden. Wegen seiner schlanken, schlaksigen Gestalt (1,82 m groß, als Spieler 70 kg schwer) wurde Bongartz, der Trabrennpferde besitzt, „Spargeltarzan" genannt.

Der Computer als Animateur: Zeichentrickfilme erleben eine neue Blütezeit

Vom Vorspann-Panther zum Star

Die Plakate versprachen 1914 ohne falsche Bescheidenheit „die größte Tierschau der Geschichte", forderten Neugierige auf, „Winsor McCay und seinen wunderbaren, trainierten Dinosaurier" zu besichtigen.

Winsor McCay, ein amerikanischer Zeitungskarikaturist, befand sich in jenem Jahr mit einem in jahrelanger Arbeit aus 10 000 verschiedenen Zeichnungen montierten Film, in dem ein Dinosaurier namens Gertie die Hauptrolle spielt, auf Tournee durch amerikanische Varieté-Theater. Er hatte eine Nummer erarbeitet, bei der er – vor der Leinwand auf der Bühne stehend – mit dem bäumefressenden Tier zu sprechen schien. Wenn McCay Gertie an einer Stelle schalt, kullerten ihr sogar Tränen über die Dinosaurierbacken.

Die seinerzeit von Millionen Amerikanern bestaunte Varieté-Attraktion war rückblickend ein filmhistorisches Ereignis. „Gertie" ist der Vorläufer der Zeichentrickfilme, die in den dreißiger und vierziger Jahren Kinobesucher begeisterten und die heute beim Fernsehen eine zwar nicht künstlerische, dafür aber kommerzielle neue Blütezeit erleben.

Allein am Sonnabendvormittag strahlen die drei großen US-Fernsehnetze ABC, CBS und NBC zusammen mehr als zwölf Stunden „Cartoons" aus, die pro halbe Stunde zwischen 225 000 und 250 000 Dollar kosten. Die Zahl der Zuschauer wird auf 15 Millionen geschätzt, die der Werbeeinnahmen auf über 60 Millionen Dollar.

Es gibt Serien über prähistorische Ungeheuer, über Superhelden namens „He-Man" und „She-Ra", über Popstars, Doggen namens „Scooby-Doo" und Orang-Utans namens „Roxanna". Vor ihnen wurden die Beatles, die Harlem Globetrotters, Moby Dick und sogar Wernher von Braun zu Cartoon-Serienhelden gemacht. „Das Geschäft war noch nie so gut", erzählt Jean McCurdy, Mitarbeiterin des Zeichentrick-Studios „Hanna-Barbera", der WELT. „In diesem Jahr liefern wir alleine 250 halbstündige Shows ab – im vorigen Jahr waren es nur 150. Allein NBC füllt mit unseren Serien zwei Sendestunden."

Hanna-Barbera wird in den USA „General Motors der Trickfilmindustrie" genannt. Es ist das größte amerikanische „Animation Studio", das allein in Hollywood 500 Mitarbeiter beschäftigt und außerdem Studios in Taiwan und in Australien unterhält.

Der rosarote Panther – ZDF, 17.50 Uhr

Die beiden Firmengründer William Hanna und Joseph Barbera produzierten früher bei Metro-Goldwyn-Mayer die „Tom and Jerry"-Filme und machten sich dann in den fünfziger Jahren selbständig.

Sie gelten als die Erfinder der sogenannten „Limited Animation Films" – das sind billig und schnell für das Fernsehen produzierte Trickfilme, die nur einen Bruchteil der Phasenzeichnungen der alten Kino-Trickfilmserien wie „Schweinchen Dick", „Bugs Bunny", „Mickymaus" und „Donald Duck" aufweisen. Während bei letzteren zwölf Zeichnungen pro laufende Filmsekunde für fließende, naturgetreue Bewegungen sorgten, kommen TV-Cartoons wie Hanna-Barberas „Familie Feuerstein" mit zwei Zeichnungen pro Sekunde aus.

Kritiker haben die heute überwiegenden „Limited Animation"-Filme als „Verrat an der Trickfilmkunst" bezeichnet. Barbera verteidigt sich aber mit dem Hinweis: „Wir hatten gar keine andere Wahl. Als das Fernsehen aufkam, bedeutete dies das Ende der Kino-Trickfilme. Wir mußten uns entweder auf das neue Medium einstellen – oder uns nach einem neuen Beruf umsehen. Keine Fernsehgesellschaft in den USA ist bereit, die mehr als 500 000 Dollar zu zahlen, die ein halbstündiger, nach der alten Methode produzierter Trickfilm kosten würde."

Als die mit Abstand beste „Limited Animation"-Serie gelten heute die von dem Trickfilmstudio „Depatie-Freleng" produzierten Filme über den rosaroten Panther. Die drollige Raubkatze erblickte 1963 im Vorspann für eine Peter Sellers-Kriminalkomödie das Licht der Welt und wurde dann der Star eines eigenen Samstagvormittag-Programms. Die Serie basiert auf doppelt sovielen Zeichnungen wie üblich: Nur so ließen sich die eleganten Bewegungen eines Panthers einfangen.

Die Trickfilmherstellung ist seit den Tagen von Winsor McCay, der noch jedes einzelne Bild voll zeichnete, laufend verbessert und rationalisiert worden. Das neueste ist ein bei Hanna-Barbera installierter Computer, der bei einem Videosynthese genannten Verfahren unter anderem Zeichnungen elektronisch koloriert und dann auf Videofilm überträgt. Jean McCurdy räumt ein, daß viele der Angestellten sich „Sorgen um ihre Zukunft" zu machen beginnen: Der Tag, an dem ein Computer das Gros der bei der Trickfilmproduktion beschäftigten Zeichner ersetzen kann, ist nicht mehr fern.

HELMUT VOSS

KRITIK

Begegnungen mit der Erinnerung

Ein Berliner reist in seine Vergangenheit, schreitet die Stätten seiner Jugend ab und erinnert sich. Er holt seine kleinbürgerlich unpolitische Familie aus dem Gedächtnis und reflektiert: Ohne solche harmlosen Deutschen, die keine Nazis waren, hätten die Nazis niemals ihr Werk vollbringen können. Er denkt an den halbjüdischen Schulfreund Wanja, den die Polizei als Staatsfeind festgenommen hatte, suchte die Begegnung mit den Überlebenden.

Alles in allem eine wichtige, eine notwendige Geschichte. Horst Krüger hat sie als Roman geschrieben, Ottokar Runze hat daraus ein Drehbuch gemacht und Michael Günther hat es inszeniert: **Das zerbrochene Haus** (ZDF). Um es gleich zu sagen, sie hätten es bleiben lassen sollen.

Das Maß an Phantasiearmut, an fahrlässigem Vorsichhinwursteln ist selbst für Fernsehrelationen zu stark überschritten. Da mußte der arme Hans Caninenberg an die 90 Minuten lang immer wieder zwischen Berliner Straßen und Plätzen auftauchen, das Gesicht stets in die gleichen Erinnerungsfalten gelegt; da verführte man den Manuel Vaessen, den Wanja als dilettantische Russenkarikatur zu spielen. Eine erstklassige Besetzung wurde zur Komparserie degradiert, zu einer Handlung verwandt, die im Prinzip nur aus mündlicher Beschreibung ihrer selbst bestand.

Doch die eigentliche Fehlleistung der Sendung war der Versuch, Teile des Auschwitz-Prozesses mit Schauspielern nachzustellen. Da konnte es zu der grotesken Szene kommen, daß der Erzähler die Angeklagten nicht als solche identifiziert, weil die Schauspieler, die sie darstellen, „wie Journalisten oder Zuschauer" aussehen. Hier fällt die Grenze des Machbaren mit der Grenze dümmlicher Gedankenlosigkeit zusammen. Auschwitz als Stellprobe, das geht nicht.

VALENTIN POLCUCH

NACHRICHTEN

Björn Born siegt wieder

Kobe (sid) – Der frühere Weltklasse-Tennisspieler Björn Borg gewann zum Auftakt eines mit 200 000 Dollar dotierten Einladungs-Turniers im japanischen Kobe gegen seinen schwedischen Landsmann Johann Carlsson mit 6:4, 7:6. In Kobe sind acht Spieler am Start.

Aus für Eva Pfaff

Barcelona (sid) – Die Königsteinerin Eva Pfaff ist bei den internationalen spanischen Tennis-Meisterschaften der Damen in Brcelona in der ersten Runde ausgeschieden. Sie unterlag überraschend der Augsburgerin Petra Keppler mit 5:7, 2:6.

Kempe nach Bochum

Bochum (sid) – Thomas Kempe, Lizenzspieler beim deutschen Fußball-Meister VfB Stuttgart, wird in der nächsten Bundesliga-Saison für den VfL Bochum spielen. Ungeklärt ist noch die Höhe der Ablöse. Bochum hat die von Stuttgart geforderten rund 600 000 Mark nicht akzeptiert.

Van Kempen gestorben

Brüssel (sid) – Der internationale Radsport hat eine legendäre Gestalt verloren: Piet van Kempen ist in Brüssel im Alter von 78 Jahren an den Folgen eines Herzinfarktes gestorben. Der „Fliegende Holländer" galt in den zwanziger und dreißiger Jahren als bester Bahnradsportler der Welt. Mit 32 Siegen war er lange Zeit der erfolgrichsten Sechstagrennfahrer, ehe er von Gustav Kilian überholt wurde.

Ohne Italiener

Düsseldorf (dpa) – Das Fußball-Länderspiel England gegen Deutschland am 12. Juni in Mexiko City bestreiten beide Teams ohne die Spieler, die in Italien unter Vertrag stehen. Auch Karl-Heinz Rummenigge (Inter Mailand) und Hans-Peter Briegel (Hellas Verona) müssen für ihre Klubs im italienischen Pokal spielen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiel vom 23. Spieltag: Kaiserslautern – Hamburg 1:1.

WM-Qualifikation, Gruppe 5: Österreich – Zypern 4:0.

DIE TABELLE

1. Ungarn	5	5	0	0	12:3	10:0
2. Österreich	6	3	1	2	9:8	7:5
3. Holland	5	2	1	2	10:5	5:5
4. Zypern	6	0	0	6	3:18	0:12

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in München, Einzel, erste Runde: Pimek (CSSR) – Vojtisek (CSSR) 6:1, 6:1, Schwaier (Deutschland) – Brasilien) 3:6, 6:3, 6:2, Clerc (Argentinien) – Frawley (Australien) 6:7, 6:1, 6:2, Mecir (CSSR) – Westphal (Deutschland) 4:6, 6:1, 6:4, Slozil (CSSR) – Gunnarson (Schweden) 1:6, 6:4, 6:4, Nystroem – Simonsson (beide Schweden) 6:2, 6:3. – **Turnier der Meister in Forest Hills,** 1. Runde: Hlasek (Schweiz) – Keretic (Deutschland) 6:1, 6:2, Moor (USA) – Popp (Deutschland) 7:6, 6:2, McEnroe (USA) – van Patten (USA) 6:4, 6:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Play-off-Runde, Aufstiegsrunde: Steinhagen – Saarbrücken 6:9, Reutlingen – Düsseldorf 9:5. – Abstiegsrunde: Bad Hamm – Bremen 3:9, Bayreuth – Altena.

SPORTBUND / Perspektivplan verabschiedet

Die umstrittenen Leitsätze nahmen vorletzte Hürde

dpa, Hamburg

Das Präsidium des Deutschen Sportbundes (DSB) hat am Dienstag auf einer Sondersitzung einstimmig den „Perspektivplan für den Spitzensport" verabschiedet, der nun dem DSB-Hauptausschuß am 8. Juni in Hannover zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Damit nahm das umfangreiche Konzept der künftigen Förderung des Spitzensports in Deutschland die vorletzte Hürde. Ob das Papier in vier Wochen in Kraft tritt, bleibt jedoch noch offen. Werner Göhner, Sprecher der Spitzenverbände im DSB, sagt: „Es gibt Pro und Kontra und somit bisher keine einheitliche Haltung."

Der neue Plan geht auf einen Entwurf des Bundesausschusses für Leistungssport (BaL) zurück, der vom DSB-Präsidium unter der Überschrift „Leitsätze zum Spitzensport" vor zweieinhalb Wochen in erster Instanz abgelehnt worden war. DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler: „Das Papier ist überarbeitet und gestrafft worden." BaL-Vorsitzender Heinz Fallak: „Die Struktur ist geblieben. Inhaltlich hat es keine wesentlichen Veränderungen gegeben."

Ursprünglich hieß es: „Alle unsere Möglichkeiten zur Förderung der Spitzensportler sind auszuschöpfen." In der jetzigen Fassung steht: „Zur Förderung der Spitzensportler gehört eine konsequente, individuelle Planung der sportlichen Laufbahn mit dem Angebot einer angemessenen materiellen Absicherung." Neben einer Karriere-Planung für jeden einzelnen Spitzenathleten wird in dem Perspektivplan eine Konzentration auf olympische Sportarten festgeschrieben. Gefordert wird eine wirksamere Betreuung der Spitzensportler durch verstärkten Einsatz von qualifizierten Trainern, Wissenschaftlern und Medizinern sowie die Nutzung von Bundesleistungszentren als Olympia-Zentren.

Die Kritik der Verbände läßt sich so zusammenfassen: Es kann nicht angehen, daß ein so weitreichendes Vorhaben im Eilverfahren durchgezogen werde. Innerhalb von vier Wochen gebe es keine ausreichende Gelegenheit zur Diskussion innerhalb der Verbandsgremien. Der Plan laufe auf einen Zentralismus hinaus und auf eine Verengung der Förderung auf (erfolgreiche) olympische Sportarten.

Tatsächlich steht der DSB mit seinem Plan unter Zeitdruck, denn den Verbänden muß das endgültige Papier vier Wochen vor der Hauptausschußsitzung vorliegen. Deshalb schickte Gieseler den Verbänden die ursprüngliche Fassung des BaL-Entwurfs bereits am Wochenende zu. Andererseits: Wird der neue Entwurf nicht beraten, gibt es keinen wesentlichen Tagesordnungspunkt mehr.

ÖSTERREICH

Hoffen auf die Ungarn

sid, Graz

„Jetzt liegt unser Schicksal in der Hand unseres Erzfeindes". Zu diesem Satz verstieg sich die Wiener „Kronenzeitung" bei dem Versuch, die Situation der österreichischen Fußball-Nationalmannschaft nach ihrem 4:0-Sieg in der Weltmeisterschafts-Qualifikation über Zypern zu beschreiben. Zumindest drücken nun am 14. Mai Österreichs Fußball-Freunde dem Nachbarn Ungarn die Daumen, dessen Team im letzten Spiel der Europa-Gruppe 5 gegen Holland antritt.

Sollte Ungarn mindestens ein Unentschieden erreichen, qualifizieren sich die Österreicher als Tabellen-Zweiter für die Entscheidungsspiele gegen den Zweiten der Europa-Gruppe 1.

Die bereits als Gruppensieger feststehenden Ungarn führen die Gruppe mit 10:0-Punkten an vor Österreich (7:5) und Holland (5:5). Die Holländer haben allerdings die weitaus bessere Tordifferenz im Vergleich zu Österreich. Sollte Österreich in der Endabrechnung den begehrten zweiten Platz einnehmen, würde der nächste Gegner entweder Belgien oder Polen heißen.

Gegen Zypern wurde die Pflicht erfüllt. Jetzt schauen alle nach Budapest. Österreichs Trainer Elsner wird allerdings nicht im Nep-Stadion zuschauen: „Ich sterbe lieber daheim, als in Budapest."

Pingpong um ausländische Spieler

Der Deutsche Tischtennis-Bund (DTTB) überlegt, ob er den Einsatz ausländischer Spieler in der Ersten Bundesliga (nicht in den Spielklassen darunter) verbieten sollte. Begründung: Nur in Deutschland gebe es eine Struktur, die Ausländern den Lebensunterhalt durch Tischtennis gestatte. Fast fünfzig Prozent aller für die Erste und Zweite Bundesliga aufgebrachten Summen flössen ins Ausland; sogar staatliche Behörden fremder Länder kassierten mit. Dafür vernachlässigten die Vereine ihre eigenen Nachwuchsspieler und stellten womöglich aus Geldmangel keine Trainer ein. Die fremden Verbände könnten hier ihre Nationalspieler auf deutsche Kosten üben lassen, während der Medieneindruck entstehe, daß die deutschen Spieler zweitklassig seien.

Sehr überzeugend klingt das alles nicht. Gewiß geht Geld ins Ausland, aber es interessiert hier niemanden, daß unsere Spieler nicht ihrerseits im Ausland vergleichbar verdienen können – jeder weiß, daß sie, gäbe es eine solche Struktur auch anderswo, dort kaum zum Zuge kämen. Denn sie sind nicht nur dem Medien-Eindruck nach zweitklassig; ob da eine Ausländersperre dem deutschen Tischtennis zum Eindruck der Erstklassigkeit verhelfen kann, ist sehr zweifelhaft. Ob die Sponsoren (kein Bundesligaverein lebt allein von seinen Zuschauern) dann noch dieselben Summen hineinzustecken bereit sind, wenn hier keine erstklassigen Spieler mehr zu sehen sind, ist noch zweifelhafter.

Die größten Zweifel aber löst die Spekulation aus: Wenn man erst nur die teuren Ausländer weg habe, dann werde Geld für Nachwuchsspieler und Trainer übrig bleiben. Eher ist zu befürchten, daß die wenigen deutschen Spitzenspieler nun erst recht die Preise in die Höhe treiben können, wo man früher wenigstens eine gewisse Möglichkeit breiterer Auswahl hatte. Die deutschen Spieler haben auch bisher das Maximum ausgereizt, denn selbstverständlich macht ein Ausländer noch lange keinen Sommer – der Spieler an Nr. 3 ist kaum weniger wichtig, und der Sieg kann vom Spieler Nr. 6 abhängen. Den Nachwuchs aber holen sich die Spitzenvereine seit langem aus den Breitenvereinen; daran wird kein Ausländerverbot etwas ändern.

STAND ● PUNKT

Ob die Ausländer dadurch besser wurden als unsere Spieler, daß sie in der Bundesliga spielen, ist höchst anfechtbar; eher wohl nützte es unseren Spielern, regelmäßig gegen bessere anzutreten. Vielleicht werden die Schweden nicht mehr so intensiv trainieren, wenn sie nur noch auf Plätze in der Zweiten Bundesliga hoffen können. Aber ein Eigenaufbau durch Schwächung der anderen gibt auch kein sehr sympathisches Bild. Vielleicht werden unsere Spieler weniger trainieren, wenn sie nicht mehr gegen ausländische Konkurrenz bestehen müssen; sie haben ja auch vor dem Ausländer-Verpflichtungen keine bessere internationale Rolle gespielt.

Jedenfalls werden die Spieler der totalitären Staaten, ob wir sie nun hereinlassen oder nicht, immer voraus sein. Denn während für einen deutschen Spitzenspieler ein Tischtennis-Einkommen nicht mehr hergibt, als er in jedem gehobenen Beruf bei gleicher Tüchtigkeit (aber lebenslang) erwerben kann, bedeutet für Chinesen, Ungarn, Russen Spitzensportstärke ungeahnte Möglichkeiten an Reisen und Einkäufen im Westen, wie ihre Landsleute sie allenfalls in sehr wichtigen Ämtern erlangen können. Der DTTB hat seine Erfahrungen und seine Gründe; letztlich aber kann der Gedanke nur auf einen Versuch hinauslaufen, dessen Rückgängigmachung im Falle des Mißerfolgs man sich vorbehalten muß.

ENNO von LOEWENSTERN

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Das Mädchen vom Moorhof
Deutscher Spielfilm (1935)
11.25 Die Seidenstraße
12.10 Kennzeichen D
Ost-West-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Der Fahnenschwanz und seine Verwandten
Aus dem Leben der Baum- und Erdhörnchen
16.55 Links und rechts vom Äquator
Ein Bericht über den amerikanischen Star Michael Jackson, ein Besuch beim elfjährigen Reza im iranischen Dorf Kamu, ein Einblick in die Arbeit chinesischer Tuschemaler, die Abrüstungskonferenz in Genf sowie ein Beitrag zur deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 präsentiert Ulrich Wickert in seinen neuen „Geschichten und Reportagen aus aller Welt".
17.25 Kasalligator
Zeichentrickfilm von Ursula und Franz Winzentsen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Fußball über alles
Spielerfrauen – der „lebende Ausgleich" der Profis
Film von Lucas Maria Böhmer
21.00 Lieder der vier Jahreszeiten
Carolin Reiber präsentiert:
Frühlingsmelodien
22.30 Tagesthemen
23.00 Herr Herr
Ein Lehrstück in 7 Lektionen
Von Markus Kutter
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen ...
Familie Bergers Erfahrungen aus zweiter Hand
4. Folge: Wenn ich ein Sheriff wär'
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Dick und Doof
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Mit Carlo v. Tiedemann
21.00 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Auf gute Nachbarschaft
21.45 heute-journal
22.05 Ist Jesus Oxalá?
Brasiliens Katholiken zwischen Afrika und Rom
Bericht von Klaus Eckstein
22.35 Ein Kapitel für sich (1)
Fernsehfilm von Eberhard Fechner nach Romanen von Walter Kempowski
Aus den meisten Häusern in Rostock hängen am 1. Mai 1945 weiße Fahnen, da die Bewohner die herannahende Sowjetarmee erwarten. Auch Mutter Kempowski sitzt auf dem Balkon, als die ersten Schüsse fallen ...
0.35 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Die Operation
15.00 Siebzte!
Quips – Wasser
15.30 Musicbox
Die Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Feuer in der Windmühle
17.00 Simon Templar
S. T. und der Fall Fornberg
18.00 Fauna Iberica
Der Geier Kaspar
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Isola Bella
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Marianne Hold, Paul Hubschmid, Monika Dahlberg u. a.
Regie: Hans Grimm
20.30 Video-Connection
Porträt: Cliff Richard
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Das Gesicht im Dunkeln
Deutsch-ital. Spielfilm (1969) nach Motiven von Edgar Wallace
Mit Klaus Kinski, Margaret Lee, Christiane Krüger u. a.
Regie: Riccardo Freda
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Der lange Lulatsch von Amrum: Ein Leuchtturmwärter nimmt Abschied
19.00 heute
19.30 Derrick
Ein unbegreiflicher Typ
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Schauplätze der Weltliteratur
Von der Hallig bis Husum – Theodor Storms Schimmelreiter
Film von Wolfgang M. Ebert
22.30 Ritter, Vasallen, Landesherren
Die Kuenringer
Film von Brigitte Vacha
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Vor der Wahl '85
Mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU)
Leitung: Claus-Hinrich Casdorff
22.15 Mord in Hollywood
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Regie: William Castle
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 Das Verhalten der Tiere
Leben ist lernen
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Herr ohne Kleingeld
Französische Filmkomödie (1959) nach Georges Simenon
Mit Jean Gabin u. a.
21.45 Das Böse kommt auf leisen Sohlen: Ray Bradbury
22.30 Deutschland, Deutschland
Größenwahn
Eine Revue über die letzten und die ersten Tage von Heinrich Breloer
0.30 Nachrichten

HESSEN

18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Jeremy
Amerikanischer Spielfilm (1973)
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Gott via Satellit
Fernsehkirchen in den USA
22.30 Hilf mir träumen (1)
Italienischer Fernsehfilm

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Alcatraz (4)
Amerikanischer Fernsehfilm
20.10 Die vier Jahreszeiten
21.28 Atelierbesuch: Lotte Reimers
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Schwätzkasten
21.55 Unser Mann in Bonn
22.25 Konzert
Werke von Antonio Vivaldi
22.45 Zum 8. Mai
Gespräch zwischen Heinrich Böll, Ernst Benda, Stefan Heym und Wendelgard von Staden
23.45 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Transparent
22.30 Landesspiegel
Hanns Dieter Hüsch zum 60. Geburtstag
22.45 Zum 8. Mai
23.45 Nachrichten
Nur für das Saarland:
21.45 Kulturgespräche

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Unerwartet verschied ...
Kriminalspiel von Philip Mackie
20.40 Z. E. N.
20.45 „Ich habe stets das Licht geliebt"
Das Leben der Maria Ward (1585–1645)
21.30 Rundschau
21.45 Violette und François
Französischer Spielfilm (1977)
23.20 Rundschau
23.25 Actualités

Wie weit weg ist hautnah?

each – Kürzlich sind ein paar Waghalse in einen Vesuv-Krater gestürzt, weil sie sich zu nahe an den steilen Trichtermund begeben hatten. Ein Reporter erklärte den Absturz der leichtsinnigen Kletterer damit, sie hätten sich „hautnah" an den feuerspeienden Krater gewagt. Das gibt zu denken, denn wenn eine Entfernung von zehn oder zwanzig Meter heute als hautnah gilt, was ist, wenn einer sich die Haut am heißen Bügeleisen verbrennt?

Ich sann darüber nach. Aber die Lösung fand ich, wie so oft, in einem der uns aus Bonn erreichenden Redeschwälle. Da hieß es, dies und das habe den Redner getroffen wie ein Backenstreich, es sei ihm richtig unter die Haut gegangen.

Ich hab's: Wenn etwas die Haut bei weitem nicht berührt, ist es hautnah, wenn es sie berührt, so ist es unter der Haut. Soviel über die Epidermis als Metapher deutscher Schreib- und Redekunst. Aber es ist mehr als nur das: Hier zeigt sich die Unfähigkeit ganzer Generationen deutscher Zunge, sich differenziert auszudrücken. Man greift nach der Maximalformel, nach dem anmaßenden äußersten Wert, um sich verständlich zu machen, und wenn diese letzte Grenze erreicht ist, bleibt einem nur übrig, sie sinnwidrig zu überschreiten. Wenn nun also etwas wirklich unter die Haut geht – wie sag ich's dann so, daß die Leute nicht denken, es sei nur hautnah? Ich schlage vor, wir sagen dann, es greife uns ans Herz, denn dies sitzt weiter als nur unter der Haut, hinter den Rippen nämlich, und vergeßt das schöne Wort „zutiefst" nicht, Freunde, sonst werdet Ihr nie gute Heuchler, die hautnah unter die Haut gehen, so daß es einem zutiefst ans Herz greift.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „ZeitBild" aus Bern

Ostpolitische Argumente

Ein Parallelstück in unseren bundesrepublikanischen Gefilden gibt es nicht. Und das ist kein Zufall. Denn unserer „politischen Kultur" ist so viel unabhängiger Bürgersinn fremd, es sei denn, es handele sich um das „Engagement" der anderen Feldpostnummer.

Was ist das „ZeitBild"? Eine in Bern vom Schweizerischen Ost-Institut (SOI) herausgegebene, 14tägig erscheinende Zeitschrift, die sich in populärer Form, aber auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ost-West-Verhältnis und dem aktuellen Panorama der sowjetisch kontrollierten Staaten, nicht nur denen des Warschauer Paktes, befaßt. Projizieren wir die schweizerische Auflage des „ZeitBild" auf die weit größere Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, dann müßte ein entsprechendes Organ bei uns 160 000 Käufer finden.

Was die „ZeitBild"-Leser suchen, ist allem Anschein nach nicht eine der Ostzeitschriften, die in dem Lesesaal einer größeren Bibliothek ausliegen, sondern ein Blatt, das auf ihren Argumentationsbedarf zugeschnitten ist und als „Nebelspalter", um einen anderen schweizerischen Zeitschriftentitel zu plagiieren, den dicken Mediendunst zerteilt. Ob es sich um die sowjetische Informationspolitik bei Weltraumprojekten, um den Parteitag der ungarischen KP, die Aufrüstung in Kuba oder um den letzten „Rotstrumpf"-Band des Benziger-Verlags handelt, stets wird ein Mosaikstein so in das Bild der Zeit eingefügt, daß der Leser auf brauchbare Argumente stößt.

Das „ZeitBild" (die französische Ausgabe nennt sich „Etudes politiques") ist ein Dampfer aus dem publizistischen Geleitzug, dessen Heimathafen die behäbige Villa an der Jubiläumsstraße ist, die das Schweizerische Ost-Institut und die Schweizerische Osteuropa-Bibliothek beherbergt. Da gibt es eine wöchentliche Auswertung der russischen, chinesischen und osteuropäischen Presse, Pressedienste in den Weltsprachen, eine weltpolitische Orientierung für Führungskräfte („SOI-Bilanz"), die wissenschaftlichen Sonderdrucke (bisher 25 Nummern) und die Taschenbuchreihe „Tatsachen und Meinungen" (bisher 54 Nummern). Die Anfänge dieses Geleitzugs reichen in den Februar 1948, als der Prager Coup manchen, der bis dahin geglaubt hatte, der russische Bär sei in die Mitte Europas hineingetrottet, um den Demokraten die Kastanien aus dem Feuer zu holen, unsanft weckte.

Ein „Freier Korrespondenzdienst" wollte für die einsetzende Aufklärung dokumentarische Unterlagen sammeln. Der studentische Redaktor Peter Sager, bis heute Motor des SOI, führte das entstehende Archiv weiter. Es wuchs sich zur schweizerischen Ost-Europa-Bibliothek aus, die heute mit 90 000 Bänden und 400 Zeitschriften die einzige einschlägige Spezialbibliothek des Landes ist. Vor 25 Jahren wurde die Bibliothek von der öffentlichen Hand übernommen, während das 25 angestellte Mitarbeiter beschäftigende Ost-Institut privat blieb. Die Nachbarschaft zur Wissenschaft hat manche Frühwarnung erbracht, etwa die Vorhersage des sowjetischen Einmarsches in Prag ein halbes Jahr vorher.

Der Kontakt mit den in einem Förderverein zusammengeschlossenen Bürgern erlaubt keine Blässe. Die Mischung aus privater Initiative, Bürgersinn und wissenschaftlicher Kompetenz ruft auch Gegner auf den Plan, die über die „unheimlichen Patrioten" lamentieren. Doch spricht vieles für die Überzeugung des „ZeitBild", daß die Sowjetunion auf Sieg in einem „politischen Krieg" setzt und die militärische Rüstung nur als Droh- und Druckkulisse einsetzt.

C. von SCHRENCK-NOTZING

Grandiose Inszenierung in einer amorphen Hülle: Der Neubau des Kunstgewerbemuseums in Berlin

Geheimnisvoll, großzügig, suggestiv

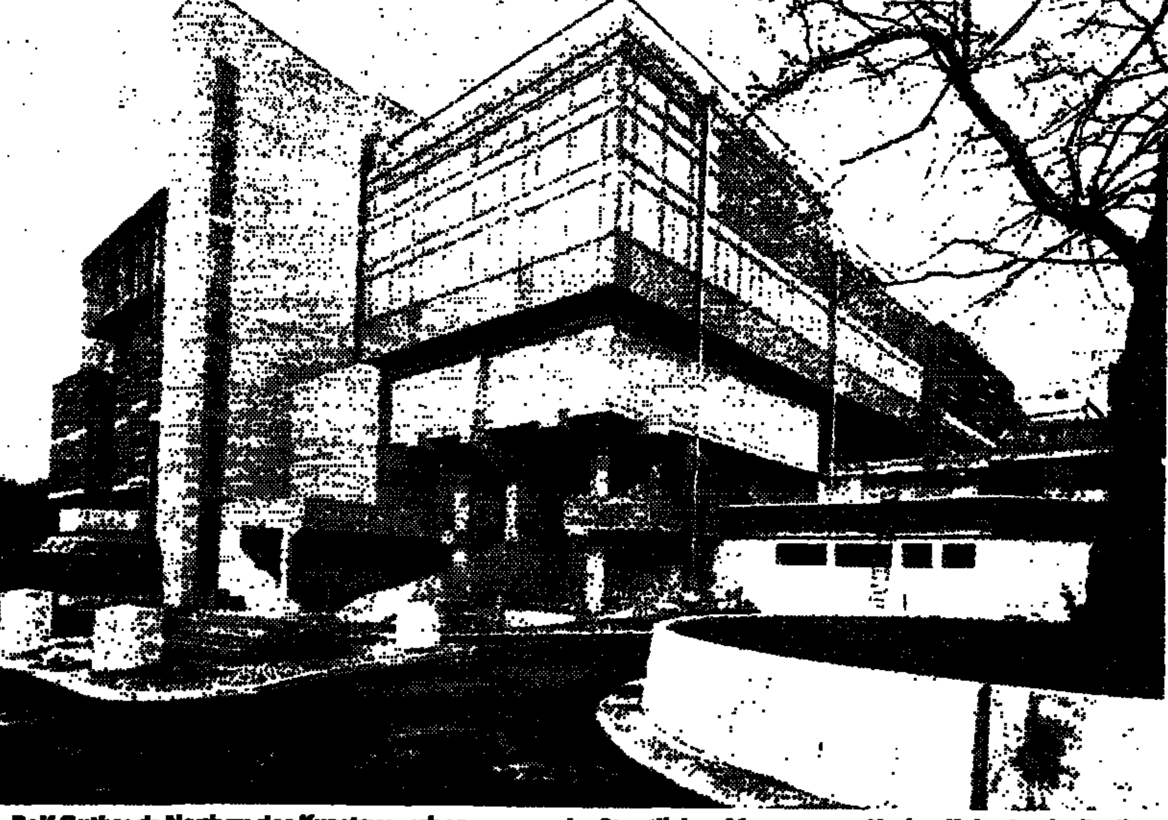
Als Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann vor 14 Tagen das neue Frankfurter Museum für Kunsthandwerk vorstellte, wagte er einen kühnen Vergleich: „Dieses Haus gehört jetzt zu den acht bedeutendsten europäischen Instituten dieser Art, in Deutschland kann sich nur Hamburg mit unseren Sammlungen messen." Ganze zwei Wochen später ist dieser Satz schon falsch. Wenn am Sonntag in Berlin das neue Kunstgewerbemuseum eröffnet wird, erblickt eine Sammlung das Licht der Öffentlichkeit, „die an gleichmäßiger Qualität nur mit den bedeutendsten Museen der Welt zu vergleichen ist".

Es klingt stolz und zugleich ehrfürchtig, wenn Franz Adrian Dreier, Direktor dieser Sammlung, mit solchen Lobesworten die von ihm verwalteten Schätze rühmt. Er hat die Leitung der Sammlung in einer Zeit übernommen, in der sie schon mehr als hundert Jahre bestand. Aber sie konnte, bis auf wenige Stücke im Charlottenburger Schloß, nicht mehr augestellt werden. Durch die Zerstörung des Berliner Schlosses im Bombenhagel des Februar 1945 war sie ihrer letzten und idealen Heimstatt beraubt worden.

Der Neubau, in dem sie jetzt erstmals wieder im ganzen gezeigt werden kann, muß also einen anspruchsvollen Vergleich aushalten. Das neue Haus steht zudem in einem Ensemble von Vorzeigebauten der sogenannten architektonischen Moderne, nämlich an jenem Kulturforum am Tiergartenrand, das von Hans Scharouns Philharmonie und Staatsbibliothek sowie Mies van der Rohes Nationalgalerie akzentuiert wird. Außerdem ist es in einer Zeit fertig geworden, in der eine neue Architektengeneration mit weit über die Bundesrepublik hinaus beachteten „postmodernen" Museumsneubauten Triumphe feiert.

Diese Konkurrenzsituation kannte der heute 75jährige Rolf Gutbrod, denn die Planung an seinem Bau hat fast 20 Jahre gewährt. Sie reicht damit in die gleiche Zeit zurück, in der auch die ersten Entwürfe für die Neue Pinakothek in München gezeichnet wurden, jenen spektakulären Bau, mit dem der Architekt Alexander von Branca zum erstenmal neue Wertungen der Kunst und des architektonischen Anspruchs zu setzen gewagt hat – in bewußter Antithese zu den abstrakten, geschichtsfeindlichen Grundsätzen des Bauhauses.

Aber Rolf Gutbrod hat von dieser Konkurrenz keine Notiz genommen. Gutbrod wird dem Einflußbereich von Hans Scharoun zugerechnet. Symmetrie ist ihm ein Greuel. Seine berühmtesten Bauten – den deutschen Pavillon auf der Expo 67 in Montreal und seine saudiarabischen Baukomplexe in Mekka, Dschidda und Riad – hat er gemeinsam mit Frei Otto, dem Erfinder der Hängedachkonstruktionen, konzipiert. Für sein neues Museum in Berlin nimmt der Stuttgarter, der sich inzwischen dem religiösen Bekenntnis des Islam zugewandt hat, in Anspruch, daß es „einen bewußt zurückhaltenden Hintergrund für die als ‚Solitairs' gestalteten Bauten der Umgebung" (also für die Kulturbauten von Scharoun und Mies) bilden solle.



Rolf Gutbrods Neubau des Kunstgewerbemuseums der Staatlichen Museen preußischer Kulturbesitz Berlin FOTO: SIEBRAND REHBERG

Aber dem Bauwerk ist diese Absicht nicht anzumerken. Dem Beschauer bietet es sich als ein Gebirge roter Backsteinkuben ohne erkennbare Ordnung oder Bezugspunkte dar. Offenbar willkürlich ist die Baumasse durch Schlitze und Betonrippen unterteilt, quellen aus den Backsteinwänden massive Betonblöcke (die Treppentürme), sind mächtige Metallkästen (mit den Fensterfronten) eingehängt oder aufgesetzt.

Gutbrod entschuldigt sich mit dem Hinweis, der „Stockzahn-Eindruck" des Museums könne nur eine unvollkommene Vorstellung von der Gesamtkonzeption des von ihm entworfenen Museenkomplexes geben, zu dem noch Gemäldegalerie, Skulpturensammlung, Kunstbibliothek und Kupferstichkabinett gehören und der Mitte der 90er Jahre vollendet sein soll. Der fertiggestellte Bau dürfe nicht als Einzelbauwerk gewertet werden. Er sei „in kontrapunktischem Gegensatz zu den späteren Bauten von außen eher abweisend" und werde „erst beim Betreten des Haupttreppenhauses transparent".

Folgt man dieser Empfehlung, so wird man das Versprechen im Innern des Gebäudes dennoch kaum eingelöst finden. Der Blick in den verheißungsvollen Innenhof, der sich bereits aus der hohen, vierstöckigen Eingangshalle heraus öffnet, wird durch monströse metallene Bewehrungen der Fenster mehr verstellt als freigelegt. Fast gewalttätig wirken die plumpen Betonrampen, die als riesige Tröge die Treppen enthalten und sich ohne Rücksicht auf die Raumformen von oben asymmetrisch in die Säle senken.

Graue Sichtbetonwände, schräg und regellos abgewinkelte Emporen, wuchtige Träger und Unterzüge aus Beton, die sich schiefwinklig verschlingen oder plötzlich abgehackt enden, fünfeckige Pfeiler, die in achteckigen Deckenausschnitten münden, Metallbügel für die Treppengeländer, die in Fallrichtung abgekippt sind – das alles darf man natürlich nicht als „Pannen" des Architekten werten, sondern als Ausdrucksmittel eines ganz bewußten, freilich sicherlich befremdlichen Gestaltungswillens. Wenn es eine Aussage, eine Philosophie dieses Bauwerks gibt, so wird man sie in der Absage an Ordnung und Ablesbarkeit, an Sinngebung und Harmonie, an künstlerische Durchbildung und Ornamentik, an das „Historische und das Poetische", die beiden von Schinkel für unabdingbar erklärten Qualitäten der Architektur, zu suchen haben.

Funktionalismus? Materialgerechtigkeit? „Anständige" Form? Die alten Ideale des Bauhauses sind ausgehöhlt und bis zur Karikatur verfremdet. Mehr noch als in Frankfurt, wo es die Museumsleitung schwer hat, den Ausstellungsstücken in den lichtüberfluteten Raumfluchten des Amerikaners Richard Meier Geltung zu verschaffen, ist in Berlin ein Museum eher *gegen* als *für* die filigranen, fragilen, durchgeformten hochartifiziellen Schöpfungen des Kunsthandwerks entstanden. Das mag nicht einmal ein Zufall sein. Für das Bauhaus war „Kunstgewerbe" ein Schimpfwort – ein Trauma, an dem der niemals mit sich ins Reine kommende Deutsche Werkbund noch heute trägt.

Was die Museumsleitung aber in diesem gekünstelt archaischen Gehäuse inszeniert hat, das kann man nicht anders als grandios nennen. Franz Adrian Dreier hat dem Bau Qualitäten abgerungen, die seine eigensinnige, disparate, gewalttätige Formensprache fast vergessen machen. „Raum und Lichtführung sind nicht schlecht, als Museum ist das Haus besser nutzbar als die Nationalgalerie", sagt der Museumsmann, der sich mit der Anordnung und Ausstattung der Vitrinen, mit geheimnisvollen Lichteffekten, mit dem Einbau von Kabinetten, mit dem Wechsel von großzügiger Raumnutzung und dichter, geballter Präsentation der Exponate und mit dem suggestiven Grundsatz: „Die Farbe der ausgestellten Gegenstände soll den Raum bestimmen" als ein Magier des Raumkults erweist.

Übertragen könnte man sagen: Die Ornamentik der Kunstgegenstände, die dieses Haus birgt, wird die amorphe Hülle noch schneller überformen als das vom Architekten herbeigesehnte „Altern" der Außenhaut und das schon angepflanzte grüne Rankenwerk. Der Satz „Die Form folgt der Funktion" kann offenbar nur in der Ironie Erfüllung finden.

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Über 300 Künstler beim „New Jazz" in Moers

dpa, Moers/Niederrhein

Auf dem wohl bedeutendsten europäischen Festival des Neuen Jazz in Moers am Niederrhein spielen zu Pfingsten von Freitag bis Montag (24. bis 27. Mai) mehr als 300 Musiker aus 14 Nationen auf. Die aktuellsten Trends und Musiker der New Yorker Szene sollen unter dem Motto „Von Noise bis Voice" vorgestellt werden. Als einer der Höhepunkte gilt das US-Quartett „Phalanx" mit dem Gitarristen James Blood Ulmer und dem Tenorsaxophonisten George Adams. Zur „African Dance Night" in der Nacht zum Montag spielt in der zum Jazzpalast umfunktionierten Eissporthalle Mori Kanteh aus Guinea auf, der herausragende Vertreter einer ethnisch und jazzorientierten Rockmusik in Westafrika. Quer durch das Programm gibt es an jedem Festivaltag Vertreter der jungen deutschen Szene zu hören.

Deutsche Erstaufführung bei Theatertreffen

dpa, Göttingen

Die 40 besten Theaterproduktionen der Küstenländer werden ab heute beim 14. Norddeutschen Theatertreffen unter dem Motto „Als der Krieg zu Ende war" vorgestellt. Das „Junge Theater Göttingen" eröffnet das Festival mit der deutschen Erstaufführung des „Willkommen ihr Helden" des englischen Dramatikers Tony Marchant, das den Falklandkrieg thematisiert.

Stein künstlerischer Leiter in Basel

dpa, Basel

Der deutsche Dirigent Horst Stein übernimmt für die Saison 1987/88 die künstlerische Leitung der Allgemeinen Musikgesellschaft Basel (AMG). Das teilte AMG-Präsident Thomas Stahlin in Basel mit. Da die AMG nicht über ein eigenes Orchester verfügt, ist ihr künstlerischer Leiter gleichzeitig Chefdirigent des Basler Sinfonieorchesters. Der 57jährige Stein wird seine Tätigkeit als Chefdirigent der Bamberger Symphoniker beibehalten. Seit 1980 und bis zum Ende dieser Spielzeit ist Horst Stein Chefdirigent und künstlerischer Leiter des Orchestre de la Suisse Romande in Genf.

Gotische Kunst aus Prag in Köln

dpa, Köln

Die Prager Nationalgalerie zeigt vom 8. Mai bis zum 21. Juli 60 ausgewählte Werke gotischer Kunst aus Böhmen im Schnütgen-Museum in Köln. Erstmals wird damit mittelalterliche Kunst aus Prag und Böhmen in einer eigenen Ausstellung in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen sein, hieß es bei der Pressevorbesichtigung am Dienstag in Köln. Die Ausstellungsstücke umfassen Objekte der Tafel- und Buchmalerei, der Bildhauer-, Goldschmiede- und Textilkunst. Die Präsentation ist eine Gegengabe für die im Herbst 1983 im Georgskloster auf der Prager Burg vom Kölner Schnütgen-Museum eingerichtete „Parlerkunst vom Rhein".

Sinfonieorchester aus Dallas in Europa

AFP, Paris

Das Sinfonieorchester aus Dallas, das seit 1977 von dem Mexikaner Eduardo Mata geleitet wird, beginnt Mitte Mai eine Europatournee. Das 1900 gegründete Ensemble, dem derzeit 88 Musiker angehören, präsentiert sich vom 13. bis 18. Mai in Großbritannien, vom 19. bis 23. Mai in der Bundesrepublik und zum Abschluß in Frankreich und Spanien. Es wird von dem irischen Flötisten James Galway begleitet, der ein Konzern von Griffes spielt.

„Acropolis" in Nizza eingeweiht

dpa, Nizza

In Nizza ist der Kongreß-Palast „Acropolis" für kulturelle, touristische und sportliche Veranstaltungen eröffnet worden. Der im Zentrum der Stadt gelegene, 31 Meter hohe Doppel-Bau aus Glas, Stahl und Beton verfügt nach der Pariser Oper über die mit 1200 Quadratmetern zweitgrößte Bühne Frankreichs. Das „Auditorium Apollon" bietet 2500 Besuchern Platz. Das Einweihungs-Festival mit Opern-Aufführungen, Konzerten und Ausstellungen dauert bis Ende Juni. Höhepunkte sind eine „Amerikanische Nacht" mit französischen Meisterköchen und eine Kunst-Ausstellung der „Schule von Nizza".

Europäische Ärzteaktion

DW. Bonn

Die Mitgliederversammlung der Europäischen Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern appeliert an die deutschen Universitäten und die Ärztekammern, an allen Universitäten Lehrstühle für hippokratische Ethik – entsprechend dem Genfer Gelöbnis von 1948 – einzurichten.

Start in Cannes mit Peter Weirs' Film über die Amish: „Der einzige Zeuge"

Oasen der Ruhe gibt es nirgendwo

Peter Weirs Film „Der einzige Zeuge", der gestern abend die 38. Internationalen Filmfestspiele von Cannes eröffnete, ist ein wahres Kuriosum, eine Mischung aus Action-Thriller und neuem Heimatfilm. Da stehen Menschen im Mittelpunkt, die noch niemals die Helden in einem Spielfilm waren: Amish People und Mennoniten, Nachfahren von Wiedertäufern aus der Pfalz, die um 1690 nach Pennsylvania emigrierten und dort Wurzeln schlugen. Und sie werden hier in die tollsten Verbrechen verwickelt, mit denen zu tun zu haben ihnen in Wirklichkeit nie in den Sinn käme.

Dem Filmprojekt brachten sie denn auch von Anfang an tiefes Mißtrauen entgegen. Weir wollte unbedingt mit originalen Amish drehen, aber diese, die heute noch genauso wie vor dreihundert Jahren leben, ließen ihn erst einmal abblitzen. Nur ganz allmählich tauten sie etwas auf. Und dabei wollte sie der 39jährige Australier Weir, der mit diesem Film sein US-Debut gibt, keineswegs als dekorative Kulisse mißbrauchen oder gar karikieren, im Gegenteil: Er hat ihre Welt und ihre Kultur wie eine Oase des Friedens gegen die brutale Härte der amerikanischen Großstadt gestellt.

Zu Beginn des Films, in dem nur die wichtigsten Akteure von professionellen Mimen gespielt werden, sehen wir wogende gelbe Kornfelder und grüne Wiesen, so weit das Auge reicht. Erntende Bauern im Abendlicht, Genreszenen wie bei Millet. Schmucke, weiße Holzhäuschen, über deren Türen bunte Zauberzeichen prangen. Sorgfältig tastet die Kamera auch die Interieurs der Häuschen ab: kein Telefon, kein Fernsehen, kein elektrisches Licht, keine modernen Haushaltsgeräte.

Auf den Straßen fahren ausschließlich Pferdefuhrwerke, ihr Rythmus bestimmt zunächst auch den Rhythmus des Films. Die junge Amish Rahel (Kelly McGillis), deren Mann gerade gestorben ist, macht sich mit ihrem achtjährigen Sohn Samuel auf den Weg nach Detroit, um Verwandte zu besuchen. Damit ist die Idylle freilich auch schon zu Ende.

Schon die Eisenbahn erscheint in den Einstellungen des australischen Kameramannes John Seale wie ein riesiges stählernes Ungetüm. Sie führt – so suggeriert der Film – mitten hinein ins Unheil, das dann auch nicht mehr lange auf sich warten läßt. Auf dem Bahnhof von Philadelphia, wo Mutter und Sohn umsteigen wollen, beginnt ein handfester, alptraumhafter Krimi. Der kleine Samuel, der auf der Herrentoilette die Tür einen Spalt weit offenläßt, wird Zeuge eines scheußlichen Verbrechens: Ein Schwarzer schneidet einem jungen Mann, der sich gerade arglos die Hände wäscht, die Kehle durch. Die Kamera schwenkt auf den Türspalt und zeigt einen Augenblick lang die angstvoll aufgerissenen Augen des Kleinen.

Inspektor John Book, den Harrison Ford als sensiblen Außenseiter in einer knallharten Branche spielt, läßt den Jungen, seinen einzigen Zeugen, nun nicht mehr aus den Klauen. Was Book zunächst nicht ahnt: Die Mörder sind seine eigenen Kollegen, Polizisten, die mit Drogen handeln und jeden umbringen, der ihnen auf die Schliche kommt. Samuel identifiziert den Täter einwandfrei. Und fortan ist er in Lebensgefahr, genau wie seine Mutter und der Inspektor selbst.

Die Anonymität des Amish-Dorfes bietet den dreien eine Weile Zuflucht. Doch die Mörder sind längst unterwegs. Nur unter äußerstem Einsatz seines eigenen Lebens gelingt es Book, Samuel und seine Mutter zu retten. Er verliebt sich in die junge Frau, doch ein Happy-End gibt es nicht. Die beiden Welten – Regisseur Weir hat das realistisch nachempfunden – sind *zu* unterschiedlich.

Es wird im Rahmen der Festspiele von Cannes zweifellos anspruchsvollere, bessere Filme geben als Peter Weirs „Einzigen Zeugen". Aber sein Opus kann sich sehen lassen. Es hat die Härte eines Italowestern und die Zartheit einer Romanze. Aus diesem Kontrast *und* den schauspielerischen Leistungen lebt dieser eigenwillige Streifen, der noch im Mai in unsere Kinos kommt.

DORIS BLUM



Harrison Ford als Polizist Book und Kelly McGillis als Amish-Frau Rachel in „Der einzige Zeuge" FOTO: UIP

Das staatliche Teatro di Roma überzeugte mit „La Venexiana" in Duisburg

Sinnenfreudige Dreiecksgeschichte

Was Männern schon immer Spaß machte, das wird Wirklichkeit in der Komödie „La Venexiana", die ein unbekannter Autor im 16. Jahrhundert geschrieben hat. Seit 1928 kennt man sie, und Benedetto Croce hat sie als „wunderschön und äußerst originell" gepriesen. In Duisburg, das sein alljährliches Festival diesmal Italien gewidmet hat, war das Stück jetzt im Original zu sehen: Das staatliche Teatro di Roma zeigte, mit Valeria Moriconi in der Titelrolle, eine Inszenierung von Maurizio Scaparro, die nach einem Abstecher nach Bochum noch einmal in Stuttgart (am 10. Mai) zu Gast ist.

Da kommt ein junger Mann nach Venedig, arm, aber lüstern auf Abenteuer. Und siehe: Gleich zwei schönen und obendrein reichen Adelsdamen hat er es angetan. Aber Croce sah richtig: Die Geschichte verläuft sehr viel anders, als Männer es sich erträumen. Vom Beutemachen nämlich, von Eroberung, wie sie Stücken dieser Art als Schablone zugrunde liegt, kann keine Rede sein. Die Initiative geht von den Frauen aus, Julio (Gianfranco Jannuzzo, wahrhaft ein begehrenswert schöner Mann) wird erobert: zuerst von der Witwe Anzola, danach von der jungen Valiera (Francesca Paganini), die von ihrer Ehe mit einem offenbar älteren Mann enttäuscht ist. Man lernt ihn nicht kennen, er tritt nicht auf. Verwicklungen dieser Art, wenn er denn überhaupt auf irgendwelche aus war, hat sich der Anonymus erspart.

Die sinnenfreudige und nirgendwo zimperliche Geschichte läuft ganz geradlinig ab, geschäftig betrieben von den Dienerinnen in beider Damen Häusern und von einem wahren Pandarus, dem alten Bernardo (grandios: Andrea Mateuzzi) – einer ungewöhnlichen Rolle im 16. Jahrhundert –, der offenbar viel Zeit hat, auf dem Rialto herumzustreunen. Dieses Terzett sorgt dafür, daß Julio zum nächtlichen Diener der beiden Damen wird.

An Goldonis Arlecchino freilich und an die unvergeßliche Inszenierung, die seine Commedia dell'arte vor zwei Jahrzehnten durch Giorgio Strehler erfuhr, darf man bei Maurizio Scaparro nicht denken. Roberto Francia hat ihm eine ganz schlichte und kahle Dekoration ohne jedes Bild gebaut, dessen bewegliche Wände den vom Stück ständig geforderten Wechsel zwischen Innenraum und Straße sekundenschnell vollziehen lassen.

Farbe kommt nur durch die von Emanuele Luzzati entworfenen Kostüme auf die Szene. Und durch den enormen Ausdruck, zu dem ausnahmslos alle Schauspieler fähig sind. Der ist aber auch nötig, denn diese Inszenierung setzt eben nicht auf umwerfende szenische Artistik. Scaparro verläßt sich allein auf die Sprache, und bei aller Al-fresco-Zeichnung versucht er, die Charaktere der Komödie, vor allem die der Frauen, zu gestalten. Auch wenn den deutschen Zuschauern das eine oder andere entgeht – es ist perfektes Theater.

KATHRIN BERGMANN

Essener Folkwang-Museum zeigt zeitgenössische „Fotografie aus Spanien"

Mit Kissen in die Flucht geschlagen

Der Tod hat die Sense an eine Hausmauer gelehnt und knüpft sich den Schuh zu. Eine Hand zeigt aus einer dichtgedrängten Menge auf eine Wand mit Fotografien, die den Tod eines Mannes durch einen Stier in mehreren Sequenzen festhalten. Das sind Bilder, die schon durch die Motive ihre Herkunft verraten – „Fotografie in Spanien", zu sehen im Essener Folkwang-Museum.

Die andere Seite sind auch in diesem Land Versuche, Kunst und Fotografie zu Werken eigener Ausdruckskraft zu verbinden. Dabei knüpfen die zeitgenössischen spanischen Fotografen an die Experimentaltechniken der dreißiger Jahre an, die sie allerdings um die Farbe als zusätzliches Element bereichern. Im Vordergrund stehen dabei gesellschaftskritische Anspielungen, z. B. bei Esteve Palmeda, wenn er einen erstaunten Priester über eine Mauer auf einen geschundenen Christus schauen läßt.

Pedro Avellaned oder America Sanchez geben diese Eindeutigkeit zu Gunsten einer stärkeren Bildwirkung auf, und bei Albert Gonzalo sind die fotografischen Fragmente eines Kopfes, eines Marienbildes oder die Teile einer Zeitung nur noch Zutaten einer zeichnerischen Komposition – „nationale Eigenart" lassen diese Arbeiten nicht erkennen.

Bei den Schwarzweißfotos ist das anders. Kaldo Chamorro, Cristobal Hara, Fernando Herraez, Garcia Rodero und Ramon Zabalza realisieren zwar jeder für sich ihre eigenen Ideen, aber als Gruppe haben sie sich eine Dokumentation spanischer Wirklichkeit zum Ziel gesetzt. Dabei bevorzugen sie die „klassischen" spanischen Motive: Stierkampf, Religiösität, Volks- und Kirchenfeste. Es sind ausgewogene Kompositionen, die die Kontraste – helle Kleider vor dunklem Hintergrund, Silhouetten der Menschen vor dem gleißenden Himmel – lieben. Nicht selten sind die Bilder auch symmetrisch aufgebaut, was ihnen zusätzliche Bedeutungsschwere gibt.

Die Montagen und Collagen wie die Szenen aus dem Alltag entstanden ohne Auftrag als freie Arbeiten. Anekdotische Aufnahmen wie die drei Stierkämpfer von Zabalza, die aus der Arena flüchten, weil man sie mit Sitzkissen bewirft, sind deshalb die Ausnahme. (Bis 16. Juni; Katalog 12 Mark.)

P. D.

Frauenmord auf Korfu: Tat eines Geisteskranken?

D. J. SUTHERLAND, **Korfu**

Entsetzen und Furcht herrschten gestern auf der griechischen Ferieninsel Korfu, nachdem bekannt geworden war, daß drei junge deutsche Frauen in einem einsamen Gelände oberhalb der Ermones-Bucht an der Westseite der Insel ermordet worden waren. Nach Angaben der Polizei sind die 25jährige Karin Raumer, die 24jährige Petra Ulrike Kunow – beide aus München-Freising – und die 28jährige Karmen Eckhoff aus Hagen durch Kopfschüsse aus einer Jagdwaffe getötet worden.

„Wir sind auf der Spur des Mörders", behauptet die Polizei auf Korfu. Sie vermutet, daß ein Geisteskranker die Bluttat begangen haben könnte. Gleichzeitig wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Eine aus Athen entsandte Sonderkommission der Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen.

Am Sonntag hatte sich Carmen Eckhoff nach dem Mittagessen von ihren Eltern mit den Worten verabschiedet: „Tschüß, ich gehe Freundinnen besuchen." Als Reiseleiterin betreute sie im First-class-Hotel „Ermones-Beach" für das Unternehmen „Vini-Tours" Touristen aus Deutschland. Sie ist zweisprachig aufgewachsen, ihre Mutter Sebastiani ist Griechin. Im Nachbardorf Skripero besitzen die Eltern ein Ferienhaus, und sie haben dort Verwandte.

Am Montag mittag hatte sich Carmen Eckhoff wieder mit ihren Eltern treffen wollen. Doch diese warteten vergeblich. Vater Wolfgang Eckhoff (50) machte sich besorgt auf die Suche nach seiner Tochter. Die Freundinnen, die Carmen hatte besuchen wollen, waren Ulrike Kunow und Karin Rauner. Sie hatten ihr kleines Zelt oberhalb des Hotels auf dem Hügel aufgeschlagen. Das Hotel ist in Terrassen gebaut, mit Blick über die Bucht von Ermones. Der weiter ansteigende Hügel erlaubt eine wunderschöne Aussicht aufs Meer. Das Zelt stand neben einer kleinen Kapelle zwischen Ginsterbüschen und Oleander. Wolfgang Eckhoff fand die beiden Mädchen am Montag mittag um 14.00 Uhr nur wenige Meter von ihrem Zelt entfernt.

„Ich habe noch niemals einen so völlig gebrochenen Mann gesehen", sagte der Portier des Hotels, von dem aus die Polizei benachrichtigt wurde. Sie übernahm dann die Suche nach der noch immer vermißten Carmen Eckhoff. Erst am Dienstag wurde die Leiche der jungen Frau einige hundert Meter von ihren Freundinnen entfernt zwischen Büschen in einer kleinen Mulde entdeckt.

Alle drei jungen Frauen waren durch Kopfschüsse aus einer automatischen Jagdwaffe mit großkalibrigem Schrot getötet worden. Karin Rauner erhielt außerdem noch einen Bauchschuß, Carmen Eckhoff einen Schuß in den Rücken. Da sie einige hundert Meter weiter getötet wurde, besteht der Verdacht, daß sie ihrem Mörder zu entkommen suchte. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich die jungen Frauen gewehrt haben. Ihre Wertsachen sind unberührt. Das Zelt wurde nicht durchwühlt, und die Leichen sind nicht bestohlen worden. Sie waren bekleidet und trugen Ringe und Uhren. (SAD)

Spargel – Gourmettip seit dem Altertum / Deutschland mausert sich zum Großverbraucher

Der Deutschen Lust am Spargel wächst

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Im badischen Dorf Hügelsheim, nur wenige Minuten von Baden-Baden entfernt, ist die Spargelernte in vollem Gange: Männer und Frauen in tiefgebückter Stellung stechen das Edelgemüse in mühseliger Handarbeit. Mit „Körble", Messer, Kelle und Adleraugen ausgestattet, wird jede Stange einzeln aus dem lockeren Sandboden gezogen. Die scharfen Augen der badischen Spargelbauern – hier befindet sich das älteste deutsche Spargelanbaugebiet, dem schon die Römer Pate gestanden haben – sind notwendig, um die feinen Risse auf den Hügeln zu erkennen, die anzeigen, daß hier das begehrte weiße Gemüse reif genug ist.

Ein Tag in den Spargelbeeten ließ erahnen, weshalb dieses Gemüse, vor allem das in Deutschland erzeugte, so teuer ist.

Da ist zunächst die lange Anlaufzeit: In den ersten beiden Jahren nach der Pflanzung – pro Hektar werden übrigens 12 000 Spargelpflanzen zum Stückpreis zwischen 0,25 und 0,50 Mark benötigt – gibt es keine Erträge. Bodenpflege und Pflanzenschutz müssen für den gesunden Aufbau des Wurzelstocks und der „Speicherwurzeln" sorgen. Bis zum Ende dieser zwei Jahre sind bereits 25 000 Mark pro Hektar für Löhne und Sachausgaben ausgegeben worden.

Erst vom dritten Jahr an (und dann weitere zehn Jahre) können die Stangen geerntet werden. Pro Hektar werden rund 2000 Arbeitsstunden benötigt, macht noch einmal 20 000 Mark an Lohnkosten aus.

Am günstigsten ist die Erntezeit in den Abend- und Morgenstunden. Unmittelbar nach der Ernte beginnt der Wettlauf mit der Zeit. Der Spargel ist, so der prominente Fernsehkoch Horst Scharfenberg, „ein Gemüse der kurzen, schnellen Wege".

Je frischer die Stangen, umso unverbrauchter und echter der Geschmack des in Deutschland immer beliebter werdenden Gemüses. Also ist Schnelligkeit geboten und nicht nur wegen der Konkurrenz aus Frankreich, Griechenland, Spanien und Holland; Schnelligkeit aber ist teuer. Doch die deutschen Kunden sind offenbar bereit, etwas mehr für die kostenaufwendige Frische auf den Tisch zu legen. Zur Zeit liegt der 500-Gramm-Preis bei zehn Mark – ein stolzer Preis, der nicht zuletzt auch auf der angeblich besseren deutschen Qualität beruht.

Nach einer Umfrage wollen die Bundesbürger in diesem Jahr mehr Spargel essen als im vergangenen Jahr. Dabei rangiert dieses Gemüse, um das sich hierzulande ein wahrer „Kult", so Scharfenberg, rankt, überraschend schon an dritter Stelle der kulinarischen Begehrlichkeiten hinter so markanten Vorzugsspeisen wie Frischfleisch und Schweinebraten, von dem die Deutschen nun einmal nicht lassen mögen. Dabei hält Deutschland bereits mit 30 368 verzehrten Tonnen den EG-Rekord. Das meiste ging nach konservativer Zubereitung die Kehle hinunter: Spargel mit gekochtem Schinken und neuen Kartoffeln, in Butter geschwenkt. Dabei gibt' s so viele neue Rezepte.



Stangenspargel in Reih' und Glied: Die Ernte ist eingefahren FOTO: ASTRID BRANDT

Vom Nimbus einer bläßlichen und wässrigen Angelegenheit

Was ist es eigentlich, das den Spargel zu seinem Nimbus verhilft? Seine lange Geschichte als Kulturpflanze oder die ihm nicht nur von Asiaten unterstellte aphrodisische Wirkung, daß er schlank machen soll und entschlackt? Oder ist es einfach sein zartes Aroma, das ihn feiner als andere Gemüse macht?

Als „Schmeichelei des Gaumens" bezeichnete Cato den Spargel. Cato, Politiker und Erzfeind Karthagos, war auch Landwirt und Buchautor. In seinem Band „De agricultura" beschreibt er auch den Spargelanbau. Also Lob aus berufenem Mund.

Spargel (lat. asparagus) gehört zur Gattung der Liliengewächse. Sein Wurzelstock treibt fleischige Schößlinge. Die Pflanze wird etwa 1,5 bis zwei Meter hoch und hat bis zu zwei Zentimeter lange Scheinblätter. Seine kleinen Blüten sind eingeschlechtlich, zweihäusig; die weiblichen Blüten entwickeln rote Beeren. Andere Spargelsorten dienen als Zierpflanzen und werden im Topf oder als Schmuckgrün angeboten.

Der kulinarische Spargel (asparagus officinalis) stammt aus Asien. In Ägypten ließ man sich bereits vor 4000 Jahren diese Köstlichkeit schmecken, die Griechen schlossen sich nahtlos an. Aber für sie war Spargel auch Heilmittel. Tausende von Jahren später nahm sich seiner auch in Deutschland, wo bis ins 16. Jahrhundert Spargel auf sandigen Grasböden nur wild wuchs, ein Arzt an: Johann Casimir – Leibarzt des Pfalzgrafen von Rhein – erntete Ende der 60er Jahre des 16. Jahrhunderts die ersten kultivierten Spargelstangen.

Seine medizinische Wirkung geht auf die in der Spargelsprosse enthaltene, verdauliche Stickstoffverbindung Asparagin zurück. Genauer gesagt handelt es sich dabei um Aminobernsteinsäureamid, ein wichtiges Zwischenerzeugnis beim Aufbau des pflanzlichen Eiweißes. Der hohe Kaliumgehalt wirkt zudem entschlakkend.

Von der Spargelpflanze selbst wird nur die erwähnte Sprosse verzehrt. Von der Sprosse am liebsten wieder nur die Spitze. (Zitat eines unbekannt gebliebenen Gourmets: „Vom Spargel aß er nur die Spitze – der Gipfel der Bescheidenheit.") Die Triebe verlängert man, indem die Beete aufgehäuft werden. So ergibt sich das typische Erscheinungsbild der Spargelbeete mit ihren tiefen Furchen und durchgehenden hohen Kämmen. Sobald die Spargelköpfe die Erdschicht von unten anheben, werden sie gestochen. Danach wird das Beet wieder glattgestrichen, damit der nächste Sproß, der durchstoßen will, sofort entdeckt wird. In der aktivsten Treibzeit können die Sprosse täglich bis zu sieben Zentimeter wachsen. Geerntet wird immer noch von Hand. Wartet man auch nur etwas zu lange mit dem Stechen, so beeinträchtigt dies den Geschmack.

Jede neu gesteckte Pflanze braucht einige Jahre, ehe sie „trägt", also gestochen werden kann (s. obigen Bericht). Diese lange Anlaufzeit ist wesentlicher Grund dafür, warum dieses königliche Gemüse nicht auch das billigste sein kann ...

Paradox mag es dabei erscheinen, daß man beim Spargelkauf pro 100 Gramm „nur" zwei Gramm Eiweiß, drei Gramm Kohlehydrate und kein Quentchen Fett erwirbt – alles in allem 20 Kalorien. Damit gehört Spargel zu den Nahrungsmitteln mit niedrigstem Brennwert, was ihn deshalb besonders attraktiv macht.

In Deutschland setzt in diesen Tagen die Haupternte ein; sie zieht sich bis in die ersten Juniwochen hin. Dann sind aber längst die ersten neuen deutschen Kartoffeln auf dem Markt. Und was kann köstlicher sein als frischer Spargel mit neuen Petersilienkartoffeln, zerlassener Butter und Schinken?

Doch damit ist die kulinarische Anwendungsvielfalt der bläßlichen Stengel keinesfalls erschöpft. In der Kalten Küche verfeinert er Salate, in zart gewürzten Mayonnaise-Soßen kommt sein Aroma voll zur Geltung. Die Sauce Hollandaise ist eine der klassischen Soßen zum Spargel – eine raffinierte Variante besteht darin, sie teilweise mit Dickmilch anzumachen; so wird ihr leicht säuerlicher Geschmack noch unterstrichen. Kontrastreich kann eine Kapernsoße sein. Spargel überbacken, als Gratin, in einer Sülze – die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Heute ist der ehedem königliche Spargel für alle da, aber nur bis St. Johannis, dem 24. Juni, an dem traditionsgemäß bei uns die Ernte eingestellt wird. Ob hierin noch altes Volksbrauchtum aus den Sonnenwendefeiern zum Ausdruck kommt, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall muß die Spargelpflanze etwa zu diesen Zeitpunkt austreiben können, um ihr strauchartiges Blattgefieder zu entwickeln. Dann erst dürfen die Triebe verholzen, um der Pflanze oberirdisch Halt zu geben. Sie schöpft wieder Kraft, bildet ihren Wurzelstock neu aus und kann dann, nachdem vor dem Winter das Blattgefieder entfernt wird, im Frühjahr wieder austreiben ... HANS OTZEN

Piratenüberfalle auf deutsche Handelsschiffe

dpa, **Wiesbaden**

Zum neunten Mal seit Herbst vergangenen Jahres ist jetzt ein deutsches Handelsschiff vor der westafrikanischen Küste von Piraten überfallen worden. Das Container-Schiff „Vanellus" – von einer Hamburger Reederei – wurde beim Auslaufen aus dem Hafen von Freetown (Sierra Leone) von Piraten geentert, die mehrere Container aufbrachen, obwohl das Schiff von Soldaten aus Sierra Leone beschützt wurde. Art und Umfang der Beute waren noch nicht zu ermessen. Die Schiffseinrichtung wurde teilweise beschädigt, doch niemand verletzt. Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden untersucht zur Zeit acht Raubüberfälle auf deutsche Schiffe in oder vor westafrikanischen Häfen. Die Überfälle bewaffneter Banden im Küstenbereich zwischen Conakry (Guinea) und Matadi (Kongo) werden seit fünf Jahren beobachtet. Die Täter fahren die Schiffe mit Motor- und Ruderbooten an, entern sie, und schleppen weg, was nicht niet- und nagelfest ist. Dabei bedrohen sie die Besatzungsmitglieder, die sie auch schon als Geiseln verschleppt haben.

Grubenunglück in Mähren

AP, **Prag**

Bei einem Bergwerksunglück in der Tschechoslowakei sind wahrscheinlich 25 Bergleute ums Leben gekommen. Wie die amtliche Nachrichtenagentur CTK meldete, starben bei einer Explosion in einer Kohlenzeche im nordmährischen Revier Ostrau-Karwin mindestens acht Bergleute, 17 sind noch eingeschlossen. Es wird befürchtet, daß auch sie nicht mehr lebend geborgen werden. Acht Arbeiter konnten gerettet werden. Wegen des Grubenunglücks sollen in Nordmähren alle Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriesendes abgesagt worden sein. In dem Revier gab es in den vergangenen Jahren mehrere schwere Unglücke.

Dawn Addams gestorben

AFP, **London**

Dawn Addams, in den 50er Jahren beliebteste britische Filmschauspielerin, ist vorgestern im Alter von 54 Jahren in London an Krebs gestorben. Die im ostenglischen Suffolk geborene Schauspielerin hatte schon mit 13 Jahren die ersten Probeaufnahmen in Hollywood, die zu einer brillanten Filmkarriere bei MGM führten. Sie spielte unter anderem an der Seite von Gene Kelly in „Singing in the Rain". 1954 machte Dawn Addams durch ihre „Märchenhochzeit" mit dem italienischen Prinzen Vittorio Massino Schlagzeilen, von dem sie 17 Jahre später nach einem spektakulären Prozeß geschieden wurde.

Gehirnblutung gestoppt

dpa/UPI, **Louisville**

Bei dem 53jährigen Kunstherzpatienten William Schroeder, der am Montag einen Schlaganfall erlitten hatte, ist die Gehirnblutung nach Angaben des Humana Hospitals in Louisville (Kentucky) zum Stillstand gebracht worden. Der Zustand des Patienten wurde als kritisch bezeichnet, wenn auch Herzchirurg William DeVries zurückhaltend auf Fragen reagierte, ob das Leben des Patienten bedroht sei. Schroeder ist der zweite Mensch, dem ein Kunstherz auf Dauer übertragen worden ist.

Fahrschulmethoden?

dpa, **Flensburg**

Gut ein Fünftel aller Erstbewerber und fast ein Drittel aller Wiederholer fielen 1984 durch die Führerscheinprüfung. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg bestanden rund 1,2 Millionen Prüflinge. Damit ergingen 5,2 Prozent weniger Ersterteilungen der „Allgemeinen Fahrerlaubnis" (Klassen eins bis fünf) an Deutsche aus der Bundesrepublik als 1983. Die sinkende Zahl der Führerscheinanwärter wird auf die geburtenschwachen Jahrgänge zurückgeführt. Auch die Fahrschulen sind davon betroffen, was nach Meinung des Berufsverbandes der Fahrlehrer bei einigen schwarzen Schafen der Branche zu unlauteren Methoden der Schülerwerbung führe. Sie würden mit Freibier und niedrigen Preisen für die Fahrausbildung um die Gunst der Schüler buhlen.

LEUTE HEUTE

Nationalsymbol

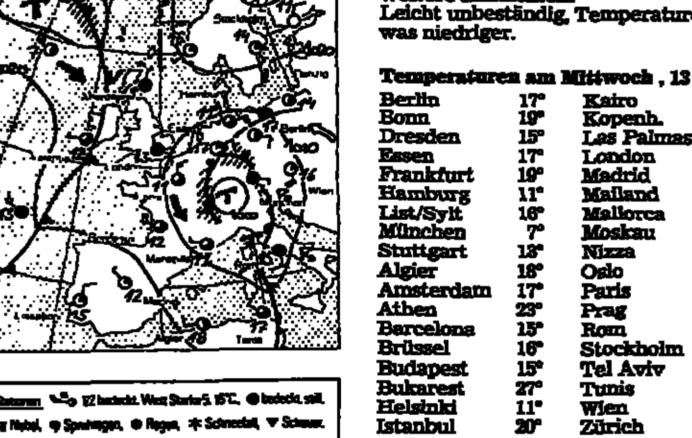
Sie ist eine Institution in Frankreich. Seit mehr als hundert Jahren gehört die „Marianne" zu den offiziellen Symbolen des Landes, als Briefmarken-Motiv etwa oder als Gipsbüste in den Rathäusern. Benannt ist sie nach einer Frau aus der Revolution von 1789. Und da sich in dieser Figur nicht nur Nationalstolz und Freiheitssinn spiegeln, sondern auch das jeweils gültige Frauenbild unserer Nachbarn, schien wieder einmal eine Korrektur dieses Bildes nötig. Kulturminister **Jack Lang** schrieb also vor einigen Monaten einen Wettbewerb aus, um eine „neue Marianne" zu küren. An illustren Kandidatinnen fehlte es nicht: Filmstar **Isabelle Adjani** war darunter, die Sängerinnen **Mireille Mathieu** und **Sylvie Vartan** sowie die Politikerinnen **Simone Veil** und **Edith Cresson**. Den Sieg aber trug eine blonde Schauspielerin davon, die nicht nur in der französischen Kulturszene als eine Art Kultfigur gilt: **Catherine Deneuve**. In ihr, die stets kühl und unnahbar wirkt, sehen ihre Landsleute den Inbegriff der „klassischen Frau". Wer hätte das von den temperamentvollen Franzosen gedacht.

Berührungsangst

Ein ausgeprägtes Durchsetzungsvermögen ist das mindeste, was Japaner brauchen, wenn sie einen Platz in der U-Bahn erhalten wollen. Deshalb staunten die Söhne und Töchter Nippons, als sie gestern ihre Morgenzeitungen aufschlugen und Bilder sahen, die Kronprinz **Akihito** zusammen mit seiner Frau **Michiko** und ihrer jüngsten Tochter **Nori** als Passagiere in der U-Bahn von Yokohama zeigten. Des Rätsels Lösung: Der künftige Kaiser, dessen Vater **Hirohito** von seinen Untertanen bis zum Zweiten Weltkrieg noch als Gott verehrt worden war, mußte sich bei seiner ersten Fahrt mit einem öffentlichen Verkehrsmittel keinen Sitzplatz erkämpfen. Ihm stand selbstverständlich ein Sonder-Waggon zur Verfügung.

WETTER: Wechselhaft, mäßig warm

Wetterlage: Das Tief über dem westlichen Mitteleuropa verlagert sich nur langsam nordostwärts. Es bleibt mit wolkenreicher Meeresluft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Donnerstag:
Wechselnde Bewölkung mit schauerartigen Regenfällen. Vereinzelt Gewitter. Temperaturen zwischen 13 Grad an der Nordsee und 19 Grad Celsius am Oberrhein. Nachts zwischen 8 und 13 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind, im Norden aus nördlichen, sonst aus unterschiedlichen Richtungen. In den Alpen in 2000 Meter um null Grad.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig, Temperaturen etwas niedriger.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	23°
Bonn	19°	Kopenh.	16°
Dresden	15°	Las Palmas	17°
Essen	17°	London	13°
Frankfurt	19°	Madrid	12°
Hamburg	11°	Mailand	13°
List/Sylt	16°	Mallorca	27°
München	7°	Moskau	13°
Stuttgart	13°	Nizza	11°
Algier	18°	Oslo	15°
Amsterdam	17°	Paris	11°
Athen	23°	Prag	14°
Barcelona	15°	Rom	15°
Brüssel	16°	Stockholm	14°
Budapest	15°	Tel Aviv	32°
Bukarest	27°	Tunis	17°
Helsinki	11°	Wien	16°
Istanbul	20°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.30 Uhr, Untergang: 20.59 Uhr; **Mondaufgang:** 2.46 Uhr, Untergang: 10.17 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Gurtmuffel muß kein Bußgeld zahlen

Urteil eines Amtsrichters: Keine Strafe für Autofahrer, die sich nicht anschnallen

HEINZ HORRMANN, **Bonn**

Ein Amtsrichter in Albstadt hat einen Autofahrer, der sich im Straßenverkehr nicht angegurtet hatte, freigesprochen. Die Entscheidung und der Tenor der Begründung haben bei Juristen und Sicherheitsexperten heftigen Widerspruch ausgelöst.

Die „Bußgeldbewehrung der Gurtpflicht" sei mit der verfassungsmäßigen Rechtsordnung nicht in Einklang zu bringen, sie verletze vor allem rechtsstaatliche Grundsätze der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit, so der Leitsatz der Urteilsbegründung. Der Autofahrer müsse für sich selbst entscheiden können, ob er sich anschnallt oder nicht.

Die Vorgeschichte ist wenig spektakulär. Der Fahrer war in Lautlingen ohne Gurt in eine Kontrolle geraten. Die Stadt Albstadt schickte einen Bußgeldbescheid über 40 Mark (Ordnungswidrigkeit nach Paragraph 21 a I 1, 49 I Nr. 20 a StVO). Dem fristgerechten Einspruch folgte die Gerichtsverhandlung. Amtsrichter Maier machte deutlich, daß das Gericht nicht darüber zu entscheiden habe, ob es nun ratsam sei, Sicherheitsgurte anzulegen, wohl aber über die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit einer Bestrafung für Gurtmuffel. Und die verneinte er.

Dann formulierte der Jurist politische Kernsätze wie aus der Stichwortsammlung des Klassenkampfes. Da heißt es wörtlich: „Während der Verordnungsgeber seine ganze Härte denen zeigt, die frei vom Sicherheitsgurt fahren, mithin potentiellen Opfern von Verkehrsunfällen, unternimmt er viel zu wenig gegen Gefahrenquellen, die erst zu den Unfällen führen, bei denen sich die Sicherheitsgurte bewähren sollen. Als Beispiel sei auf den praktisch schrankenlosen Einsatz von Krafträdern im öffentlichen Straßenverkehr hingewiesen. Man ist fast versucht, insoweit von einer pervertierten Marktwirtschaft zu sprechen, in der es der Profitsucht gestattet ist, selbst über Leichen zu gehen."

Dann wird Bonn kritisiert, daß noch kein Tempolimit eingeführt wurde. Begründung: „Das Gericht verkennt nicht, daß Wagen, mit denen das große Geld verdient wird, im wesentlichen nur an den Personenkreis abgesetzt werden können, der hier auffallend geschont wird."

Schon einmal hatte sich ein Richter zur Einführung der Gurtpflicht in eigentümliche Opposition begeben. Der Stuttgarter Jurist Hans Kindermann, auch als DFB-Chefankläger bekannt, argumentierte: In einem Staat, in dem Gott sei Dank Selbstmord und Selbstverstümmelung nicht strafbar sind, soll nun die Selbstgefährdung zu einem Bußgeldtatbestand ausgestattet werden.

Damals wie heute gab es heftigen Widerspruch. Während der ADAC gelassen auf höchstrichterliche Entscheidungen wartet und erklärt: „Solche Urteile und Begründungen nehmen wir nicht ganz ernst", sieht Professor Max Danner, einer der anerkanntesten Sicherheitsforscher der Welt, die Gefahr einer Signalwirkung: „Als wir nach langjährigem Einsatz die Gurtpflicht durchsetzen konnten, kletterte die Anschnallquote auf 92 Prozent. Die Zahl der Verkehrstoten sank um 15 Prozent, obwohl deutlich mehr Autos zugelassen wurden." Danner weiter: „Solche Entscheidungen stellen sich gegen alle Erkenntnisse und gefährden nun den Bestand des Erreichten."

Freibrief für Unbelehrbare?

Als jeder Autofahrer noch frei entscheiden konnte, ob er sich nun anschnallt oder nicht, gab es in der Bundesrepublik Deutschland tausende Verkehrstote und Schwerverletzte mehr. Dann rang sich Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, sonst ein überzeugter Kämpfer gegen staatliche Eingriffe in die persönliche Entscheidungsfreiheit des einzelnen, zum Bußgeld für Gurtmuffel durch. Wie schon in anderen europäischen Ländern waren die Zahlen geradezu sensationell. Die Anschnallquote schoß von 60 auf 92 Prozent hoch. Das rettete trotz ständig wachsender Verkehrsbelastung vielen Unfallbeteiligten das Leben.

Nun wird der notwendige Schutz des Gurtes und die Bußgeldverordnung für Unbelehrbare ausgerechnet von einem Richter wieder in Frage gestellt. Das kann zur Folge haben, daß sich etliche, nur durch Strafandrohung „Überzeugte" in Zukunft nicht mehr angurten, zumindest bis zum Zeitpunkt eines höchstrichterlichen Urteils. Wie aber ist das zu verantworten? Und wie entscheiden Richter zukünftig, wenn überdurchschnittlich gute Autofahrer mit zu hohem Tempo geblitzt wurden und argumentieren, man müsse selbst entscheiden können, welche Geschwindigkeit für einen ganz persönlich noch sicher ist? HOR

ZU GUTER LETZT

„Die Gewässer ringsum sind so fischreich, daß jedem Bungalow auch ein Boot mit Außenbordmotor zur Verfügung steht." Es stand in der Reise-WELT.